

Energiewende

So sichern wir Deutschlands Zukunft

Gero Jenner

(erschienen bei Propyläen, Ullstein Verlag; dort jetzt vergriffen)

Meiner Frau gewidmet, ohne deren Geduld und Ermutigung dieses Buch nicht entstanden wäre.

<i>Bemerkungen des Autors zwölf Jahre nach Erscheinen dieses Buches</i>	<i>12</i>
<i>Einleitung.....</i>	<i>13</i>
<i>Warum Deutschland alt ist und China jung.....</i>	<i>25</i>
Eine klinische Diagnose	28
Nicht aus Nächstenliebe	31
Wie man sich täuschen kann	32
Kein Monopol auf Hochtechnologie.....	34
Verdiente Bequemlichkeit	36
Die sozialen Indikatoren des Wohlstands.....	37
Europa ohne Globalisierung.....	39
Vergebene Chancen.....	42
Sirenentöne einer Eisernen Lady	44
Bildung – die vergeblichen Offensiven	46
Weil die Kosten entscheiden	49
Und was macht die EU?	51
<i>Volkskrankheit Pessimismus.....</i>	<i>55</i>
Wirkliche und scheinbare Herren.....	57
Wie viel Freiheit für den Bürger?	62
Der Rückzug des Staates	64
Die Macht der Eliten.....	66
Wenn Verantwortung unauffindbar wird.....	68
Das Psychogramm der Ausverkaufsphase	71
Menschen und Material	73
<i>Fossile Dämmerung – ein Strohfeuer erlischt</i>	<i>77</i>
Die neoliberale Verheißung	78
Träume und Wirklichkeit	79
Unliebsame Propheten	80
Sklaven der Globalisierung	82
Die Sackgasse	83
Ein scheinbarer Ausweg.....	84

<i>Die Pulverfässer werden gefüllt.....</i>	<i>87</i>
Im Schlepptau des Großen Bruders.....	89
Rohstoffe bringen Unglück	91
Aber sie hassen den Krieg.....	94
Dein Reichtum ist meine Armut.....	95
Beunruhigende Parallelen	97
<i>Sonnenfinsternis unter dem Machtsyndrom</i>	<i>101</i>
Der Vater aller Dinge	103
Das Goldene Kalb	105
Magie des Immermehr	106
Das Machtsyndrom im 20. Jahrhundert	111
Wohin gehen wir?	116
Aus Freunden werden Rivalen	117
<i>Die Wende</i>	<i>121</i>
Bewusster Verzicht.....	123
Das Ende des großen Potlatch	124
Das ABC der Energieautonomie	126
Die Vorbildwirkung.....	132
Für ein anderes Deutschland	134
Solare Wende und Weltmarkt	136
Das Ideal der Selbstgenügsamkeit	139
Wie die Politik der Selbstzerstörung begann	141
Vom Wegwerfen zum Bewahren	146
Abschied von heiligen Kühen	148
Mündige Bürger	150
Erwachen aus dem Dornröschenschlaf	152
Die Waffen nieder!	153
Jenseits des Machtsyndroms	156
Sonnenstaat und	158
... Friedensordnung.....	161

<i>Bibliographie.....</i>	<i>163</i>
----------------------------------	-------------------

Bemerkungen des Autors zwölf Jahre nach Erschei- nen dieses Buches

Es werden drei Themenkreise behandelt, erstens, die *Drei-Phasen-Entwicklung von Industriestaaten* im globalen Wettbewerb, zweitens, die *Energiewende* als Ersetzung fossiler und nuklearer durch erneuerbare Energiequellen und, drittens, der *logische Zusammenhang* zwischen beiden.

Die *Energiewende* wird in diesem Buch als „nationales Projekt“ bezeichnet – fünf Jahre bevor Angela Merkel sie aufgrund des GAUs in Fukushima dann tatsächlich dazu machte! Im Übrigen war es 2006 noch möglich, über diese Wende mit ziemlicher Naivität zu reden. Auch die größten Optimisten haben seitdem leider einsehen müssen, dass der Übergang viel schwieriger ist, als wir es uns damals vorgestellt haben. Vom Ziel allerdings werden wir wohl kaum abrücken können. Die fossilbedingten Umweltprobleme scheinen ebenso unlösbar zu sein wie jene, welche sich aus der Nutzung der Atomenergie ergeben. Eine erneuerbare Energieversorgung ist grundsätzlich möglich, allerdings nur, wenn wir den weltweiten Verbrauch wesentlich reduzieren.

Bis heute einverstanden bin ich mit der hier vorgetragenen Analyse der *dreistufigen industriellen Entwicklung* im Zeitalter der Globalisierung. England, die südlichen Staaten Europas, Frankreich, aber vor allem die Vereinigten Staaten mit den sterbenden Industrien im sogenannten „Rust Belt“ sind nach einer Aufschwung- und Sozialstaatphase (Wohlstandsphase) in eine neoliberale Drittphase hineingeschlittert, wo viele der sozialstaatlichen Errungenschaften nach und nach wieder aufgehoben werden. Das ist mit der Agenda 2010 unter Schröder auch in Deutschland geschehen, nur ist unser Land glücklicherweise immer noch innovativ genug, um den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs bis heute recht gut zu widerstehen – nicht zuletzt profitiert Deutschland für seinen Export auch vom schwachen Euro. Ich habe die dritte Phase mit einem etwas schrillen Begriff als „Ausverkaufsphase“ bezeichnet. Besser sollte wohl von einer „Abschwungphase“ die Rede sein.

Der *logische Konnex* bringt den Kerngedanken des Buches zum Ausdruck. Die dreiphasige Entwicklung der Industriestaaten beruht auf ihrer *Abhängigkeit von fossilen Ressourcen*, denn diese zwingt sie in einen globalen Wettbewerb mit den jeweiligen Billiganbietern - aus diesem Wettbewerb ergibt sich der Übergang vom Schwellen-, zum Sozialstaat bis zur neoliberalen Abschwungphase. Nur die völlige Aufhebung dieser Abhängigkeit, d.h. eine vollständige Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien, kann diesen „race to the bottom“ beenden. Die

Energiewende ist nicht nur ökonomisch notwendig, sie ist außerdem noch ein Friedensprojekt.

Die Argumentation ist für mich heute genauso gültig wie 2006. Aber das Buch war kein Erfolg, auch wenn es, meines Wissens, keine negative Kritik bekommen hat: Es wurde schlicht übersehen. Im Nachhinein ist der Grund für mich einsehbar. Er geht aus dem Verhältnis der Seiten hervor, die ich den drei Themenkomplexen widme: dem Drei-Phasen-Modell 138 Seiten (29 – 167 in der Propyläen-Ausgabe), der Energiewende 10 Seiten (177 - 216), dem logischen Konnex 39 Seiten (177 - 216). Damals gab es eine große Zahl von Enthusiasten, die das Thema erneuerbare Energie sehr stark bewegte. Das Buch musste sie natürlich enttäuschen, da der Akzent auf der Analyse der industriellen Entwicklung lag. Anders gesagt, rief der Titel falsche Hoffnungen wach; er hätte ganz anders lauten müssen, zum Beispiel:

„Von Arm zu Reich und dann der neoliberale Abbau der Wirtschaft – Wie brechen die alten Industriestaaten aus diesem Teufelskreis aus?“

Einleitung

Wieder einmal ist die Welt aus den Fugen. Natürlich ist das nicht sonderlich neu. Rat- und Ziellosigkeit, verbunden mit der Weigerung vieler, sich überhaupt noch um Dinge jenseits des eigenen Gartens zu kümmern, sind nicht erst Merkmale unserer Epoche. Doch gibt es bedeutende Unterschiede zu früher. In der Vergangenheit haben Menschen einander und die Natur nur in lokalem Maßstab bedroht und zerstört, heute verfügen wir dazu über ganz andere Mittel. Wir können globale Vernichtung bewirken, indem wir die Welt für Menschen unbewohnbar machen. Das lässt die gegenwärtige Rat- und Ziellosigkeit viel gefährlicher werden. Seit mindestens zwei Jahrzehnten befindet sich Deutschland auf abschüssiger Bahn. Selbst Politiker, die gewöhnlich ihre Aufgabe in der Verbreitung von Optimismus sehen, sind bereit, Schwierigkeiten einzugestehen. Daher ihre Beschwörungen, dass an tiefgreifenden Reformen kein Weg mehr vorbeiführt. Und tatsächlich ist die Situation alles andere als erfreulich. Die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden hat einen historischen Höchststand erreicht. Allen anderslautenden Behauptungen zum Trotz ist das Rentensystem kaum noch bezahlbar. Die Kosten der Gesundheitsvorsorge drohen ins Astronomische auszuufern. Derartige Lamentos sind allgegenwärtig, und viele können sie kaum noch hören. Dabei sind Renten und Gesundheit durchaus nicht das Hauptproblem. Die größte Sorge müsste der Grundlage unseres Reichtums gelten. Bisher war das immer noch die Produktion von Gütern. »Made in Germany« war in der Vergangenheit

ein Siegel für höchste Qualität. In vielen Bereichen trifft das auch heute noch zu. Aber Qualität allein ist nicht maßgebend für das Kaufverhalten, auch der Preis muss stimmen. Hier aber schrillen längst die Alarmglocken. Auch wenn wir uns gern noch als Exportweltmeister bezeichnen, so ist es doch eine Tatsache, dass sich mit jedem Jahr weniger Waren aus Deutschland gegenüber der billigen Konkurrenz der aufholenden Staaten behaupten. Die Werkbank der Welt hat sich von Europa und seinen überseeischen Ablegern in den Fernen Osten verlagert. Selbst Waren, die unter deutschen Markenbezeichnungen erscheinen, bestehen zunehmend aus Komponenten, die nicht mehr der heimischen Produktion entstammen. Dieser Prozess ist inzwischen so weit vorangeschritten, dass manche von einer »Basarökonomie« sprechen.¹ Die Folgen dieses industriellen Aderlasses sind für immer mehr Menschen zu spüren. Während in den aufsteigenden Ländern die Beschäftigung zunimmt, greift bei uns die Arbeitslosigkeit um sich. Sie hat fast schon Ausmaße wie in der Weimarer Republik erreicht.

Stehen wir vor einer Epochenwende? Gewiss. Und es ist nicht die erste in der Geschichte Europas. Deutschland selbst zählte einmal zu den aufholenden Staaten. Ende des 19. Jahrhunderts bedrohte es mit einer mächtig anschwellenden Flut von billigen und hochqualitativen Erzeugnissen das bis dahin führende britische Imperium. Damals wurde das Vereinigte Königreich von dieser Attacke so stark bedrängt wie Deutschland heute durch asiatische Firmen. Unfähig, dieser Konkurrenz gegenüber zu bestehen, musste sich Großbritannien mit der Zeit von all seinen einst weltbeherrschenden Firmen trennen. Von den klangvollen Namen seiner Auto- und Flugzeugindustrie, seinen Textilgiganten blieb kaum einer übrig. Wenn es England im Unterschied zu manch anderen Weltmächten der Vergangenheit auch heute noch gut geht, so verdankt es das einerseits seinem Ölreichtum und seinem noch immer sehr bedeutenden Finanzsektor, andererseits der Europäischen Union.²

Für England lief der Niedergang der heimischen Industrien auf eine Epochenwende hinaus. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass Deutschland heute dieselbe Wende erlebt. Und nicht nur Deutschland. Das westliche Lager in seiner Gesamtheit ist von dieser Wende betroffen, also die frühindustrialisierten Länder Europas, die USA und Japan. In China und Indien, wo ein Drittel der Menschheit lebt, stehen neue Industriestätten und Dienstleistungszentren bereit, um den Europäern und Amerikanern alle Mühen der Produktion aus der Hand zu nehmen. Aber natürlich auch den damit verbundenen Gewinn. Eine junge, dynamische und opferwillige Bevölkerung wird von dem mächtigen Willen getrieben, sich endlich aus

¹ Vgl. den Artikel von ifo-Präsident Hans-Werner Sinn »Basar-Ökonomie Deutschland«, www.cesifo-group.de/pls/guest.

² Vgl. Kapitel »Sirenentöne einer Eisernen Lady«.

ihrer Armut zum Wohlstand emporzukämpfen. Wir dagegen halten nur noch auf kraftlose Weise am Errungenen fest. Wir sind nicht nur eine gealterte, sondern auch eine kaum noch solidarische und allgemein opferunwillige Gesellschaft, die in dem Bewusstsein erzogen wurde, dass der eigene Reichtum ein rechtmäßiges und gesichertes Erbe sei.

Manche sehen in diesem Stafettenwechsel einen unabwendbaren historischen Prozess. Es erscheint ihnen als durchaus normal, dass jüngere und willensstärkere Staaten uns, die Alten und Schwachen, verdrängen. Wir hätten uns damit abzufinden, dass unsere große Zeit hinter uns liege. Vor allem sei es vergeblich und sinnlos, wenn die Deutschen und die Angehörigen anderer westlicher Staaten versuchten, sich der Globalisierung entgegenzustemmen. Globalisierung sei unanfechtbar, unaufhebbar – ein Schicksal, das man akzeptieren müsse. Uns bleibe allenfalls die Chance, den Gürtel enger zu schnallen und damit den Abbau der eigenen Industrien und den Verlust von Arbeitsplätzen zumindest hinauszuzögern.

Der Grundton solcher Bekundungen ist Resignation. Widerstandslos lassen wir uns von außen die Gesetze unseres Handelns aufzwingen, aber wir tun dies in der herbstlichen Helle eines überlegenen, wenn auch altersmüden Bewusstseins.

Gibt es für uns keinen anderen Ausweg als die Resignation? Resignation läuft auf Selbstaufgabe hinaus. Die Frage sollte doch eigentlich anders lauten. Warum sind wir den angeblich jungen Staaten Asiens auf einmal so stark unterlegen? China ist heute zweifellos der ökonomisch dynamischste Staat auf dem Globus. Aber warum erscheinen uns China oder Indien als jung? Das Reich der Mitte ist mehr als viertausend Jahre alt. Noch vor einem Jahrhundert hat man China als müde und altersschwache Nation apostrophiert. Niemand hätte den Chinesen damals einen neuen Aufbruch zugetraut.

Und Deutschland? Verglichen mit dem chinesischen Reich muss man es als einen halbwüchsigen Staat bezeichnen. Seine Zivilisation begann nicht vor Karl dem Großen. Historisch gesehen ist China uralt und Deutschland ein junger Nachkömmling. Warum wirken die Deutschen heute dennoch müde und resigniert? Wie lässt sich dieser merkwürdige Widerspruch erklären?

So viel scheint sicher: Der Unterschied hat kaum etwas mit der Altersstruktur und noch weniger mit der Geschichte zu tun. Der ökonomische Abstieg des Westens und der bemerkenswerte Aufstieg des Ostens folgen keinem unerbittlichen Gesetz, wonach die einen als frische Helden auf der Bühne erscheinen, während die anderen verbraucht und abgearbeitet in die Kulisse abtreten müssen. Der Tatbestand ist viel schlichter. Chinesen und Inder haben ein Projekt, das die gesamte Bevölkerung einigt und zum gemeinsamen Handeln anspornt. Sie brauchen es nur konsequent zu verfolgen, um verlässlich und stetig in die Höhe zu steigen. Jeder

Schritt, den sie auf diesem Weg weitergehen, wird unmittelbar mit wachsendem Reichtum belohnt. Und dieser Zuwachs beschleunigt seinerseits die darauffolgenden Schritte. Einmal in Bewegung gesetzt, entfaltet der Prozess seinen eigenen mächtigen Antrieb.

Ganz anders ist die Situation in unserem Land. Seit zwanzig Jahren gibt es kein politisches Konzept, das die Gesamtheit der Bevölkerung einigen würde, schon gar keines, das, einmal angewendet, durch seinen Erfolg den nächsten Schritt als unausweichlich markiert. Im Gegenteil, sämtliche Rezepte, mit denen die Arbeitslosigkeit eingedämmt werden sollte, haben bis heute versagt. Und es besteht wenig Hoffnung, dass die große Koalition von 2005 hier mehr Erfolg haben wird. Sie betreibt eine Politik, die den Abbau von Wohlstand bedingt – durch mehr oder weniger radikale Kürzungen etwa bei den Lohnnebenkosten, im Gesundheitsbereich oder bei den Renten. Damit geht die fragwürdige Behauptung einher, dass diese Wohlstandsverminderung das einzig richtige Verfahren sei, um langfristig eine erneute Wohlstandsvermehrung zu erreichen. Es ist leicht zu begreifen, dass ein solches Projekt keine allgemeine Begeisterung auslöst, geschweige denn kollektive Energien mobilisiert. Alle gegenwärtig von Politik und Wirtschaft ergriffenen Maßnahmen lassen bei den Menschen nur den Eindruck zurück, dass bestenfalls spezifische Interessen gefördert werden, während der Wohlstand des Landes insgesamt mehr und mehr abnimmt.

Hier liegt der entscheidende Gegensatz zu den aufstrebenden Ländern. Es ist ein mentaler Gegensatz. Was dem Land fehlt, ist ein Projekt, das allen einleuchtet und den in der Bevölkerung schlummernden Energien eine gemeinsame Richtung verleiht. Doch statt eines Projekts haben wir nur Projekte. Genau das kennzeichnet unsere Ratlosigkeit – das Nebeneinander Tausender meist in schneller Folge wechselnder Vorhaben. Die Linken wollen etwas anderes als die Rechten, die Wirtschaft hat andere Interessen als die Bevölkerungsmehrheit. Die Regionen arbeiten gegen- statt miteinander, und der Einzelne blickt nur noch auf seine eigenen Ziele. Eine auf das Ganze gerichtete Politik gibt es nicht, die Folge ist eine allgemeine Entsolidarisierung. Energien werden nicht gebündelt, sondern in inneren Kämpfen verzehrt. Korruption, Drogenabhängigkeit und Kriminalität verschlingen einen wachsenden Teil der volkswirtschaftlichen Leistung. Sie sind die äußeren Kennzeichen widerstreitender Interessen und gegenläufiger Energien. Das heutige China ist deshalb so jung, weil es die vorhandenen Energien auf ein gemeinsames Ziel konzentriert. Deng Xiaoping brachte es für das Land und jeden Einzelnen seiner Bewohner auf eine einfache Formel: Alle dürfen guten Gewissens nach Reichtum streben.

Verglichen mit China ist Deutschland deshalb so alt, weil es keinen anderen Voratz kennt, als den Status quo zu erhalten. Es ist kein ermutigendes oder gar

begeisterndes Ziel, wenn der Einzelne sich nur noch eifersüchtig darum bemüht, seinen Besitzstand zu wahren – notfalls auch auf Kosten des Nachbarn.

Aber nicht nur die Deutschen, auch die anderen westlichen Industrienationen befinden sich heute in einem Zustand lähmender Ratlosigkeit. Am klarsten ist wohl bei den Amerikanern das Bewusstsein vorhanden, die Zukunft ökonomisch verloren zu haben. In den USA weiß man, dass die aufholenden Nationen mit ihrer auf Jahrzehnte billigeren Produktion die eigenen Industrien bedrohen und am Ende unweigerlich ins Abseits drängen werden. Man weiß es deshalb so gut, weil die überall im Land entstehenden Rustbelts (Rostgürtel), in denen nicht länger gebrauchte Industrieanlagen verkommen, diesen Prozess für jedermann sichtbar machen. Und jedermann weiß, wer dafür verantwortlich ist. Es sind die eigenen transnationalen Konzerne, die sich weltweit die billigsten Standorte suchen, um von dort aus den nordamerikanischen Markt zu erobern und die heimischen Industrien zu verdrängen. In den USA ist das Gegeneinander der sozialen Kräfte und Schichten besonders weit fortgeschritten. Zwischen oben und unten ist der Dialog nahezu abgerissen. An die 50 Prozent der Bevölkerung haben dem demokratischen Prozess praktisch den Rücken gekehrt, wie etwa bei der Präsidentenwahl im Jahr 2000 sichtbar wurde, aus der George W. Bush als Gewinner hervorging.

Viele Amerikaner sind entsetzt über die zunehmende Ausdünnung der industriellen Basis, auf der ihr früherer Reichtum beruhte. Denn das über dem europäischen Schnitt liegende Wachstum der US-Wirtschaft bringt den alten Wohlstand ja keinesfalls zurück. Es ist defizitfinanziert, das heißt durch Schulden ermöglicht. Längst sind die unheilvollen Auswirkungen des wirtschaftlichen Niedergangs überall in den USA spürbar. Sie schlagen sich in einer Armut der unteren Schichten nieder, die in manchen Gebieten so krass ist wie in Entwicklungsländern.³

Doch die Amerikaner glauben, einen Ausweg gefunden zu haben. Mit größter Entschlossenheit haben sie sich für eine Gegensteuerung entschieden, die man durchaus als nationales Projekt bezeichnen kann. Um dem eigenen Land auch bei zunehmend geschwächter ökonomischer Basis die Rolle der führenden Weltmacht zu sichern, sucht die Elite der USA ihr Heil in einer unangreifbaren militärischen Überlegenheit. Die amerikanische Supermacht soll auf Dauer durch den stärksten Militärapparat der Welt aufrechterhalten werden.

Dies ist das gegenwärtige amerikanische Projekt, für das Präsident Bush die massive Unterstützung der Rüstungsindustrie und der übrigen Wirtschaft besitzt. Aber auch einen Großteil der US-Bürger hat er eine Zeit lang dafür zu begeistern

³ Vor mehr als zehn Jahren schon fasste dies der Untertitel des Buches »The Endangered American Dream« von Edward Luttwak in einer bündigen Formel zusammen: How to stop the United States from becoming a Third-World-Country (auf deutsch unter dem Titel »Weltwirtschaftskrieg« erschienen).

vermocht. Die Vereinigten Staaten wollen den Globus als einzige Supermacht militärisch beherrschen. Sie brauchen – so die damit verbundene Erwartung – eine Auszehrung ihrer ökonomischen Kraft nicht länger zu fürchten, weil ihre Herrschaft und ihr Lebensstandard durch eine weit überlegene militärische Stärke garantiert werden. Das ist kein passives Projekt bloßer Besitzstandswahrung. Es bedeutet ein aktives Eingreifen in die internationale Politik mit dem Ziel, eine Kontrollfunktion über den Lebensstoff der industriellen Gesellschaft auszuüben – die Rohstoffe, in erster Linie das Öl.

Dem militärischen Projekt liegt die Einsicht zugrunde, dass die westliche Welt ihren gegenwärtigen Wohlstand vor allem den fossilen Rohstoffen verdankt. Sollten islamische Staaten, wie sie es im Laufe der siebziger Jahre schon zweimal versucht haben, den Ölhahn abdrehen, so gehen in den Industriestaaten im wörtlichen Sinne die Lichter aus, in den Fabriken kommen die Maschinen zum Stillstand, und auf den Autobahnen kann man spazieren gehen. Konsequenterweise, würde ein solches Ölembargo de facto eine Kriegserklärung bedeuten.⁴ Hungersnöte und Aufstände wären die Folge. Schon ein halbjähriges Stocken der Energiebelieferung von außen wäre fatal. Es würde Deutschland und andere westliche Staaten in die Steinzeit zurückfallen lassen.

Das nationale Projekt der Amerikaner soll diesen Ernstfall verhindern. Öl sei zu wichtig, um es allein den Arabern zu überlassen, meinte schon Henry Kissinger, US-Außenminister in den siebziger Jahren. Seitdem ist der Begriff Geostrategie zur Bezeichnung für eine Politik der Interventionen jenseits der eigenen Grenzen geworden. Es geht darum, den ökonomischen und politischen Handlungsspielraum anderer Staaten dem eigenen Rohstoffbedarf unterzuordnen. Im Sinne dieser neuen, weltumspannenden Offensive kommt es für die USA darauf an, ihre Streitkräfte an den richtigen Stellen zu positionieren – vor allem im Nahen Osten, im Gebiet des Kaspischen Meeres und weiter östlich bis nach Usbekistan. Die dahinterstehende Absicht ist klar. Wenn es der militärischen Supermacht gelingt, die Schaltstellen der globalen Rohstoffversorgung unter Kontrolle zu halten, dann scheint sie auf die Überlegenheit ihrer Wirtschaft nicht länger angewiesen zu sein. Die USA haben dann die Volkswirtschaften sämtlicher auf Fremdenergie angewiesenen Industriestaaten in der Hand.

Damit dieses Projekt das Land eint und mobilisiert, wird es der eigenen Bevölkerung und der übrigen Welt unter quasi-religiösen Beschwörungen verkündet. Amerika versteht sich als eine Kraft des Guten, die unter Einsatz ihrer

⁴ Der Überfall der Japaner auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 entsprach nicht in erster Linie dem Drang einer Diktatur nach Expansion. Nach Amerika konnte das kleine Japan schlechterdings nicht expandieren. Der Angriff war die Panikreaktion einer in die Enge getriebenen Regierung auf das im Herbst 1940 von US-Präsident Roosevelt und Englands Premier Churchill verhängte Ölembargo gegen den Inselstaat. Vgl. auch Hobsbawm, *Revolution*, S. 41.

militärischen Übermacht die verschiedenen Achsen des Bösen bekämpft. Aber wird diese Politik die erhofften Früchte tragen? Bei klardenkenden Köpfen stellen sich Zweifel ein. Die Sowjetunion brach 1991 zusammen, weil die Gesellschaft von der Last der Militärausgaben erdrückt worden ist. Selbst die überwältigende militärische Macht des Sowjetreiches vermochte die innere ökonomische Auszehrung nicht aufzuhalten.

Die daraus zu ziehende Lehre sollte eigentlich für jedermann deutlich erkennbar sein. Das russische Beispiel hat aller Welt vor Augen geführt, dass ein überbordender Militärapparat, wenn er auf einer schrumpfenden Wirtschaft ruht, eine nicht nur nutzlose, sondern sogar kontraproduktive Investition darstellt. Die Überdehnung der eigenen Kräfte führt dann den Zusammenbruch umso schneller herbei. Das Eingreifen im Irak – die direkteste Form der Rohstoffkontrolle – belastet die Vereinigten Staaten gegenwärtig mit zusätzlichen Ausgaben von 50 Milliarden Dollar pro Jahr. Weitere Kriege würde die amerikanische Wirtschaft kaum mehr verkraften.

Dennoch übt das nationale Projekt der Amerikaner eine so große Verführungskraft aus, dass es mittlerweile auch die Europäer in seinen Bann zu ziehen beginnt. Obwohl die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder und das »alte« Europa sich dem Irakkrieg nicht anschließen mochten, deuten viele Anzeichen darauf hin, dass die Europäische Union mehr und mehr in den Sog der von George W. Bush betriebenen Politik militärischer Drohgebärden gerät. Auch bei uns fasziniert die Idee, einen militärischen Riegel vor die verfallende Wirtschaftsmacht zu schieben – umso mehr, als die Abhängigkeit Deutschlands und ganz Europas von ausländischer Energieversorgung noch größer ist als die der Vereinigten Staaten. Besonders aus diesem Grund scheint auch für die EU das Vorhaben nahe zu liegen, die bisherige Stärke und den errungenen Wohlstand durch militärische Kontrolle der Rohstoffquellen zu sichern. Ein deutscher Verteidigungsminister hat das Signal für die veränderte Weichenstellung bereits gegeben. Er hat unmissverständlich gefordert, die Interessen Deutschlands weit außerhalb seiner Grenzen, etwa am Hindukusch in Afghanistan, zu verteidigen. Das sind neuartige Töne, die bis in die achtziger Jahre aus dem Munde deutscher Politiker nicht zu hören und wohl auch undenkbar waren.

Das gegenwärtige Projekt der Amerikaner ist einerseits brandgefährlich, andererseits wird es sich in naher Zukunft als sinnlos erweisen. Und noch viel sinnloser wäre es, wenn Deutschland und Europa dieses Projekt imitierten. Selbst mit einer Aufblähung ihrer Rüstung in astronomische Dimensionen sind die rohstoffabhängigen Staaten ohnmächtig gegen ein physikalisches Faktum. An der Begrenztheit der Rohstoffvorräte vermögen sie nichts zu ändern – weder mit der Drohung noch mit dem Einsatz von Waffengewalt. Was speziell die Ölförderung angeht, so

dürfte sie bis zum Jahr 2010 ihren Höhepunkt (»peak oil«) überschreiten. Die am leichtesten nutzbare Hälfte des weltweit vorhandenen Öls ist dann für alle Zeiten verbraucht. Und der Rest lässt sich nur zu ungleich höheren Kosten erschließen. Wegen der global beschleunigten Industrialisierung wird er schon in den kommenden zwanzig bis dreißig Jahren erschöpft sein. Kohle steht zwar weit länger zur Verfügung, aber ihr Einsatz verschärft die CO₂-Belastung der Atmosphäre. Sie stellt daher keine wirkliche Alternative dar.

Vor diesem Hintergrund sind alle Industrienationen Verlierer – die jetzt noch üppig lebenden Staaten des Westens ebenso wie die asiatischen Nachzügler, die unter gewaltigen Anstrengungen zu den Pionieren aufzurücken versuchen. Länder wie Indien oder China erleiden sogar einen noch größeren Schaden, weil sie die Arena des internationalen Wettrennens zu spät betreten haben. Erst in dem Augenblick nämlich, als in lebenswichtigen Rohstoffsektoren die Hälfte der Reserven von ihren Vorgängern bereits verbraucht worden ist.

Diese Perspektive sollte zu denken geben. Kaum geboren, ist das militärische Projekt zu einem absurden Spiel mit dem Feuer geworden. An der Zukunft der Rohstoffversorgung kann es nichts ändern. Sehr wohl aber könnte unser aller Zukunft dadurch in kommenden Ressourcenkriegen eine tödliche Bedrohung erfahren.

Bleibt uns also doch nur die Resignation? Keineswegs. Es gibt ein Projekt, das einen wirklichen Ausweg verspricht. Ein Projekt, das nicht auf Drohungen beruht, nicht den nationalen Egoismus beschwört und auf diese Weise auch noch den Terrorismus fördert. Statt die Gegensätze zwischen Arm und Reich zu verschärfen, sorgt es für einen Ausgleich zwischen Habenichtsen und reichen Nationen. Die einen müssen nicht länger fürchten, dass ihrem Aufstieg die geballte Militärmacht des Westens entgegensteht. Der Westen wiederum stellt die Grundlage dafür her, seinen drohenden Abstieg aufzuhalten. Es ist ein Projekt des Friedens, das seine Verfechter dennoch nicht schwach und wehrlos macht, sondern sie langfristig sogar stärkt, ein Projekt, das die Mitwirkung aller zu mobilisieren und eine schichtenübergreifende Einigkeit herzustellen vermag, weil es eine Lösung verspricht, die letztlich allen zugutekommt.

Die Lösung für das Problem schwindender Energieressourcen liegt darin, sie nicht mehr wie bisher aus fossilen Quellen zu schöpfen, sondern diese Rohstoffe selbst zu erzeugen. Wir müssen sie mit Hilfe der Sonne als erneuerbare Energien gewinnen. Die Energiewende ist Gegenstand dieses Buches.

Die Solarrevolution ermöglicht die energetische Selbstversorgung. Sie macht Staaten unabhängig von fossilen oder nuklearen Lagerstätten irgendwo fern in anderen Teilen des Globus. Technologisch bedeutet der Wechsel durchaus keinen Sprung ins Ungewisse. Er liegt im Gegenteil wissenschaftlich-technisch so nahe, dass eine nüchtern kalkulierende US-Behörde wie die Federal Emergency

Management Agency (FEMA), die nationale Koordinationsstelle für Notfallhilfe, in einer Studie von 1980 der Regierung Carter ausdrücklich die volle Umstellung auf erneuerbare Energien bis 2050 empfahl.⁵ Schon damals betrachtete man das Problem, wie sich fossile Rohstoffe durch die Nutzung der Sonne ersetzen lassen, als prinzipiell gelöst. Hätte Ronald Reagan, der 1981 US-Präsident wurde, Carters visionäre Politik fortgesetzt, wären die Vereinigten Staaten heute ein Vorbild für die übrige Welt.

Damals wie heute gilt: Eine reiche westliche Industrienation, welche die Umstellung zum nationalen Projekt erklärt, kann die energetische Selbstversorgung innerhalb von zwei, drei Jahrzehnten erreichen, wenn sie ihr gewaltiges Investitionspotential von den fossilen und nuklearen Energielieferanten in den Aufbau erneuerbarer Energiequellen lenkt (Solarzellen und -kollektoren, Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie). In einer Zeit wahrhaft prometheischer technologischer Umwälzungen, in der es einem Agrarland wie China gelingt, innerhalb von kaum mehr als zwanzig Jahren Zehntausende von hochentwickelten industriellen Betrieben gleichsam aus dem Boden zu stampfen, erfordert es einen vergleichsweise bescheidenen Aufwand, die Energiegewinnung der reichen Nationen Europas auf Solarquellen umzustellen.⁶ Das hierzu erforderliche Wissen steht in Form von Forschungsarbeiten und populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen der Allgemeinheit zur Verfügung. Es bedarf nur eines nationalen Willens, einer kollektiven Überzeugung und Anstrengung, um die Wende herbeizuführen.

Was wir brauchen, ist eine solare Revolution.

Eine Revolution? Dieser Begriff würde doch ziemlich überzogen erscheinen, wenn es bei der Energiewende nur um eine technologische Umstellung ginge. Die Bürger kümmert es wenig, woher sie den täglichen Strom und den Kraftstoff für Fahrzeuge und Heizungen beziehen. Doch der technologische Aspekt spielt letztlich auch nur eine untergeordnete Rolle. Ich werde ihn daher in diesem Buch nur am Rande berühren und stattdessen auf die zu diesem Thema reichlich vorhandene Literatur verweisen. Das eigentliche Problem liegt nicht im Bereich der Technik. Die Hemmnisse, die dieser Wende entgegenstehen, sind in größerer Tiefe verankert. Nicht die Technik bildet die eigentliche Barriere für die solare Revolution, sondern die menschliche Psyche zusammen mit den vorhandenen

⁵ Vgl. Kapitel »Das ABC der Energieautonomie«.

⁶ Jede Energie, die auf die Einstrahlung von Sonne zurückgeführt werden kann, wird als solar bezeichnet. Solaren Ursprungs ist deshalb die Windenergie ebenso wie der Strom aus Solarzellen und die Energie aus Wärmekollektoren. Solaren Ursprungs sind aber auch Kohle, Gas oder Öl, nur eben nicht erneuerbar. Deswegen werden sie im üblichen Sprachgebrauch nicht dazugerechnet, wenn von einer solaren Wende die Rede ist. Die Geothermie stellt einen Sonderfall dar, weil sie vorwiegend auf atomaren Zerfallsvorgängen im Inneren des Erdkerns beruht. Sie zählt nicht zu den solaren, wohl aber zu den erneuerbaren Formen der Energie.

politischen und sozialen Strukturen. Und insofern ist es richtig, im Übergang zur solaren Gesellschaft eine echte Revolution zu erblicken.

Denn wir müssen dabei einen radikalen Bruch mit den Denkgewohnheiten der Vergangenheit vollziehen. Die sogenannten Realisten in unserer Mitte bilden nach wie vor eine Mehrheit. Ihnen erscheint das Festhalten an der militärischen Option angesichts des wirtschaftlichen Abstiegs der westlichen Länder unausweichlich. In der Vorstellung, dass Staaten politische und ökonomische Bedingungen herstellen könnten, in denen sie weder andere bedrohen noch von diesen eine Bedrohung erfahren, sehen sie bestenfalls utopisches Wunschdenken. Ein nationales Projekt der militärischen Mobilisierung, wie es die Amerikaner gegenwärtig betreiben, liegt ihrem Weltbild viel näher. Sie akzeptieren die Aufrüstungsalternative als realistisch, auch wenn sie ahnen, dass dieses Projekt einerseits sinnlos ist und andererseits existentielle Gefahren für die Zukunft heraufbeschwört. Zu einem solchen Denken sind sie seit Hunderten von Jahren konditioniert. In Wirtschaft und Politik sprechen alle von Aggression als Voraussetzung des Erfolgs. Das Machtsyndrom hält ihr Denken in Bann. Tatsächlich beherrscht es die Psyche der Menschen so gründlich, dass Individuen wie Staaten in der Regel eher bereit sind, im Kampf mit Rivalen den eigenen Untergang zu riskieren, als den Vorteil überlegener Stärke an die anderen abzugeben.

Das Machtsyndrom – das Wettrennen der Nationen um ökonomischen und militärischen Vorrang – ist das bedrohliche Gespenst unserer Zeit. Die Energiewende verdient deswegen die Bezeichnung Revolution, weil sie dieses Gespenst zu vertreiben vermag. Sie eröffnet einen Ausweg aus dem allgemeinen Wettlauf und damit eine Perspektive des Friedens. Weder Staaten noch Individuen leben in einem Zustand naturhafter Aggression. Aggression entsteht wesentlich durch Abhängigkeiten, die zu schwer lösbaren Interessenkonflikten führen. Aggression entsteht aus dem Wettrennen der Nationen, das mehr und mehr zu einem Kampf um die letzten Ressourcen wird. Wir müssen unseren Energiebedarf vor Ort befriedigen – dann hören wir auf, eine Bedrohung für unsere Nachbarn zu sein, und brauchen auch keine Bedrohung von ihrer Seite zu fürchten.

Damit ändern sich die Fragen, die wir an die Zukunft stellen. Bislang wurden sie stets unter den Bedingungen des Machtsyndroms formuliert. Wer wird künftig der ökonomisch stärkere, der militärisch mächtigere, der ideologisch besser gewappnete Staat sein? Wer wird im Darwin'schen Überlebenskampf der Nationen der Erfolgreichste sein? Und umgekehrt, wie verhindern wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, bei diesem Rennen in Verzug zu geraten? So lauten bis heute die politisch entscheidenden Fragen. Tatsächlich aber gibt es im nuklearen Zeitalter der potentiellen Selbstauslöschung nur eine einzige wirklich wichtige Frage.

Sie lautet: Wie können wir den Zwängen des Machtsyndroms entkommen, um gemeinsam zu überleben?

Ein Staat, der die solare Wende vollzieht, tritt aus dem Wettrennen der Nationen aus. Er gibt den anderen die Richtung vor, wie die gemeinsame Zukunft aussehen könnte. Im ersten Abschnitt dieses Buches (*Warum Deutschland alt ist und China jung*) versuche ich eine klinische Diagnose unserer gegenwärtigen Situation, um die Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs zu beleuchten. Im zweiten Abschnitt (*Volkskrankheit Pessimismus*) gehe ich dann auf die Auswirkungen dieses Niedergangs auf unser tägliches Leben ein. Der folgende Teil (*Fossile Dämmerung – ein Strohfeuer erlischt*) stellt diese Entwicklung in den weiteren Zusammenhang der Rohstoffverknappung, bevor der vierte Abschnitt die zu erwartenden und heute schon sichtbaren weltpolitischen Konsequenzen thematisiert (*Die Pulverfässer werden gefüllt*). In Teil fünf dringe ich zum Kern der Analyse vor, den geistigen Ursachen, die dem Wettrennen der Nationen zugrunde liegen (*Sonnenfinsternis unter dem Machtsyndrom*). Im letzten Teil zeige ich schließlich, wie die Routine des Machtsyndroms überwunden werden kann und warum die Angst vor diesem Schritt unbegründet ist (*Wende*).

Ein Problem bleibt dennoch bestehen, es wurde gleich zu Anfang benannt – die deutsche Misere, die sich in Staatsverschuldung, leeren Rentenkassen, einem kaum noch bezahlbaren Gesundheitssystem und vor allem einer enormen Arbeitslosigkeit manifestiert. Dass sich die Gefahr von Ressourcenkriegen durch ein nationales Projekt der Energieautonomie abwenden lässt, dafür gibt es überzeugende Gründe. Aber darf man sich zu der Behauptung versteigen, die deutsche Misere sei durch Windräder und Solarzellen zu kurieren?

Sicher nicht. Keines der oben genannten Übel hat seine Ursache in unserer bedrohlichen Abhängigkeit von fremden Energieressourcen. Doch eins steht fest – keines der Probleme werden wir lösen, ohne uns von dieser Abhängigkeit zu befreien. Denn heute sind wir gezwungen, in der Konkurrenz mit asiatischen Billig-anbietern die Preise unserer Produkte, die Kosten unserer Arbeit wie unseres Gesundheitssystems und unsere Steuern immer weiter zu senken. Es bleibt uns nichts anderes übrig, weil wir jetzt schon – und in Zukunft wird das noch sehr viel mehr der Fall sein – mit diesen Anbietern um dieselben versiegenden Rohstoffe kämpfen. Und eben deswegen kommen wir, statt in eine echte Dienstleistungsphase einzutreten, aus der Etappe des Ausverkaufs unserer industriellen Basis nicht mehr hinaus. So gesehen hat das hier verlangte nationale Projekt sehr viel mit der deutschen Misere zu tun.

Dieses Buch eröffnet damit eine doppelte Perspektive. Einerseits beschreibt es die Entwicklung unseres Landes für den Fall, dass wir die abschüssige Bahn des ökonomischen Ausverkaufs bis zu ihrem Ende weiter beschreiten. Wo werden wir

dann in Zeiten des globalisierten Wettbewerbs in zehn bis zwanzig Jahren stehen? Da wir inzwischen einen recht guten Überblick über die Entwicklung industrieller Gesellschaften während der vergangenen zwei Jahrhunderte besitzen, fällt die Antwort ziemlich eindeutig aus.

Dieser wenig erfreulichen Aussicht stellt das Buch die Perspektive der Hoffnung und eines neuen Aufschwungs entgegen: die Energiewende als geistige Revolution und nationales Projekt. Es plädiert für einen Aufbruch wie in den fünfziger Jahren, für ein neues Wirtschaftswunder. Damals gelang es Deutschland, sich aus bestehender Not zu befreien. Heute ist die Aufgabe mindestens ebenso groß. Es geht darum, kommende Not zu verhindern.

Warum Deutschland alt ist und China jung

Deutschland, mit ihm aber auch die anderen westlichen Staaten, ist ökonomisch in eine Sackgasse geraten. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs hat unser Land eine stürmische Aufwärtsentwicklung durchlaufen, heute ist seine Wirtschaft von Stagnation bedroht, und seine Bürger blicken voller Sorge in eine unsichere Zukunft. Sie haben auch Grund dazu, denn für die meisten Deutschen haben sich die Lebensbedingungen während der letzten zwanzig Jahre deutlich verschlechtert. Und sie leben mit der beklemmenden Ahnung, dass diese Verschlechterung nur den Anfang bedeutet.

Wie konnte es dazu kommen? Warum gerät ein schon erworbener Reichtum in einem bestimmten Stadium der Entwicklung in Gefahr und wird dann wieder abgebaut? Wer diesen Prozess verstehen will, muss ein Stück weiter in die Vergangenheit schauen, um den typischen Verlauf der Industrialisierung seit Anfang des 19. Jahrhunderts zu überblicken. Dann nämlich springt ins Auge, dass unsere gegenwärtige Situation kein Sonderfall, sondern vielmehr die Regel ist. Im Wettrennen der Nationen sind der Aufstieg der einen und der Abstieg der anderen sozusagen vorprogrammiert. Es gibt in diesem Prozess fortwährend jugendliche und altersschwache Nationen, ohne dass diese Eigenschaften in Beziehung zu ihrer jeweiligen historischen Vergangenheit stehen. Wenn wir wissen wollen, warum die Deutschen gegenwärtig zu den altersschwachen gehören, während die historisch uralten Völker Indiens und Chinas sich offenkundig durch ihre Jugendlichkeit auszeichnen, dann müssen wir Ursachen und Wirkungen dieses Prozesses kennen.

Es fällt auf, dass die Industrialisierung drei deutlich getrennte Phasen durchläuft – eine Phase der Armut, eine Phase des Reichtums und einen Abstieg, der neuerlich Armut bringt, wenn auch zunächst noch auf hohem Niveau. Phase eins beginnt mit der Ausbeutung überzähliger Menschen, die auf dem Land keine Arbeit finden und massenhaft in die Städte strömen. In Phase zwei wird der Wohlstand auf die Bevölkerungsmehrheit verteilt, der Sozialstaat kann entstehen. Jetzt wird die ursprüngliche Armut durch ein Maximum staatlicher Fürsorge abgelöst. Die Phase drei, in der wir uns gegenwärtig befinden, führt von der erlangten Wohlstandsstufe wieder in die Rücksichtslosigkeit des Anfangs zurück.

Die erste Phase kann man positiv *Schwellenzeit* nennen, negativ aber auch als *Ausbeutungszeit* bezeichnen. Sie hat in Karl Marx ihren genialen Deuter und bis heute unübertroffenen Darsteller gefunden und mit dem Sozialismus die politische Forderung nach Menschlichkeit gegenüber den Schwachen hervorgebracht. So grausam die Schwellenzeit damals mit den Menschen verfuhr, bleibt doch bis heute fraglich, ob sich diese Härten wesentlich hätten mildern lassen. Im England

des ausgehenden 18. Jahrhunderts war die allgemeine Kaufkraft noch gering. Die Industrialisierung hatte ja eben erst eingesetzt. Industrielle Erzeugnisse konnten in breiteren Bevölkerungsschichten daher nur dann Käufer finden, wenn ihre Preise sehr niedrig waren. Also mussten die Löhne ebenfalls bei einem Minimum liegen. Auch eine menschenfreundlichere, weniger auf den eigenen Vorteil versessene Bourgeoisie hätte daran vermutlich nur wenig zu ändern vermocht.

Für die kaum vermeidbare Härte der Schwellenphase sprechen auch die Parallelen in unserer Zeit. Die Verhältnisse im heutigen China ähneln denen des damaligen England. Solange China sich in der Schwellenphase befindet, überflutet es den Weltmarkt mit Waren, die alle schon in Europa und Amerika erzeugt worden sind oder dort auch jetzt noch hergestellt werden. Um sie dennoch in westlichen Staaten absetzen zu können, müssen die Chinesen sie zu wesentlich billigeren Preisen anbieten. Wären die Menschen in China nicht bereit, ihre Arbeit für Kulilöhne und unter erbärmlichen Umweltbedingungen zu verkaufen, hätten sie überhaupt keine Chance.

Die Bevölkerung ist während der Schwellenphase im doppelten Sinne jung. Einmal, weil die immer noch weit überwiegende Landbevölkerung traditionell sehr kinderreich ist und die Menschen kein besonders hohes Alter erreichen. Zweitens aber auch deshalb, weil die Industrialisierung allen anfänglichen Härten zum Trotz ein besseres Leben verheißt und die Menschen mit Optimismus erfüllt. Sie haben das einfache Projekt, ständig voranzukommen und dabei reich zu werden. Fast alle leben in dem Gefühl, dass die eigene Lage sich nur verbessern könne.

Auf die Schwellen- oder Ausbeutungsphase folgt eine zweite Etappe – die *Verteilungs-* oder *Sozialstaatsphase*. Sie steht zur ersten in größtmöglichem Gegensatz. Denn sie ist das Ergebnis einer erfolgreichen Industrialisierung, die nun ihrem Höhepunkt zustrebt und diesen eine Zeit lang gegen alle Konkurrenten verteidigt. Die Zusammensetzung der arbeitenden Bevölkerung hat sich in der Zwischenzeit deutlich verändert. In der Ausbeutungsphase machten die Industriearbeiter im Verhältnis zu einer noch überwiegend aus Bauern bestehenden Bevölkerungsmehrheit zunächst nur einen geringen Teil aus. Auf der Flucht vor dem Hunger waren sie vom Land in die Städte geströmt, bereit, dort Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Die Fabrikbesitzer brauchten auf ihre Forderungen daher keine Rücksicht zu nehmen. Immer mehr Menschen drängten nach Arbeit, ohne nach den Bedingungen zu fragen.

Das änderte sich grundlegend in der Verteilungsphase. Zahlenmäßig hatten sich die in der Industrie beschäftigten Menschen nun zur stärksten Klasse entwickelt. Von Beginn bis Mitte des 20. Jahrhunderts stellten Arbeiter etwa die Hälfte der

erwerbstätigen Bevölkerung.⁷ Das versetzte sie in die Lage, mit Streiks und anderen Kampfmaßnahmen ihre Rechte massiv einzufordern.

Dieses Selbstbewusstsein einer neuen und erstarkenden Schicht bekam auch der Staat zu spüren. Ohne ihre angemessene Teilhabe am Wohlstand konnte er sich nicht länger auf die Solidarität der mächtigen Arbeiterschaft verlassen. Käme es zu inneren Unruhen, würde er anderen Nationen gegenüber in Nachteil geraten. In Europa erkannte Bismarck dies als erster. Durch seine populären Sozialgesetze⁸ gelang es ihm, die Fabrikarbeiter an Kaiser und Vaterland zu binden. Es ging darum, den Nationalstaat im Wettbewerb mit anderen Ländern als Solidargemeinschaft zu stärken.

So ist auch zu erklären, dass die Fürsorge unter Hitler noch umfassender war. Dank der Plünderung ganz Europas waren die Unterstützung für die Ehefrauen der in den Krieg gezogenen Männer und die Renten für Soldatenwitwen so großzügig bemessen, dass dadurch ein möglicher Grund für Widerstand gegen die Eroberungspolitik des Regimes ausgeschaltet wurde.⁹ Hitler hatte sein Programm in zwei Vokabeln zusammengefasst: Es war national, und es war sozialistisch. Solange die Deutschen sich dazu verstanden, ihr Leben für den Staat, und das hieß in diesem Fall: für Hitler persönlich, zu opfern, war der Diktator bereit, jedes einzelne Glied des »Volkskörpers« zu versorgen. Die Unterwerfung sämtlicher Menschen unter die Zwecke des Staates erreichte einen zynischen Höhepunkt, als die Nazis ihn zu einer bloßen Kriegsmaschine gegen andere Staaten degradierten.

Hitlers Sozialstaat – denn das war er in Ideologie und Realität – sorgte für eine breit gestreute Verteilung des nationalen Reichtums. Er tat dies allerdings um den Preis, dass die Menschen Leib und Seele an den Diktator verkauften. Kaum zeigte sich, dass die Deutschen nicht willens oder nicht fähig waren, im Kampf mit den anderen die darwinistische Auslese zu bestehen, wünschte Hitler ihnen den Untergang. Sie waren in seinen Augen nicht wert, weiter zu existieren.¹⁰

Aus den Trümmern des Krieges ging der Sozialstaat in neuer Gestalt hervor. Dem unheilvollen Wettrennen der europäischen Nationen um die größte ökonomisch-militärische Macht hatten die erlittenen Verwüstungen ein Ende gesetzt. Der Reichtum wurde jetzt um seiner selbst und um der Menschen willen gesucht, nicht

⁷ Sie wurden als zahlenmäßig größte Gruppe erst Mitte der achtziger Jahre von den Angestellten abgelöst.

⁸ Unter Bismarck wurden nacheinander drei bedeutende Sozialversicherungen eingeführt: die Krankenversicherung 1883, die Unfallversicherung 1884 und fünf Jahre später die Alters- und Invaliditätsversicherung. Damals waren diese Maßnahmen einzigartig. Zum ersten Mal gab es staatliche Garantien für Arbeiter, also die große Masse besitzloser Menschen.

⁹ Der von Götz Aly in seinem Buch »Hitlers Volksstaat« vertretenen These, wonach das Dritte Reich eine sozialstaatliche Politik der Gefälligkeiten betrieb, leuchtet ein. Die vom Autor daraus gezogenen Folgerungen vermögen weniger zu überzeugen. Vgl. Michael Wildt (»Vertrautes Ressentiment«, Die Zeit, 4.5.2005, Nr. 19): »Wer behauptet, die nationalsozialistische Volksgemeinschaftspolitik sei, wenn nicht in ihren Mitteln, so doch in ihren Zielen mit dem modernen Sozialstaat identisch, steht mit einer solch denunziatorischen Kritik der Moderne denen, die er zu kritisieren glaubt, näher, als er denkt«.

¹⁰ Siehe Haffner, Anmerkungen, S. 139.

um den Staat nach außen zu stärken. Die ersten drei Nachkriegsjahrzehnte bildeten eine Ausnahmezeit für Deutschland und seine Nachbarn. Der Wohlstand der Bürger wurde mit allen Mitteln gefördert, aber es thronte kein Staat über ihnen, der als Gegenleistung die Unterwerfung unter nationale Zwecke erzwang. In diesen »goldenen« Nachkriegsdekaden war der Einzelne vielleicht weniger als jemals zuvor eine von oben manipulierte Ziffer, ein Stück »Menschenmaterial«. Jedenfalls weniger als irgendwann seit Beginn der industriellen Revolution.

Auch in politischer Hinsicht zeigen die beiden ersten Entwicklungsphasen deutliche Kontraste. Die Schwellenzeit der beginnenden Industrialisierung mit ihrer mehr oder minder starken Ausbeutung der unteren Schichten vertrug sich schlecht mit demokratischer Mitbestimmung. Warum sollten die begüterten Klassen ohnmächtigen und abhängigen Menschen, von denen sie nichts zu befürchten hatten, Mitbestimmung gewähren? Freiwillig wird Macht selten abgegeben. Erst als die abhängig Beschäftigten zu einer Bevölkerungsmehrheit wurden und leicht Protestaktionen organisieren konnten, weil sie sich in den großen Fabriken zu Tausenden konzentrierten, wurde ihnen das Recht auf politische Repräsentation und Mitsprache in den Betrieben zugestanden. In der Verteilungsphase wurden so aus ehemaligen Arbeitstieren mündige Bürger. Eine derartige Entwicklung lässt sich nahezu in allen Industriestaaten verfolgen, von Europa über die USA bis nach Japan.

Dabei kam es nicht zwangsläufig zur Entstehung von Demokratien. Doch musste man der Bevölkerungsmehrheit zumindest soziale Sicherheit bieten, wenn man ihr schon keine politische Mitbestimmung gewährte. So ist Singapur zum Beispiel keine Demokratie, wohl aber ein Sozialstaat. Der Letztere kann also durchaus ohne die Erstere existieren. Was speziell die Bundesrepublik und ihre westlichen Nachbarn betrifft, so haben sie nach Kriegsende beides in hohem Maße genossen: lebendige Demokratie und soziale Sicherheit für die gesamte Bevölkerung.

Eine klinische Diagnose

Doch auch die Verteilungs- oder Sozialstaatsphase war keineswegs ein irdisches Paradies. Sie zeigte schon bald ihre Schattenseiten. So ließ etwa der vermehrte Konsum eine gewisse Ähnlichkeit mit Geschenken der Mafia erkennen – wie diese durfte er auf keinen Fall abgelehnt werden. Tatsächlich rückte das Konsumieren nun zur ersten Bürgerpflicht auf. Ohne seine stetige Steigerung ging die Zahl der Arbeitsplätze zurück, weniger Arbeitsplätze bedeuteten sinkende Einkommen, und sinkende Einkommen drosselten ihrerseits den Konsum. Das war ein Teufelskreis, der den industrialisierten Ländern gerade in der Wohlstandsphase mehr und mehr Kopfzerbrechen bereitete. Eine eigene Wirtschaftssparte,

die mächtige Werbebranche, hatte schon seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dafür zu sorgen, dass die Bürger in einem fort konsumierten.

Das Konsumieren wurde sozusagen ein Lebenszweck für den Einzelnen, während das Gemeinwesen es zu einem Staatszweck erklärte. Ohne einen Konsum, der die Produktion ständig am Laufen hielt, drohte ein Land auf der Skala der erfolgreichen Staaten an Rang einzubüßen. Der Konsum wurde zu einem Ziel an sich aufgewertet, ganz unabhängig von den jeweils bestehenden Ansprüchen und auch ohne Rücksicht darauf, ob er überhaupt noch zusätzliche Befriedigung verschaffte. Die große Wirtschaftsmaaschinenrie verlangte einen unaufhörlichen Absatz ihrer Produkte – davon hingen jetzt Volkseinkommen und Beschäftigung ab.¹¹

So geriet die Gesellschaft, eingeschworen auf ewiges Wachstum, unter die Peitsche der Ökonomie. Der Zauberlehrling hatte die magische Formel des Wohlstands entdeckt und ausgesprochen. Als er dann merkte, welche Kräfte dabei entfesselt wurden, wusste er nicht, wie er sie bändigen sollte. Natürlich ist heute den meisten Menschen bewusst, dass in einer endlichen Welt auch das Wachstum notwendigerweise an Grenzen stößt. Doch solange Rohstoffe noch verfügbar erscheinen, halten alle nur zu gern an der Vorstellung fest, es würde auch in Zukunft immer so weitergehen. Blindlings gehen sie davon aus, dass die Wundermaschine der Produktion und der steigenden Einkommen mit jedem Jahr auf höheren Touren läuft.

Damit kommen wir zur dritten und letzten Phase, in der wir uns heute befinden. Die Wundermaschine begann auf einmal zu stocken. Zunächst allerdings noch keineswegs deshalb, weil die Wirtschaft auf das Problem versiegender Rohstoffe gestoßen wäre. Solche Bedenken ließen sich scheinbar leicht widerlegen. Zum Beispiel beim Öl. Im Verhältnis zur allgemeinen Kaufkraft gingen die Ölpreise nach den beiden Krisen der siebziger Jahre bis in die neunziger Jahre sogar zurück und erhöhten sich bis 2004 nur unwesentlich. Der Grund für den Beginn der dritten und letzten Etappe, die positiv *Dienstleistungsphase* genannt wird, während sie in negativer Betrachtung die Bezeichnung *Ausverkaufsphase* verdient, liegt auf einer anderen Ebene: Das Verhalten der Eliten ändert sich.

In der Sozialstaatsphase haben sie den unteren Schichten weitgehendes Entgegenkommen gezeigt – und zeigen müssen. In der Ausverkaufsphase aber können sie es sich erneut leisten, auf die Solidarität mit der Bevölkerungsmehrheit zu verzichten. In zunehmendem Maße handeln sie nun gegen die Interessen der Mehrheit. Das lässt sich für sämtliche westliche Nationen nachweisen, nicht nur für Deutschland. Der Grund für das neuartige Verhalten ist nicht psychologischer Art. Die Elite hat nicht etwa von einem Tag auf den anderen ihre Natur geändert.

¹¹ Näher ausgeführt in Jenner, Pyramidenspiel.

Diesem in allen frühen Industrienationen auftretenden Wandel liegt eine objektive Ursache zugrunde – der nachlassende Massenkonsum.

Die Zusammenhänge sind einfach und auch für ökonomische Laien verständlich. Offensichtlich besteht eine grundlegend andere Situation, wenn ein aufstrebender Staat wie das heutige China (oder das sich gegen Mitte des 19. Jahrhunderts gerade industrialisierende Deutschland) damit beginnt, elementare Bedürfnisse der Bevölkerung zufrieden zu stellen. Dann braucht der Konsument nicht mit Hilfe einer gigantischen Werbeindustrie zum Kauf animiert zu werden. Auch ohne Reklame stürzt er sich auf die ersten Nähmaschinen und Bügeleisen, die ersten Waschmaschinen und Autos, die ersten Radios und Fernsehgeräte, die ihm alle wie wahre Wunder erscheinen. Diese Neuheiten finden reißenden Absatz. Sie verkaufen sich sozusagen von selbst. Doch damit ist es in der dritten Phase vorbei. Alles Notwendige haben die Bürger bereits erworben und ungeheuer viel Überflüssiges dazu. Sosehr sie die Werbung auch weiterhin zum Kauf zu überreden versucht, sie sind nicht länger bereit, ihren Konsum auszuweiten.

In diesem Stadium, das die ökonomische Wissenschaft mit dem Begriff des »gesättigten Marktes« beschreibt, fällt es den Unternehmen zunehmend schwer, ihre Waren im Inland abzusetzen. Und ebenso schwer fällt es den Investoren, ihr Geld im Inland noch lohnend anzulegen. Sie werden dort nur noch mit kümmerlichen Renditen belohnt. Schon im Jahr 1982 beklagte der SPD-Politiker Horst Ehmke im deutschen Bundestag, dass »die Firma Daimler-Benz ... an ihren Einnahmen aus Vermögen, vor allem an Zinseinnahmen, mehr verdient als am Verkauf der Lkw- und Pkw- Produktion. Ähnliches gilt für andere Großunternehmen.«¹² Mit anderen Worten: Das eigene Land ist für die heimische Elite nun ökonomisch überaltert, weil es immer weniger Profite verspricht.

Dagegen lassen sich phantastische Gewinne außerhalb seiner Grenzen in aufstrebenden Ländern mit ihren enormen Wachstumsraten erzielen. Vor einiger Zeit gehörten die sogenannten asiatischen Tigerstaaten – Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan – zu diesen bevorzugten Anlageländern. Heute sind es China und Indien. Die Folgen waren vorauszusehen. Gerade die reichsten und deshalb mobilsten Geldbesitzer investieren ihr Kapital nicht mehr – oder doch in zunehmend geringem Maße – im eigenen Land, immer mehr dagegen in Ländern mit hohen Wachstumsraten.¹³ Wenn sie jedoch in Deutschland oder anderen westlichen Ländern ihr Kapital anlegen, dann suchen sie gezielt nach solchen Firmen,

¹² Das Parlament, 23.10.1982, S. 7. Der gleiche Vorgang spielt sich in den USA ab: »General Motors ... verdient heute mehr Geld mit Hypotheken als mit dem Verkauf von Autos«, Roszak, Alarmstufe, S. 67.

¹³ Das betrifft auch die USA. »2002 überholte China die USA als weltweit erste Adresse für ausländische Direktinvestitionen. 2004 überholte China die USA als Japans größter Handelspartner. Im gleichen Jahr wurde China zum größten Handelspartner für Technologieprodukte und überrundete damit alle 25 Länder der Europäischen Union.« William T. Archey in einer Expertenanhörung vor der U.S.-China Commission am 21. April 2005, www.uscc.gov/hearings/2005hearings (Übersetzung GJ).

die durch Auslagerung am meisten verdienen. In beiden Fällen ist die Wirkung identisch. Die Verlagerung des inländischen Kapitals dämpft das ohnehin nachlassende Wachstum in Deutschland noch weiter, während es in den aufstrebenden Ländern für zusätzliche Beschleunigung sorgt.

Nicht aus Nächstenliebe

Es ist üblich, bei dieser dritten Phase vor allem den positiven Aspekt zu betonen – die Ausbreitung von Dienstleistungen. Wäre dies wirklich ihr Hauptmerkmal, dann hätten wir keinen Grund zur Beunruhigung. Die Ausbreitung von Dienstleistungen könnte eine ähnliche Revolution bewirken wie der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Vor zweihundert Jahren arbeiteten gut 75 Prozent der Deutschen noch auf den Feldern. Heute sind es nicht einmal zwei Prozent. Statistisch gesehen, gibt es in Deutschland praktisch keine Landwirte mehr. Sehr wohl aber gibt es Nahrung im Überfluss. Dank technologischem Fortschritt und dem Einsatz fossiler Energieressourcen leisten rund zwei Prozent der Bevölkerung heute so viel wie damals ein vierzig Mal größerer Anteil.

Dieselbe Reduzierung der Arbeiterschaft könnte sich beim Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft durch Automatisierung ereignen. Teilweise ist das ja auch schon der Fall. Heutige Industriebetriebe produzieren die gleiche Menge mit deutlich weniger Arbeitskräften als noch vor einem Jahrzehnt. Und wie einst die freigesetzte Landbevölkerung in der Industrie unterkam, könnten heute die freigesetzten Arbeiter im Dienstleistungssektor Aufnahme finden. Doch genau diese Entwicklung wird abgeblockt. Nur ein Teil der entlassenen Deutschen findet dort tatsächlich Arbeit. Ein anderer und seit zwanzig Jahren stetig wachsender Teil geht leer aus. Denn die Phase, in der wir uns heute befinden, ist stärker durch ihren negativen Aspekt geprägt als durch den positiven möglicher neuer Dienstleistungen. Sie ist vor allem eine Phase des Ausverkaufs. In Deutschland sind ganze Industrien und mit ihnen die dazugehörenden Arbeitsplätze verschwunden. Und es werden mit jedem Tag mehr. Sie wurden zuerst nach Japan und in die damaligen asiatischen Tigerstaaten, dann nach China und Indien verlagert.¹⁴ Dieser Ausverkauf aber schafft nur noch ein Vakuum – er bringt keine neuen Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor hervor.

Die Ursache für diese selbstzerstörerische Entwicklung liegt bei der ökonomischen Elite. Die eigene Macht in Gestalt von Einkommen und Vermögen kann der wohlhabende Teil der Bevölkerung am wirksamsten dadurch steigern, dass er sein Geld außerhalb des eigenen Territoriums anlegt, eben in den rasant

¹⁴ Zur Auslagerung nach Osteuropa vgl. Kapitel »Und was macht die EU?«.

wachsenden Schwellenländern. Das individuelle Handeln gerade der Reichsten und Mächtigsten, das bis in die Wohlfahrtsphase dem eigenen Land zu dienen hatte – und ihm de facto auch diente –, trägt in der Ausverkaufsphase unmittelbar zur Stärkung anderer und zwar konkurrierender Länder bei. Dabei werden nach außen hin gern edle Motive vorgeschoben, doch man darf ziemlich sicher sein, dass sie praktisch keine Rolle spielen. Die Investoren werden zu ihrem Verhalten nicht durch den philanthropischen Wunsch bewegt, anderen Staaten zu helfen. Schwache Länder, in denen sich Investitionen nicht lohnen – und dazu gehören heute die meisten Staaten Afrikas oder Zentralasiens –, werden bei diesem Kapitaltransfer systematisch links liegen gelassen. Es ist nicht Nächsten-, sondern ausschließlich Eigenliebe, welche die Investoren dazu bewegt, ihr Geld lieber im Ausland anzulegen.

Damit ist aber auch schon das Hauptmerkmal der gegenwärtigen Phase benannt. In Deutschland ist die Solidarität zwischen Elite und Bevölkerungsmehrheit zerbrochen. Ganz anders in den aufstrebenden Ländern. Dort wird sie im Gegenteil gestärkt. In Ländern wie China und Indien, früher auch Japan, ziehen Eliten und breite Bevölkerung sozusagen am selben Strang. Sie handeln als geschlossene Nationen, die mit geballter Kraft in die Arena des globalen Wettbewerbs treten. Geschichtlich betrachtet ist ein solches Verhalten nicht neu. Im England des 19. Jahrhunderts hat es in einer ähnlichen Lage auch eine ähnliche Entwicklung gegeben. Es war das Kapital einer reichen englischen Oberschicht, das die schnelle Industrialisierung der USA bewirkte. Nach ihrer gewaltsam betriebenen Trennung vom Mutterland wurden die Vereinigten Staaten lange Zeit als »abtrünnige Kolonie« stigmatisiert. Das hinderte die führende ökonomische Schicht Englands jedoch keineswegs daran, ihr Kapital beim transatlantischen Konkurrenten anzulegen.¹⁵ Die Ursachen waren damals dieselben wie heute. In England waren die Märkte bereits ab Mitte des Jahrhunderts gesättigt, in den USA dagegen verschafften Investitionen den englischen Anlegern ungeheuren Gewinn. So stärkte die britische Geldaristokratie mit ihrem Kapital genau jenes Land, von dem England im 20. Jahrhundert dann um seine Weltmachtstellung gebracht werden sollte.

Wie man sich täuschen kann

¹⁵ Ich brauche nicht zu betonen, dass ausländische Investitionen heilsam sind, wenn sie dem Aufbau anderer Länder dienen, ohne von einer Verlagerung eigener Industrien begleitet zu werden. Aber solche Investitionen bringen den Anlegern weniger Gewinn, da die Kaufkraft in aufstrebenden Ländern weit niedriger ist als in den Hochlohnländern.

Das alles ist längst vergessen, denn unser historisches Gedächtnis ist leider überaus kurz. So ist zu erklären, dass die Vorgänge von damals sich aufgrund gleicher Bedingungen auf ziemlich gleiche Art wiederholen. Die aufstrebenden Länder, allen voran das ökonomisch und militärisch stürmisch expandierende China, treten der übrigen Welt als geschlossene nationale Einheiten gegenüber. In Deutschland dagegen zerbröckelt die Solidarität, vor allem die zwischen Reichen und Armen. Eine Minderheit reicher Anleger, die etwa 10 Prozent der Bevölkerung ausmacht, jedoch über 55 Prozent der deutschen Geldvermögen verfügt, nimmt die ihr gebotene Freiheit eines deregulierten Kapitalverkehrs wahr, um ihr Geld vor allem dort anzulegen, wo es die höchsten Renditen erbringt. So schwächt unser Land sich selbst. Mit dem Kapital der reichsten Deutschen werden in den aufstrebenden Ländern Fabriken errichtet. Die dort mit unschlagbar billiger Arbeit, niedrigsten Umweltstandards und geringster Besteuerung erzeugten Güter werden dann nach Deutschland und in andere westliche Länder verkauft, weil ihr Absatz in Hochlohnländern natürlich die höchsten Gewinne erbringt.¹⁶

Lassen wir uns nicht durch irreführende Zahlen täuschen. Das geringe Ausmaß des Handelsverkehrs etwa zwischen Deutschland und China (wie früher zwischen Deutschland und Japan) wird gern als Argument verwendet, um dessen tatsächliche Brisanz zu verschleiern. Gewiss, im Jahr 2002 hat der Anteil der Importe aus der Volksrepublik China an der Gesamteinfuhr Deutschlands gerade einmal vier Prozent ausgemacht. Diese Zahl besagt jedoch wenig, weil sie verschweigt, dass die eingeführten Artikel in Deutschland eine vielfach wertvollere Produktion verdrängt und vernichtet haben. Man braucht nur an die Fertigung von Hemden, Schuhen, Fernsehern oder Kameras zu denken. Da die Arbeitskosten in China oder Indonesien im Extremfall weniger als den fünfzigsten Teil der Kosten in einem westlichen Staat ausmachen, kann sich der Wert der bei uns durch diesen Import vernichteten Produktion leicht auf mehr als das Fünffache erhöhen. 2003 betrug der durchschnittliche Arbeitslohn pro Stunde in Deutschland 25,50 Euro, in Indonesien dagegen nur 33 Cents – ein Verhältnis von knapp 80 zu 1.¹⁷ Solche Relationen werden aber noch überschritten, wenn Kinder oder Häftlinge für ein Existenzminimum arbeiten müssen, wie das sowohl in Indien wie China häufig der Fall ist. Und diese niedrigen Löhne werden bei Produkten, für die Arbeitskosten eine geringere Rolle spielen, durch fehlende Steuern und Umweltabgaben ergänzt.

Der Verkauf eines zusätzlichen Airbus nach China bietet daher nur für die Airbus-Industrie einen Grund zum Jubeln, nicht für die deutsche Wirtschaft als Ganze.

¹⁶ Zur Frage, was geschieht, wenn auch die restlichen 90 Prozent der Bevölkerung, also die kleinen Sparer, ihr Geld nicht mehr in der heimischen Wirtschaft, sondern im Ausland anlegen, siehe Kapitel »Solare Wende und Weltmarkt«.

¹⁷ Vgl. hierzu Chossudovsky, *Global brutal*, S. 88ff., und Hirn, *Herausforderung*, S. 86.

Denn im Flugzeugbau schafft er nur wenige zusätzliche Arbeitsplätze, da Hochtechnologie besonders stark auf Automation beruht. Dagegen vernichten die im Gegenzug von China gelieferten Waren ein Vielfaches der bei uns vorhandenen Arbeitsstätten. China – ebenso wie früher Japan – und die meisten asiatischen Billiganbieter können ja nicht mit Rohstoffen bezahlen, sondern müssen uns Fertigwaren anbieten, also Güter, die bei uns bereits produziert worden sind oder immer noch produziert werden.

Diese Tatsache wird jedoch geflissentlich verschwiegen und verdrängt, wenn der Verkauf eines weiteren Airbus gefeiert wird. Und verschwiegen wird auch, dass von dem Import aus anderen westlichen Ländern dieselben Wirkungen ausgehen. So können in einem aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland eingeführten Drucker oder Computer bis zu 100 Prozent der materiellen Komponenten aus Ostasien stammen. Und hier haben wir es mit einem weit größeren Handelsvolumen zu tun. Natürlich werden in beiden Fällen unsere Industrien auf gleiche Weise geschädigt. Auch wenn wir überhaupt keine direkten Handelsbeziehungen mit China und Indien unterhielten, würde dieser indirekte Import von Billiggütern sie mit der Zeit genauso wirksam vernichten. Es sei nur am Rande bemerkt, dass die von einigen als eine Art Allheilmittel gepriesene Tobinsteuer, eine Abgabe auf den internationalen Transfer von Devisen, daran nichts ändern würde.¹⁸

Kein Monopol auf Hochtechnologie

Ein Land in der Schwellenphase ist jung, weil es mit jugendlicher Energie etwas Neues erschafft. Ein Land in der Ausverkaufsphase ist alt, weil es ohnmächtig hinnehmen muss, wie das bereits Erworbene und sicher Geglaubte der Demontage anheimfällt. Die Ausverkaufsphase trägt ihren Namen zu Recht: Deutschland ist gegenwärtig dabei, seine vorhandenen Industrien regelrecht zu verhökern. »Deutschland – Weltmeister im Export von Arbeitsplätzen«, titelte vor einiger Zeit der »Spiegel«. Die Pioniere der Industrialisierung schwächen sich selbst, tatkräftig betreiben sie den eigenen industriellen Abbau.

Ablesen lässt sich diese Demontage an der Geschichte vieler einstmals weltberühmter deutscher Konzerne. Die AEG zum Beispiel war 1877 mit 66 000 Beschäftigten eines der größten Unternehmen der Welt. Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs beschäftigte sie 200 000 Menschen. 1968 schlossen sich AEG und

¹⁸ Sinn und Zweck dieser von dem Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften James Tobin vorgeschlagenen Abgabe auf die internationalen Devisenströme ist die Eindämmung *kurzfristiger* spekulativer Transaktionen, die inzwischen 95 Prozent der grenzüberschreitenden Geldflüsse bilden. Ihre erklärte Aufgabe besteht darin, die Gefahr möglicher Destabilisierung abzuwehren, ein in der Tat wichtiges Ziel. Die *langfristigen* Realinvestitionen aber soll die Tobinsteuer gerade nicht in Mitleidenschaft ziehen. An der fortschreitenden Schwächung der frühen Industrienationen gegenüber asiatischen Billigproduzenten vermag ihre Einführung daher nichts zu ändern.

Siemens zur Kraftwerks-Union zusammen. Das Unternehmen stand zu dieser Zeit noch in Blüte. Doch ab 1970 ging es stetig bergab – zeitlich fiel das mit dem Erstarken der asiatischen Konkurrenz zusammen, den Attacken der japanischen Elektronikhersteller. Nur mit Hilfe der Banken konnte der Konkurs 1982 noch abgewehrt werden. 1994 wurde die Firma dann vom schwedischen Konzern Electrolux übernommen. Dieser löste den deutschen Standort nach und nach auf. 2001 wurde auch noch die Staubsaugersparte nach Ungarn verlagert, und 2005 entschied man, das in Nürnberg verbliebene Werk ebenfalls zu schließen. Aufstieg und Niedergang der AEG veranschaulichen beispielhaft die Entwicklung unserer Industrie zwischen Schwellenphase und Ausverkauf.

Mit dem naheliegenden Einwand, dass dies doch nur den Abbau niederer Technologiebereiche betreffe, sollte man vorsichtig sein. Die industrielle Selbstaufgabe westlicher Länder beschränkt sich keineswegs auf den Ausverkauf der einfachen Technologien, wie viele zu Anfang noch glaubten. Über kurz oder lang erfasst sie auch den hochtechnologischen Sektor, weil die Nachzügler in erstaunlichem Tempo in sämtlichen Produktionsbereichen nach vorn aufrücken. Japan, um die Mitte des 20. Jahrhunderts noch ein bescheidener Imitator des Westens, hat sich zu einer führenden Hightech-Nation entwickelt. Und China ist auf bestem Wege, dem japanischen Vorbild zu folgen. 27 Prozent seiner Exporte stammen schon heute aus der Hochtechnologie. Dieser Anteil ist höher als derjenige Finnlands und Japans mit jeweils 24 Prozent und deutlich höher als der Deutschlands mit 16 Prozent.¹⁹ Das Reich der Mitte, bis in die achtziger Jahre noch überwiegend Agrarstaat, schickt sich an, Astronauten auf den Mond zu schicken – eine Leistung, zu der Deutschland nicht fähig ist und die in absehbarer Zukunft nicht einmal von den Europäern insgesamt zu erwarten sein wird.

Die westlichen Industrienationen befinden sich mehr und mehr in einer widersprüchlichen Lage. Obwohl ökonomisch und militärisch immer noch weit mächtiger als die erfolgreich aufholenden Staaten, erwecken sie doch den Eindruck von Altersschwäche. Zunehmend büßen sie an relativer Stärke ein. Diese Entwicklung wird eine Zeit lang noch durch kompensierende Wirkungen verschleiert. Denn die einströmenden Billigwaren steigern ja die Kaufkraft der vorhandenen Einkommen. Jeder von uns hat mehr Geld in der Tasche, wenn er dafür mehr Waren als vorher erhält. So gesehen hat nicht nur die kleine Schicht der Investoren den eigenen Reichtum vermehrt, auch die Bevölkerungsmehrheit scheint begünstigt, weil die auf dem Markt angebotenen Waren viel weniger kosten. Auf diese Weise wird der Verlust an eigenen Industrien und Arbeitsplätzen zunächst noch kaschiert und abgedeckt.

¹⁹ »Der Riese China zeigt seine Muskeln«, Handelsblatt, 9.1.2006.

Autos, Schiffe, Kameras, Fernseher oder Textilien werden von Europäern und Amerikanern immer weniger im eigenen Land erzeugt, sondern zunehmend bloß noch aus importierten Komponenten zusammengesetzt. Das zu den neuen Werkbänken der Welt gepumpte westliche Kapital lässt einen reißenden Strom von Ersatzwaren fließen – Waren, die der Handel allerdings noch unter westlichen Etiketten verkauft, so dass nur wenige wissen, was wirklich geschieht. Die Bürger sind froh, dass sie trotz sinkender Einkommen immer noch üppig einkaufen können. Arbeitslose nehmen erfreut zur Kenntnis, dass ihre schrumpfende Unterstützung wegen der einströmenden Billigwaren immer noch eine relativ hohe Kaufkraft besitzt.

Die ökonomische Elite aber hat einen doppelten Grund zur Freude. Sie ist verantwortlich für Auslagerung und Deindustrialisierung. Sie hat den galoppierenden Verlust von Arbeitsplätzen ermöglicht. Aber sie hat sich erfolgreich aus der Schusslinie der Kritik hinausmanövriert. Nachdem der Prozess nun einmal so weit gediehen ist, kann sie ihre Hände in scheinbarer Unschuld waschen. Denn was würden gerade die ärmsten Bürger bei schrumpfenden Einkommen ohne die billige Einfuhr machen?

Verdiente Bequemlichkeit

Manche haben freilich eine andere Erklärung parat. Sie führen den Niedergang in erster Linie auf fehlende Arbeitsmoral zurück. Die Deutschen, so ihre Diagnose, seien träge geworden. Arbeit habe nicht mehr denselben Stellenwert wie zur Zeit des Wirtschaftswunders oder gar vor hundert Jahren, als das Deutsche Reich zur ersten Wirtschaftsmacht in Europa aufrückte.

Diese Kritik deckt zweifellos eine objektive Entwicklung auf. Im Hinblick auf Leidensfähigkeit und -bereitschaft der Menschen sehen wir typische Unterschiede zwischen den drei Phasen der Industrialisierung. Die ungeheuren Entbehrungen und furchterlichen Arbeitsbedingungen, welche die Masse der Bevölkerung im England des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts erdulden musste, hat sie danach nie wieder ertragen wollen. Ähnlich wird es in zwanzig Jahren mit den Chinesen sein. Die Pionierzeit ist ein Aufbruch aus Elend und Armut, der die äußersten Anstrengungen mobilisiert. Denn der Sinn der Entbehrungen steht ja allen von Anfang an deutlich vor Augen. Es geht darum, einen Wohlstand hervorzubringen, der solche Anstrengungen in Zukunft unnötig macht. Die Menschen opfern ihr gegenwärtiges Wohlergehen, um sich später nicht länger opfern zu müssen.

Eine Änderung der Arbeitsmoral war sozusagen von vornherein eingeplant und musste deshalb wohl auch zwangsläufig stattfinden. Man versteht das leichter, wenn man sich analog die Situation eines einzelnen Menschen vorstellt. In seiner

Jugend baut er mit ganzer Kraft an einer gesicherten Existenz. Im Alter dagegen möchte er den erworbenen Wohlstand genießen. Ein solcher Wandel ist für die Entwicklung einer Industriegesellschaft nicht weniger charakteristisch. Die Schwellenzeit steht für die Jugend, während die Sozialstaatsphase mit Blick auf den Arbeitswillen der Menschen schon den Eintritt ins Alter bedeutet. In den achtziger Jahren, auf dem Höhepunkt des Wohlfahrtsstaates, lebten viele Deutsche mit der Vorstellung eines nun dauerhaft gesicherten Reichtums. Sie hofften auf kürzere Arbeitszeiten, längeren Urlaub, geringere berufliche Belastung, und die meisten von ihnen haben das damals auch noch bekommen.

Die sozialen Indikatoren des Wohlstands

Die Deutschen haben an fortwährenden Reichtum geglaubt, ebenso wie die Bürger anderer westlicher Staaten. Das zeigt sich auch daran, dass sie sich in ihren sozialen Gewohnheiten weitgehend darauf eingestellt haben. Zum Beispiel im Hinblick auf die Fortpflanzung und das Verhältnis der Geschlechter.

In Schwellenstaaten ist Kinderreichtum die Regel. Die in diesem Stadium noch die Bevölkerungsmehrheit bildenden Bauern profitieren ja von ihrem Nachwuchs. Kinder helfen den Eltern als billige Arbeitskräfte; die Kosten ihrer Ernährung schlagen dabei weniger zu Buche als der später von ihnen zu erwartende Gewinn. Je höher die Zahl der Kinder, umso größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass wenigstens eines von ihnen genug Einkommen bezieht, um die Eltern im Alter erhalten zu können. Denn Schwellenstaaten kennen weder staatliche Altersversicherung noch Gesundheitsfürsorge. Kinderreichtum als Ersatz für die Altersrente ist deshalb kennzeichnend für diese Länder. Die individuelle Abwägung von Gewinn und Verlust kann durchaus dazu führen, dass zehn und mehr Kinder beim einzelnen Paar als günstige Investition in die Zukunft gelten. Was den Schwellenstaat als Ganzen vor größte Probleme stellt, nützt den einzelnen Menschen. Hätte China nicht die Einkindpolitik unter Einsatz staatlicher Zwangsmittel durchgesetzt, wäre auch dort eine Vielzahl von Kindern noch immer die vorherrschende Regel – wie etwa im benachbarten Indien.

Typisch ist auch, dass die Ehe in Schwellenländern viel weniger gefährdet ist als bei uns. Auch hier spielt die Sicherung im Alter eine bedeutende Rolle. Da Staat und Gesellschaft dafür nicht zuständig sind, ist der Einzelne darauf angewiesen, sich diese Sicherheit selbst zu verschaffen. Dazu aber sind Kinder und verlässliche Ehepartner das weitaus sicherste Mittel. Das gilt in Schwellenstaaten natürlich vor allem für Frauen, da sie wirtschaftlich fast immer vom Mann abhängig sind.

In der Verteilungsphase tritt eine grundlegende Wandlung ein. Auf einmal ist Arbeit für alle da, auch für die Frauen. Beide Geschlechter erhalten wenigstens im Prinzip eine gleichrangige ökonomische Stellung. Für die Frau bedeutet das zum ersten Mal die wirtschaftliche Selbständigkeit. Der Zwang zur dauerhaften Partnerschaft, der für die Schwellenphase noch kennzeichnend war, verliert daher seine ökonomische Basis. Mann und Frau bleiben nur noch dann auf Dauer zusammen, wenn sie eine wirkliche Zuneigung miteinander verbindet. Zugleich durchläuft auch das Fortpflanzungsverhalten einen Wandel. Überall dort, wo die Verteilungsphase einen Sozialstaat mit obligatorischer Versicherung gegen Altersarmut und Krankheit hervorbringt, verlieren Kinder für den Einzelnen ihren ökonomischen Sinn. Frauen und Männer entschließen sich jetzt nur noch aus wirklicher Kindesliebe, Nachwuchs in die Welt zu setzen. Die Folge ist ein rapider demographischer Einbruch vor allem in jenen Staaten, die vorher ihre Übervölkerung beklagten.

Daran wird ebenfalls sichtbar, dass die Menschen ihren Wohlstand nun auch genießen wollen. Und zwar gilt das für beide Generationen, die der Eltern und die der Kinder. Während die einen immer weniger Nachwuchs bekommen, überlassen die anderen ihre Eltern im Alter staatlichen oder privaten Pflegeheimen. Generell besteht die auffällige Wirkung des Wohlstands darin, dass die Alten immer älter werden, während der Anteil junger Menschen zurückgeht.

Der Gegensatz zwischen der jungen Schwellen- und der alten Sozialstaatsphase tritt hier mit besonderer Schärfe hervor. Um 1900 hatte Deutschland das Ende der Schwellenphase erreicht.²⁰ Bis dahin war die Bevölkerung sprunghaft gewachsen. Doch danach setzte der Umschwung ein. Genau genommen war der Jahrgang 1892 der letzte, der sich selbst durch die Zahl seiner Kinder ersetzte.²¹ Damals war die Hälfte der deutschen Bevölkerung unter 25 Jahre alt und arm. Heute, hundert Jahre später, ist beinahe die Hälfte der Bevölkerung über fünfzig und reich. Damals kamen an die zehn Beschäftigte auf einen Rentner, heute sind es nur noch zwei, und in einem halben Jahrhundert könnte sich das Verhältnis auf eins zu eins verschoben haben.

Der Übergang der Gesellschaft von der Jugend zum Alter ist an dieser Statistik unmittelbar abzulesen. Diese Entwicklung braucht uns nicht übermäßig zu erstauen, denn sowohl die Abnahme der Bevölkerung insgesamt wie auch der

²⁰ Eine genaue Abgrenzung von Schwellen- und Verteilungsphase ist allerdings wegen der Zäsur der beiden Kriege nicht möglich. So lag in Deutschland das Pro-Kopf-Volkseinkommen 1925 um ein Achtel niedriger als 1900. Im Jahr 1939 war es dagegen um gut ein Drittel höher als zu Anfang des Jahrhunderts, um am Ende des Krieges dann wieder auf den Wert von 1925 zurückzufallen. Diese Zahlen betreffen aber nur die Einkommen. Da die beiden Kriege einen bedeutenden Teil der privaten Häuser und Fabrikanlagen sowie der öffentlichen Infrastruktur vernichteten, lagen die tatsächlichen Einbußen weit höher. Ohne die beiden Kriege hätten Deutschland und das übrige Westeuropa nach 1900 direkt in die Verteilungsphase eintreten können.

²¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Gebiet und Bevölkerung 1997, S. 190ff.

Rückgang der aktiv Beschäftigten im Verhältnis zu den arbeitsunfähigen Alten waren durchaus vorauszusehen. Eine Gesellschaft, die Kinder als Lebensversicherung benötigt, verhält sich anders als eine, in der das Alter staatlichen Schutz genießt. Manche haben diesen Prozess allerdings im höchsten Maße erstaunlich gefunden und sogar von einer »deformierten Gesellschaft« gesprochen.²² Diese Bezeichnung ist fehlgegriffen, denn mit Deformation wird eine Abweichung von der Norm benannt. Davon kann jedoch keine Rede sein. Die demographische Transformation während des Übergangs von der Schwellen- zur Wohlstandsphase entspricht im Gegenteil einer allgemein gültigen Regel der industriellen Entwicklung. Sie hat sich außerhalb Deutschlands genauso zugetragen – in Japan, den USA oder Schweden.²³

In diesem Zusammenhang sollten wir uns auch daran erinnern, dass wir noch vor wenigen Jahrzehnten die eigene Übervölkerung beklagten. Deutschland ist ein dichtbesiedeltes Land. Die Einwohnerzahl pro Quadratkilometer liegt bei uns doppelt so hoch wie etwa im benachbarten Polen. Wären wir nicht gewohnt, unsere Stärke im ökonomisch-militärischen Wettrennen der Nationen immer auch an der Bevölkerungsstärke zu messen, so müsste uns eine geringere Siedlungsdichte keineswegs als Unglück erscheinen. Jedenfalls ist eine Dienstleistungsgesellschaft, die ihren Wohlstand stetig vermehrt, solchen demographischen Schwankungen gewachsen. Sie ist durchaus in der Lage, aus eigener Kraft geeignete Gegenstrategien zu entwickeln.

So wurde in den skandinavischen Ländern und in Frankreich ein im Ansatz wirksames Mittel gegen den Geburtenrückgang gefunden. Wenn die Allgemeinheit die Kosten für die Kinder trägt, die ja später einmal die Renten für ebendiese Allgemeinheit erwirtschaften sollen, dann lässt sich die biologische Kontinuität aufrechterhalten. Niemand sollte das als staatliche Bevormundung der Bürger bezeichnen. Es handelt sich ja schließlich um eine gerechtfertigte Korrektur. Die Nutznießer sollen auch für die Kosten zuständig sein. Und unter heutigen Bedingungen sind eben nicht mehr die Eltern die ökonomischen Nutznießer ihrer Kinder. In einer modernen Dienstleistungsgesellschaft sollten Kindergärten und Krippen daher ebenso kostenlos sein wie die Schule und jedermann offenstehen.

Europa ohne Globalisierung

²² Miegel, Deformierte Gesellschaft.

²³ Ausnahmen bestätigen die Regel. So erscheinen die USA nur deshalb jünger, weil sie eine hohe Zuwanderungsrate haben. Andererseits ist der Schwellenstaat China im Vergleich mit Indien biologisch gesehen weniger jung, weil die chinesische Regierung ihre Einkindpolitik per Dekret durchsetzen konnte, während Indiens Premierministerin Indira Gandhi in den achtziger Jahren mit ähnlichen Maßnahmen scheiterte.

Bis zum Ende der Wohlstandsphase glaubten die Deutschen wie selbstverständlich an bleibenden Reichtum. Auch in ihren sozialen Gepflogenheiten rechneten sie mit einer gesicherten Zukunft. Und diese Erwartungen waren keineswegs unberechtigt, auch wenn es modisch geworden ist, sie nachträglich als Ursache des Niedergangs zu verdammen. Doch sie sind dafür nicht verantwortlich zu machen. Um das zu beweisen, genügt ein einfaches Gedankenexperiment. Wäre Deutschland ab Mitte der achtziger Jahre zusammen mit dem restlichen Europa allein auf dem Globus gewesen, so hätte die im Überschuss produzierende Landwirtschaft des Kontinents genügt, um alle seine Menschen ausreichend zu ernähren. Aber auch seine Industrien wären intakt geblieben – unter diesen Umständen hätte es ja keine Möglichkeit zu ihrer Auslagerung gegeben. Deutschland und Europa hätten also weiterhin mit gleichbleibendem Erfolg die Versorgung der Bevölkerung mit industriellen Gütern gewährleisten können.²⁴ Und natürlich wäre Deutschland auch unter diesen Bedingungen eine Exportnation geblieben; es wickelte ja an die 90 Prozent seines Handels mit seinen europäischen Nachbarn ab.²⁵

Ändern wir unser Gedankenspiel ein wenig ab, indem wir zwar von der Existenz der übrigen Welt ausgehen, aber so, dass der Handel mit ihr nicht sonderlich ins Gewicht fallen würde. Diese Erweiterung unseres Experiments ist wichtig, weil man einem solchen Europa ja den Vorwurf von Selbstbezogenheit und egoistischer Abschließung machen könnte. Doch gerade dieser Einwand hätte sich unter den angenommenen Bedingungen als völlig grundlos erwiesen. Europa hätte seine Hilfe für die übrige Welt sogar viel wirksamer einzusetzen vermocht. Sein geistiges Eigentum, die ganze Fülle des technologischen Wissens und Könnens, hätte es frei an andere Länder verschenken und bei dessen Verbreitung und Anwendung sogar noch Hilfe leisten können. Denn in diesem Fall hätten die Europäer ja nicht befürchten müssen, dass die Rechnung für diese Hilfe in Billigoffensiven besteht.

Doch können wir sogar noch einen Schritt weiter gehen. Selbst Investitionen in Schwellenländern hätten Deutschland und Europa keinen Schaden gebracht, sofern diese Länder dadurch nicht in Werkbänke für die westliche Welt transformiert worden wären. In diesem Fall hätten die Investoren nur das getan, was sie

²⁴ Ich setze bei diesem Gedankenspiel voraus, dass Rohstoffe in ausreichender Menge vorhanden wären. Auf diesen entscheidenden Punkt komme ich später zu sprechen.

²⁵ Für Europa insgesamt gilt dies ohnehin. Vgl. Huffscheid, Memorandum: »Nach Abzug dieser Komponente des innerhalb der EU selbst vollzogenen Handels beläuft sich der Anteil des internationalen Handels am Volkseinkommen der EU auf 10 Prozent. Das entspricht in etwa den diesbezüglichen Werten für Japan (1995: 9,3 Prozent) und für die USA (11,3 Prozent). Ziemlich die gleichen Verhältnisse gelten für ausländische Direktinvestitionen und für internationale Finanzen.« (Übersetzung GJ) Das Statistische Bundesamt weist für die gleiche Zeit den Anteil der außerhalb von EU und EFTA getätigten Exporte Deutschlands am Sozialprodukt als unter acht Prozent aus. Den Löwenanteil seines mit Gütern und Dienstleistungen außerhalb der eigenen Grenzen erwirtschafteten Sozialprodukts, nämlich 90 Prozent, gewann Deutschland innerhalb des Binnenmarktes der EU (bzw. der vorangegangenen EG), nur etwa 10 Prozent gingen in Länder außerhalb der EU.

als Ziel ihrer Auslandsgeschäfte nach wie vor in den Vordergrund stellen – sie hätten durch die Gründung von Fabriken vor Ort die Versorgung der dort lebenden Menschen mit den auch in Europa gängigen Produkten sichergestellt. Natürlich hätten auch diese Investitionen einen Rückfluss an Gütern bewirkt. Die Investoren wollen ja ihren Einsatz zurück, erhöht um einen Gewinn, der mindestens dem auf dem heimischen Markt erzielten entspricht. Aber dieser Rückfluss an Gütern wäre harmlos und leicht zu verkraften gewesen. Er hätte nur einen Bruchteil jener Warenschwemme ausgemacht, die jetzt in Form der in Asien erzeugten Billigprodukte unsere Märkte erreicht.

Erst dadurch, dass die mit westlichem Kapital und Know-how versehenen Fabriken ihre Waren auf westliche Märkte warfen, statt allein für den heimischen Markt zu produzieren, verdienten die Investoren das große Geld. Erst indem sie Waren für Hochlohnländer mit gewaltiger Kaufkraft in Billiglohnländern herstellen ließen, erwirtschafteten sie fabelhafte Gewinne. Erst dadurch wurden die Industrien in Deutschland und in sämtlichen Staaten des Westens jenem Verdrängungshandel ausgesetzt, der unsere industrielle Basis immer brüchiger macht.

Gewiss, welchen Weg wir auch gegangen wären, um eine für alle erträgliche und gewinnbringende Globalisierung herbeizuführen, eines wäre unvermeidbar gewesen – in jedem Fall hätte sich die industrielle Arbeit in Deutschland und Europa stetig vermindert. Durch fortschreitende Automation wird ja dieselbe Gütermenge zunehmend maschinell erzeugt, das heißt unter Einsatz von immer weniger Menschen. Doch für die Bereitstellung von Arbeit hätte dies keinen Nachteil bedeutet. Die aus der Industrie verdrängten Menschen wären ja nun im Dienstleistungssektor untergekommen, so wie in früherer Zeit die aus der Landwirtschaft vertriebenen Bauern in der entstehenden Industrie Arbeit und Einkommen fanden. Aus der Verteilungsphase wäre eine echte Dienstleistungsphase hervorgegangen – und nicht die Phase des Ausverkaufs. Denn das Geld dafür wäre in vollem Umfang vorhanden gewesen. Ohne die Möglichkeit, jenseits der Grenzen Europas in bedeutendem Umfang zu investieren, hätten die Investoren ihr Kapital im Inland anlegen müssen und dort für Arbeitsplätze gesorgt. Und zwar solche von höherer Qualität. Denn die neuen Arbeitsplätze wären insgesamt leichter und sicherer geworden, weil zunehmend Maschinen den schweren und gefährlichen Teil übernehmen – genauso wie sie es in der Vergangenheit taten.

Was damit gesagt werden soll, liegt auf der Hand. Die Hoffnung der Menschen, nach den Opfern der Schwellenzeit und dem Eintritt in die Verteilungsphase endlich einen Zustand dauerhaft gesicherter Wohlfahrt herzustellen, beruhte keineswegs auf einer abwegigen Selbsttäuschung. Ohne die von der ökonomischen Elite zum eigenen Vorteil losgetretene Globalisierung hätte sich diese Hoffnung sehr wohl erfüllen können.

Vergebene Chancen

Ohne eine falsch justierte Globalisierung hätten Deutsche und Europäer also sehr wohl darauf hoffen dürfen, von der Sozialstaatsphase in eine echte Dienstleistungsphase zu gelangen und nicht, wie es tatsächlich geschah, in eine Phase des Ausverkaufs. Sie wären dabei zwar keine jungen Nationen geblieben. Das stürmische Wachstum der Schwellenphase geht ja spätestens mit dem Übergang in die Verteilungsphase zu Ende. Aber sie hätten sich ihren Optimismus bewahrt; die Hoffnung auf gesicherten Wohlstand wäre in Erfüllung gegangen. Eine florierende Dienstleistungsgesellschaft mit intakter industrieller Basis hätte keine Arbeitslosigkeit zu erdulden. Und darüber hinaus wäre sie auch der demographischen Herausforderung durchaus gewachsen. Denn die Strategie gegen das immer ungünstigere Verhältnis von arbeitendem zu nicht arbeitendem Teil der Bevölkerung braucht nicht erst erfunden zu werden. In sämtlichen fortgeschrittenen Industrienationen wurde sie frühzeitig entwickelt. Sie besteht in der Automation.²⁶ Das Vorbild liefert auch hier die Mechanisierung der Landwirtschaft. So wie sie heute mit weniger als zwei Prozent der Bevölkerung dieselbe Nahrungsmenge erzeugt wie vor zweihundert Jahren mit 75 Prozent, ist auch die Industrie in der Lage, die gleiche Gütermenge mit einem Bruchteil der ursprünglich eingesetzten Menschen herzustellen. Doch als Strategie gegen das demographische Problem taugt das nur dann, wenn die eigene Industrie nicht in weltweiter Konkurrenz dem Ausverkauf unterliegt beziehungsweise die Löhne nicht weiter und weiter fallen müssen, um die Produktion im Land zu halten. Denn dadurch entsteht eine völlig andere Situation. Statt dass mit weniger Menschen mehr produziert werden kann, um eine wachsende Schar alter Menschen auf dem gewohnten Niveau zu erhalten, entsteht ein Heer von Arbeitslosen, deren Versorgung nun zusätzlich auf den Schultern der arbeitenden Menschen lastet.

Der Unterschied springt ins Auge: Niemand hat in Deutschland den Bauern ihr Land – also die Basis der Produktion – weggenommen, und bisher hat auch niemand ernsthaft versucht, die Eigenproduktion von Milch, Fleisch, Eiern und Getreide durch billigere Einfuhren zu ersetzen, um die Versorgung der Deutschen mit Nahrung künftig dem Ausland zu überlassen. Obwohl sie nur noch einen Anteil von zwei Prozent der Bevölkerung bilden, können die Bauern diese Güter

²⁶ Eine Bedingung liegt darin, dass die weltweite Konkurrenz nicht zum dauernden Wechsel der Modelle zwingt. Japan war und ist ein Pionier der Automation – die Schrumpfung und Alterung seiner Bevölkerung und die Abneigung der Japaner gegen Einwanderung spielen dabei eine wichtige Rolle. Aber der Erfolg konnte unter den Bedingungen weltweiter Konkurrenz nur mäßig sein. Das einst weltberühmte Werk von Nissan, wo Autos praktisch ohne menschliches Zutun allein von Robotern zusammengeschweißt wurden, musste aufgelöst werden, weil die Automation der permanenten Umstellung auf neue Modelle in diesem Sektor nicht folgen konnte. Die durch Automation ermöglichte Verbilligung der Herstellung eines bestimmten Modells kam nicht gegen die enorme Verteuerung beim Wechsel zu anderen Modellen an.

nicht nur in gleicher Menge bereitstellen, sondern sie sogar im Überfluss produzieren. Mit anderen Worten, diese zwei Prozent könnten eine noch größere Bevölkerung mit Nahrung versorgen.

Ganz anders die Lage der in der Industrie beschäftigten Angestellten und Arbeiter. Einerseits fiel ihre Produktionsbasis durch Auslagerung weg, andererseits wurden die dort hergestellten Güter durch billigere Importe ersetzt. Beides erhöhte die Zahl der Arbeitslosen und verringerte die der Einkommensbezieher. So kam es zu dem heutigen Ungleichgewicht. Die wenigen Bauern könnten ohne weiteres noch mehr als 80 Millionen Deutsche versorgen, aber die der äußeren Attacke ausgesetzten Beschäftigten der Industrie sind nicht mehr in der Lage, die Last der Arbeitslosen und der alten Menschen zu tragen.

In der Aushöhlung der heimischen industriellen Basis liegt der eigentliche Grund für den Niedergang. Dagegen spielt die technische Organisation der Altersversorgung, von der so viel die Rede ist, eine weit geringere Rolle. Gewiss, in Deutschland hat der Sozialstaat die Versicherung gegen Altersarmut und Krankheit in die Hände genommen. Darin lag durchaus keine Notwendigkeit. Warum soll der Einzelne nicht selbst dafür sorgen? Er könnte dann frei entscheiden, wie viel von seinem gegenwärtigen Lebensstandard er für das Wohlergehen im Alter opfern möchte. Manches spricht dafür, dem mündigen Bürger diesen Teil seiner Lebensplanung zu überlassen.

Die Frage ist nur, welche Möglichkeiten man ihm dabei gewährt. In der privaten Kapitalanlage sehen viele das Sesam-öffne-dich für ein gesichertes Alter. Sie könnte es auch sein, wenn dieses Kapital im Inland oder in einem vereinten Europa angelegt würde. Dann nämlich würde es genau jene Arbeitsplätze erzeugen, mit denen die Rente der Sparer bezahlt werden kann. Das traditionelle Umlageverfahren, bei dem die Jungen die Alten durch ihre Arbeit erhalten, und die private Kapitalanlage, bei der die Maschinen durch ihre Produktivität dieselbe Wirkung erzeugen, würden sich unter diesen Umständen wechselseitig ergänzen.

Doch das gilt eben nicht für die Ausverkaufsphase. Denn da wird, wie oben beschrieben, das Kapital immer weniger im eigenen Wirtschaftsraum angelegt. Die Fonds und Versicherungsgesellschaften verhalten sich in dieser Hinsicht nicht anders als die großen Investoren oder Konzerne. Auch sie legen das ihnen anvertraute Sparkapital dort an, wo es die höchsten Renditen erbringt – zu immer größeren Teilen also in den aufstrebenden Ländern. Das aber hat unausweichlich zur Folge, dass die gigantischen Summen der Altersvorsorge nun ihrerseits die konkurrierenden Wirtschaften stärken. Für ihr künftiges Wohlergehen sorgen die Sparer auf Kosten der eigenen Wirtschaft und damit auch der jungen, nach Arbeit suchenden Generation. Und sie tun es zudem noch unter stark gewachsenem Risiko.

Sirenentöne einer Eisernen Lady

Der Traum des gesicherten Wohlstands scheint heute ausgeträumt. Stattdessen erleben wir einen Ausverkauf der Industrien unseres Landes und eine Arbeitslosigkeit, die fast Ausmaße wie in der Weimarer Republik erreicht. All das sind keine besonders erfreulichen Charakterisierungen für die Phase, in der wir uns gegenwärtig befinden. Doch solange wir nicht bereit sind, die Zustände ungeschönt darzustellen, werden wir unfähig sein, Auswege zu finden oder auch nur nach ihnen zu suchen.

Allerdings wird uns der Blick auf die Ursachen der Misere leicht dadurch verstellt, dass in der Ausverkaufsphase sehr wohl Seitenwege, Verzögerungen, ja sogar überraschende Aufschwünge und Scheinerholungen möglich sind – so wie es auch bei kranken Menschen keineswegs selten ist, dass sie in ihrem Siechtum noch euphorische Momente erleben. Großbritannien etwa hat in der Ära von Premierministerin Margaret Thatcher (1979–1990) und danach einen bemerkenswerten Aufschwung erlebt. Er kam damals so unerwartet und bewirkte solches Erstaunen, dass es sich lohnt, seine Ursachen zu erhellen. Wie gelang es der Eisernen Lady, aus einem ökonomischen Patienten ein Land zu machen, das bald schon den Amerikanern unter Reagan als Vorbild galt und dem viele Europäer bis heute nachzueifern versuchen?

Thatchers Erfolgsrezept war ebenso einfach wie durchschlagend wirksam. Großbritannien nutzte seine 1973 errungene Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft, um mit niedrigen Löhnen, Sozialkosten und Umweltstandards zahlreiche ausländische Konzerne ins Land zu locken. Der Ortswechsel lohnte sich für die Anleger, weil die Produktion in dem Inselstaat um einiges billiger war als in Kontinentaleuropa. Und das Engagement der Investoren lohnte sich auch für Großbritannien, das bei Thatchers Regierungsantritt noch ein um 25 Prozent niedrigeres Volkseinkommen als Frankreich besaß. Ein Vierteljahrhundert später hatte es das wesentlich bevölkerungsstärkere Frankreich um knapp 10 Prozent überflügelt.

Die Taktik der Eisernen Lady war weder neu noch besonders originell. Im Grunde machte sich hier ein ganzes Land die Vorgehensweise zu eigen, an die sich clevere Unternehmen – allen voran japanische Konzerne der ersten Nachkriegsjahrzehnte – schon immer gehalten haben. Man bietet Waren zunächst ganz billig an, notfalls sogar unter den Herstellungskosten, um die Konkurrenz vom Markt zu werfen. Die damals nach Großbritannien drängenden Konzerne wurden von den niedrigen Arbeitskosten angezogen wie Motten vom Licht. Mit ihren merklich verbilligten Produkten konnten sie mühelos die europäischen Märkte aufrollen. Nach dem jahrelangen Siechtum der englischen Industrie, deren große Firmen eine nach der anderen von der Bildfläche verschwunden waren, kurbelten nun ausländische Unternehmen die Produktion wieder an. Die Beschäftigung nahm neuerlich zu und

mit ihr das Volkseinkommen. Es war die uralte Taktik des Dumpings: Ein vorläufiger Verzicht auf Einnahmen bietet die Chance auf sprunghaft steigende Mehreinnahmen danach.

Nach dem erfolgreichen Vorbild des Vereinigten Königreichs wurde dieselbe Technik auch von den USA unter Reagan angewandt. Inzwischen ist sie unter dem Begriff Standortwettbewerb in die Lehrbücher eingegangen. Auch in Deutschland wird sie mittlerweile als Heilmittel angesehen. Überall wetteifern Länder und Regionen darum, ihre Steuern und Löhne ein wenig mehr als die Nachbarn zu senken und ihre Subventionen ein wenig mehr zu erhöhen. »Stark werden durch Verzicht« lautet die Formel. Erst müsse der Wohlstand abgebaut werden, um später dann in die Höhe schnellen zu können – so wird es verkündet und von manchen auch wirklich geglaubt.

Die Politik der Margaret Thatcher hat sich wie ein Lauffeuer in den westlichen Ländern verbreitet – und zwar auch dort, wo man sie scheinbar verteuflte. Sie wurde von linken Regierungen wie denen von Blair, Clinton und Schröder im Wesentlichen ebenso nachgeahmt wie vom Lager der Rechten. Die Politik Japans in den neunziger Jahren und die Politik Deutschlands unter der rot-grünen Regierung folgten dem von England vorgegebenen Muster. Und das Programm der großen Koalition unter Angela Merkel orientiert sich ebenfalls daran. Das Ziel, etwas billiger als der Nachbar zu produzieren, scheint ja auch ziemlich leicht realisierbar. Geflissentlich sieht man darüber hinweg, dass man nur unter einer Bedingung dorthin gelangt: Der Nachbar muss sich dabei ruhig verhalten.

Das war unter Thatcher der Fall. Damals, als England mit der Taktik des Dumpings begann, hielten die reichen Länder Deutschland und Frankreich noch still. So wie sie heute (allerdings widerstrebend) den neuen EU-Staaten Tschechien, Slowakei oder Polen deren Kostenvorteile gönnen, gönnten sie damals dem eben in die Europäische Gemeinschaft aufgenommenen britischen Nachbarn noch gern seinen Kostenvorteil. England sollte sich möglichst schnell dem höheren Lebensstandard Deutschlands und Frankreichs anpassen.

Damit ist es inzwischen vorbei. Beide Länder halten nicht länger still, weil sie diese Zurückhaltung teuer zu stehen kam. Jetzt sind alle dabei, ihre Standortkosten zu senken. Und nun wird die anfangs so erfolgreiche Taktik zu einem echten Problem. Dumping kann höchst erfolgreich sein, das ist längst kein Geheimnis mehr. Nur lassen sich damit keine dauerhaften Erfolge erzielen. Heute ahmen sämtliche Staaten mehr oder weniger entschieden das damalige Vorgehen Großbritanniens nach. Sie bauen Wohlstand ab in der Hoffnung, dadurch in der Zukunft größeren Wohlstand zu gewinnen.

Dass sie dabei in die Falle eines schwerwiegenden Denkfehlers tappen, wird nach Kräften verdrängt. Denn was dem Ersten große Erfolge bringt, solange die

anderen seine Taktik nicht imitieren, bringt nur noch Misserfolg, sobald jeder sich dieser Taktik bedient. Wenn alle Unternehmen ihre Waren unter dem Selbstkostenpreis verschleudern, schlittern alle in den Konkurs. Wenn alle oder auch nur mehrere Staaten in den Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, Steuern und Sozialstandards eintreten, wachen alle irgendwann zwischen den Scherben ihres einstigen Wohlstands auf. Mögen ihnen die Anleger noch so sehr applaudieren, das nützt ihnen wenig. Das Finanzkapital sitzt oben in den Theaterlogen, bequem und geschützt. Im Parkett toben die Kämpfe. So weit können die europäischen Länder mit den Preisen gar nicht in die Tiefe gehen, dass sie – ohne vorher einen Aufstand der Massen zu provozieren – noch billiger als die Billiglohnländer werden.

Margaret Thatcher hat überall Schule gemacht, aber sie selbst fand damals weit- aus günstigere Bedingungen vor als ihre Nachfolger heute. Die Japaner waren bereits auf dem Weg zu einem Hochlohnland. Die asiatischen Tiger bildeten eine zu kleine industrielle Macht, um den Westen als Werkbank der Welt zu ersetzen. Heute sieht die Situation grundlegend anders aus. Wenn Deutschland beim Lohnabbau etwas schneller vorangeht als Italien, Japan oder die Vereinigten Staaten, wird es dadurch ein gewisses Maß an relativen Vorteilen gewinnen. Mit einer Senkung von Löhnen, Lohnnebenkosten und Umweltstandards wird man so auch noch in den kommenden Jahren wenige Wachstumsprozentpunkte nach dem Komma erzielen können. Doch gegen die asiatische Offensive ist damit nicht anzukommen. Es besteht nicht die geringste Aussicht, dass sich China, Indien und das asiatische Hinterland, wo zwei Drittel der Menschheit auf den Wohlstand warten, innerhalb der kommenden hundert Jahre in Hochlohnregionen verwandeln. Die Taktik der Margaret Thatcher hat alle Wirksamkeit eingebüßt. Das Standortrennen führt in den westlichen Staaten nur noch zu einem Standortverfall.

Bildung – die vergeblichen Offensiven

An diesem Punkt unserer klinischen Diagnose sollten wir uns mit einem Kriterium befassen, das in den Diskussionen über Deutschland als Wirtschaftsstandort regelmäßig eine wichtige Rolle spielt. Es geht um die Qualität westlicher, speziell deutscher Produkte. Hier, so sollte man meinen, stellt das relative Alter einer Gesellschaft durchaus einen Vorteil dar. Es bedeutet Erfahrung, Reife, Umsicht – alles Eigenschaften, die sich in vorzüglicher Qualität niederschlagen.

Welche Bedeutung haben in unserer Zeit die vielgerühmte Qualität der Waren und der technologische Vorsprung? Gewiss, deutsche Qualität in der Industrieproduktion hat sich über mehr als hundert Jahre hinweg einen Namen gemacht, und es ist nicht zu erwarten, dass dies in Zukunft anders sein sollte. Aber verschafft uns

das einen bleibenden Vorteil gegenüber aufstrebenden Nationen, die ihren Ehrgeiz darin sehen, uns auch in dieser Hinsicht möglichst bald ebenbürtig zu sein? Die Qualität der eigenen Produktion müssen wir immer im Zusammenhang mit der unserer Konkurrenten betrachten. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass andere sehr wohl imstande sind, dasselbe Niveau zu erreichen und ihre Güter sogar mit größerem Erfolg zu vermarkten. Bereits in den siebziger Jahren, als japanische Waren unsere Märkte zu erobern begannen, wurde auf die vermeintlich unerreichbare Qualität der eigenen Produkte verwiesen. Das war schon damals eine fehlgeleitete Hoffnung. Es sollte sich zeigen, dass die Japaner die deutsche Qualität auf einer Reihe von Gebieten sehr schnell erreichten und sie teilweise übertrafen. Dennoch hört man dieselben Beschwörungen immer noch regelmäßig von jenen, die nach allen möglichen Gründen suchen, um die tatsächliche Situation zu verschleiern.

Tatsache ist, dass höhere Qualität heute keine fixen Standorte mehr kennt. Wegen der raschen Verbreitung neuer Technologien durch weltweit tätige (westliche) Konzerne lassen sich Qualitätssteigerungen inzwischen kaum noch an bestimmte Orte binden. Wenn Siemens, Toyota oder Boeing eine Erfindung in Deutschland, Japan oder den USA machen, so steht es ihnen frei, sie augenblicklich bei ihren Tochterfirmen in Mexiko, China, Indien oder Indonesien anzuwenden. Nichts verbreitet sich heute so schnell über den Globus wie eine wichtige technisch verwertbare Erkenntnis.

Wobei nicht zu vergessen ist, dass neben der legalen Verbreitung die illegale mittlerweile eine ganz besondere Rolle spielt. Wenn einem Unternehmen in den USA oder Deutschland ein technologischer Durchbruch gelingt, sorgt die Industriespionage verlässlich dafür, dass er seinen Urhebern allenfalls einen Vorsprung von wenigen Monaten verschafft. Selbst die Supermacht USA kämpft vergeblich gegen die internationale Piraterie ihrer Produkte.²⁷ Sie hat dabei schon deswegen keine Chance, weil sie selbst sich auf diesem Feld als einer der Hauptakteure betätigt. Kein geringerer als ein amerikanischer Präsident, nämlich Bill Clinton, erklärte offiziell, dass aktive Wirtschaftsspionage zu den Hauptaufgaben der

²⁷ Der Kampf gegen Piraterie ist nicht nur aussichtslos; er lässt sich, obwohl Diebstahl geistigen Eigentums alles andere als lobenswert ist, nicht einmal moralisch rechtfertigen. Aufgrund der ökonomisch-militärischen Übermacht westlicher Länder hätten aufstrebende Staaten kaum eine Chance zum Aufstieg, wenn sie nicht auf breiter Basis Produkte illegal imitierten. So hat Japan in den ersten Nachkriegsjahrzehnten westliche, vor allem US-amerikanische Patente weitgehend zum Nulltarif übernommen. Ohne diese von den USA damals aus politischen Gründen geduldete Piraterie wäre der phänomenale Aufschwung Japans kaum möglich gewesen. Heute handelt China genauso. Ein Schaden entsteht erst in dem Augenblick, wenn die Imitatoren ihr von anderen übernommenes Wissen dazu benutzen, um mit den daraus hervorgegangenen – viel billigeren – Gütern die Märkte der Pioniere zu überschwemmen. Die Rückkehr zur Vorortproduktion in den großen Wirtschaftsräumen löst das Problem. Sie sorgt für einen weltweiten Austausch geistigen Eigentums (wie er früher zwischen den Universitäten herrschte), ohne dass daraus Schaden erwächst.

Geheimdienste gehöre.²⁸ Unter diesen Umständen büßt der Protest gegen die massive Wirtschaftspiraterie der Chinesen viel von seiner Überzeugungskraft ein. Heute besteht Globalisierung eben auch in gegenseitigem Forschungsdiebstahl. Und dadurch werden die Anstrengungen einzelner Staaten, mit Hilfe von Bildungsoffensiven ihren technologischen und damit qualitativen Vorsprung zu wahren, in ein anderes Licht gerückt. So wichtig die Qualität von Schulunterricht, Studiengängen und Forschungsbetrieb in einer modernen Gesellschaft auch sein mag – die fast augenblickliche Verbreitung von Wissen lässt kaum mehr zu, dass Vorsprünge auf theoretischem Gebiet für eine Volkswirtschaft noch einen Trumpf bedeuten. Die USA besitzen ein System von Eliteuniversitäten, das immer noch die weltweit besten Wissenschaftler und die größte Zahl an Nobelpreisträgern hervorbringt. Ihr Abstieg als Industriemacht wird dadurch jedoch keinesfalls aufgehalten. Mit den besten Universitäten der Welt erwirbt sich ein Land zwar internationales Prestige, aber ökonomische Stärke wird damit nicht garantiert.²⁹

Das lässt sich auch daran erkennen, dass der Umkehrschluss nicht weniger richtig ist. Das Fehlen von Spitzenuniversitäten besagt wenig über die ökonomische Stärke eines Landes oder über dessen künftige Aufstiegschancen. Ein bemerkenswertes Beispiel in dieser Hinsicht liefert uns Japan. Es hat allen vor Augen geführt, dass ein Land zur zweitstärksten Wirtschaftsmacht der Welt aufrücken kann, ohne mehr als einen minimalen Beitrag zur theoretischen Forschung zu leisten. Japan hat das Wissen der anderen schlicht übernommen; einen Großteil der Forschungsergebnisse vor allem US-amerikanischer Provenienz hat es sich bis in die achtziger Jahre weitgehend gratis zu Eigen gemacht.

Die Stärke Japans lag auf anderem Gebiet. Es hatte sehr früh ein Heer überaus kompetenter Ingenieure herangebildet, im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl mehr als irgendein anderes Land. Damit hielt es einen Trumpf in der Hand, den es sich durch theoretisches Wissen niemals erworben hätte. Während dieses durch legale Lizenzen oder illegale Industriespionage augenblicklich von einem Punkt des Globus an beliebige andere transferiert werden kann, lässt sich praktisches Können weder stehlen noch kaufen. Es muss durch langjährige Schulung erworben werden.

Daher ist es auch als schlechtes Omen zu werten, dass durch den industriellen Abbau in Deutschland gerade praktisches Wissen verloren geht, während Indien

²⁸ Jürgen Zeiger und Bernd-Oliver Bühler, »Wirtschaftskrieg in Deutschland«, www.ifdt.de/0401/Artikel/zb.htm.

²⁹ Natürlich können die USA und andere westliche Länder durchaus erzwingen, dass China für Produkte, die es mit westlicher Technologie auf westlichen Märkten vertreibt, die entsprechenden Lizenzgebühren für geistiges Eigentum entrichtet. Diese machen bei vielen Produkten an die 40 Prozent der Herstellungskosten aus. Aber sie können nicht erzwingen, dass dieselben Produkte in China selbst oder in anderen nichtwestlichen Ländern ohne diese Gebühren vermarktet werden. In dem Maße, wie China stärker wird und der Westen schwächer, kann der Letztere überhaupt nichts mehr erzwingen – abgesehen davon, dass die Patente nach zwanzig Jahren ohnehin ihre Geltung verlieren.

und China inzwischen das weltweit größte Kontingent an Ingenieuren besitzen. Beide zusammen bilden gegenwärtig fünfmal so viele Ingenieure aus wie die Vereinigten Staaten.³⁰

Das ökonomische Wettrennen der Nationen ist über Bildungsoffensiven nicht mehr zu gewinnen. Auch wenn sie noch so viele Steuergelder für die Bildung bereitstellt, wird es einer deutschen Regierung auf diese Art nicht gelingen, den industriellen Niedergang einzudämmen, geschweige denn ihn zum Stillstand zu bringen. Schwellenländer profitieren ja von eigener Forschung weit mehr als wir, weil sie bei ihnen in heimische Produktion einmündet, statt an fremden Standorten umgesetzt zu werden. Bei uns profitiert in erster Linie eine kleine Schicht von Forschern, Designern und Investoren von diesem seiner produktiven Basis beraubten geistigen Kapital – die Mehrheit hat wenig davon. In der Ausverkaufsphase trägt die Forschung nicht mehr wie zuvor zum allgemeinen Wohlstand bei, sondern eher zur Vergrößerung des Grabens zwischen Armen und Reichen.

Und leider ist das noch nicht einmal die ganze Wahrheit. Viel beängstigender ist die zusätzliche Erkenntnis, dass selbst praktische Kompetenz heute weniger zählt als noch vor der Jahrhundertwende. Auch wenn ein deutscher Ingenieur durch hervorragende Leistungen brilliert, nützt ihm das unter Umständen wenig. Für seine Firma zählt immer zweierlei: Leistung und Kosten. Sie wird ihn entlassen, sobald in Asien Ingenieure die gleiche Leistung für weniger Lohn anbieten. Sie muss ihn entlassen, weil deutsche und ausländische Aktionäre ihr dieses Vorgehen diktieren.

Weil die Kosten entscheiden

Viele haben noch immer nicht begriffen, dass durch die Globalisierung eine grundlegend neue Situation hergestellt wurde. Außer in kleinen und vorläufig noch abgeschirmten Bereichen der Spitzentechnologie wird im heutigen Wettbewerb der Sieg weder über die Qualität noch über die besten Forschungsstätten errungen. Auf diesen Feldern kann man die vorhandenen Standards legal oder illegal von anderen übernehmen. Der Sieg fällt vielmehr dem Anbieter mit den geringsten Preisen zu. Er wird über die Kosten errungen.

Darin besteht die eigentliche Wende. Denn hier und nur hier wird über Aufstieg und Fall der konkurrierenden Mächte entschieden. China und Indien sind junge und äußerst dynamische Mächte, weil sie diesen Vorteil auf ihrer Seite haben. Deutschland ist eine Nation im Rückzug, weil es seine Kosten abbauen muss, um

³⁰ Vgl. William T. Archey in einer Expertenanhörung vor der U.S.-China Commission am 21. April 2005: »China bildet gegenwärtig viermal, Japan doppelt so viele Ingenieure aus wie die Vereinigten Staaten, Südkorea mit einem Sechstel der Bevölkerung genauso viele wie wir«, www.uscc.gov/hearings/2005hearings (Übersetzung GJ).

in dieser Konkurrenz zu bestehen. Unter den vorherrschenden Bedingungen ist es gezwungen, seine globale Wettbewerbsfähigkeit mittels fallender Preise zu sichern. Und dies wiederum hat einen steten Verfall von Lohn- und Lebensstandard zur Folge. Seinen in der Vergangenheit errungenen Wohlstand muss Deutschland Schritt um Schritt wieder schleifen.

Solange wir das Wettrennen der Nationen als unausweichlich hinnehmen, gibt es keinen Ausweg aus dieser Sackgasse. Stemmen wir uns dem Dumping entgegen oder versäumen wir es auch nur, im richtigen Moment zu handeln, dann stürzt bei uns eine Industrie nach der anderen zu Boden. Schon heute hat Deutschland keine Chance mehr, Kameras, Fernsehgeräte, Computer oder Schiffe zu produzieren. Und viele ahnen, dass unsere Autoindustrie als nächstes auf der roten Liste stehen wird. Dass es auch mit ihr schon abwärts geht, bleibt uns vorläufig nur dadurch verborgen, dass wir immer noch Marken wie Mercedes, Volkswagen oder BMW kaufen können. Geflissentlich übersehen wir, dass ein Großteil der darin enthaltenen Komponenten längst außerhalb Deutschlands erzeugt wird. Wir kaufen Gehäuse mit deutschem Namen und weitgehend jenseits unserer Grenzen produzierten Inhalten. Dieser Prozess wird in den kommenden Jahren einen immer stärkeren Druck ausüben, und zwar so lange, bis wir entweder Fahrzeuge so billig wie China herstellen oder unsere Autoindustrie genauso verlieren wie bisher schon die Textil-, Kamera- und Schiffsproduktion. Das ist keine Panikmache, sondern nüchterne Wirtschaftslogik und empirische Erfahrung.³¹

Kein Zweifel, Deutschland ist immer noch ein sehr reiches Land. Aus diesem Grund gelingt es ja vielen auch heute noch, über die unverkennbaren Zeichen des Abstiegs hinwegzusehen. Sie erkennen nicht, dass dieser Reichtum trügerisch ist, weil ihm die Basis abhandenkommt. Es ist mehr und mehr der Reichtum einer Handelsnation, die an der Montage von Fertigteilen verdient, die in anderen Ländern hergestellt werden. In zunehmendem Maße gleicht unser Reichtum dem des französischen Adels vor Ausbruch der Revolution von 1789. Zusammen mit dem Klerus war dieser, obwohl er nur knapp zwei Prozent der französischen Bevölkerung ausmachte, der sorglose Besitzer von etwa einem Drittel des nationalen Territoriums und bezog daraus seine üppigen Renten.³² Als die unteren Schichten, die diese Renten erarbeiten mussten, aufbegehrten und die Besitztitel änderten, war es mit dem Reichtum des Adels von einem Augenblick auf den anderen vorbei.

Heute repräsentieren die asiatischen Kulis die unteren Schichten, während wir die zweifelhafte Rolle des französischen Adels einnehmen. Hätten wir nicht so wenig

³¹ Inzwischen verlagern Suzuki, Toyota und Hyundai den Teil der Autoproduktion, mit dem sie den europäischen Markt erobern wollen, nach Indien, weil die Herstellung dort noch billiger als in China ist.

³² Vgl. Hobsbawm, *Revolution*, S. 56, 57.

aus der Geschichte gelernt, müssten wir wissen, dass im Konflikt zwischen denen, die realen Reichtum erwirtschaften, und jenen, die ihn nur nutzen oder seine Herstellung organisieren, die Letzteren auf Dauer immer im Nachteil sind. Je mehr die Staaten des Ostens zur globalen Werkbank werden und die Staaten des Westens zu deren Verwaltern, desto ungewisser wird unsere Lage. Unser immer noch bestehender Wohlstandsvorsprung nimmt den vergänglichen Glanz eines Scheinreichtums an.

Und was macht die EU?

Auf den ersten Blick könnte man daran denken, die fortschreitende Vernichtung unserer industriellen Basis durch asiatische Billiganbieter mit dem Prozess zu vergleichen, der seit der Aufnahme osteuropäischer Länder in die EU auch innerhalb von Europa stattfindet. Ein solcher Vergleich ist einerseits durchaus berechtigt, denn es fällt eine unverkennbare Ähnlichkeit auf. Andererseits ist er völlig fehl am Platze, weil ein entscheidender Gegensatz in Absicht und Wirkung besteht.

Die Ähnlichkeit mit dem globalen Freihandel liegt darin, dass die in den neuen Mitgliedsländern gegründeten Firmen etwa der Maschinen- oder Autobranche sehr viel billiger produzieren als die Unternehmen in den Altstaaten der EU und diesen daher entweder Kunden und Arbeitsplätze entziehen oder sie zwingen, ihre Löhne auf ein gleich niedriges Niveau abzusenken. Eine weitere Übereinstimmung besteht darin, dass es in der Regel das westeuropäische Finanzkapital ist, das die neuen Fabriken gründet. Nicht selten sind es führende deutsche oder französische Firmen, die ihre alten und teuren Standorte mitsamt den dort Beschäftigten opfern, um einige hundert Kilometer weiter östlich neue Fabriken hochzuziehen.

Soweit die Parallelen zur asiatischen Konkurrenz. Der Gegensatz zu ihr springt ebenso ins Auge. Innerhalb der EU ist der Prozess politisch gewollt – die Lebensbedingungen in den neuen und alten Mitgliedsstaaten *sollen* sich mit der Zeit immer mehr angleichen. Strittig ist nur das Tempo dieser beabsichtigten Wohlstandsverteilung. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die Summe der industriellen Kapazitäten Europas sich dabei nicht ändert. Es kommt lediglich zu Verlagerungen innerhalb der Europäischen Union.

Doch der entscheidende Unterschied liegt in der Tatsache, dass in Europa eine politische Autorität den Prozess reguliert. Im Falle zu großer Ungleichgewichte sorgt sie für die notwendigen Korrekturen. Europa ist ein Friedensprojekt und ein Projekt des gemeinsamen Wohlstands. Der globale Freihandel dagegen wird von keiner übergeordneten Autorität im Sinne einer von allen politisch gewollten und daher auch akzeptierten Reichtumsverteilung gelenkt. Selbst wenn sämtliche

Industrien Europas der asiatischen Konkurrenz unterliegen würden, gäbe es keine Instanz, die diesem Prozess Einhalt gebieten könnte. Der ökonomische Sieger hat keinen Grund und noch weniger eine Verpflichtung, dem Unterlegenen Hilfe zu bieten. Im Gegenteil, er pflegt alles zu tun, um seine Überlegenheit möglichst auch noch militärisch unangreifbar zu machen. Das ist bisher so gewesen, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass diese Praxis sich in nächster Zeit ändern wird. Deshalb ist auch die Reaktion auf die beiden Arten der Liberalisierung durchaus verschieden. Gewiss, auch die Reichtumsverteilung zwischen den wohlhabenden Gründungsmitgliedern und den Neuankömmlingen in der EU verlangt von vielen Bürgern Europas schwere Opfer. Doch lässt sich einer Mehrheit begreiflich machen, dass diese Opfer für ein geeintes Europa notwendig sind. Ihr Sinn kann überzeugend begründet werden. Die Politik der Wohlstandsverteilung innerhalb der Europäischen Union wird jedoch in dem Augenblick unannehmbar und unerträglich, wo sie zeitgleich mit einer Wohlstandsverteilung gegenüber den asiatischen Billiganbietern erfolgt. Solange Europa sich auf den innereuropäischen Ausgleich beschränkt, sind seine reicheren Mitgliedsstaaten den notwendigen Opfern gewachsen. Doch einer gleichzeitigen globalen Reichtumsverteilung sind sie nicht mehr gewachsen. Schon gar nicht, wenn deren Wirkung weit über eine an sich wünschenswerte Verbreitung des Wohlstands hinausreicht, da sie die Verlagerung unserer industriellen Basis nach Asien bewirkt und damit die Zerstörung der Grundlagen unseres Reichtums.

Der größte Vorwurf, den man an Brüssel richten muss, lautet daher, dass die EU unfähig ist, zwischen der politisch sinnvollen Liberalisierung innerhalb Europas und dem selbstzerstörerischen Neoliberalismus im Handel mit der übrigen Welt zu unterscheiden. Die EU hat bei vielen Bürgern ihre Glaubwürdigkeit verloren, weil sie sich nach innen wie nach außen zum Sprachrohr eines unkontrollierten Freihandels gemacht hat. Wenn sie den ihr angehörenden Staaten und Bürgern nach außen keinen Schutz zu gewähren vermag oder vielmehr diesen Schutz nur für die Interessen einer reichen Minderheit bietet, dann stellt sie ihren eigenen Sinn in Frage. Letztlich könnte sie dabei sogar auseinanderfallen – das zeigen die ablehnenden Plebiszite über die europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden. Denn der Protest in diesen und anderen Ländern war ja ausdrücklich gegen die neoliberale Politik der EU gerichtet.

Man sollte sich darüber nicht wundern. Wenn die EU ihre Mitglieder äußeren Attacken wehrlos überlässt, bewirkt sie damit, dass die Einzelstaaten selbst Schutzmaßnahmen einleiten – und zwar solche, die innerhalb Europas greifen und damit seine Einheit gefährden. Diese Tendenz ist heute bereits erkennbar. In letzter Zeit

wurden zum Beispiel die nationalen Barrieren gegen innereuropäische Firmenübernahmen erhöht.³³

So hat sich die EU auf den gefährlichen Weg einer Politik neoliberaler Selbstzerstörung begeben. Dass die Kommission den Unmut der Bürger inzwischen erkannt hat, beweist die Ankündigung ihres Präsidenten Barroso vom Februar 2006, den arbeitslosen Opfern der Globalisierung 500 Millionen Euro als Hilfe zur Verfügung zu stellen. Doch darin kann man nicht mehr als eine ohnmächtige Beschwichtigungsgeste sehen. Kein einziger verlorener Arbeitsplatz wird dadurch zurückgebracht. Die weitere Erosion der Industrie lässt sich damit nicht aufhalten.

³³ Vgl. »Im Rausch der Fusionen«, Der Spiegel 10/2006, S. 92: »Wenn es der EU nicht gelänge, Staaten wie Frankreich davon abzuhalten, sich hinter nationalen Wirtschaftsbarrieren zu verschanzen, drohte Tremonti [ehemaliger Wirtschafts- und Finanzminister der Regierung Berlusconi], ›riskieren wir einen Effekt wie 1914 – mit einem Krieg, den niemand wollte‹.« So überzogen diese Warnung auch sein mag, illustriert sie doch eine deutlich sichtbare Tendenz.

Volkskrankheit Pessimismus

Das vorläufige Fazit lautet: Ohne die von den westlichen Wirtschaftseliten erzwungene Globalisierung wären die meisten Probleme lösbar gewesen, die uns heute so großes Kopfzerbrechen bereiten. Dennoch wird die Globalisierung von ihren Verfechtern immer noch heftig, mitunter fast fanatisch verteidigt. Zum Teil durchaus mit Argumenten, die auf den ersten Blick überzeugend erscheinen. So ist viel davon die Rede, dass die Globalisierung das historische Ende der Nationalstaaten bedeute.

Wenn das wirklich so wäre, könnten wir von einem glücklichen Fortschritt sprechen. Immerhin hat der Zusammenprall der Nationen die beiden großen Kriegskatastrophen des 20. Jahrhunderts verursacht. Wer wird nicht denjenigen zustimmen wollen, die in der Verabschiedung des Nationalstaats ein Zeichen der Hoffnung erblicken?

Aber gehören Nationalstaaten wirklich der Vergangenheit an? Wer das behauptet, orientiert sich einseitig an der Entwicklung westlicher Länder. Es sind Menschen in Frankreich, Italien und an erster Stelle wohl Deutschland, die sich zunehmend weniger als Teil einer Nation empfinden, mehr und mehr dagegen als Mitglieder eines größeren Ganzen wie der Europäischen Union oder gar der durch die UNO repräsentierten Weltgemeinschaft. Und unter ihnen sind es vor allem Wissenschaftler oder die leitenden Kräfte transnationaler Konzerne, die sich als Weltbürger sehen. Der Mann auf der Straße denkt selten in derartigen Dimensionen. Aus seiner Perspektive stellt sich der neue Kosmopolitismus auf andere Weise dar. Er sieht darin vor allem ein Bröckeln des nationalen Zusammenhalts. Für ihn läuft Globalisierung in erster Linie darauf hinaus, dass die Menschen seines Landes sich mehr und mehr als Individuen oder als Angehörige von Gruppen und Klassen verstehen und gemäß ihren je eigenen Interessen denken und handeln. Er erlebt diese Entwicklung vor allem negativ, nämlich als Verfall von Solidarität und Gemeinsinn.

Und damit hat er keineswegs Unrecht. Denn hier, in diesem Verfall, liegt der Gegensatz zu den aufholenden Ländern. Bewusst steuern sie ganz andere Ziele an. Sie mobilisieren die nationalen Kräfte, um gegenüber den reichen Staaten eine geschlossene und solidarische Front zu bilden. China tritt heute als mächtiger Nationalstaat in Erscheinung. Mit der Schwächung des Kommunismus, der dort zur leeren Hülle erstarrt ist, besinnt sich das Land auf seine Vergangenheit und seine Traditionen. Es betont die eigene Rolle als Großmacht im pazifischen Raum. Zur gleichen Zeit erstarkt in Indien ein nationalistischer Hinduismus. Im Bestreben, sich gegen die westlichen Industrienationen zu behaupten und durchzusetzen, werden diese Länder mit jedem Tag national- und geschichtsbewusster. Das gilt

übrigens auch für Russland unter Präsident Putin. Er hat den Zugriff auf die Ressourcen seines Landes, also vor allem Öl, Gas und Diamanten, wieder stärker unter die Aufsicht des Staates gestellt, um sie im Sinne einer nationalen Politik einzusetzen. Nichts widerspricht den Tatsachen so sehr, als wenn wir generell von einem Absterben der Nationen sprechen. In Wahrheit sind nur wir es, bei denen Zusammengehörigkeitsgefühl und Geschichtsbewusstsein verkümmern.

Das scheinbar so bewundernswerte Weltbürgertum unserer Eliten rückt damit in ein anderes Licht. Sie profitieren davon, sich aus der nationalen Solidarität auszuklinken, und stellen den Sieg über nationale Interessen deshalb als einen Fortschritt dar. Tatsächlich wäre es ein Fortschritt für die Menschheit, wenn die Nationen abdanken würden und eine Weltregierung an ihre Stelle träte. Doch das liegt vorerst in weiter Ferne. Alle, auch die Eliten, wissen, dass eine solche Weltregierung, die den Nationalstaat ein für alle Mal in die Rumpelkammer der Geschichte verbannt, innerhalb der nächsten hundert Jahre keine Chance auf Verwirklichung hat. Deshalb läuft der Verfall von Solidarität und Gemeinsinn in den westlichen Staaten nur auf deren einseitige Schwächung hinaus.

Dagegen trägt die nationalistische Übersteigerung der Gemeinschaft wesentlich zur Stärkung der aufholenden Staaten bei. Angesichts der großen Opfer, die sie ihrer Bevölkerung in der Schwellenphase zunächst abnötigen müssen, sollte uns dieser Appell an Nation und Nationalstolz nicht weiter verwundern. Er entspricht exakt dem Muster, das wir aus der Vergangenheit auch von unseren eigenen Ländern kennen. Denn in diesem Stadium herrscht noch Einigkeit zwischen Bevölkerung und Elite. Beide sind gleichermaßen nationalistisch gesinnt. In Indien und China sind die breiten Massen nationalistisch, weil sie die Staaten des Westens verdächtigen, ihrem Streben nach oben im Wege zu stehen. Und die führenden Kräfte dort sind nationalistisch, weil Investieren und Geldverdienen nirgendwo so gut funktionieren wie in ihren eigenen rasant wachsenden Volkswirtschaften. Wir täuschen uns, wenn wir unser eigenes Verhältnis zur nationalen Vergangenheit mit dem der übrigen Staaten gleichsetzen. Und wir täuschen uns auch über unsere vermeintliche Stärke. Zwar haben die westlichen Staaten noch immer das Sagen. Nach wie vor ballt sich in ihnen der Reichtum der Welt. Sie saugen den weit größten Teil der Rohstoffe an sich und hinterlassen die gewaltigsten Fußabdrücke in der Ökologie – bei sich zu Hause und in der Dritten Welt. Und obwohl sie die industrielle Produktion mehr und mehr den billigen Nachzüglern überlassen und ihre eigene Bevölkerung dadurch immer stärker in Dienstbotenverhältnisse drängen, sichern sie sich weiterhin den durchschnittlich höchsten Lebensstandard.

Aber wir sollten uns keinen Illusionen hingeben, wohin der Weg führen wird. Heute schon ist unser Reichtum mit einem Ablaufdatum versehen. Angesichts des

raschen Aufschließens der erfolgreichen Schwellenländer wird sich die ökonomisch-politische Dominanz des westlichen Lagers kaum länger als maximal weitere zwanzig Jahre bewahren lassen. Hinweise auf diesen Verfall gibt es genug. So hängt etwa das exorbitante Handelsdefizit der Vereinigten Staaten – ein anderes Wort für den Abbau der industriellen Basis – wie ein Damoklesschwert über der Zukunft. Ein daraus hervorgehender Zusammenbruch würde eine Weltwirtschaftskrise auslösen wie Ende der zwanziger Jahre.

An der Unausweichlichkeit dieser Krise sind unter den herrschenden Umständen kaum noch Zweifel erlaubt. Auch wenn niemand ihr genaues Datum vorhersagen kann und zudem ungewiss bleibt, ob sie plötzlich hereinbrechen wird oder sich weiterhin als schleichender Verfall manifestiert – dass sie kommt, ist bei weiterer Deindustrialisierung nicht zu verhindern. Dabei kommt es am wenigsten auf den Auslöser der Krise an, mag dieser nun ein Börsencrash sein wie 1929 oder das Ausbluten der Wirtschaft durch Terror und Krieg. Denn ihre eigentliche Ursache liegt im industriellen Niedergang. Je stärker unsere Wirtschaft am Ende der Ausverkaufsphase zur bloßen Basarökonomie degeneriert, je mehr wir also nur noch die Erzeugnisse anderer unter eigenem Namen vertreiben, umso größer wird für uns das Problem, die fremde Produktion zu bezahlen.

Die Vereinigten Staaten befinden sich heute schon in dieser Lage. Die Rechnung für ihre immensen Importe begleichen sie immer weniger mit eigenen Leistungen, immer mehr dagegen mit Staatspapieren, das heißt mit Forderungen an die Zukunft. Statt sich für ihre Exporte direkt bezahlen zu lassen, kaufen vor allem Japaner und Chinesen den Amerikanern solche Papiere ab und halten damit Ansprüche gegenüber kommenden Generationen in der Hand. Solange Deutschland noch in der Lage ist, als Gegenleistung die eigene Hochtechnologie zu exorbitanten Preisen an die Nachzügler zu verkaufen, bleibt uns dieses Problem erspart. Aber der beschleunigte technologische Aufstieg der asiatischen Länder verringert mit jedem weiteren Tag unseren Vorsprung. Irgendwann werden wir nicht mehr fähig sein, für die eingeführten Waren unsererseits Produkte zu bieten, die von den anderen nicht schon selbst hergestellt werden. Für die anderen bringt das keine Einbußen, wohl aber für uns. Denn wir sind auf Importe inzwischen existentiell angewiesen, weil wir unsere eigenen Produktionsstätten ausgelagert oder aufgegeben haben. Das ist die logische Folge einer fehlgeleiteten Globalisierung.

Wirkliche und scheinbare Herren

Die Diagnose unserer heutigen Situation ist in einer wesentlichen Hinsicht noch unvollständig. In der bisherigen Bestandsaufnahme fehlt der Hinweis auf die zentralen Akteure unserer heutigen Welt – die großen Konzerne. Nach Meinung vieler

Beobachter ist der Konzern eine Macht der Zukunft, der Staat dagegen ein Auslaufmodell. Zum ersten Mal in der Geschichte gebe es »Global Player«, Superkonzerne, die sich dem Zugriff der Staaten entziehen. Frei von staatlicher Vormundschaft, stellten sie Machtzentren dar, deren Einfluss sich selbst noch auf die Politik großer Länder erstreckte. Damit sei das Schicksal der Nationalstaaten besiegelt. Die ökonomischen Spielregeln der Welt und in ihrem Gefolge auch die politischen würden künftig den Vorgaben der Global Player gehorchen.

Und nicht nur das. Es lassen sich sogar Visionen des Friedens beschwören. Die Global Player sind ja auf ein berechenbares und friedliches Umfeld angewiesen. Anders als die seit Jahrhunderten um ökonomische und politische Macht konkurrierenden Nationen müssen sie um der Sicherheit ihrer weltweiten Investitionen willen am Frieden elementar interessiert sein. Die großen Konzerne und das hinter ihnen stehende internationale Finanzkapital könnten sich, so die Vision, künftig wie ein Dach über den Nationen wölben, und unter diesem Dach würde Frieden herrschen.

Haben wir Grund, uns dieser optimistischen Prognose anzuschließen? Wir sollten einen Blick in die Vergangenheit werfen, um solche Verheißungen zu überprüfen. In Europa hat es lange Zeit nur eine einzige Institution gegeben, die überstaatlichen Einfluss besaß und ebenso transnational agierte wie heute die großen Konzerne. Das ist die katholische Kirche. Sie überwölbte die Staaten Europas und griff seit dem 16. Jahrhundert auch auf andere Teile des Globus aus. Ihre Lehre beruht auf dem Frieden kündenden Neuen Testament, während das Finanzkapital die eher unfrohe Botschaft des Neoliberalismus verbreitet. Das Zentrum der Kirche ist der Vatikan in Rom, das Zentrum des Finanzkapitals bilden Weltbank und Währungsfonds in New York und die Welthandelsorganisation (WTO) in Genf. Viele Menschen fühlten sich in der Vergangenheit der Kirche enger verbunden als ihren jeweiligen Königen, Kaisern oder Fürsten. Aber wurden die ständigen Bruderkriege unter den Staaten Europas dadurch verhindert? Die Antwort kann jeder den Geschichtsbüchern entnehmen. Obwohl die Kirche mit ihren Vertretern überall anwesend war und – anders als bei den heutigen Wirtschaftskonzernen – der Frieden zum Kern ihrer Lehre gehörte, ist Europa deshalb nicht friedlicher gewesen als die nichtchristlichen Teile des Globus. Das gemeinsame religiöse Bekenntnis der Menschen und ihrer Regierungen hat sie nicht daran gehindert, sich fortwährend zu bekriegen. Es war üblich, auf allen Seiten die Waffen zu segnen. Um von der Rolle der großen Konzerne in der heutigen Welt eine bessere Vorstellung zu gewinnen, brauchen wir aber gar nicht bis zur einstigen Weltherrschaft der Kirche zurückzublicken. Heute gibt es eine international führende Schicht aus Businessleuten – Menschen, die sich in ihren Lebensgewohnheiten, Anschauungen und Ansprüchen überall ziemlich ähnlich sind. Es ist gerade etwas mehr als

zweihundert Jahre her, da gab es eine ähnlich international eingestellte Klasse. Das Schicksal Europas lag in der Hand einer kleinen tonangebenden Schicht, die über Wohl und Wehe von Menschen verschiedener nationaler Zugehörigkeit entschied. Das war der Adel. Er bildete europaweit eine Elite, die sich durch eine gemeinsame Sprache, das Französische, und vor allem durch eine gemeinsame Lebensart über Grenzen hinweg verbunden fühlte. Ein polnischer oder russischer Edelmann stand einem französischen oder deutschen Adligen in der Regel um vieles näher als einem polnischen oder russischen Bauern. Zwischen Angehörigen des Adels herrschten ein gemeinsamer Umgangston, gemeinsame Sitten, ein gemeinsames gesellschaftliches Leben. Vor allem aber waren sich die Adligen darin einig, die Interessen der eigenen Schicht gegenüber der Masse der Bevölkerung mit allen Mitteln zu verteidigen und zu bewahren.³⁴

Darin glichen die Angehörigen dieser kosmopolitischen Schicht den Mitgliedern transnationaler Konzerne von heute. Zwischen koreanischen, deutschen und amerikanischen Forschern innerhalb einer transnationalen Firma pflegen die Gemeinsamkeiten weit größer zu sein, als das im Verhältnis zu gewöhnlichen Arbeitnehmern oder gar Arbeitslosen der jeweiligen Nationalität der Fall ist. Parallelen gibt es ebenfalls im Hinblick auf geistige Eigenschaften. Ebenso wie über den Adel von einst lässt sich auch über diese privilegierte Schicht viel Positives sagen. Sie zeichnet sich aus durch ihre Freiheit von Vorurteilen, ihre Gleichgültigkeit gegenüber ethnischen und religiösen Unterschieden und ihre Offenheit für Anregungen aus fremden Ländern. Wer sich auch nur oberflächlich mit dem 18. Jahrhundert beschäftigt, wird kaum bestreiten, dass der Adel damals die gebildetsten, höflichsten und geistreichsten Menschen zu seinen Angehörigen zählte.

Von den Pariser Marktweibern, den Bauern, Arbeitern und fanatischen Advokaten, die sich in der Französischen Revolution hervortaten, lässt sich das gewiss nicht behaupten. Sie waren dafür verantwortlich, dass die Adligen reihenweise an die Laternen geknüpft und unter der Guillotine zerhackt wurden. Im Vergleich müssen sie uns wie ein Haufen von rohen Menschenschlächtern erscheinen.

Und dennoch hatten die Aufständischen von 1789 die Gerechtigkeit und damit auch die Zukunft auf ihrer Seite. Das ist der Grund, warum die Französische Revolution bis heute als eines der großen Ereignisse der Geschichte Europas gefeiert wird. Der Adel hatte seine Aufgeklärtheit, seine Vorurteilsfreiheit, seine Bildung und seine abgehobene Internationalität um einen zu hohen Preis erworben, einen

³⁴ Dem finanziellen Vormarsch des Bürgertums widersetzte sich der Adel während des 18. Jahrhunderts, indem er möglichst alle früher einmal nur ihm vorbehaltenen staatlichen Posten für sich zu monopolisieren versuchte. Wie Hobsbawm bemerkt (Revolution, S. 16): „In ganz Europa drängte der Adel seine niedriggeborenen Rivalen aus den von der Krone vergebenen Anstellungen. Das traf auf Schweden zu, wo die Zahl der Bürgerlichen von 66 Prozent 1719 (42 Prozent waren es 1700) auf 23 Prozent im Jahre 1780 fiel, und galt bis nach Frankreich, wo diese ‚feudale Reaktion‘ den Ausbruch der Französischen Revolution beschleunigte.“

auf Dauer unerträglichen Preis. Das Weltbürgertum herrschender Schichten, die ihre Gesinnung nicht aus Idealismus, sondern aus handfestem Egoismus und Profitsucht beziehen, ist ein gewaltiges Übel, weil es die Idee der Brüderlichkeit diskreditiert. Denn all seine Vorzüge erwarb sich der Adelsstand letztlich dadurch, dass er den Rest der Menschen zu seinen Handlangern machte. Die Angehörigen der Bevölkerungsmehrheit dienten ihm nur als anonyme Arbeitstiere, die mit ihren Produkten den Glanz seiner Existenz zu erhöhen hatten. Ein solcher Zustand konnte nicht dauerhaft sein.

Und doch hatten ihn noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts alle für dauerhaft gehalten. Niemand sah den dann so plötzlich eintretenden Sturz von Adel und Klerus voraus. Den Menschen schien es unmöglich, dass diese materiell wie geistig in allen Ländern Europas führende Schicht ihre Macht je einbüßen würde. Umso erstaunlicher kam es den Zeitgenossen vor, dass das Unglaubliche innerhalb von nur einem halben Jahrzehnt geschah. Die Herrschaft von Adel und Klerus wurde in Frankreich beendet, ein großer Teil der Angehörigen dieser beiden Stände physisch vernichtet.

Man darf also sehr wohl die skeptische Frage stellen, welche Position denn die internationale Businesselite in Zukunft einnehmen wird. Der damalige Adel war ebenso ein tatkräftiger Befürworter der Globalisierung, wie es die heutige Konzernelite ist. Wird sie eine ähnliche Rolle spielen wie einst die katholische Kirche als supranationale Instanz? Oder werden ihre Angehörigen das Schicksal der Adligen teilen, die zu ihrer Zeit außerhalb der Nationen standen und sich materiell an ihnen bereicherten?

Die international tätigen Businessleute betrachten sich als den Adel unserer Zeit, und diese Selbsteinschätzung wird von weiten Kreisen der Bevölkerung geteilt. Mit siegreichem Lächeln und einem Selbstbewusstsein, das unerschütterlich scheint, greifen sie in das Schicksal von Millionen Menschen und ganzer Staaten ein.³⁵ Bis in die Verteilungsphase stand ihre Leistung bei der Erzeugung von Gütern und Arbeit im Vordergrund, und diese Leistung wurde kaum angezweifelt, denn der Profit war für den Erfolg eine Nebensache. In der Ausverkaufsphase aber wurden die Prioritäten vertauscht. Seitdem ist die Produktion eine Nebensache,

³⁵ Vgl. die Beschreibung dieser neuen Elite in Brzezinski, Choice, S. 134: »Gleichzeitig ist das Auftreten einer charakteristischen globalen Elite mit kosmopolitischer Einstellung und transnationalem Zugehörigkeitsgefühl zu beobachten. Sie spricht fließend Englisch ..., zeichnet sich durch hohe Mobilität und einen weltbürgerlichen Lebensstil aus. Sie fühlt sich in erster Linie ihrem Arbeitsplatz verpflichtet, typischerweise ist dies ein internationaler Konzern oder ein Finanzinstitut. Leitende Angestellte von fremder Herkunft sind in diesen Firmen inzwischen die Regel, wobei 20 Prozent der größten europäischen Konzerne sogar von Männern geleitet werden, die einst als Ausländer gegolten hätten. Das jährliche Weltwirtschaftsforum von Davos ist so etwas wie ein Parteitag für diese neue globale Elite: für Spitzenpolitiker, Finanzmagnaten, Handelskapitäne, Medienmogule, akademische Schwergewichte und sogar Rockstars. Diese Elite ist in steigendem Maße an ihren spezifischen Interessen, ihrer Kameraderie und ihrer gemeinsamen Identität ... zu erkennen. Es wird vermutet, dass die wirtschaftlichen Spitzenkräfte aus aller Welt, die sich hier treffen, zusammen mehr als 70 Prozent des internationalen Handels beherrschen.« (Übersetzung GJ)

ebenso die ihr dienenden Menschen und überhaupt die materielle Basis der Gütererzeugung, die überallhin verlegt werden kann. Der Profit dagegen gibt nun den obersten Maßstab ab.

Vor mehr als zweihundert Jahren lehnte sich die Bevölkerung gegen den damaligen Adel auf. Heute blickt sie mit wachsendem Misstrauen auf den Adel unserer Zeit. Zu Recht schreibt sie den Herren der großen Konzerne und den Investoren im Hintergrund die Verantwortung für die Erosion der staatlichen Selbstbestimmung und den Abbau der Arbeitsplätze zu. Die Konzerne sind es, welche die Politik dazu nötigen, öffentliche Dienstleistungen wie Verkehr, Gesundheit und Bildung zu privatisieren und sie für die Ärmsten dadurch unerschwinglich zu machen. Und sie sind es auch, die für die weltweite Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden verantwortlich zeichnen, die Last dieser Schäden aber den davon betroffenen Staaten aufbürden. All dies ruft wachsenden Unmut hervor. Das künftige Schicksal der großen Konzerne scheint viel ungewisser als von manchen angenommen.

Für die Stellung Deutschlands und anderer westlicher Staaten gegenüber der restlichen Welt ist jedoch etwas anderes von weit größerer Bedeutung: die Tatsache nämlich, dass die aufstrebenden Länder sich dem Diktat der Global Player gerade nicht unterwerfen. In der Phase seines Aufstiegs agierte Japan als klassischer Nationalstaat, der die gesamte Wirtschaft von oben her streng kontrollierte. Westliche Konzerne blieben außen vor. Ähnliches trifft heute auf China zu. Die Führung des Landes unterscheidet bewusst zwischen eigenen Unternehmen, die im Sinne einer nationalen Politik eingesetzt werden, und den Konzernen des Westens, deren Macht sie fürchtet und auf ihrem Territorium durch entsprechende Auflagen bündigt – zum Beispiel durch die Verpflichtung, wissenschaftliches und technisches Know-how an chinesische Firmen zu transferieren.

Die große Macht der Konzerne betrifft also in erster Linie die Staaten des Westens. Nur dort sorgen sie auf Druck ihrer Aktionäre für Auslagerung, Arbeitslosigkeit, Lohnverfall und schwindendes Solidargefühl. Sogar die Einheit Europas wird durch den von ihnen propagierten Liberalismus bedroht. In zwei Gründerstaaten der EU, in Frankreich und den Niederlanden, vermochten die Menschen nicht länger einzusehen, welche Vorteile ihnen Europa denn überhaupt noch bringt, wenn ihr Lebensstandard kontinuierlich sinkt. 2005 lehnten sie den Entwurf für eine europäische Verfassung ab und demonstrierten damit ein bis dahin nicht gekanntes Misstrauen gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der EU.

All das ergibt ein zusammenhängendes Bild. Der Verfall von Solidarität und Gemeinschaft bedroht nur Europa, nicht die aufstrebenden Länder. Die Aktionäre, welche die Politik der großen Konzerne zu ihren Gunsten lenken, schwächen nur Deutschland, nicht die großen asiatischen Fabrikantenstaaten.

Wie viel Freiheit für den Bürger?

Zu einer Diagnose der gegenwärtigen Situation gehört auch die Frage nach unserer politischen Freiheit und unserem Handlungsspielraum. Sind wir, die Bürger, dazu verdammt, diese Verschiebungen von Einfluss und Macht passiv hinzunehmen? Kommen sie als ein Verhängnis, dem wir uns ohnmächtig beugen müssen? Bis zu einem gewissen Grad sind wir den Umständen ausgeliefert, etwa äußerlichen Gegebenheiten wie der geographischen Lage. Denn die politische Mitbestimmung innerhalb eines Staates hängt nicht zuletzt auch von den Machtverhältnissen zwischen den Staaten ab. Ein Land wie Deutschland tat sich schon aus geographischen Gründen schwer, demokratische Strukturen aufzubauen. Jahrhundertlang von potentiell feindlichen Nachbarn umgeben, musste es eher als andere Staaten zu militärischer Machtfülle neigen. England, das den Schutz seiner Insel-lage genoss, oder die USA, die bis Mitte des 20. Jahrhunderts von außen überhaupt keine Gefahren zu fürchten hatten, waren da in einer besseren Lage. Doch auch Länder mit so günstigen Voraussetzungen sind nicht gegen antidemokratische Entwicklungen gefeit. Kaum dass die Vereinigten Staaten von außen ernsthaft bedroht worden sind – nach 1945 durch die Sowjetunion, seit 2001 durch den Terrorismus –, haben sie eindeutig demokratiefeindliche Tendenzen erkennen lassen: in den fünfziger Jahren mit der Kommunistenjagd unter McCarthy, in heutiger Zeit unter Präsident Bush mit dem Patriot Act, durch den wesentliche Bürgerrechte eingeschränkt werden. Die Entwicklung zu demokratischer Mitbestimmung lässt sich nicht isoliert von den äußeren Bedingungen betrachten.

Besonders eng aber hängt die Fähigkeit zur Demokratie mit den drei Phasen der industriellen Entwicklung zusammen. Bildlich dargestellt, folgt der Ablauf einer glockenförmigen Kurve. In der Schwellenphase setzt die Linie ganz unten an. Die demokratische Mitwirkung pflegt gering oder überhaupt nicht vorhanden zu sein. Danach aber erreicht sie in der Sozialstaatsphase eine maximale Höhe, bevor sie in der Ausverkaufsphase wieder zurückschwingt, unter Umständen bis auf die anfänglichen Werte.

Dieses Hin und Her hat tiefer liegende Gründe. Es leuchtet ein, dass der eben ins industrielle Rennen eintretende Staat die Freiheit seiner Bürger ziemlich stark einschränken muss. Denn andernfalls läuft er Gefahr, sich die Chance auf künftige Entwicklung selbst zu versperren. Schauen wir uns das in dieser Hinsicht besonders lehrreiche Beispiel Japan an. Nach dem verlorenen Krieg gegen die Vereinigten Staaten hätten die bessergestellten Japaner gern die damals technologisch weit überlegenen Waren des Westens gekauft, also vor allem die seinerzeit führenden amerikanischen Güter. Doch Japans ökonomische Strategen verhinderten dies. Sie sahen darin eine Gefahr für ihre eigenen, noch im Aufbau befindlichen

Industrien. Konsumfreiheit hätte deren Aufschwung stark behindert, wenn nicht unmöglich gemacht.

Die Regierung entschloss sich daher zu einem strikten Protektionismus, der japanische Produkte vor äußerer Konkurrenz schützte. Es war dieselbe protektionistische Politik, die der Nationalökonom Friedrich List ein Jahrhundert zuvor den deutschen Landesherren empfohlen hatte und die von den USA seit dem Bürgerkrieg (1861–1865) bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts befolgt worden war.³⁶ Japan riegelte seinen Markt weitgehend gegen ausländische Industrieprodukte ab. Bekanntlich betrieb das Land diese Politik mit durchschlagendem Erfolg. Innerhalb von drei Jahrzehnten hatte es mit den Pionieren gleichgezogen und sie teilweise sogar überrundet.³⁷

Protektionismus bedeutet eine Einschränkung der Freiheit des Konsumenten. Eine solche Maßnahme konnte nur von einem autoritären Regime durchgesetzt werden. Die industrielle Entwicklung Japans wurde von oben gelenkt und verordnet – wie danach in den asiatischen Tigerstaaten und in China oder auch ein Jahrhundert zuvor im deutschen Kaiserreich. Diese autoritäre Politik entsprang nicht den nationalen Eigenheiten der Japaner, der Deutschen oder der US-Amerikaner. Ein solches Schutzverhalten wird industriellen Nachzüglern in erster Linie von außen aufgezwungen. Sie müssen sich gegen den übermächtigen ökonomischen Druck der erfolgreichen Pioniere behaupten. Diese lassen keine Gelegenheit aus, um von ihnen die Öffnung ihrer Märkte zu fordern. Natürlich, denn dadurch vergrößern sie ihren eigenen Absatz und verhindern das Aufkommen konkurrierender Industrien.

Schwache Staaten, zu denen die meisten Länder Afrikas, Südamerikas oder Zentralasiens gehören, haben diesen Schallmeienklängen freilich nicht zu widerstehen vermocht. Sie haben ihre Märkte geöffnet und das mit anhaltender Unterentwicklung bezahlt. Die weit überlegenen Waren des Westens strömten herein und zerschlugen alle aufkeimenden oder schon vorhandenen Industrien. Nur starke Staaten wie Japan, die einstigen asiatischen Tiger, Malaysia und China haben den Verlockungen erfolgreich widerstanden. Sie haben diese Leistung aber gegen einen doppelten Druck vollbringen müssen, den äußeren der weltweit mächtigsten Staaten und den inneren der eigenen Konsumenten.

³⁶ Dagegen waren es *vor* dem Bürgerkrieg die Interessen der reichen Plantagenbesitzer des Südens, welche die Handelspolitik der USA diktierten. Großbritannien war der Absatzmarkt für ihre Baumwolle. Im Gegenzug kauften sie dort ihre industriellen Produkte. Sie waren also ebenso wenig am Schutz der heimischen (in den Nordstaaten ansässigen) Industrien interessiert wie die Engländer. Erst nach der Niederlage der Südstaaten im Bürgerkrieg konnten die Nordstaaten ihre eigenen, in erster Linie industriellen Interessen durchsetzen. Von dieser Zeit an herrschte bis gegen Ende des Zweiten Weltkriegs ein entschiedener Protektionismus.

³⁷ Der phänomenale Aufstieg des kleinen asiatischen Inselstaats widerlegt die bis heute herrschende Auffassung, wonach Protektionismus das beste Rezept für den ökonomischen Niedergang eines Landes sei. Zum Mythos des Freihandels vgl. auch Bairoch, Economics; Batra, Myth; Chang, Kicking Away.

Um gegen diesen zweifachen Widerstand anzukommen, bleibt Schwellenländern zunächst kaum eine andere Wahl, als ihre Interessen mit Hilfe eines autoritären Regimes durchzusetzen. Das verleiht der Politik zwangsläufig den Primat gegenüber der Wirtschaft. Die Politik hält das Heft in der Hand, die Wirtschaft hat eine dienende Funktion einzunehmen. Um es noch deutlicher zu sagen: In diesem Anfangsstadium der industriellen Entwicklung genießt der politische Zentralismus eindeutig den Vorrang gegenüber der Vielfalt ökonomischer Kräfte und privater Interessen. Das ist die Zeit, in der alle Energien der Bevölkerung, vor allem die ökonomischen, einem einzigen Ziel dienen müssen – der künftigen nationalen Stärke und Größe. China steht mitten in dieser Phase.³⁸

Dennoch pflegen Revolten gegen die Härten autoritärer Schwellenstaaten eher selten zu sein. Diese werden zwar aufs Schärfste von außen gescholten, eben von den Pionieren, die derart vielversprechende Märkte für sich zu erobern trachten. So muss sich China von westlichen Staaten permanent berechnete ebenso wie unberechtigte Kritik für sein Regime anhören. Aber die eigenen Bürger neigen weit weniger zur Kritik. In dieser Phase wird die politisch verordnete Einschränkung der Freiheit von ihnen noch weitgehend akzeptiert. Ihr Sinn ist für jedermann einsehbar, sofern sie zu einem erfolgreichen Aufbau führt. Zwar wird dem Einzelnen der Zugang zu den qualitativ besten Gütern des Auslands durch hohe Schutzzölle erschwert oder völlig unmöglich gemacht, aber die Menschen werten es als Triumph für ihr Land, wenn mit der Zeit ein heimischer Industriezweig nach dem anderen gleichartige Güter erzeugt. Sie sehen ein, dass diese Politik für sie selbst und ihr Land unter den bestehenden Umständen die bestmögliche ist. Sie werden von einem gemeinsamen Projekt bewegt und vorangetrieben.

Ein solches Einverständnis zwischen der regierenden Elite und der regierten Bevölkerung galt in der Phase des industriellen Aufbaus ebenso für die USA wie für das deutsche Kaiserreich, für Japan zur Meijizeit und das heutige China. Der Stolz, aus eigener Kraft aufzurücken, lässt alle Entbehrungen vergessen, die dafür eine Zeit lang erbracht werden müssen.

Der Rückzug des Staates

³⁸ Eine bemerkenswerte Ausnahme von dieser Regel bietet die Geschichte Englands. Selbst in der Schwellenphase von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts brauchte das Land kein autoritäres oder gar diktatorisches Regime zum Schutz seiner industriellen Entwicklung. Aber diese Ausnahme ist leicht zu erklären. England selbst hatte ja die Industrialisierung in Gang gebracht. Es musste sich daher nicht gegen Konkurrenten oder gar mächtige Vorläufer behaupten und war daher weder einem äußeren noch einem inneren Druck ausgesetzt.

Das ändert sich allerdings beim Übergang in die Sozialstaats- oder Verteilungsphase.³⁹ Nun werden die Rufe nach Freiheit lauter, und sie können sich schließlich auch Gehör verschaffen. Die Beschränkungen werden als Last empfunden, die man nicht länger tragen will. Zu Recht, denn in diesem Stadium können sie gefahrlos beseitigt werden.

Die objektiven Bedingungen haben sich gewandelt. Der ursprünglich noch gewaltige Vorsprung der Pioniere ist weitgehend aufgeholt. Die Nachzügler sind keine Nachzügler mehr, sondern zählen nun selbst zu den Exporteuren weltweit nachgefragter Produkte, vielleicht sogar schon unter Einschluss der Hochtechnologie. Ein erfolgreich exportierendes Land beweist eben durch diese Exporte, dass seine Industrie objektiv keinen Schutz mehr benötigt. So hat der Staat plötzlich eine seiner bis dahin zentralen Aufgaben verloren. Seine Überwachungsfunktionen sind nicht länger gefragt. Er kann sie allmählich aufgeben.

Genau das hat er in der Wohlfahrtsphase auch überall getan. Das wirtschaftliche Leben wird freier. Es wird dereguliert. Bislang noch staatliche Unternehmen werden in privaten Besitz überführt. Die eben noch alleinzuständige Befehlshierarchie, die von der politisch-administrativen Zentrale bis zu den großen ökonomischen Akteuren hinunterreichte, wird nach und nach durch viele dezentrale und unabhängige Entscheidungsträger ersetzt. Und es bleibt keinesfalls bei diesen strukturellen Transformationen. Der Rückzug des Staates und das Erstarken privater Kräfte spiegeln sich gleichzeitig in einer neuen Ideologie. Das politische und ökonomische Denken wandelt sich nun in gleichem Maße wie die Realität der politischen Strukturen. Denn in dieser Phase sehen die Kräfte der Wirtschaft, die sich bis dahin der staatlichen Kuratel fügen mussten, ihre Stunde gekommen. *Sie beginnen den Staat kleinzureden.* Jetzt greift die Auffassung um sich, dass die Wirtschaft nur dann erfolgreich agieren könne, wenn man sie ganz sich selbst überlässt. Der Staat solle sich aus der Ökonomie möglichst völlig zurückziehen, der größte Reichtum könne sich nur unter dieser Bedingung entfalten.

Zunächst, auf dem Höhepunkt der Sozialstaatsphase, ist die Umsetzung dieser Forderungen erst teilweise erreicht. Aber die damit einhergehenden Versprechungen scheinen sich zu erfüllen. Der größte Reichtum, die gerechteste Verteilung und eine maximale politische Freiheit treffen in diesem Stadium zusammen. Im

³⁹ Das Drei-Phasen-Schema sollte als idealtypisches Modell verstanden werden, dem die historische Entwicklung nur insoweit entspricht, als die erste und die letzte Phase einen festen Platz einnehmen. Die dazwischen liegende Phase lässt jedoch verschiedene Abläufe zu. So fallen in den USA und in Japan die zwanziger Jahre auf, in denen ein privater Casino-Kapitalismus zum Durchbruch gelangte und, besonders in Japan, das politische System stark erschütterte – ein Grund für den darauffolgenden nach außen gewendeten Militarismus. In den USA war es die bittere Erfahrung des ökonomischen Kollapses der dreißiger Jahre, die eine milde Version des Sozialstaats von der Roosevelt-Ära bis in die siebziger Jahre ermöglichte. In Japan war es die militärische Niederlage von 1945, die den solidarischen Staat (auf betrieblicher Grundlage) in seiner vielleicht reinsten Form bis in die achtziger Jahre ermöglichte. In beiden Ländern ging der sozialstaatlichen Etappe mithin eine extreme ökonomische Entsolidarisierung voraus.

günstigsten Fall kann sich jetzt eine echte, auf breiter Mitbestimmung und Mitverantwortung beruhende Demokratie durchsetzen. Der Staat steht unter keinem besonderen äußeren Druck, und auch der innere Druck ist gering. Seine Bürger sind so zufrieden mit ihm wie niemals zuvor. Wäre der Wohlstand von nun an dauerhaft gesichert, könnte man von dem politisch wie ökonomisch glücklichsten Zustand einer Gesellschaft sprechen.

Wie schon bemerkt, wird das heute von vielen anders gesehen. Im Nachhinein versuchen sie den Sozialstaat zu diskreditieren, indem sie gegen ihn den Vorwurf erheben, dass er die Bürger in die Unmündigkeit führe. Diese Kritik mag bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt sein. Versicherungen gegen alle möglichen Risiken des Lebens müssen nicht unbedingt staatlich geregelt werden. Der Staat muss das Glück seiner Bürger nicht auf dem Verwaltungswege verordnen.

Aber man darf nicht vergessen, dass auf dem Höhepunkt der Verteilungsphase auch die Mitbestimmung ihr Maximum erreicht. Und Mitbestimmung ist das Gegenteil von Bevormundung. Überall spielten die Bürger eine aktive Rolle. In den Betriebsräten zum Beispiel. Und in den Aufsichtsgremien großer Unternehmen, wo die Stimmen der Arbeitnehmer im günstigsten Fall fast so viel zählten wie die Stimmen der Arbeitgeber. Das war Demokratie dort, wo sie entscheidend ist, nämlich in den kleinsten Zellen des sozialen Organismus. Und sie lebte auch in Städten und Gemeinden. In zahlreichen Initiativen machten die Bürger ihre Belange geltend. Und auf staatlicher Ebene hatten sie die Möglichkeit, mit ihrer Stimme zwischen Parteien zu wählen, die ihnen noch echte politische Alternativen anboten.

Die Macht der Eliten

Dieser Höhepunkt hält nicht an. Leider wird er nur zu bald überschritten. Zwar pflegt äußerlich noch eine Zeit lang alles beim Alten zu bleiben. Außer in Revolutionen sterben Institutionen selten eines plötzlichen Todes. Ihre Fassaden bleiben in der Regel erhalten, doch dahinter bröckelt die Substanz langsam weg. Beim Eintritt in die Ausverkaufsphase beginnt sich die Kurve von Demokratie und Freiheit nach unten zu neigen. Es zeigt sich auf einmal, dass die demokratische Mitbestimmung durchaus nicht bleibend gesichert ist. Man wird sogar sagen müssen, dass sie sich, solange das Wettrennen der Nationen anhält, grundsätzlich nicht sichern lässt. Denn in der Ausverkaufsphase baut sich erneut sowohl äußerer als auch innerer Druck auf. Gerade weil das Land in der vorangegangenen Sozialstaatsphase einen hohen Lebensstandard errungen hat und ein entsprechendes Hochlohnniveau, setzt es sich der Attacke der Billiganbieter aus. Dies ist ein äußerer Druck, der aber für sich genommen wenig gefährlich wäre. Denn es sind

natürlich nicht diese Billiganbieter selbst, also politisch wie militärisch noch sehr schwache Länder, welche die Wirtschaft so mächtiger Staaten wie der USA oder Deutschland ernsthaft bedrohen. Das aufholende Japan konnte vor fünfzig Jahren ebenso wenig Druck auf westliche Staaten ausüben wie heute der Schwellenstaat China.

Der eigentlich bedrohliche Druck kommt vielmehr von innen, er stammt aus den mächtigen Staaten selbst, nämlich von ihren Investoren und ihren Konzernen. Sie befördern die Billigattacke und bringen dadurch den zuvor beschriebenen Prozess überhaupt erst richtig in Gang. Mit ihrer Hilfe gelingt es den zunächst noch weit unterlegenen Nachzüglern, die vorhandenen Industrien des Westens zu schwächen und immer mehr von ihnen endgültig aus dem Feld zu schlagen. Und dies ist kein rein ökonomischer Prozess, sondern eine Entwicklung mit unmittelbaren und zwangsläufigen Auswirkungen auf Freiheit und Demokratie. Im Grunde ist schon mit der Initiative der ökonomischen Elite zugunsten der Globalisierung das Signal für den Rückzug der Demokratie gegeben, weil es eine Minderheit ist, welche über die Köpfe der Mehrheit hinweg über deren Schicksal entscheidet. Es ist das Diktat einer Minderheit mit weitreichenden Folgen für alle. Statt wie bisher stetig erweitert zu werden, wird die Freiheit in der Ausverkaufsphase schrittweise wieder abgebaut.

Die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten geschieht jetzt aber auf ganz neuartige Weise. Es ist nicht mehr eine autoritäre Regierung, die dafür verantwortlich ist. Der Staat hat ja schon auf dem Höhepunkt der Wohlfahrtsphase damit begonnen, viele seiner Funktionen an private Kräfte zu delegieren. Oder er hat sich diese Funktionen ganz abringen lassen. Es ist nun die private ökonomische Elite, vertreten in mächtigen Lobbys und den wichtigsten Medienorganen, die eine neue Art der politischen Einflussnahme verfolgt. Dabei verlagert sich die Macht aus den Händen der Politik in die von Managern und Investoren.

In aller Deutlichkeit wird das spätestens zu dem Zeitpunkt erkennbar, wenn Regierungen verschiedener Couleur weitgehend die gleiche ökonomische Politik betreiben. Es heißt jetzt typischerweise, dass es keine rechte oder linke Wirtschaftspolitik mehr gebe, sondern nur noch eine »moderne«. Richtiger wäre die Formulierung: nur noch eine Politik, die das Plazet der ökonomischen Elite erhält. In England holte sich der Labour-Premier Tony Blair dieses Plazet ein – er setzte die politische Linie von Margaret Thatcher weitgehend fort. In den Vereinigten Staaten schloss sich der Demokrat Bill Clinton dem Vorbild Blairs an. Und in Deutschland bekannte sich der Sozialdemokrat Gerhard Schröder seinerseits zum »dritten Weg« des britischen Premierministers. Es war überall dasselbe. Die Politik unterwarf sich den Vorgaben aus Industrie und Wirtschaft. Gleichgültig, ob unter rechter oder linker Flagge segelnd, wurde sie nun auf kaum noch

unterscheidbare Weise »modern«, indem sie sich dem Druck der Konzerne, der Banken, der Anleger fügte – kurz, dem der mächtigsten privaten Akteure.

Der Einfluss dieser neuen Akteure wird noch wesentlich dadurch gesteigert, dass er die Grenzen des einzelnen Staates überschreitet. In sämtlichen westlichen Ländern bilden die führenden Wirtschaftskräfte eine Oberschicht mit gemeinsamen Interessen. Diese sind klar definiert und lassen sich in wenigen Worten bündeln. Sie bestehen in Macht und Geld und der dazugehörigen Ideologie – dem sogenannten Neoliberalismus. Damit ist schlicht die größtmögliche Freiheit für private Interessen gemeint. Diese Lehre wird nun wie eine Religion verkündet und durch mächtige internationale Organisationen, vor allem die Weltbank, den Währungsfonds und die Welthandelsorganisation, missionarisch verbreitet. Die ökonomische Elite der westlichen Länder setzt ihre privaten Interessen jetzt mindestens ebenso wirksam durch wie die autoritären Regierungen der ersten Phase ihre nationalstaatlichen Ziele.

Wie Robert Reich, ehemals Arbeitsminister unter Clinton, in den neunziger Jahren bemerkte, finden die wichtigsten Zusammenkünfte jetzt zwischen Politik und Wirtschaft statt. Früher einmal ging es um Diplomatie, heute geht es um ökonomische Vorteile. Präsidenten und Premierminister tun fast alles, um Kapital anzulocken oder im Lande zu halten. Und fast alle bemühen sich, die Besteuerung von Unternehmen zu reduzieren. Wenn nötig, auch die Ausgaben für Gesundheit und Schulen, nur um das Vertrauen der Investoren zu gewinnen.⁴⁰

So wird im dritten Stadium der industriellen Entwicklung, ganz wie in der Schwellenphase, das Schicksal der Menschen wieder über ihre Köpfe hinweg von oben bestimmt, doch diesmal von sehr weit oben – eben von international tätigen Organisationen, auf deren Entscheidungen die Bevölkerungsmehrheit keinen Einfluss nehmen kann.

Wenn Verantwortung unauffindbar wird

Die industrielle Revolution war nur in einer Zivilisation des entfesselten Wettbewerbs möglich, insofern ist sie das legitime Kind der westlichen Welt. Doch der ungebändigte ökonomische Wettbewerb drohte stets nach außen in Krieg umzuschlagen und nach innen den sozialen Zerfall zu bewirken. Dann führte er zur Erosion von Solidarität, Gemeinsinn und Selbstbestimmung.

In der Ausverkaufsphase sind diese Gefahren besonders groß. Solange das stürmische Wachstum anhielt, zogen alle sozialen Schichten an einem Strang. Auch wenn nicht alle gleichmäßig profitierten, ging es doch selbst den sozial am

⁴⁰ Reich, Future, S. 322.

wenigsten begünstigten Schichten gut, vielen Menschen sogar mit jedem Tag besser. Die Gesellschaft war nach außen stark und nach innen geeint. Doch in der Ausverkaufsphase mit ihrem nachlassenden und schließlich ganz verebbenden Wachstum entsteht eine neuartige Situation. Jetzt bricht im Innern des Staates ein Wettbewerb zwischen den Schichten aus. Den eigenen Wohlstand kann jede von ihnen nur noch dadurch vermehren, dass sie sich vom Kuchen der Volkswirtschaft ein größeres Stück abschneidet. Da dieser nicht länger wächst, geschieht das zwangsläufig auf Kosten der anderen.

Bei diesem inneren Wettbewerb nehmen die ohnehin Mächtigen und Reichen die weitaus bessere Position ein. Obwohl sich die ökonomische Lage des Landes in der Ausverkaufsphase sichtbar verschlechtert, werden die Reichen gerade jetzt noch reicher. Die Armen aber müssen ebendeshalb ärmer werden. Das soziale Klima, in der Wohlfahrtsphase noch durch ein weitgehendes Miteinander charakterisiert, wird nun durch ein wachsendes Gegeneinander vergiftet. In dieser Situation trauen die Menschen dem Staat nicht länger zu, dass er seine Aufgabe als gerechter Makler erfüllen kann. Verdrossenheit und Ablehnung schlagen ihm immer stärker entgegen.

Entscheidend begünstigt wird diese Entwicklung durch eine Verlängerung der Verantwortungsketten. Im Extremfall werden sie so lang, dass sich Verantwortung überhaupt nicht mehr lokalisieren lässt. Die Missstände sind für alle mit Händen zu greifen, aber die Hydra hat so viele Köpfe bekommen, dass kein Einzelner mehr als Urheber des Übels erkennbar ist. Das war in den beiden ersten Phasen noch anders. Solange die Ziele eindeutig und im Sinne der gesamten Bevölkerung definiert sind, pflegen die Ketten der Verantwortung relativ kurz zu sein.

Denn jeder weiß ja, dass der gemeinsame Wohlstand auf Arbeit beruht. Wenn der Wohlstand zunehmen soll, dann muss auch mehr beziehungsweise produktivere Arbeit geleistet werden. Es sind die Menschen in einem Betrieb, der Vorstand ebenso wie die Angestellten und Arbeiter, die unmittelbar für diese Arbeit und den daraus resultierenden Wohlstand verantwortlich sind. Das Geld im Hintergrund erfüllt dabei nicht mehr als eine sekundäre, dienende Funktion.

Dieser Zustand währte bis zum Ausgang der Sozialstaatsphase gegen Ende der achtziger Jahre. Bis dahin bestand die sogenannte Deutschland AG: eine Form der Wirtschaft, die sich nicht vorrangig am Shareholder-Value orientierte, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet war, also den »Stakeholdern« in ihrer Gesamtheit. In dieser Zeit endete die ökonomische Verantwortungskette im Wesentlichen noch bei der Arbeit. Die Vorstände und die Belegschaften der Betriebe trugen gemeinsam die Lorbeeren des Erfolgs. Ebenso waren sie aber auch für Misserfolge haftbar zu machen. Das Kapital spielte bei alldem eine Nebenrolle. Und zwar zu Recht. Es war nicht mehr als ein Instrument im Dienste der Arbeit. Das

Geldkapital erfand nichts, gestaltete nichts, produzierte nichts, trug keine Verantwortung und genoss deshalb auch nur ein untergeordnetes Mitspracherecht. Dieses Verhältnis von Arbeit und Geld kennzeichnete den rheinischen Kapitalismus der Wachstumsphase ebenso wie die Japan AG bis in die neunziger Jahre.

Doch als es mit dem Wachstum zu Ende war, zerbrach die Kooperation zwischen Arbeit und Kapital. Weil der volkswirtschaftliche Kuchen nicht länger wuchs, konnten Kapital und Arbeit nur noch dadurch Gewinne machen, dass sie beim anderen plündern gingen. Jetzt aber war das Kapital auf einmal in einer wesentlich besseren Stellung als vorher, weil die grassierende Arbeitslosigkeit die Gegenseite immer mehr schwächte. Das Geldkapital gab seine dienende Rolle auf.

Die unmittelbare Folge dieser gravierenden Machtverschiebung bestand in der Verlängerung der Verantwortungsketten. Diejenigen, die nichts erfinden, nichts gestalten, nichts produzieren, wohl aber Geld besitzen – die Anleger und Investoren beziehungsweise die sie vertretenden Banken, Hedgefonds und anderen Kapitalgesellschaften –, beanspruchten und erhielten jetzt die Entscheidungsgewalt. Aus ihrer Warte betrachtet, erschien das auch völlig normal. Gebäude, Maschinen, Arbeiter, Ingenieure und Vorstände, kurz jene konkreten Institutionen, die man Betriebe nennt und die den Mittelpunkt vieler menschlicher Lebensplanungen bilden, erfüllen für sie nur eine abstrakte Funktion. Betriebe müssen eine bestimmte prozentuale Rendite auf den Einsatz liefern, der bei ihnen angelegt wurde. Solange das der Fall ist, werden sie am Leben gehalten – andernfalls kombiniert man sie neu, verschiebt sie zwischen unterschiedlichen Besitzern oder löst sie aus der Ferne auch vollständig auf. Arbeit, gleichgültig ob die der einfachen Beschäftigten, der erfindenden Intelligenz, der organisierenden Vorstände oder des Regeln setzenden Staates, ist für die Geldgeber nur noch Mittel zur Geldvermehrung. Was da produziert wird, wo und unter welchen Umständen, ist für die Investoren letztlich ohne Belang. Es wird allein am Maßstab der daraus geschöpften Gewinne bemessen.

Und daraus erklärt sich die nun überall bemerkbare, manchmal geradezu unendliche Ausdehnung der Verantwortungsketten. Denn dieses System kann nur dann funktionieren, wenn die existentielle Macht, die dem Kapital in den Schoß fällt, keinen Namen und kein Gesicht besitzt. Sie muss anonym, ungreifbar und unangreifbar sein, damit der Zorn der Betroffenen sie nicht erreichen kann. Zwar haben immer mehr Menschen in der Ausverkaufsphase ein dumpfes Gefühl dafür, in einem ungerechten System gefangen zu sein, aber es bleibt bei diesem Gefühl, weil es unmöglich erscheint, einen bestimmten Urheber dafür haftbar zu machen. Die Verantwortung verliert sich praktisch im Nichts.

Manche fügen dem Schaden auch noch den Hohn hinzu, indem sie behaupten, dass doch jeder Einzelne von uns an dieser Entwicklung beteiligt sei. Als Bürger

der Industriegesellschaft könnten wir gar nicht anders, als in gewissen Situationen gegen die eigenen Interessen zu handeln. Jeder hätte zwar als Beschäftigter ein elementares Interesse an der Erhaltung des eigenen Arbeitsplatzes. Völlig anders sehe das aber aus, wenn jemand zugleich Aktionär sei. Dann müsse ihm vielmehr daran gelegen sein, dass sein Arbeitsplatz liquidiert wird, weil seine Aktien dadurch im Wert steigen. Doch das ist eine offenkundige Verdrehung der Tatsachen. In den USA wurde berechnet, welcher Prozentsatz der Gewinne von Aktienkäufen und -verkäufen von den Kleinaktionären zu den Großanlegern gelangt, also zu jenen Geldbesitzern, die sich eine Beratung durch Fondsexperten leisten können. Fazit: Die Großen erhalten fast alles, die Kleinen praktisch nichts.⁴¹

Mit geradezu symbolträchtiger Deutlichkeit zeigt sich die Kunst, Verantwortung im Nichts aufzulösen, wenn wieder einmal ein Öltanker nach einer Havarie einen Teil des Meeres auf Jahre verseucht. Die Besitzverhältnisse, die hinter dem Einsatz dieses Tankers stehen, sind in der Regel unendlich verschachtelt. Zwar findet der Gewinn, den der Ölhandel einbringt, zielsicher seinen Empfänger, aber eben nur er. Die Verantwortung für den Schaden, der oft astronomische Höhen erreicht, wird dagegen mit so vielen juristischen Vorkehrungen abgewehrt, dass sie in den meisten Fällen nicht dingfest gemacht werden kann.

Das Psychogramm der Ausverkaufsphase

In der Schwellenphase lag die Macht bei einem autoritären Staat, sie trug ein klar erkennbares Gesicht. Verantwortung ließ sich eindeutig bestimmten Institutionen und Personen zuordnen. Das war auch noch in der Wohlfahrtsphase der Fall, als der Staat sein autoritäres Antlitz zumindest im Nachkriegsdeutschland allmählich verlor, weil er nun als freundlicher Verteiler von Reichtum und Rechten auftrat. Doch das ändert sich in der zunehmend rauen Atmosphäre der Ausverkaufsphase. Die Gesichter führender Politiker werden nun vor allem zur Beruhigung der Bevölkerung gebraucht. Im Fernsehen, dem mächtigsten Medium der Massenbeeinflussung, treten sie gleichsam als Ikonen hervor, die vor allem durch ihre Ausstrahlung wirken. Dagegen schieben sie die konkrete Verantwortung möglichst weit von sich fort. Denn jetzt will niemand mehr Verantwortung tragen. Die Regierung delegiert sie an bestellte Experten, die im Hintergrund Programme und konkrete Maßnahmen entwickeln. Aus dem autoritären bis diktatorischen Auftreten politischer Führer in der Schwellenphase ist die Medienpolitik der

⁴¹ »Laut Berechnungen, die auf den Daten der Zentralbank basieren, gingen während der neunziger Jahre etwa 85 Prozent der Wertausschüttungen aufgrund von Aktienmarktgewinnen an die reichsten 10 Prozent der Familien sowie 40 Prozent an das reichste eine Prozent der Familien« (nach Berechnungen von Edward N. Wolff), Reich, Future, S. 160.

Ausverkaufsphase geworden. Mehr und mehr treten die Männer und Frauen an der Spitze des Staates nur noch als Sprachrohr und Verwalter von Expertenwissen hervor. Bei keiner Gelegenheit versäumen sie, auf die vielen äußeren Zwänge – etwa die Globalisierung – hinzuweisen, gegen die alle Politik machtlos sei.

Die Unangreifbarkeit der Macht, die sich bis zur Unsichtbarkeit steigert, wirkt tief auf die Psyche der Menschen ein. In der Schwellenphase pflegen sie auffallend optimistisch zu sein. Sie waren es im Europa des 19. Jahrhunderts trotz aller Härten des Wirtschaftslebens auf geradezu überschwängliche Weise. Der damals herrschende Fortschrittsglaube machte es ihnen leicht, große Opfer auf sich zu nehmen. Heute finden wir dieselbe Aufbruchsstimmung in China und Indien – trotz eines aus unserer Sicht noch immer erbärmlichen Lebensstandards. Das Europa des 19. Jahrhunderts war psychisch ebenso jung wie das heutige China.

Ganz anders die gegenwärtige Situation in den Ländern des Westens. In der Ausverkaufsphase werden immer mehr Menschen von dem Gefühl gepeinigt, unbekannten, rätselhaften Mächten unterworfen zu sein. Wir leben in Demokratien, während in den aufstrebenden Ländern meist autoritäre Regime herrschen, und doch findet man nirgendwo einen ausgeprägteren Pessimismus als bei uns. Lebensangst gehört zur Grundbefindlichkeit vieler Menschen. Vor allem Politik und Ökonomie werden als bedrohlich empfunden. Auch der vielgerühmte Optimismus der US-Amerikaner ist heute wohl nur noch bei den wohlhabenden 50 Prozent anzutreffen. Die andere Hälfte bezeugt durch ihre Wahlabstinenz die eigene Resignation ja deutlich genug. Anders als in den Schwellenstaaten, wo die Menschen erst nach Alphabetisierung, dann nach politischer Aufklärung streben, begegnet man in den entwickelten Staaten einem wachsenden Widerwillen, sich mit gesellschaftlichen Problemen überhaupt noch auseinander zu setzen. Man zieht sich in den privaten Lebensbereich zurück. Denn der Einzelne kommt sich klein und ohnmächtig vor. Die Welt und die großen Probleme überlässt er müde und resigniert den Experten und den Mächtigen hinter den Kulissen.

Die Psychogramme von Gesellschaften in der Schwellen- und der Ausverkaufsphase sind einander geradezu entgegengesetzt. In einem vorherrschenden Optimismus erkennt man das psychologische Signum erfolgreicher Schwellenstaaten, in einer grassierenden Resignation das Kennzeichen von Staaten in der Ausverkaufsphase. Zweifellos beruht diese Resignation auf der zunehmenden Privatisierung von Macht. Dieser Prozess schwappt mittlerweile über die Grenzen des Nationalstaats hinaus und betrifft die westlichen Länder in ihrer Gesamtheit. Denn auf keine andere Art kann Macht so wirksam verschleiert werden wie durch ein dichtes Gewebe internationaler Verflechtungen. Während die Wirtschaft erfolgreich aufstrebender Staaten in deren eigenen Händen liegt und den Menschen damit das Gefühl vermittelt, Herren ihres Schicksals zu sein, gerät sie in Ländern

der Ausverkaufsphase mehr und mehr in den Griff transnationaler Besitzer. Geldhäuser und Investoren ziehen von überallher ihre Netze – und deren Fäden sind unsichtbar. Je internationaler diese privaten Mächte ihre Herrschaft ausüben, umso weniger sind sie von den nationalen Regierungen zur Verantwortung zu ziehen, umso mehr erscheinen sie wie Naturgewalten, denen sich alle, die arbeitenden Menschen wie die Politik, ohnmächtig fügen müssen.

Menschen und Material

Für jedermann sichtbar vollzieht sich der Prozess der Machttransformation in den elementaren Zellen des gesellschaftlichen Organismus, nämlich in den einzelnen Unternehmen. In der Schwellenphase besaßen diese eine gleichsam monarchische, manchmal auch offen diktatorische Struktur. Der Manchesterkapitalismus brachte in Großbritannien einen Absolutismus kleiner Betriebstyrannen hervor, die nicht selten als rücksichtslose Menschenschinder agierten. Das Gleiche spielt sich heute in Indien oder China ab. Typischerweise greift man in dieser Phase auch auf die Arbeit von Kindern und Gefangenen zurück.

Mit dem Übergang in die Verteilungsphase nehmen solche Zustände ein Ende. Endlich kommen die Beschäftigten zu ihrem Recht. Mit der Zeit finden sie sowohl materiell wie psychisch unvergleichlich bessere Bedingungen vor. Ihre Betriebe werden für Mitverantwortung und Mitbestimmung geöffnet. Im besten Fall beteiligen sich die Angestellten aktiv an der Planung der Firmenzukunft. Es kommt nur noch selten vor, dass ein Betrieb mitsamt den Beschäftigten einfach an den Meistbietenden verkauft wird. In Japan, wo die betriebliche Mitbestimmung ihren Höhepunkt erreichte, gehörte die Firma de facto den dort lebenslang beschäftigten Angestellten. In Deutschland wurden die Gewerkschaften zu einer mächtigen Kraft, welche die Interessen einer breiten Bevölkerungsschicht vertrat.

In der Ausverkaufsphase kann davon nicht mehr die Rede mehr sein. Schrittweise wird die in den Betrieben mühsam errungene demokratische Mitbestimmung nun wieder ausgehöhlt oder auch ganz aufgehoben. Im Auftrag der Aktionäre gewinnt die Unternehmensleitung nach und nach die vollständige Kontrolle zurück. Aus der Sicht von Unternehmern und einer ökonomischen Theorie, die sich deren Standpunkt zu eigen macht, werden die Beschäftigten jetzt wieder zu dem, was sie zu Beginn der industriellen Entwicklung schon einmal waren, nämlich reines »Menschenmaterial« – ein ökonomischer Faktor wie Maschinenpark oder Baugrund. Jetzt werden sie wieder regelmäßig mitsamt dem übrigen Inventar zwischen wechselnden Besitzern verschoben.

Und wie immer ist es Aufgabe einer gleichzeitig stattfindenden ideologischen Konditionierung, die Menschen an die neue Situation zu gewöhnen. Das ist

inzwischen so gut gelungen, dass der Handel mit lebendem Inventar heute schon wieder als völlig normal erscheint. Viele nehmen es auch als selbstverständlich hin, dass es Geldanlegern erlaubt ist, Unternehmen nach Belieben zu verlagern und die ursprünglich darin Beschäftigten ihres Lebensunterhalts zu berauben. Daran haben sich die meisten Menschen in unserer Zeit genauso gewöhnt wie Anfang des 19. Jahrhunderts an die Fabrikarbeit von Kindern und schwangeren Frauen. Mit tatkräftiger ideologischer Unterstützung durch die Agenten der neoliberalen Theorie gelang es den Unternehmen, die offene Diktatur der Schwellenphase ohne größeren Widerstand von neuem zu errichten.

Doch diesmal ist es eine ganz merkwürdige Diktatur – eine unumschränkte Herrschaft, der sich nur schwer ein Gesicht geben lässt. Anders als in der Schwellenphase ist die Verantwortung nicht mehr in den Händen eines Fabrikbesitzers gebündelt, der im Guten wie im Bösen beinahe unumschränkt schaltet und waltet. Würde heute ein neuer Marx die Position des kleinen Mannes beziehen und seine Anklagen formulieren, so könnte er nicht wie im 19. Jahrhundert die Pfeile seiner Kritik gegen die Unternehmer abschießen. Selbst dann nicht, wenn diese in einem gutgehenden Konzern Tausende Mitarbeiter entlassen. Denn heute ist die Verantwortung nicht mehr so einfach zu lokalisieren. Sie liegt keineswegs, wie manche glauben, beim Vorstand. Zwar werden die Unternehmen und ihre Macht von den Managern an der Spitze repräsentiert, aber deren Befugnisse sind durchaus eingeschränkt. Denn sie selbst sind nur noch Angestellte, die ihre Weisungen von oben empfangen, nämlich von Aufsichtsräten, die ihrerseits die Interessen anderer vertreten, nämlich die der geldgebenden Aktionäre. Doch nicht einmal bei diesen, den Aktionären, lässt sich die Macht eindeutig lokalisieren. Denn Aktionäre verfolgen im Allgemeinen nur das Ziel der Gewinnmaximierung. Sie sind gern bereit, alle Macht an Vertreter in Banken, Betrieben und Aufsichtsräten zu delegieren, solange nur diese eine Bedingung erfüllt wird. So liegt die Verantwortung letztlich bei niemandem, oder vielmehr bei dem ganzen System. Anders gesagt, sie hat sich beinahe völlig verflüchtigt. Das Leben des Einzelnen ist kafkaesken Mächten unterworfen, gegen die er vergeblich aufbegehrt.

In der Ausverkaufsphase wird eine Herrschaft ohne Gesicht ausgeübt – man könnte auch sagen: mit falschen Gesichtern, weil die eigentliche Verantwortung weit hinter den Kulissen gesucht werden muss. Deshalb braucht man sich auch nicht über den Rückzug vieler Menschen ins Private und die daraus folgende gesellschaftliche Entsolidarisierung zu wundern. Sie stehen unter dem Eindruck, von unsichtbaren Mächten beherrscht zu werden. In den Betrieben, also gerade dort, wo das Alltagsleben der meisten Menschen geprägt wird, sind die Auswirkungen dieses psycho-sozialen Boykotts deutlich zu spüren. Im Bewusstsein vieler Deutscher war der Arbeitsplatz einst Teil des emotionalen Lebensraums, des

eigenen Lebenssinns, und der Erfolg deutscher Unternehmen trug wesentlich zum nationalen Selbstverständnis, ja zum Nationalstolz bei. Diese emotionale Bindung ist weitgehend abgestorben. Sie wurde durch eine Haltung von Argwohn und Distanz abgelöst, seit Unternehmen nur noch als Geldvermehrungsmaschinen für eine Minderheit dienen. Haben BMW oder Siemens nach eigenem Selbstverständnis früher einmal auch den darin arbeitenden Menschen gehört, so werden sie heute nur noch als exklusiver Besitz einer kleinen Zahl von Geldgebern gesehen, die sich selbst das Recht zuerkennen, mit ihrem Eigentum, einschließlich der dort Beschäftigten, nach Gutdünken zu verfahren. Das ist ein unübersehbares Zeichen für die Demontage der demokratischen Mitbestimmung.

Fossile Dämmerung – ein Strohfeuer erlischt

Zu einer Diagnose gehört eine ehrliche Ursachenanalyse. Die neoliberale Attacke auf den Wohlstand der Mehrheit begann in Deutschland gegen Ende der achtziger Jahre. Sie entsprang damals keiner anderen Notwendigkeit als den Interessen des Finanzkapitals. Es war nicht notwendig, dass deutsche Unternehmen in Billiglohnländer gingen, um dort Waren herstellen zu lassen, deren Einfuhr nach Deutschland die heimischen Industrien dann schrittweise verdrängte. Ebenso wenig waren Deutschlands Firmen gezwungen, Hightech-Erzeugnisse nach Asien zu liefern, also in Länder, die mangels eigener Rohstoffe ihrerseits nur mit anderen Industrieprodukten bezahlen konnten. Auch damit nahm man die Vernichtung heimischer Industrien in Kauf. Die Hilfe beim industriellen Aufbau dieser Länder, die natürlich höchst wünschenswert ist, weil eine dauerhafte Friedensordnung im Innern wie zwischen den Staaten eine gerechtere Verteilung des Reichtums voraussetzt, stand dabei für die ökonomische Elite des Westens niemals im Vordergrund. Das wird schon durch die völlige Vernachlässigung von Staaten bewiesen, in denen sich Investitionen nicht lohnten.

Beide Arten des *Verdrängungshandels* führten zu einer Schleifung vorhandener Industriekapazitäten, die einen progressiven Verlauf annahm, weil sie sich wie Rostfraß schleichend von unten nach oben bewegte. Anfangs waren nur niedere Technologien wie die der Textilwirtschaft oder Schuherzeugung betroffen. Später erreichte der Verdrängungshandel die Fernsehproduktion sowie die Herstellung von Computer- und Autokomponenten. Der dadurch in der deutschen Wirtschaft angerichtete Schaden ist ungeheuer. Jedenfalls ungleich größer als der Gewinn einzelner Unternehmen und Aktionäre. Denn die Verluste betreffen die Mehrheit, die Gewinne dagegen nur eine Minderheit.

Gegen die Politik des Neoliberalismus hat sich eine breite Protestbewegung gebildet. Sie speist sich aus den verschiedensten Quellen und verfolgt die unterschiedlichsten Ziele. Nur eine Gemeinsamkeit eint den Protest – die Ablehnung einer unkontrollierten Globalisierung. Jeremy Rifkin beschwor 1995 »Das Ende der Arbeit«. Harald Schumann und Hans-Peter Martin publizierten 1996 ihr Buch »Die Globalisierungsfalle«, ich selbst veröffentlichte ein Jahr danach »Die arbeitslose Gesellschaft«. Die Voraussagen von Schumann und Martin über den rapiden Stellenabbau im Bankensektor haben sich ebenso erfüllt wie meine eigenen Prognosen über den galoppierenden Arbeitsverlust.

Als mögliche Gegenmaßnahme brachte Rifkin einen eher utopischen dritten Sektor außerhalb von Staat und Privatindustrie ins Spiel. Schumann und Martin machten sich unter anderem die Forderung von Attac nach Besteuerung der

internationalen Devisenströme – durch die sogenannte Tobin-Steuer – zu Eigen.⁴² In meinem Buch habe ich für eine Vorortproduktion der großen Wirtschaftsräume plädiert, also für die Erhaltung der deutschen und europäischen industriellen Basis. Im Jahr 2002 hat Jean Ziegler dann seine Anklage gegen »Die neuen Herrscher der Welt« veröffentlicht. Er spricht von unerbittlichen Beutejägern, durch deren ökonomische Selbstsucht und Kurzsichtigkeit weite Teile Asiens, Afrikas und Lateinamerikas heillos geschädigt werden. Das sind nur vier Titel aus einer unübersehbaren Fülle an Veröffentlichungen zum Thema Globalisierung.

Die neoliberale Verheißung

Die Verfechter einer neoliberalen Wirtschaftsordnung sind durch diese Art von Kritik kaum aus der Ruhe zu bringen. Auch wenn sie Fehlentwicklungen und Härten eingestehen, halten sie doch daran fest, dass die »schöpferische Zerstörung« ein unabdingbarer Wesenszug der freien Marktwirtschaft sei. Bei dieser Zerstörung gebe es notwendigerweise ökonomisch Starke und Schwache, technologisch Progressive und Rückständige. Ebenso wie es im Interesse der Allgemeinheit liege, dass sich innerhalb eines Landes die bessere Firma auf Kosten der schlechteren durchsetzt, so sei es auch im Sinne der Weltgemeinschaft, dass es zwischen Staaten einen funktionierenden Wettbewerb gibt. Es sei daher nicht nur richtig, sondern auch wünschenswert, dass Billiganbieter gegenüber teuren Standorten gewinnen, sofern die Qualität der Produkte dieselbe sei. Und ebenso richtig sei, dass die Anleger ihr Geld dort investieren, wo es die höchste Rendite erzielt. Auch wenn sie dabei von egoistischen Motiven angetrieben würden, so handelten sie doch zum Wohle des Ganzen. Denn alle Härten des neoliberalen Systems seien gerechtfertigt, solange es in der Summe zu mehr Reichtum führe als andere Modelle.

Von diesem Standpunkt aus können Neoliberale das Drei-Phasen-Schema zur Wirtschaftsentwicklung, wie es hier skizziert worden ist, durchaus als zutreffend akzeptieren. Allerdings sehen sie die künftige Entwicklung ganz anders. Die Staaten, die sich heute in der Ausverkaufsphase befinden, würden ihre Löhne mit der Zeit so stark verringern, andererseits die Schwellenländer ihren Wohlstand so weit erhöhen, dass sich alle in den nächsten Jahrzehnten auf gleichem Niveau begegnen – aber auf einem weit höheren, als es in der Vergangenheit jemals für alle existierte. Sei das erst einmal geschehen, müssten uns die drei Phasen der industriellen Entwicklung nicht länger beunruhigen, sie würden dann der Geschichte angehören.

⁴² Zur Tobin-Steuer vgl. Anm. 18.

Die Verfechter des Neoliberalismus bestehen darauf, dass ihre Wirtschaftsideologie keineswegs nur eine Anleitung zum Ausleben des privaten Egoismus sei, sondern eine Vision von einem besseren Leben für alle. Ähnlich wie vor ihnen Kommunisten und religiöse Schwärmer verheißen sie uns eine herrliche Zukunft. Sie entwerfen das Bild einer Welt, in der Chinesen und Bantus so üppig leben wie heute wohlhabende Europäer oder US-Amerikaner. Mit messianischem Pathos wird die Politik des Neoliberalismus von interessierten Kreisen als Heilsbringer für die gesamte Menschheit gepriesen. Irgendwann, vielleicht schon in fünfzig Jahren, werde der gesamte Globus von Autobahnen bedeckt sein, auf denen dann Riesenflotten von Mercedes, Toyota und Hyundai fahren. Irgendwann würden Einfamilienhäuser in dichter Reihe von Berlin bis Ulan-Bator das Landschaftsbild prägen. Und schon bald werde das Problem der Menschen in Asien und Afrika nicht mehr in Unterernährung, sondern allenfalls in Fettsucht bestehen.

Es ist kein Zufall, dass diese Vision vor allem in den optimistischen USA viele Anhänger hat, auch unter Wissenschaftlern. Auf bündige Weise wird sie etwa von dem Ökonomen Julian Simon in Worte gefasst: »Die materiellen Lebensbedingungen werden sich weiterhin für die meisten Menschen in den meisten Ländern die meiste Zeit über ständig verbessern. In hundert oder zweihundert Jahren befinden sich alle Nationen und der größte Teil der Menschheit auf dem heutigen westlichen Lebensstandard oder darüber.«⁴³

Träume und Wirklichkeit

Ich halte diesen Zukunftsentwurf, wie er die herrschende Wirtschaftsdoktrin und ihre politische Anwendung prägt, nicht nur für grundlegend falsch, sondern auch für gefährlich. Mit seiner Hilfe verflüchtigen sich die eigentlichen Probleme der Gegenwart in einem Nirwana abstrakter Theorie. Dieser Zukunftsentwurf ist ökonomisch falsch, weil er die materielle Basis unseres Reichtums als unbegrenzt betrachtet. Und gefährlich ist er vor allem deshalb, weil er übersieht, dass der ökonomische Wettlauf der Nationen in der bisherigen Geschichte immer wieder zum Auslöser für militärische Konflikte wurde und das gerade in unserer Zeit aufs Neue zu werden droht. Doch davon soll erst in einem späteren Abschnitt die Rede sein.⁴⁴

Beginnen wir mit der Ökonomie. Hier muss die neoliberale Ideologie dogmatisch auf die Unerschöpflichkeit der Rohstoffe setzen. Denn sie ist nur dann zu verwirklichen, wenn jeder Staat über eigene Ressourcen verfügt oder sie billig genug von anderen erhält. Nur unter dieser Bedingung ist das Wachstum auch in Zukunft

⁴³ Zitiert nach Lomborg, *Apocalypse*, S. 3.

⁴⁴ Siehe Abschnitt »Die Pulverfässer werden gefüllt«.

gesichert. Schließlich ist Wachstum im Wesentlichen nichts anderes als eine permanent gesteigerte Umwandlung von Rohstoffen in fertige Güter – unter mehr oder weniger bedeutsamer Hilfestellung von Dienstleistungen.⁴⁵ Da menschliche und mechanische Arbeit dafür unbegrenzt zur Verfügung stehen, sind der Transformation im Prinzip keine Limits gesetzt. Jede Volkswirtschaft könnte wachsen und wachsen und dabei die Löhne und den Konsum aller Menschen grenzenlos in die Höhe schrauben.

Natürlich dürfte nicht jeder die Aussicht beglückend finden, dass auch der letzte Winkel der Erde irgendwann wie ein Gewerbepark aussehen wird, aber das ist eine andere Frage. Auf jeden Fall wären dann die Neoliberalen im Recht, deren Zukunftsbild auf der Möglichkeit eines solchen unbegrenzten Wachstums beruht. Auf der ganzen Welt gäbe es unter dieser Voraussetzung bald nur noch Gewinner. Selbst heute sind immer noch viele davon überzeugt, dass dieser Zeitpunkt etwa gegen Ende des 21. Jahrhunderts erreicht werden könnte. Alle Staaten der Erde wären dann so reich wie heute die USA oder Japan.

Unliebsame Propheten

Der Fehler bei dieser Zukunftsvision liegt nicht im menschlichen Denken. Er liegt in einer widerspenstigen Wirklichkeit. Denn vor dieser Vision türmt sich eine unüberwindbare Barriere auf – ein Hindernis, das man bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein nicht wahrnehmen wollte, geschweige denn, dass es in politischen Planungen berücksichtigt worden wäre. Dabei gab es früh genug warnende Stimmen. Anfang der siebziger Jahre erschien das aufrüttelnde Buch »Die Grenzen des Wachstums« von Dennis Meadows. Die Menschheit bekam zum ersten Mal eine Botschaft zu hören, von der sie damals durchaus nichts hören wollte. Niemand wird gerne aus seinen Träumen gerissen. Die Menschen nahmen es den Warnrufern übel, dass man ihnen die Euphorie ewigen Wachstums verderben wollte. Sie hörten einfach nicht hin, als man ihnen sagte, dass ihr Reichtum durch das Versiegen der Rohstoffquellen gefährdet sei.

Das Weghören wurde ihnen umso leichter gemacht, als es mit politischem und unterschwellig wirkendem militärischen Druck in der Folge gelang, die Ölpreise künstlich niedrig zu halten. Außerdem hatten sich Meadows und seine Mitarbeiter in manchen Bereichen tatsächlich verschätzt. Eine breite Öffentlichkeit ließ sich nur allzu gern davon überzeugen, dass die Voraussagen des Buches einfach nicht

⁴⁵ Die Bedeutung von Dienstleistungen soll damit nicht kleingeredet werden. Doch feststeht, dass sie eine industrielle Basis voraussetzen. Ein Beispiel: Auch wenn die Verkäufer von Flugzeugtickets, die Angestellten in Flughäfen-Restaurants, das Wartungspersonal etc. zahlenmäßig immer mehr zunehmen, so hängt das eigentliche Wachstum doch von der Zahl der Flugzeuge und Flughäfen ab.

zutreffen könnten. Zwar hatte man widerwillig die Tatsache zu akzeptieren, dass die Verschmutzung der Umwelt die Zukunft im wörtlichen Sinne zu verdunkeln drohte, doch über Rohstoffe glaubte man sich für die nächsten Jahrhunderte keine Gedanken machen zu müssen.

Dieser Glaube ist mittlerweile erschüttert. Die Aussicht auf die Erschöpfung vorhandener Rohstoffe lässt sich nicht länger leugnen. Nach und nach gehen den Menschen die Augen auf. Zum ersten Mal erkennen wir die industrielle Revolution, das gewaltigste Reichtumsprojekt der Geschichte, in ihrer wahren Natur. Während der hinter uns liegenden zwei Jahrhunderte haben wir die in der Erde schlummernden Energien aus Millionen von Jahren in einem gigantischen Feuer verbrannt. Wir können die ernüchternde Erkenntnis nicht länger verdrängen, dass unser Reichtum auf einer nahezu totalen Abhängigkeit beruht. Im Jahr 2002 wurde der Weltenergieverbrauch zu 32 Prozent durch Verbrennung von Erdöl gedeckt, zu 25 Prozent durch Verbrennung von Kohle, zu 17 Prozent durch Verbrennung von Erdgas und zu 5 Prozent durch die Spaltung atomaren Materials. Das entspricht einem Gesamtanteil fossiler und nuklearer Ressourcen von knapp 80 Prozent. Inzwischen sind diese Werte noch weiter gestiegen. In Deutschland wird der Energiebedarf – so der Wert für 2004 – sogar zu 96,3 Prozent über fossile und nukleare Ressourcen gedeckt (Erdöl 36,4, Steinkohle 13,5, Braunkohle 11,4, Erdgas 22,4, Atomkraft 12,6 Prozent).

Die massive Ausbeutung der fossilen Lagerstätten hat ein industrielles Strohfeuer ermöglicht, dessen stärkstes Auflodern wir gegenwärtig erleben. Den Höhepunkt dieser Entwicklung haben wir nämlich beinahe erreicht. Das Fördermaximum beim Öl (»peak oil«) wird innerhalb der kommenden zehn Jahre hinter uns liegen, wenn es nicht sogar schon erreicht worden ist.⁴⁶ Wenig später wird das Gleiche beim Erdgas der Fall sein. Zehn Jahre mehr oder weniger spielen jedoch keine große Rolle. Auf jeden Fall wird der Rest der dann noch vorhandenen Vorräte einer ungleich schnelleren Ausbeutung ausgesetzt sein, weil immer mehr Staaten immer mehr davon brauchen. Um die verbliebenen Öl- und Gasvorkommen zu erschöpfen, genügen bei gleichbleibenden Preisen zwanzig bis dreißig Jahre.

Doch bei schrumpfendem Angebot und wachsendem Bedarf bleiben die Preise nicht gleich. Sie werden über kurz oder lang in die Höhe schießen. Matthew Simmons, ehemaliger Berater des Weißen Hauses in Energiefragen, rechnet den Erdölpreis pro Barrel für die nächsten Jahre auf 200 bis 250 Dollar hoch.⁴⁷ Sollte sich diese Prognose auch nur annähernd erfüllen, würde dies freilich das Ende einer funktionierenden Wirtschaft bedeuten.

⁴⁶ Colin Campbell, der den Begriff »peak oil« prägte, sieht den Höhepunkt der Ölförderung, bei dem die Hälfte der Vorräte verbraucht worden ist, gegen 2010 gekommen, möglicherweise aber auch schon vorher, siehe www.hubbertpeak.com/campbell. Den besten Überblick zu diesem Thema bietet Alt, Krieg, S. 137ff.

⁴⁷ Vgl. Interview mit Matthew Simmons unter www.financialsense.com/transcriptions/Simmons.html.

Sklaven der Globalisierung

Bis vor einem halben Jahrhundert ließ sich das Problem begrenzter Rohstoffe noch ignorieren. Sie waren für uns so billig, dass ihr Anteil am Wert der Produkte kaum ins Gewicht fiel. Selbst im Jahr 2001 bezahlte Deutschland nur mit 6,3 Prozent seines Exporterlöses für die Einfuhr fossiler Rohstoffe.⁴⁸ Politik und Wirtschaft haben sich daher über dieses Thema schlicht keine Gedanken gemacht. Etwa seit der Jahrtausendwende ändert sich das. Mehr und mehr wird klar, dass uns die Zukunft vor völlig neue Herausforderungen stellt.

Hier, bei den Rohstoffen, liegt die Barriere, die uns den Weg zu künftigem Wohlstand versperrt. Wie die übrigen Industrienationen ist Deutschland auf die Versorgung mit Rohstoffen angewiesen. Die entsprechenden Einfuhren aber muss es mit Fertigwaren bezahlen. Dadurch wird Deutschland vollends zum Sklaven der Globalisierung. Denn nun entwickelt sich ein Rennen um die sich verknappenden Ressourcen – und auch hier setzen sich diejenigen durch, die bei gleicher Qualität die Herstellungskosten für ihre Produkte so stark reduzieren, dass sie mit den billigsten Anbietern auf dem Globus konkurrieren können.

Diesem äußeren Zwang kann sich kein Land entziehen. Und genau darin besteht die Einzigartigkeit der neuen Wirtschaftslage seit Ende der neunziger Jahre. Bis dahin hatten die privaten Interessen des Finanzkapitals die Globalisierung vorangetrieben. Nun aber übt die beginnende Rohstoffverknappung einen noch viel stärkeren Druck aus.

Mit einem Maßnahmenkatalog aus vergangenen Zeiten kommen wir gegen die neuen Bedingungen nicht an.⁴⁹ Ebendeshalb nehmen sich die Programme unserer Parteien gegen den wirtschaftlichen Niedergang auch so hilflos aus. Saudis, Russen und alle übrigen Öllieferanten kaufen dort Waren ein, wo sie bei gleicher Qualität am billigsten sind. Es ist abzusehen, dass Chinesen, Indonesier und Inder dabei den Zuschlag erhalten, wenn Deutschland und andere westliche Nationen sich nicht beeilen, Waren zu gleich niedrigen Preisen auf den Weltmarkt zu werfen. Alle Maßnahmen mit dem Ziel, den Sozialstaat und den erreichten

⁴⁸ Fischer Weltalmanach 2003, S. 183 und 1204. Entscheidend ist natürlich der Anteil des deutschen Energieimports an jenem Teil des Exports, der den EU-Binnenmarkt überschreitet. Dazu liegen mir keine Zahlen vor. Selbstverständlich ist dieser Anteil wesentlich höher. Der Anteil der Energiekosten am Gesamtwert der Einfuhren betrug für die EU in den vergangenen Jahren zwischen 7 bis 12 Prozent. Das entspricht in etwa auch dem Anteil am Gesamtwert der europäischen Exporte, siehe <http://europa.eu.int/comm/eurostat>.

⁴⁹ Ein dem neoliberalen Lohnabbau entgegengesetztes Vorgehen würde zum Beispiel in der Verteidigung der momentanen Löhne und der ihnen entsprechenden Kaufkraft bestehen. In Fabriken, für die sich Investoren nicht mehr interessieren, würde man dann allerdings Waren herstellen, die für das Ausland zu teuer sind, und damit nach kurzer Zeit dieselben zerstörerischen Wirkungen hervorbringen wie mit dem Rezept, das man dadurch bekämpfen wollte. Ein Ausbruch aus diesem Teufelskreis ist nur möglich, wenn die Globalisierung weder den Minderheitsinteressen profitsuchender Investoren gehorcht noch der Abhängigkeit von fremden Ressourcen.

Lebensstandard in Deutschland zu wahren, scheitern an einem unbittlichen Wettbewerb, in dem sich jeder Staat den Zugang zu den Ressourcen erkämpfen muss.

Die Sackgasse

Die neoliberale Verheißung ist falsch. Die asiatischen Schwellenländer und die noch immer reichen Ausverkaufsstaaten des Westens werden sich nie in der Mitte des Weges begegnen. Genauer gesagt, werden Deutschland und die anderen westlichen Staaten ihren Lebensstandard zwar kontinuierlich verringern müssen, die Schwellenländer den Wohlstand für ihre gesamte Bevölkerung langfristig aber nur noch unerheblich vermehren können.

Die Staaten des Westens stehen damit vor einer dramatischen Situation. Eine Minderheit, die über die größten Vermögen verfügt, hat mit ihren Investitionen den konkurrierenden Ländern zum Aufschwung verholfen. Auch wenn das nicht aus Nächstenliebe, sondern aus Gewinnstreben geschah, so könnte man dabei doch von einer an sich positiven Verteilung des Reichtums sprechen. Theoretisch würden sich der Westen und die aufstrebenden Länder des Ostens tatsächlich irgendwann auf einem mittleren Lohnniveau treffen. Danach wären die Bedingungen für alle gleich, und die Menschheit würde den Wachstumspfad nun gemeinsam beschreiten.

Diese Perspektive wird den Ahnungslosen von Politikern und Ökonomen weiterhin als Zukunftsvision vorgehalten. Doch das Ganze ist eine Illusion. Allenfalls konnte man noch bis in die achtziger Jahre an dieses Wunschbild glauben. Denn bis dahin wurde die Erschöpfung fossiler Energiequellen geleugnet oder verdrängt. Selbst die Ölkrise von 1973 und 1979 hatten daran nichts zu ändern vermocht. Man konnte sich damit beruhigen, dass diese Krisen von der OPEC aus politischen Gründen verursacht worden waren. Eine wirkliche Ölknappheit fürchtete niemand.

Das hat viel zu dem Leichtsinne beigetragen, mit dem die Länder des Westens die Rohstofflager ausplünderten. Für die Staaten der restlichen Welt haben sich die Bedingungen ihrer eigenen Industrialisierung dadurch jedoch grundlegend geändert. Chinesen und Inder stehen nicht, wie einst der Westen, vor randvoll gefüllten, sondern vor nahezu erschöpften Lagerstätten. Die Aussicht, den gleichen Lebensstandard zu erreichen, wie ihn heute noch Europäer, Japaner und Amerikaner besitzen, wird sich für sie bald als Fata Morgana erweisen. Denn sie werden die Löhne und das allgemeine Lebensniveau kaum noch steigern können, weil ihre Ölrechnung sie immer stärker belastet. Ihre aufstrebenden Wirtschaften brauchen mit jedem Tag mehr Energie.

China nimmt beim Ölverbrauch schon jetzt die zweite Stelle nach den Vereinigten Staaten ein, Indien hat seinen Verbrauch seit 1970 verfünffacht. Weil das Öl immer knapper und teurer wird, können die Schwellenländer diesen Bedarf nur befriedigen, wenn sie ihre Arbeitskosten dauerhaft auf einem Minimum stabilisieren. An konstante Lohnsteigerungen für die gesamte Bevölkerung – wie es in Japan und den Tigerstaaten noch möglich war – ist bei ihnen nicht mehr zu denken. Und alternative Rohstoffe gehen, wie Kohle und Gas, entweder ebenfalls zur Neige oder werfen, wie die Atomenergie, noch weit größere Probleme auf.⁵⁰

Das hat auch für uns einschneidende Folgen. Weil die Billigproduzenten des Fernen Ostens ihren Menschen keine wesentlich höheren Löhne mehr bieten können, hat umgekehrt Deutschland keine Chance, beim Abbau seiner Löhne und seines Wohlstands wenigstens auf halbem Wege stehen zu bleiben. Wenn das fossile Feuer unsere Wirtschaft weiterhin antreiben soll, dann müssen wir, um wettbewerbsfähig zu bleiben, die ganze abschüssige Bahn zu den Billiglohnländern hinuntergehen. Wir treffen uns mit ihnen nicht irgendwo in der Mitte, sondern am unteren Ende. Es braucht nicht betont zu werden, dass durch eine solche Totaldemontage des erworbenen Wohlstands unsere gesamte politische und soziale Ordnung ins Wanken gerät. Die Dynamik, die sich aus dem immer härteren Wettbewerb um die materiellen Grundlagen des industriellen Reichtums ergibt, wird in der neoliberalen Vision schlicht ausgeblendet.

Ein scheinbarer Ausweg

Gibt es eine Möglichkeit, der drohenden Sackgasse zu entgehen? Lassen wir zunächst noch die einzige Alternative beiseite, die wirklich eine Lösung verheißt – die solare Option. Abgesehen von dem in dieser Hinsicht vorbildlichen Schweden⁵¹ wird sie bislang von keinem führenden westlichen Staat ernsthaft ins Auge gefasst. Um die ganze Dramatik der gegenwärtigen Situation zu verstehen, sollten wir zunächst einmal jene Scheinlösung näher betrachten, die in zunehmendem Maße die Debatte beherrscht. Ganz unbefangen wird in den Vereinigten Staaten die militärische Option diskutiert. Und mit dem Irakkrieg von 2003 hat man sie bereits in die Praxis übertragen.

Militärische statt ökonomischer Lösung! Das ist die künftige Perspektive. Im Zähnefletschen ihrer Armeen sehen die hochgerüsteten Staaten des Westens, allen voran die USA, eine wirksame Antwort auf die ökonomische Herausforderung.

⁵⁰ Vgl. Kapitel »Das ABC der Energieautonomie«.

⁵¹ Zur Energiepolitik Schwedens siehe »Wälder im Tank«, Der Spiegel 12/2006, S. 148: »Der Anteil von Erdöl an der Gesamtenergieversorgung sank in den letzten drei Jahrzehnten von 77 auf 34 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil von erneuerbaren Energien auf heute 24,7 Prozent, womit das Land einen Spitzenplatz in Europa einnimmt.«

Über den Zustand ihrer Wirtschaft machen sie sich kaum noch Illusionen, aber hier sind ihnen die Hände gebunden. Die ökonomische Elite profitiert vom Wachstum Chinas und anderer Schwellenstaaten. Sie nimmt die ökonomische Schwächung des eigenen Landes daher stillschweigend in Kauf. Dennoch betrachten sich die Angehörigen dieser Elite nach wie vor als Patrioten – man will zwar so viel Geld wie möglich machen, dem eigenen Land aber keineswegs schaden.

Aus diesem Konflikt gibt es keinen wirklichen Ausweg, doch es gibt einen gefährlichen Seitenweg. Die politische Führung besinnt sich darauf, die Interessen des Landes militärisch zu sichern, wenn das ökonomisch nicht länger möglich ist. Das bietet den zusätzlichen Vorteil, dass sich an der Aufrüstung ebenso gut verdienen lässt wie an der Auslagerung von Industriebetrieben, in manchen Bereichen sogar noch besser. Clinton hatte noch alles getan, um die amerikanische Wirtschaft zu stärken, teilweise mit Erfolg. Die Politik seines Nachfolgers hat die Wirtschaft nur noch geschwächt. So unternimmt Bush jetzt alles, um auf einer zunehmend brüchigen ökonomischen Basis einen gigantischen militärischen Überbau zu errichten. Der Preis für das Öl ist eine Sache – die Kanonen, welche die Ölfelder gegen fremden Zugriff schützen, sind eine andere. Und Kanonen, so das Kalkül, haben schon immer einen Einfluss auf Preise gehabt.

Die Pulverfässer werden gefüllt

Die Wirtschaft der Industrienationen ist auf einen berechenbaren Nachschub von fossilen Brennstoffen, vor allem von Öl, existentiell angewiesen. Unsere Abhängigkeit ist hier inzwischen ebenso groß wie die vom täglichen Brot. Das rückt die militärischen Maßnahmen der USA und Europas in ein anderes Licht. Im Kampf um Nahrung entfallen die Hemmungen gegen den Krieg. Im Kampf um die energetischen Ressourcen gilt das genauso. Es geht ja um sehr viel mehr als nur Bequemlichkeit. Gewiss, auch die ist bedeutsam. Durch die fossile Versorgung wurde unser Lebenskomfort auf erstaunliche Weise gesteigert. Früher stand einem Menschen gewöhnlich nur die eigene Arbeitskraft zur Verfügung. Heute verfügt jeder Europäer durchschnittlich über ein Energieäquivalent von 150 Dienern als Arbeitskräfte, jeder Nordamerikaner im Schnitt über 300.⁵²

Doch aus der Bequemlichkeit ist mittlerweile Notwendigkeit geworden. Selbst wenn wir es wollten, auf einen großen Teil der täglichen Energiezufuhr können wir gar nicht mehr verzichten. Bei einer Stockung des Ölzuflusses würden die Lichter in unseren Metropolen verlöschen, die Maschinen und der Verkehr stehen bleiben, die Industrie zur Untätigkeit verdammt sein. Landwirte könnten die Felder nicht länger düngen, ihre Ernte nicht einfahren und diese nicht an die Konsumenten verteilen. Eine größere Drosselung des Ölverbrauchs hätte so gravierende Folgen wie eine Kriegserklärung. In der Vergangenheit haben sich Individuen und Staaten schon wegen weit geringerer Anlässe geschlagen, etwa um Gold oder Edelsteine – Dinge, die für ihr physisches Überleben ohne Bedeutung waren. Wenn das Überleben der Industrienationen jetzt auf dem täglichen Öl beruht, dann ist es wenig erstaunlich, dass sie ihre Versorgung nicht dem Zufall überlassen oder gar von der Gutwilligkeit anderer abhängig machen wollen.

Bis zum Zerfall der Sowjetunion galt die Außenpolitik der Vereinigten Staaten vorrangig der Eindämmung des russischen Einflusses. Militärbasen befanden sich aus diesem Grund vor allem in Europa und in Asien, dort schwerpunktmäßig in Japan.⁵³ Seit den neunziger Jahren reduzieren die USA ihre Stützpunkte in Europa und Fernost und stärken stattdessen ihre militärischen Optionen im Nahen Osten sowie in den ölreichen asiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.⁵⁴ Sie

⁵² Lomborg, *Apocalypse*, S. 146.

⁵³ Von insgesamt 474 312 im Ausland stationierten US-Soldaten befanden sich am 9. November 2001 noch 278 258 in Europa und 151 410 in Ostasien einschließlich der pazifischen Region, siehe Tabelle bei Johnson, *Selbstmord*, S. 211ff.

⁵⁴ Technologisch sind die US-Militärbasen im Ausland allerdings bereits überholt. Im Irakkrieg von 2003 flogen über 90 Prozent der Bomber ihre Einsätze direkt von den USA oder von Flugzeugträgern aus. Ohne die Stützpunkte im Nahen Osten hätte der Krieg genauso effizient geführt werden können (vgl. Johnson, *Selbstmord*, S. 37ff. und 339). Dafür besitzen sie andere Vorteile. Viele Basen sind zu gewaltigen Spionagezentren geworden, die in Europa, im Nahen und Fernen Osten sowie in Afrika und Südamerika den gesamten Internetverkehr, die Telefonie und die Radiokommunikation überwachen.

verstärken ihre Präsenz aber auch im afrikanischen Raum, zum Beispiel auf San Tomé vor der westafrikanischen Küste im Golf von Guinea. Aus Nigeria, Angola und Äquatorialguinea beziehen die Vereinigten Staaten inzwischen 15 Prozent ihres Ölbedarfs, fast soviel wie aus Saudi-Arabien. Bis 2015 könnten sie diesen Wert auf 25 Prozent erhöhen. Auch aus der Provinz Arauca in Kolumbien erwarten die USA große Ölfußflüsse; dorthin haben sie inzwischen ebenfalls Truppen verlegt.⁵⁵

Das kostet viel Geld. Schon vor der Besetzung des Irak im März 2003 haben die USA allein im Nahen Osten pro Jahr an die 60 Milliarden Dollar ausgegeben. Durch den Krieg haben sich diese Kosten mehr als verdoppelt – gegenwärtig liegen sie über 120 Milliarden Dollar. Dieser gewaltigen Summe steht momentan nur ein jährlicher Ölimport aus dem Irak im Wert von etwa sechs Milliarden Dollar gegenüber.⁵⁶ Die Diskrepanz ist erstaunlich. Im Augenblick subventionieren die USA ihren eigenen und den Ölbedarf Europas und Japans allein im Nahen Osten mit 120 Milliarden Dollar pro Jahr, um die Kontrolle über diese lebenswichtigen Ressourcen zu behalten. Und sie sind gewillt, noch viel weiter zu gehen. Der bloße Verdacht, dass irgendwelche Staaten die Sicherheit der USA in Zukunft bedrohen könnten, soll ausreichend sein, um gegen sie vorbeugende Militärschläge zu führen.

Werden diese Tatsachen zur Sprache gebracht, so kann man außerhalb der USA mit großer Empörung rechnen. Die ist aber selten ehrlich, und wenn sie ehrlich ist, dann ist sie oft uninformiert. Denn tatsächlich führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass es zur militärischen Option keine Alternative gibt, solange die westliche Welt vom Öl wie von einer Droge abhängig ist. Mit Überredung und gutem Willen allein ist die Versorgung nicht aufrechtzuerhalten. Tatsache ist, dass die Bodenschätze eines Landes keinen natürlichen Preis besitzen. Sie haben den Preis, den die einen verlangen und die anderen zu akzeptieren bereit sind. Wenn ein fundamentalistischer Staat lieber die Feinde des Islam zugrunde richtet, als mit deren Geld die eigene Wirtschaft zu fördern, kann der Preis ins Unermessliche steigen. Möglich ist aber auch, dass der Verkauf des Öls ganz verweigert wird. Etwa dann, wenn Karikaturen religiöser Gestalten in westlichen Zeitungen so viel Aufruhr in einem islamischen Land erregen, dass die betreffende Regierung auf Druck der Massen einen Lieferstopp verfügt. In der Vergangenheit waren Völker bereit, für eine Flagge, einen heiligen Berg oder irgendein anderes kollektives Symbol in den Krieg zu ziehen. Warum sollten sie nicht aus den gleichen Gründen

⁵⁵ Vgl. Klare, *Resource Wars*.

⁵⁶ »Der Krieg, der sich nicht rechnet«, *Süddeutsche Zeitung*, 23.9.2002. Für die Zeit von 1992 bis 1998 wurde ein Gegenwert von knapp 10 Milliarden Dollar pro Jahr errechnet. Vgl. Donald Losman, »Economic Security. A National History Folly?«, in: *Policy Analysis*, 1.8.2001, S. 9.

anderen den Ölhahn zudrehen? Die Spielregeln der Ökonomie sind dagegen machtlos.

Im Schlepptau des Großen Bruders

Wir sollten eingestehen, dass die militärische Option unabwendbar ist, solange uns die Befreiung aus der fossilen Abhängigkeit nicht gelingt. Das ist ehrlicher als die heute übliche Verschleierungs- und Verdrängungstaktik. Schon früher, während des Kalten Krieges, hatten sich Teile der deutschen und europäischen Öffentlichkeit eine solche Taktik zu Eigen gemacht. Nur zu gern stellten sie sich unter den Nuklearschirm der Amerikaner und akzeptierten den Schutz der Supermacht. Viele aber hielten es damit durchaus für vereinbar, den USA gegenüber moralische Überlegenheit zu demonstrieren, oft genug in unverhülltem Antiamerikanismus.

Diese Haltung erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Den USA überlässt man die schmutzige Arbeit, sich der jederzeit möglichen Erpressung westlicher Staaten mit militärischer Macht entgegenzustellen. Doch gleichzeitig behält man sich vor, die Amerikaner von oben herab für ihre Machtpolitik zu tadeln. Natürlich ist Kritik an den USA in Einzelfällen berechtigt, etwa mit Blick auf den Irakkrieg.⁵⁷ Doch das ist eine andere Sache. Was wirklich zählt, ist das Faktum, dass für die USA und Europa zur militärischen Sicherung der Ressourcen so lange keine echte Alternative besteht, wie man die eigene Rohstoffabhängigkeit als unabänderlich akzeptiert.

So erstaunt es denn wenig, dass auch in Deutschland und in der EU die führenden Kräfte keine wirkliche Alternative sehen. Sie favorisieren ebenfalls die militärische Option. Um das Jahr 2015 wird Europa immerhin 70 Prozent seines Erdöls und 50 Prozent seines Erdgases importieren. Diese Abhängigkeit macht begreiflich, warum ein Bundesverteidigungsminister vom unerlässlichen Schutz deutscher Interessen im Ausland sprach.⁵⁸ In den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« der Bundeswehr wurde bereits 1992 die Sicherung der Ressourcen unmissverständlich als Ziel festgehalten: »Aufgabe der Bundeswehr ist die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.«

⁵⁷ Man kann sehr wohl argumentieren, dass der Irakkrieg von 2003 den USA (und der übrigen Welt) insgesamt nur sicherheitspolitische Nachteile brachte. Dann hätte allein die amerikanische Rüstungsindustrie, etwa die früher von Vizepräsident Dick Cheney geleitete texanische Firma Halliburton, von diesem Krieg profitiert.

⁵⁸ »Deutschland wird überall auf der Welt verteidigt«, so Verteidigungsminister Peter Struck in einem Interview über die Reform der Bundeswehr, Süddeutsche Zeitung, 5.2.2003; »Deutschland wird am Hindukusch verteidigt«, Pressekonferenz von Verteidigungsminister Peter Struck am 5. Dezember 2002; »Mögliches Einsatzgebiet ist die ganze Welt«, Der Spiegel 4/2004, S. 25; »Die Bundeswehr muss in der Lage sein, bis zu 35 000 Mann an jeden denkbaren Ort der Erde zu schicken«, Der Spiegel 49/2003, S. 52.

Dieselbe Festlegung auf die militärische Option findet auf europäischer Ebene statt. Die »Europäische Sicherheitsstrategie 2003« (ESS) hält ein häufiges Eingreifen der EU auf ausländischen Kriegsschauplätzen für notwendig und wahrscheinlich: »Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen ... Wir müssen eine Strategie-Kultur fördern, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.«⁵⁹ Wie rau der Tonfall inzwischen geworden ist, geht mit alarmierender Deutlichkeit aus einer Rede des französischen Präsidenten Jacques Chirac hervor, gehalten am 19. Januar 2006 bei einem Besuch des Marinestützpunktes Ile Longue bei Brest. Chirac verkündete, dass Frankreich auch vor dem Einsatz von Atomwaffen nicht zurückschrecken werde, wenn es sich von Terrorstaaten bedroht sehe oder seine Rohstoffzufuhr gefährdet sei.⁶⁰

So steuert Europa brav im Kielwasser der Vereinigten Staaten, genauer gesagt folgt es der Politik von Reagan und Bush (Vater wie Sohn), nicht der von Nixon und Carter, welche die Rohstoffabhängigkeit der USA reduzieren wollten. Dabei schrecken die politisch Verantwortlichen in Europa durchaus nicht vor Perspektiven zurück, die in der Öffentlichkeit auf Empörung stießen, als sie zum ersten Mal unter George W. Bush in den USA formuliert worden sind. Auch Europa will sich das Recht auf vorbeugendes Eingreifen nicht nehmen lassen. »Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln«, heißt es in dem zitierten EU-Papier. Präventivschläge stehen damit auch bei uns auf dem Programm.

Im März 2000 setzte sich die Europäische Union in Lissabon das ehrgeizige Ziel, nach Ablauf einer Dekade mit den USA wirtschaftlich gleichzuziehen. Daran glaubt heute kaum noch jemand. Nun will man es auf militärischem Sektor versuchen. Einige sind der Ansicht, dass Europa dabei schon jetzt gar nicht so schlecht abschneide. Zum Beispiel Pat Cox, der Präsident des Europäischen Parlaments. Er schrieb Anfang 2004: »Es ist ein allgemeiner Irrtum zu glauben, dass die militärischen Anstrengungen der europäischen Länder im Vergleich zu den USA minimal seien. Die vorgesehenen Militärausgaben der 15 derzeitigen EU-Mitgliedstaaten betrugen allein im Jahr 2001 insgesamt 174 596 Millionen US-Dollar, im Vergleich zu 281 426 Millionen US-Dollar für die USA ... Die US-Militärausgaben für 2001 wurden auf 2,9 Prozent des Bruttonationalprodukts geschätzt. Die vergleichbaren Zahlen für die ausgabenintensivsten Länder Europas, Frankreich und das Vereinigte Königreich, betrugen 2,6 bzw. 2,4 Prozent nach NATO-Angaben.«⁶¹

⁵⁹ Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, verabschiedet vom Europäischen Rat in Brüssel am 12. Dezember 2003, zitiert nach www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html.

⁶⁰ Vgl. www.elysee.fr/elysee/francais/afp/depeches_francais.

⁶¹ Zitiert nach Oberansmayr, Supermacht, S. 105.

Auch wenn die tatsächlichen militärischen Fähigkeiten Europas im Vergleich zu denen der USA vorläufig eher bescheiden sind, so ist doch unbestreitbar der Wille vorhanden, dies in Zukunft zu ändern. Neben den Vereinigten Staaten soll eine zweite bis an die Zähne bewaffnete Macht entstehen.

Rohstoffe bringen Unglück

Die militärische Aufrüstung des Westens geht mit einer Teilung der Welt in Gewinner und Verlierer einher. Immer deutlicher stehen einander vier Zonen gegenüber. Da sind zunächst die westlichen Staaten – ökonomisch absteigend, aber militärisch weit an der Spitze. Man kann sie als Händlerstaaten oder Basarökonomien bezeichnen. Einen wachsenden Teil ihrer Güter vermarkten sie nur noch, ohne ihn selbst zu produzieren. Ihnen gegenüber stehen die aufholenden Billigproduzenten, die ihrerseits mit aller Kraft die militärische Aufrüstung betreiben. Das dritte Lager bilden die Rohstofflieferanten. Ohne sie können gegenwärtig weder die Händler- noch die Fabrikantenstaaten überleben. Zuletzt kommen die Länder der übrigen Welt. Ökonomisch haben sie den drei Hauptlagern nichts zu bieten und könnten deshalb, wie manche meinen, auch ganz von der Landkarte verschwinden.

Noch bilden die reichen Händlerstaaten den Nabel der Welt. Bei ihnen sind nach wie vor die prestigeträchtigsten Marken zu Hause, auch wenn sich unter den Etiketten immer mehr auswärts produzierte Güter verbergen. Die westlichen Staaten lenken die Geld- und Handelsströme und schöpfen dabei die höchsten Profite ab. Doch sie tun dies in sinkendem Maße, weil ihre wissenschaftlichen und technologischen Leistungen in den Fabrikantenstaaten umso weniger gefragt sind, je weiter diese selbst nach oben gelangen. In China gibt es bereits 700 Forschungszentren mit insgesamt 863 000 Mitarbeitern – eine Zahl, die nur von den USA mit 1,3 Millionen Forschern übertroffen wird. In fünf Jahren, so warnt EU-Forschungskommissar Janez Potočnik, werde China einen größeren Anteil seines Bruttosozialprodukts in Forschung und Entwicklung stecken als die Europäische Union. Und da es auch auf diesem Feld den Vorteil geringer Löhne besitzt, sind die tatsächlichen Kapazitäten natürlich noch höher einzuschätzen. Dagegen findet in Deutschland eine Rückentwicklung statt. Hier haben die Konzerne in den neunziger Jahren mehr Forschungsabteilungen ausgelagert als in den gesamten fünfzig Jahren zuvor.⁶² Wer sich davon noch nicht beeindrucken lässt, sollte daran erinnert werden, dass China sich anschickt, Astronauten zum Mond zu schicken. In

⁶² Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 19. Juli 2005, <http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/968&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>.

kurzer Zeit wird das Reich der Mitte keine technische Unterweisung aus dem Westen mehr nötig haben.

Dennoch gibt es eine offensichtliche Gemeinsamkeit der Interessen zwischen den westlichen Basarökonomien und den Produzentenstaaten des Ostens. Beide Lager können ihre Profite wesentlich steigern, indem sie die Preise für Rohstoffe drücken. Sie sind deshalb daran interessiert, die Rohstoffländer und deren Rohstoffproduktion unter Kontrolle zu halten, ökonomisch wie militärisch. Es geht um eine gesicherte Versorgung, aber auch darum, dass die Rohstoffländer ihren Reichtum möglichst billig abgeben.

Damit sich dies durchsetzen lässt, wird der internationale Druck vor allem auf schwache Staaten zunehmend größer. Zu ihnen zählen in erster Linie die Rohstoffproduzenten Afrikas und Zentralasiens. Die politische Destabilisierung dieser Länder wird dabei in Kauf genommen. Es ist kostspieliger, mit einem starken Staat zu verhandeln, der die Abnehmer von Rohstoffen gegeneinander ausspielen kann, als einzelne Warlords dafür zu bezahlen, dass sie für einen reibungslosen Arbeitsablauf in Bergwerken und Schürfstätten oder auf Ölfeldern sorgen.

Die Auswirkungen dieser mehr oder weniger bewusst betriebenen Politik sind überall zu spüren. Im Kongo, in Liberia, in Sierra Leone und anderen afrikanischen Ländern mit bedeutenden Rohstoffvorkommen herrscht nahezu ununterbrochen Krieg. Für schwache Staaten gibt es heute kein größeres Unglück, als im Besitz wichtiger Ressourcen zu sein. Der Durchschnittsbürger bei uns hat davon allerdings kaum eine Ahnung. Die blutigen Konflikte, die viele afrikanische Staaten zerreißen, spielen sich in weiter Ferne ab und scheinen ihn schon deshalb nichts anzugehen. Tatsächlich sind die Industriestaaten an diesen Auseinandersetzungen selten direkt beteiligt; es genügt, dass Regierungen oder Großkonzerne privaten Unternehmen den Auftrag erteilen, vor Ort für Ordnung zu sorgen. Ohne sich darüber Gedanken zu machen, setzt der Konsument in den USA, Deutschland oder Frankreich eine oft sehr lange Kette von Maßnahmen in Bewegung, die letztlich diese Kriege aufrechterhalten. Es ist die Privatisierung von Politik und Gewaltausübung, die es den dafür verantwortlichen Staaten ermöglicht, sich offiziell von diesen Konflikten zu distanzieren. Die schmutzige Arbeit wird von Warlords oder Söldnerfirmen erledigt.

Anders als noch vor einem halben Jahrhundert liegen heute Dutzende von Staaten der rohstoffzeugenden Peripherie politisch in Scherben. Wehrlose Länder in Zentralasien, in Südamerika und vor allem in Afrika sind die Hauptopfer dieser Ressourcenkriege. Aber ähnliche Verwüstungen werden auch auf dem Territorium der Russischen Föderation angerichtet. In Tschetschenien verteidigt Moskau auf grausame Weise seinen Zugang zum Öl des Kaspischen Meeres, genauer gesagt die Pipeline von Baku über Tschetschenien nach Noworossijsk am

Schwarzen Meer.⁶³ Diesen Zugang bedrohen nun auch die Amerikaner durch ihre Präsenz in Georgien.

Aber selbst ehemals starke Staaten geraten ins Wanken. Die politischen Erschütterungen haben auf den Nahen Osten übergegriffen und nähern sich der Region um das Kaspische Meer. In Afghanistan, im Irak und in Georgien, wo die neue Liefertrasse von Baku zum türkischen Schwarzmeerhafen Ceyhan schon seit 2005 in Betrieb ist, kümmern sich die USA auf ihre Weise um die Sicherung von Pipelines und Öl. Noch ist es »nur« der Irak, der zerfällt und zur Brutstätte des Terrors wird, morgen könnte es der Iran sein. Tschetschenien und die umliegenden Regionen befinden sich ohnehin in Gärung. Saudi-Arabien wird Ähnliches schon lange prophezeit. Zbigniew Brzezinski, einst Sicherheitsberater unter US-Präsident Carter, fasst die von Muslimen bewohnten Staaten zwischen dem Suez-Kanal und der Westgrenze Chinas unter der Bezeichnung »globaler Balkan« zusammen⁶⁴ – gemeint ist, dass es sich hier um einen Teil der Erde handelt, den man fürchten und deshalb militärisch kontrollieren muss. Es ist wenig erstaunlich, dass diese Länder zunehmend instabiler werden. Nach einer Erhebung von 2002 lagern dort 68 Prozent der bekannten Erdöl- und 41 Prozent der Gasreserven. Doch dieser Reichtum nützt der einheimischen Bevölkerung wenig. An den Erträgen ist sie im Allgemeinen kaum beteiligt.

Gefährliche Präzedenzfälle für die destabilisierende Wirkung bedeutender Rohstoffvorkommen gab es schon zu einer Zeit, als von der Erschöpfung der Ressourcen noch keine Rede war.⁶⁵ Etwa vor einem halben Jahrhundert im Iran. Als der demokratisch gewählte Premierminister Mohammed Mossadegh 1951 den britischen Ölkonzern Anglo-Iranian Oil Company verstaatlichte, intervenierte die CIA auf Betreiben Großbritanniens und sorgte für den Sturz des Politikers. Dieser Eingriff in die Souveränität eines unabhängigen Landes löste Erschütterungen aus, die das Geschehen in der Region bis heute bestimmen. Das Schah-Regime wurde zu einer Marionette fremder Mächte, und in der Bevölkerung wuchs der Hass gegen den Westen. So erklärt sich die Entstehung eines national-religiösen Fundamentalismus unter Ayatollah Khomeini. Der Westen hatte den Ölproduzenten deutlich gemacht, dass ihre Ressourcen nicht wirklich ihnen gehören. Die Demütigung eines den USA zuvor keineswegs feindlich gesinnten Staates sei ein Fehler gewesen, so das freimütige Eingeständnis einer amerikanischen Außenministerin, Madeleine Albright, ein halbes Jahrhundert später.⁶⁶

⁶³ Diese machtpolitischen Zusammenhänge sind den Amerikanern natürlich ebenso bewusst wie den Russen, vgl. Brzezinski, *Weltmacht*, S. 130ff.

⁶⁴ Brzezinski, *Choice*, S. 40.

⁶⁵ Vgl. hierzu auch Alt, *Krieg*, S. 145ff.

⁶⁶ »Secrets of history: the C.I.A. in Iran – a special report«, *New York Times*, 16.4.2000.

Aber sie hassen den Krieg

Damals ging es um nicht mehr als den Profit eines einzelnen westlichen Ölkonzerns. Heute geht es um sehr viel mehr – das Funktionieren ganzer Staaten und Volkswirtschaften. Die möglichen Kriegsgründe sind also weitaus massiver. Trotzdem lässt sich die Bevölkerung westlicher Länder kaum dazu überreden, ihr Blut für Öl zu vergießen. Dürre ökonomische Argumente reichen nicht aus, um diese Bereitschaft hervorzubringen. Ganz andere Erfolge lassen sich dagegen erzielen, wenn man Empörung, Angst und Verunsicherung schürt. Vieles spricht dafür, dass das Gespenst des Terrorismus für diesen Zweck erhalten muss.

Terror ist im Wesentlichen eine Folge der sich weitenden Schere zwischen dem Reichtum der reichen und der Armut der ärmsten Länder. Seine tatsächlichen Auswirkungen auf westliche Länder sind bisher eher gering, jedenfalls wenn man sie mit den Verwüstungen eines Krieges vergleicht, auch eines relativ begrenzten wie dem 1999 von der NATO gegen Serbien geführten.⁶⁷ Doch der Terror wird als Waffe nicht nur von Islamisten genutzt, sondern auch von westlichen Politikern und Militärstrategen. Psychologisch höchst wirksam lässt sich mit seiner Hilfe eine allgemeine Bereitschaft zu Aufrüstung, Präventivschlägen und weltweiter Präsenz des eigenen Militärs erzeugen. In den USA gelang es der Regierung unter George W. Bush, die Bedrohung durch den Terrorismus ins Apokalyptische aufzublähen und damit die Unterstützung der Massen für den Irakkrieg gewinnen. Immer mehr Mittel werden seitdem aus dem zivilen Bereich in den militärischen umgeleitet. Die soziale Wohlfahrt und der Lebensstandard breiter Bevölkerungskreise fallen dieser Militarisierung zum Opfer.

Bis heute lässt es die Weltmeinung nicht zu, dass sich ein Staat offen zum gewaltsamen Zugriff auf die Ressourcen anderer Staaten bekennt. Der »Krieg gegen den Terror« aber wird von der Bevölkerung als Abwehr eines Generalangriffs auf die eigene Sicherheit wahrgenommen. Er scheint alle Maßnahmen zu rechtfertigen, auch direkte militärische Eingriffe im Ausland. Diese lassen sich dann leicht als legitime Selbstverteidigung interpretieren.

Dennoch stehen das Drängen der westlichen Eliten auf militärische Präsenz in den sogenannten Krisengebieten und die Haltung der Bevölkerungsmehrheit zum Krieg bisher noch in deutlichem Widerspruch zueinander. Überwiegend lehnen die Menschen im Westen den Krieg mit Entschiedenheit ab. Die Aufrüstung der USA und Europas ist das Resultat vieler einzelner und an sich harmloser militärischer, ökonomischer und politischer Maßnahmen, die erst in der Summe in eine gefährliche Richtung zielen. Die Bevölkerung ist daran nur insoweit beteiligt, als

⁶⁷ Damals gab es ein 78-tägiges Bombardement mit 35 000 Lufteinsätzen, geflogen von mehr als tausend Kampffjets, die dabei 15 000 Tonnen Explosivstoff abwarfen. Die Bilanz: etwa 10 000 Tote und die weitgehende Zerstörung der Infrastruktur Serbiens.

sie lautstark nach billigem Benzin und der Erhaltung ihres bisherigen Lebensstandards verlangt. Welche Bedingungen dafür notwendig sind, davon wissen die meisten nur wenig. Ehrliche Aufklärung, eigentlich die Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie, sucht man in diesem Bereich vergeblich.

Dieses demokratische Defizit macht verständlich, warum sich die offene Militarisierung der Vereinigten Staaten und die schleichende Militarisierung Europas vor dem Hintergrund eines entschiedenen Kriegsunwillens der jeweiligen Bevölkerung vollziehen. In den westlichen Staaten, so wird man verallgemeinernd behaupten dürfen, herrscht eine ausgeprägte Sehnsucht nach Frieden. Wer nach einem Indiz für den moralischen Fortschritt der Menschheit sucht, der könnte es hier am ehesten finden – in dem heute vorherrschenden Abscheu vor Kriegen.

Für die Deutschen scheint das in besonderem Maße zu gelten. Sie hegen keine aggressiven Gefühle gegenüber ihren Nachbarn oder anderen Ländern. Sie begrüßen die Vereinigung Europas als Friedensprojekt und wünschen sich, dass die Staaten weltweit zu einem besseren gegenseitigen Verständnis gelangen. Die Ablehnung kriegsverherrlichender Ideologien bringt bei Demonstrationen gegen Neonazis und andere Extremisten noch immer Zehntausende auf die Straßen.

Und dennoch stößt unser Friedenswille auf einen starken Widersacher. Wir selbst haben Bedingungen geschaffen, die den Frieden akut gefährden. Wir haben es zugelassen, dass die Ressourcen der anderen – vor allem ihr Öl – zu unserem Lebensblut wurden. Unser Fehlverhalten liegt darin, diese Abhängigkeit nicht aufgehoben, sondern sie im Gegenteil weiter verstärkt zu haben. Wenn das Lebensblut knapp wird, werden wir alles tun, um uns den weiteren Zugang zu sichern, auch wenn Kriege die logische Folge sind.

Dein Reichtum ist meine Armut

Von der Kraft unseres Friedenswillens sollten wir uns daher keine übertriebenen Vorstellungen machen. So stark der Wille zum Frieden auch sein mag, gegen objektive Bedingungen vermag er nur wenig auszurichten. Und diese Bedingungen sprechen eine andere Sprache. Mehr denn je haben Staaten reale Gründe, sich von Kriegen materielle Vorteile zu versprechen. Kriege können lästige Konkurrenten schwächen oder auch ganz zum Verschwinden bringen.

Das ist eine neue Lage. Bis vor kurzem galt noch die orthodoxe ökonomische Lehre, wonach Konkurrenz und Handel gar nicht weit genug reichen können.⁶⁸ Gehe es dem einen gut, so der Leitgedanke, dann sei das auch die beste

⁶⁸ Sie wird von der Mehrheit der Ökonomen nach wie vor vertreten. Aber immerhin hat kürzlich einer ihrer Hauptvertreter, Paul Samuelson, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Zweifel anklingen lassen, siehe www.citizenstrade.org/pdf/nyt_samuelson_09092004.pdf.

Voraussetzung für das Wohlergehen der anderen. Diese Lehre wurde vom Neoliberalismus noch übersteigert. Er verkündet, dass es allen Menschen auch dann irgendwann besser gehe, wenn zunächst nur die Reichsten noch reicher werden. Denn mit der Zeit würden dann umso mehr Brosamen vom Tisch der Wohlhabenden für die Armen abfallen. Das ist nun freilich der kuriose Auswuchs einer Heilsdoktrin, die zwar auf sympathische Weise Optimismus verbreitet, ihre Versprechungen aber nur auf dem Papier erfüllt. Von der Wirklichkeit wird sie regelmäßig ad absurdum geführt.

So gerade in unserer Zeit. Bis gegen Mitte des vergangenen Jahrhunderts bedeutete es für einen Europäer keinen irgendwie gearteten Nachteil, dass auf der anderen Seite der Welt Japaner oder Australier lebten. Kein Türke oder Perser litt darunter, dass es außer ihm auch Mexikaner oder Chinesen gab. Im Gegenteil, alle Völker bereicherten ihr Leben durch die mehr oder weniger exotischen Waren, die sie über den Handel mit anderen erwarben.

Diese Situation hat sich seit Beginn des dritten Jahrtausends grundlegend geändert. So schrecklich die Wahrheit auch ist, man sollte sie in aller Offenheit aussprechen, weil die drohende Gefahr erst dadurch in ihrem ganzen Ausmaß erkennbar wird. Heute leiden die Deutschen darunter, dass es Chinesen gibt, die ganz wie sie selbst Öl, Kupfer und eine Fülle anderer erschöpfbarer Rohstoffe verbrauchen. Umgekehrt wären die Chinesen zweifellos besser dran, wenn es die Deutschen nicht gäbe. Und gemeinsam beschweren sich alle darüber, dass die US-Amerikaner, die nur den 25. Teil der Menschheit ausmachen, ein Viertel des Öls konsumieren. Seit die Staaten um die sich rapide vermindernenden Vorräte konkurrieren, ist nicht mehr nur die militärische Stärke des anderen ein Problem, sondern bereits seine bloße Existenz als gleichberechtigter Konsument. Amerikaner, Deutsche, Chinesen, Inder oder Japaner – alle wären heute objektiv besser dran, wenn es die jeweils anderen nicht gäbe.

Hier liegt das bedrohliche Paradox unserer Zeit. Subjektiv empfinden die meisten Menschen einen Horror vor dem Krieg und hoffen auf ein friedliches Miteinander der Völker. Objektiv aber haben sie viel stärkere Gründe als vielleicht jemals zuvor, sich das Verschwinden der anderen zu wünschen.

Vorläufig lassen sich die Auswirkungen dieses Konflikts noch vertuschen. Sie werden erst dann voll zum Durchbruch gelangen, wenn die Energiepreise in wenigen Jahren in die Höhe schießen. Denn natürlich will kein westlicher Staat auf den schon gewonnenen Anteil verzichten, so unverhältnismäßig groß dieser auch sein mag. Andererseits ist es für eine aufstrebende Volkswirtschaft kaum einzusehen, warum sie sich mit dem verschwindend geringen Anteil begnügen soll, den sie bislang bezogen hat. Auseinandersetzungen sind dadurch vorprogrammiert. Als Präsidenten des mächtigsten Staates der Erde haben sowohl Bush senior als

auch sein Sohn den Anspruch ihres Landes auf den Löwenanteil der Rohstoffe unmissverständlich bekräftigt: »The American style of life is not negotiable.« – Der amerikanische Lebensstil steht nicht zur Debatte.⁶⁹ Im Klartext heißt das: Über unsere exorbitante Verschwendung von Rohstoffen werden wir mit niemandem verhandeln, so ungerecht sie anderen Völkern auch erscheinen mag.⁷⁰

In Europa reden wir etwas weniger laut und selbstgefällig, viele aber denken genauso. Vor allem handeln sie so. Was also werden wir tun, wenn das Öl für uns in zwanzig Jahren – oder vielleicht auch schon in fünf bis zehn Jahren, wie von Matthew Simmons prognostiziert⁷¹ – unbezahlbar wird? Noch sind sich die großen Energieverbraucher, die USA, Europa, Japan und China, einig darin, einen gewaltigen militärisch-politischen Druck auf die rohstoffliefernden Länder auszuüben. Dort, im Nahen Osten oder am Kaspischen Meer, sehen sie die Gefahr. Immerhin – solange die Industrienationen ihre Feinde unter den Energielieferanten suchen, geraten sie sich nicht gegenseitig ins Visier. Dass eine Volkswirtschaft durch ihren Verbrauch die verfügbaren Ressourcen für die anderen wesentlich reduziert, ist in den Planspielen über zukünftige Szenarien bislang noch kein Thema.

Beunruhigende Parallelen

Die gegenwärtige Situation ähnelt auf verblüffende Weise der Lage Europas während der beiden letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Nach 1871, dem Zusammenstoß zwischen Frankreich und Deutschland, herrschte auf dem Kontinent zunächst einmal Ruhe. Viele glaubten und hofften, es würde ein ewiger Frieden sein. Stutzig machen musste allein die Tatsache, dass Europa sich gegenüber der restlichen Welt alles andere als friedlich verhielt. Überall suchte man nach Raum jenseits der eigenen Grenzen – später sprach man dann explizit von Lebensraum. Die Europäer fühlten sich innerhalb ihrer Grenzen auf unerträgliche Art eingeengt. War dies nur eine abwegige psychische Disposition? Keineswegs, diesem Gefühl lagen durchaus objektive Ursachen zugrunde. Die gewaltig expandierenden Industrien Englands, Deutschlands und Frankreichs brauchten Märkte für die Massen ihrer Güter. Dabei wäre es falsch, nur den Besitzern der Unternehmen die Schuld zuzuschreiben. Auch die Arbeiter brauchten Märkte. Ihre Löhne konnten nur steigen, wenn es gelang, neue Absatzgebiete für die von ihnen gefertigten Produkte zu erschließen. Und natürlich war auch der Konsument damit

⁶⁹ So Präsident George Bush 1992 auf dem Weltumweltgipfel in Rio de Janeiro. George W. Bush äußerte sich während seiner Präsidentschaft wiederholt im gleichen Sinne.

⁷⁰ Es wird geschätzt, dass in den USA an die 43 Prozent der Energie vergeudet werden – dieser Anteil könnte ohne größeren Kostenaufwand eingespart werden. Lomborg, *Apocalypse*, S. 154.

⁷¹ Siehe Kapitel »Unliebsame Propheten«.

einverstanden, denn mit der Massenproduktion verbilligten sich die Güter. In Wahrheit zogen alle an einem Strang. Genau das war der Grund, warum die Aggression gegen außereuropäische Gebiete in jener Zeit so stürmisch verlief. 1878 wurden 67 Prozent der Landfläche des Planeten von den Europäern beherrscht. 1914 waren es über 84 Prozent.⁷²

Dieses Tempo ist nur mit der Eile vergleichbar, mit der westliche Staaten heute die ausländischen Rohstofflager unter ihre Kontrolle bringen. Dabei ist nicht mehr von Lebensraum, sondern von Sicherung der notwendigen Rohstoffquellen die Rede. Aber die Ähnlichkeit mit der damaligen Situation reicht noch weiter. So wie sich heute nur wenige über die wachsenden Spannungen Gedanken machen, schien auch seinerzeit die Entwicklung die meisten Menschen kaum etwas anzugehen. Die Europäer selbst genossen ja Frieden. Zunächst waren nur die anderen Opfer, nämlich die Menschen, die in den eroberten Gebieten lebten. Niemand begriff, dass dies nur ein erster Schritt sein konnte. Es dauerte nicht lange, da waren auch die neuen Märkte gesättigt. Die Expansion stieß an eine Grenze. Die äußere Aggression hatte sich totgelaufen.

Und damit sollte sich alles ändern. Europa war an einem verhängnisvollen Wendepunkt angekommen. Denn nun begannen Engländer, Deutsche und Franzosen zu ahnen, dass sie sich gegenseitig in ihrer Entwicklung behinderten. Die Engländer würden mehr verdienen, wenn es die Deutschen nicht gäbe, und die Deutschen mehr, wenn man sie von der britischen Konkurrenz befreite. Einige Beobachter waren mitten im Frieden hellseherisch genug, um das kommende Unheil vorherzusehen. Bereits 1897 stellte der Autor eines Artikels in der Londoner »Saturday Review« folgende Betrachtungen über den ökonomischen Wettbewerb zwischen Deutschland und England an:

»England mit seiner langen Geschichte erfolgreicher Aggression, mit seiner Überzeugung, dass es in Verfolgung seiner eigenen Interessen Licht an die im Dunkeln lebenden Nationen spendet, und Deutschland, Bein von seinem Bein, Blut von seinem Blut, mit einer geringeren Willenskraft, aber vielleicht mit einer schärferen Intelligenz, konkurrieren in jeder Ecke der Welt. In Transvaal, am Kap, in Zentral-Afrika, in Indien und im Osten, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten, überall und wo nicht? Die Flagge ist der Bibel gefolgt, und der Handel folgt der Flagge; hier kämpft der deutsche Bannerträger mit dem englischen Händler. Ist irgendwo eine Mine auszubeuten, eine Eisenbahn zu bauen, ein Eingeborener von Brotfrucht zum Büchsenfleisch zu bekehren, von Enthaltensamkeit zum Schnaps, der Deutsche und der Engländer kämpfen, der Erste zu sein. Eine

⁷² Das beste und intelligenteste Mittel, sich fremde Märkte zu öffnen, bestand wohl darin, vor Ort eine dem Westen hörige Elite zu schaffen, die sich dem wirtschaftlichen Fortschritt verschrieb, ohne dabei auf die Folgen für die eigene Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.

Million kleine Auseinandersetzungen bauen den größten Grund zum Kriege auf, den die Welt je gesehen hat. *Wenn Deutschland morgen ausgelöscht würde, würde übermorgen auf der ganzen Welt kein Engländer sein, der nicht reicher wäre.* Nationen haben jahrelang wegen einer Stadt gekämpft oder wegen eines Erbrechts; müssen sie nicht kämpfen um 250 Millionen Pfund jährlichen Handelsumsatzes?⁷³

Diese Prophezeiung, ausgesprochen während einer langen europäischen Friedensära, lässt sich ziemlich genau auf die heutige Situation übertragen. Ein Freihandel, der unter bestimmten Bedingungen zum Vorteil aller wirkt – die einzige Perspektive, welche die orthodoxe Wirtschaftslehre bis heute ins Auge fasst –, wirkt unter anderen Bedingungen als Einleitung für blutige Konflikte. Während die Theoretiker der Ökonomie vom Glück und Reichtum schwärmten, den der Handel angeblich allen Betroffenen bringt, stieg der Verfasser dieses Artikels aus dem Himmel der Theorie hinab, um sich mit den konkreten irdischen Umständen zu befassen. Und diese deuteten auf eine ganz andere Entwicklung.

Leider geben auch heute die blauäugigen Theoretiker den Ton an, während die Wirklichkeit längst ihre eigenen Wege geht. An der allgemeinen Zukunftsblindheit hat sich wenig geändert. Deshalb werden die beunruhigenden Parallelen zur Vergangenheit geflissentlich übersehen. Auch wir haben jahrzehntelang in Frieden gelebt, wenigstens im Westen. Vorerst richten wir unsere Aggressionen höchstens gegen Staaten außerhalb des westlichen Lagers. Doch wenn die Preise für Öl und Gas das Maß des Erträglichen überschreiten, werden die Amerikaner plötzlich erkennen, dass diese Preise für sie nur halb so hoch wären, wenn es die Europäer oder Chinesen nicht gäbe. Sie werden begreifen, dass es ihnen um vieles besser ginge, wenn die anderen nicht die gleichen Ansprüche hätten. Und Europäer und Chinesen, die heute schon die Amerikaner lauthals für deren hohen Energieverbrauch schelten, werden exakt in der gleichen Logik denken. Einige haben diese Logik auch schon begriffen, etwa Mikkal Herberg, ein US-Experte für Wirtschaftsentwicklung. »Es ist schlichtweg kein Szenario denkbar«, so seine Prognose, »das *nicht* zu einer Konfrontation zwischen den USA und China in Sachen Energie führt.«⁷⁴ Die durch Fracking im eigenen Land gewonnenen Reserven

⁷³ »The Saturday Review«, 11.9.1897 (Hervorhebung von mir). Dass handfeste ökonomische Interessen für alle am Ersten Weltkrieg beteiligten Staaten eine Rolle spielten, lässt sich auch einem nationalistischer Untertöne so unverdächtigen Organ wie der Encarta-Enzyklopädie von Microsoft entnehmen. In einem Artikel zum Versailler Vertrag heißt es dort über den britischen Premierminister: »Lloyd George strebte die Ausschaltung Deutschlands als Konkurrent auf dem Weltmarkt an«, http://de.encyclopedia.msn.com/encyclopedia_761566689/Versailler_Vertrag.html. Man sollte jedoch betonen, dass aggressive Unternehmen – und das gilt sinngemäß auch für ganze Volkswirtschaften – sowohl in der Praxis als auch nach orthodoxer ökonomischer Lehre immer die Ausschaltung der Konkurrenten betreiben.

⁷⁴ Zitiert nach »Der Treibstoff des Krieges«, Der Spiegel 13/2006, S. 81.

haben die Lage für die Vereinigten Staaten zwar zunächst einmal entschärft, aber für wie lange?

Anfang des 20. Jahrhunderts ging es um das kleine Europa und um Absatzmärkte für eine Überschussproduktion. Heute geht es um den ganzen Planeten und um etwas Wichtigeres als Märkte: die Versorgung mit Rohstoffen. Wir müssen alles in Bewegung setzen, damit es nicht erneut zu einem globalen Gegeneinander kommt.

Sonnenfinsternis unter dem Machtsyndrom

Dieses Buch handelt vom Beginn einer neuen Ära. Von der Energiewende, der Befreiung aus der fossilen Abhängigkeit. Es ist wichtig, sich über die Voraussetzungen dieser Wende im Klaren zu sein. Am wenigsten sind sie im technologischen Bereich zu suchen. Hätte Deutschland die gewaltigen Forschungsmittel und Investitionen, die es in den vergangenen Jahrzehnten in die Förderung fossiler und nuklearer Energieerzeugung fließen ließ, in den Ausbau der solaren Versorgung geleitet, dann wären die entscheidenden Schritte auf dem Weg zur Energiewende heute bereits getan. Technologisch verlangt die Umstellung sogar einen eher bescheidenen Einsatz. Zudem ist die Erkenntnis, dass die fossilen Rohstoffe schwinden und es zur Erschließung neuer Ressourcen keine Alternative gibt, bei Sachkundigen schon seit Jahrzehnten vorhanden und inzwischen auch in größeren Kreisen der Bevölkerung verbreitet. Der Grund, warum bislang nur wenige Mahner die Abkehr von den fossilen Quellen als wichtigste Aufgabe unserer Zeit propagieren, liegt auf einer anderen Ebene. Man *will* diese Aufgabe nicht sehen. Der Beginn des Solarzeitalters setzt eine andere Art des Denkens voraus. Nicht die technische Umstellung ist das Problem, sondern die von uns verlangte geistige Wende.

Diese Wende besteht im Abschied vom Machtsyndrom, das mit seinen eingeübten Denkmustern nicht nur Politik und Wirtschaft, sondern auch die meisten Individuen beherrscht. Solange wir diesen Abschied nicht vollziehen, herrscht Sonnenfinsternis in den Köpfen. An eine Energiewende ist nicht zu denken.

Was ist das Machtsyndrom? Es lässt sich definieren als Wettlauf um die größte ökonomisch-militärische Potenz. Es geht dabei um eine ständige Auswahl und das Überleben der Stärkeren, um die permanente Erniedrigung der Schwachen bis hin zu ihrer Vernichtung. Seit Jahrhunderten bildet Europa das Schlachtfeld des Machtsyndroms. Früher fand der Wettlauf zwischen Städten, Fürstentümern und Königreichen statt, heute spielt er sich zwischen Staaten und Staatenblöcken ab. Dieser Wettlauf und die damit verbundene Aggression erscheinen vielen von uns als derart »natürlich« und selbstverständlich, dass sie sich eine Welt jenseits davon kaum vorstellen können.

Die bis heute beste Darstellung des Machtsyndroms stammt von dem Engländer Thomas Hobbes, der im 17. Jahrhundert, einer Zeit verheerender Bürgerkriege, Individuen wie Staaten in ihrem jeweiligen Verhältnis zueinander mit der wenig schmeichelhaften Metapher von Bestien beschrieb – homo homini lupus, der Mensch ist ein Wolf für andere Menschen. Nach dem zutiefst pessimistischen Weltbild des Philosophen kann es nur dann Frieden geben, wenn der Stärkste sich die Schwächeren unterwirft und ihnen anschließend seine Gesetze aufnötigt.

Hobbes zufolge funktioniert die Welt ganz genau so, wie wir das heute etwa in zahlreichen Großstädten Lateinamerikas beobachten können. Schwerbewaffnete MafiACLans verbreiten so lange Terror, bis es der stärksten Gruppe durch Einschüchterung oder gar Ausrottung der anderen gelingt, eine unangefochtene Vormachtstellung zu erreichen. Dann kommt es nicht selten zu einem überraschenden Wandel. Die bisherigen Aggressoren werden zunehmend seriös und mit der Zeit sogar ehrbar. Aus dem Kampf aller gegen alle geht eine stabile und oft auch für die ganze Gemeinschaft akzeptable Ordnung hervor.

Hobbes' Lehre, ausgeführt in seinem berühmt-berüchtigten »Leviathan« (1651), sieht den Menschen als grundsätzlich böse, eben als Wolf. Das hat ihr nicht gerade zu Beliebtheit verholfen. Sie schmeichelt kaum der menschlichen Eigenliebe und wurde daher als Theorie meist ignoriert, während man sie in der politischen Praxis umso beflissener befolgte. Bis heute gehorcht das Wettrennen um die größte ökonomisch-militärische Macht dem Modell von Hobbes. Jeder fürchtet, dass der andere die eigene Schwäche ausnutzt, um daraus einen Vorteil für sich selbst zu ziehen. Der darwinistische Kampf ums Überleben des Stärkeren scheint dabei nicht nur das Schicksal von Individuen zu bestimmen, sondern auch das ganzer Nationen.

Das Machtsyndrom prägt seit Jahrhunderten das politische Handeln und bildet nach wie vor die Grundlage der ökonomischen Realpolitik. 1988 hat das der damalige französische Präsident François Mitterrand in seinem »Brief an die Franzosen« in aller Deutlichkeit ausgesprochen: »Betrachtet man die Weltwirtschaft, so sieht man ein Schlachtfeld vor sich, auf dem sich die Unternehmen einen gnadenlosen Krieg liefern. Gefangene werden nicht gemacht. Wer fällt, stirbt. Der Sieger kämpft nach alterproben kriegsstrategischen und sehr einfachen Regeln: die beste Vorbereitung, die schnellsten Bewegungen, der Vorstoß auf feindliches Terrain, gute Verbündete, der Wille zum Sieg.«⁷⁵

Wenn Politik und Wirtschaft in besinnungslosem Draufgängertum die Rohstoffe des Planeten plündern, um sie in immer schnellerem Tempo durch die Produktionsapparate zu jagen, dann handeln sie im Sinne des Machtsyndroms. Ihr höchstes Ziel ist es, bei Wachstum und ökonomisch-militärischer Stärke Schritt zu halten mit den nahen und fernen Rivalen. »Wenn wir es nicht tun, dann tun es die anderen« – das ist die gemeinsame Losung in diesem Kampf, der jeden gegen jeden stellt. Bloßes Zurückbleiben wird schon als Eingeständnis einer Niederlage gesehen.

Das Machtsyndrom ist die oberste Richtschnur im gegenseitigen Verhältnis der Staaten. Da bedeutet es wenig, dass klügere Köpfe innerhalb der herrschenden Eliten sehr wohl eine Vorstellung davon besitzen, dass wir bei diesem

⁷⁵ Zitiert und übersetzt nach www.psinfo.net/entretiens/miterrand/1988lettre.html.

unheimlichen Spiel in den Abgrund getrieben werden. Schon Ende der achtziger Jahre war nicht nur von Wissenschaftlern, sondern auch aus dem Munde deutscher Politiker die Warnung zu hören, dass das westliche Modell der ökonomischen Entwicklung (samt der damit verbundenen Umweltbelastung) nicht verallgemeinerungsfähig sei – man denke etwa an Kurt Biedenkopf oder Richard v. Weizsäcker. Der Club of Rome, der Club of Lissabon, Global 2000 und eine fast schon unübersehbare Schar offizieller, halboffizieller und privater Organisationen beschwören die Gefahren der Ausbeutung des Planeten im Dienste des Machtsyndroms. Das alles hat bisher wenig genützt. Die Macht des Faktischen übertönt sie. Denn mittlerweile wird genau dieses Modell mit tatkräftiger Hilfe des Westens in China und Indien, in Brasilien und Chile, kurz überall auf der Welt, realisiert. Immer wieder wird in wissenschaftlichen Veröffentlichungen vor den Folgen gewarnt, doch kaum jemand hört diese Stimmen. Kaum jemand will sie hören. Das Weghören hat nicht nur mit Gedankenlosigkeit und geistiger Blindheit zu tun. Vielleicht wäre es dann sogar einfacher, dagegen anzukämpfen. Tatsächlich liegt die Ursache tiefer – ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht, denken die meisten so wie der pessimistische englische Philosoph. Ein Staat, der Schwäche zeigt, macht sich zum Opfer. Also muss er alles tun, um mögliche Schwächen zu verdecken und seine Stärke noch zu steigern. Ungeachtet der Konsequenzen.

Der Vater aller Dinge

Diese Haltung ist schon deswegen so tief in den meisten von uns verankert, weil sie sich in der Vergangenheit durchaus als erfolgreich erwiesen hat. Das Macht-syndrom hat Europa ja nicht nur fortwährende Konflikte, sondern auch permanente Innovationen und die erstaunlichsten Erfindungen beschert. Lange Zeit herrschte Krieg auf diesem geographisch unbedeutenden Zipfel der eurasischen Landmasse. Unzählige konkurrierende Staatsgebilde rieben sich beständig aneinander – Venezianer an Genuesen, Franzosen an Italienern, Niederländer an Spaniern, Habsburger an Bourbonen, Deutsche an Engländern. Sie hassten, fürchteten und bewunderten einander. Jeder Staat spähte misstrauisch über die eigenen Grenzen. Es blieb ihm auch gar nichts anderes übrig. Wollte er sich im Dauerkonflikt mit seinen Nachbarn behaupten, dann musste er zu jeder Zeit wissen, wie groß dort die Heere waren, wie viele Ritter, Kanonen oder Schlachtschiffe die anderen aufbieten konnten. Ebenso kam es darauf an, eine genaue Vorstellung davon zu besitzen, welche inneren Kräfte dort gegen die Zentralmacht rebellierten und wie man sie durch Intrigen und geschickte Diplomatie auf die eigene Seite ziehen konnte.

Unter dem Einfluss des Machtsyndroms bildete sich die Sonderstellung Europas heraus. Sobald hier ein Staat einen Vorteil den anderen gegenüber gewann – ob nun militärisch, kulturell oder wirtschaftlich –, wurde sein Erfolg von den eifersüchtigen Konkurrenten umgehend nachgeahmt. Dies erklärt das weltweit einzigartige Phänomen, dass sich Neuerungen in diesem Erdteil stets wie ein Lauffeuer ausbreiteten. Der romanische und der gotische Baustil wurden in kürzester Zeit zu gesamteuropäischen Phänomenen, ebenso das Ritterwesen oder der zwischenstaatliche Handel. Gleiches gilt für die Nutzung von Wasser- und Windkraft, für die Mechanik von Uhren und Astrolabien, die Entwicklung der Städte und des städtischen Handwerks, den Einsatz von Kanonen oder Gewehren und schließlich für den Zugriff auf die übrige Welt, der von dem kleinen Portugal ausging, bevor sich Spanien, Holland, Frankreich und England, zuletzt auch noch Belgien und Deutschland daran beteiligten. Oder für die Kriegsführung, die bis zur Französischen Revolution das streng gewährte Vorrecht des Adels war. Als die Schlacht von Valmy 1792 bewies, dass die kleinen Leute als patriotische Freiwillige genauso tapfer zu kämpfen verstanden, sah nicht nur Goethe den Anbruch einer neuen Epoche gekommen. Die mit Frankreich konkurrierenden Staaten begriffen dies ebenso schnell. Außer England, das seiner Insellage einen besonderen Schutz verdankte, beeilten sich die anderen großen Mächte, die Mobilisierung der Massen in Form einer allgemeinen Wehrpflicht zu übernehmen.

Das gleiche Gesetz vom fliegenden Stabwechsel erstreckte sich sogar auf abstrakte Theorien, wenn deren praktische Anwendung sich als erfolgreich erwies. So fand zunächst das Prinzip des Merkantilismus europaweit Anerkennung, später – zu Beginn der industriellen Revolution – die Lehre vom Freihandel, weil dieser dem technologisch führenden England so viele Vorteile verschaffte.

All das waren Neuerungen, die ihrem Ursprungsland Macht oder Ansehen einbrachten und daher wie eine unaufhaltsame Flut sämtliche großen Staaten des europäischen Kontinents erfassten. Selbst Theorien, die nur an die Hoffnung appellierten, überwandenen mühelos alle Grenzen. Zum Beispiel jener messianische Sozialismus, der zunächst in Frankreich und England Wurzeln fasste, bevor der Deutsche Karl Marx zu seinem größten Propheten wurde. Ebenso war Nachahmung aber auch die Devise für alle Arten von unheilvollen Moden und Tendenzen. Dazu gehörte zum Beispiel der bereits erwähnte Drang nach neuen Wirtschafts- und Lebensräumen, der dem Kolonialismus in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts noch einmal gewaltigen Auftrieb verschaffte.

Dieser Wettlauf, dieses fortwährende gegenseitige Kräfteressen machten den Krieg und die ihm vorausgehende ökonomische Konkurrenz zum Vater aller großartigen und furchtbaren Dinge. Die europäischen Staaten zwangen einander zu permanenter Häutung und Neudefinition.

Das Goldene Kalb

Wo das Machtsyndrom einmal Fuß fasst, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sämtliche Staaten sich ihm unterwerfen – sich ihm unterwerfen müssen. Die europäischen Mächte haben sich seit Mitte des ersten Jahrtausends nach Christus aneinander gemessen, also seit jener Zeit, als sich nach dem Zusammenbruch Roms wieder ein neues Europa zu bilden begann. Heute, zu Beginn des dritten Jahrtausends, ist daraus ein weltweites Wettrennen geworden. Eine solche Rivalität übt ihre eigenen Zwänge aus. Wo es einen Wettbewerb gibt, muss ein gemeinsamer Maßstab vorhanden sein, damit jeder Teilnehmer seine Stärke und die von den anderen ausgehende Bedrohung exakt einschätzen kann. Staaten, die sich einen globalen Wettlauf liefern, müssen erst einmal miteinander vergleichbar sein.

In der Vergangenheit sind sie es nicht gewesen. Die indische Brahmanengesellschaft, der chinesische Mandarinstaat und die byzantinische Theokratie ließen sich so wenig miteinander vergleichen wie Äpfel und Birnen. Diese Kulturen repräsentierten jeweils einzigartige soziale Entwürfe. Sie waren in sich und nach außen mehr oder weniger geschlossen. Ein gemeinsamer Maßstab wurde nicht benötigt und wäre auch gar nicht möglich gewesen.

Sobald das Wettrennen zwischen den Staaten aber einmal begonnen hat, kommt es zu einem permanenten Vergleich zwischen ihnen. Die äußere Bedrohung zwingt jeden von ihnen, die eigene Stärke an der des anderen zu messen. Der auf diese Weise entwickelte Maßstab führt allerdings zu einer Verarmung der Wirklichkeit, weil er von allem absehen muss, was außerhalb ökonomischer und militärischer Stärke liegt. Je größer die gegenseitige Bedrohung ist, umso eindeutiger und eindimensionaler muss auch der Maßstab werden. Das Maximum an Eindeutigkeit wird durch Quantifizierung erreicht – die Gegenüberstellung von Zahlen. Dann schnurrt die unvergleichbare Vielfalt der Staaten und Kulturen auf wenige Ziffern zusammen. Die Menschen, ihr Flair, ihre Lebensart und ihre Lebensentwürfe werden auf wenige Daten reduziert, an denen jeder den eigenen Rang ablesen kann.

Wenn jemand auf den Gedanken verfiel, unsere Körpergröße oder unser Körpergewicht zum Indikator unseres Wertes zu machen, würden wir das als lächerlich empfinden. Doch gleichzeitig akzeptieren wir, dass die Rangfolge der Nationen heute auf ganz ähnliche Weise festgelegt wird. Mit einer einzigen Ziffer, der Höhe des Bruttosozialprodukts (BSP), wischen wir alle sonstigen Unterschiede zwischen ihnen beiseite. Die meisten Menschen sind davon überzeugt, dass in einem Staat mit hohem BSP – absolut oder pro Kopf – der Einzelne glücklicher ist, besser lebt und kulturell höher steht als in einem Staat, wo dieser Wert niedriger liegt. Denn diese Kennziffer bedeutet Macht in ihrer nackten, unbeschönigten Form, nicht nur ökonomisch, sondern auch militärisch. Die Höhe des Sozialprodukts

beschreibt neben der wirtschaftlichen Leistung eines Staates ja auch seine Fähigkeit zu Rüstungsmaßnahmen.

Längst steht auch die Politik im Banne dieses Wertmaßstabs. Wachstum ist im 20. Jahrhundert zum Fetisch geworden, zu einem Glaubensbekenntnis und einem probaten Mittel, um das selbständige Denken weitgehend abzustellen. Die Politik misst ihren Erfolg am Anstieg des BSP. Und sie wird auch von der Bevölkerung danach beurteilt, ob sie ein solches Wachstum ermöglicht oder bei dieser Aufgabe versagt. Die Wirtschaft ist dieses Jahr um drei Prozent gewachsen – eine solche Nachricht löst allerorten Hosanna-Rufe aus. Die Wirtschaft stagniert – das führt zu allgemeiner Depression. Die wenigsten stellen sich die mit jedem Tag dringlichere Frage, ob in einer endlichen Welt ein unendlicher Verbrauch von Ressourcen – eine Voraussetzung für anhaltendes Wachstum – überhaupt denkbar ist. Die meisten sehen im Wachstum ein Dogma. Die Wirtschaft muss wachsen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie in anderen Ländern auch wächst und diese das eigene Land sonst zu überholen und zu übervorteilen drohen.

Tatsächlich erscheint den miteinander konkurrierenden Staaten kein Unglück so groß wie der wirtschaftliche Stillstand. Ein Staat, der ökonomisch und militärisch erstarkt, ist ein erfolgreicher Staat. Einer, der in beiderlei Hinsicht stagniert oder gar schrumpft, befindet sich offenkundig im Niedergang. Die Tatsache, dass die frühen Industrienationen Europas sowie die USA seit den siebziger Jahren immer weniger wachsen und seit den neunziger Jahren praktisch nicht mehr von der Stelle kommen,⁷⁶ wird von ihnen selbst und der übrigen Welt als Abstieg gewertet – unter dem Regime des Machtsyndroms durchaus zu Recht.

Magie des Immermehr

Auf verschiedensten Gebieten hat das Wettrennen der Nationen eine Dynamik des ungezügelten Wachstums in Bewegung gesetzt. Beginnen wir mit einem vergleichsweise harmlosen Beispiel, das Arthur Koestler in seinem Buch »Das Gespenst in der Maschine« von 1967 erwähnt – die sprunghafte Zunahme wissenschaftlicher Fachzeitschriften. Davon gab es im Jahr 1700 noch weniger als zehn. Hundert waren es im Jahr 1800, rund tausend dann um 1850. Diese Zahl stieg bis 1900 bereits gegen zehntausend. Nach dem Ersten Weltkrieg waren es etwa hunderttausend, dementsprechend erwartete man bis zum Jahr 2000 mehr als eine Million.⁷⁷

⁷⁶ Laut Afheldt, Wirtschaft, S. 232, lässt sich das relativ größere Wachstum der USA mit deren stärkerer Bevölkerungszunahme erklären. Ohne diese wäre es gleich groß wie in Europa.

⁷⁷ Koestler, Ghost, S. 317f.

Dies entspricht einem exponentiellen Wachstum von knapp vier Prozent jährlich – bei gleichbleibender Entwicklung würde die Gesamtzahl wissenschaftlicher Zeitschriften in etwas mehr als zweihundert Jahren bereits die Zahl der heute lebenden Menschen überschreiten. Jeder Erdenbürger, ob Greis oder Säugling, könnte dann über seine eigene Fachzeitschrift verfügen – eine der offenkundig absurden Manifestationen des wettbewerbsgetriebenen Wachstums. Denn eine derartige Entwicklung stößt natürlich auf unüberwindbare Grenzen. Wir dürfen schon jetzt ziemlich sicher sein, dass Greisen und Säuglingen auch in Zukunft die Lektüre wissenschaftlicher Zeitschriften erspart bleiben wird.

Dagegen droht auf anderen Feldern durchaus anhaltendes Wachstum – etwa bei den Schulden des Staates. Am Anfang der industriellen Entwicklung stellen sie gewöhnlich kein oder nur ein geringes Problem dar, zumal wenn die Wirtschaft in der Schwellenphase hohe Wachstumsraten verzeichnet. Staaten haben dann eine positive Handelsbilanz, und einzelne Unternehmen machen oft exorbitante Gewinne. Das war etwa im Manchesterkapitalismus gegen Ende des 18. Jahrhunderts der Fall. »Es waren nicht fünf oder zehn Prozent, sondern Hunderte und Tausende von Prozenten, aus denen die Vermögen von Lancashire entstanden«, zitiert der englische Historiker Eric Hobsbawm einen Politiker jener Zeit. 1789 konnte sich Robert Owen, ein ehemaliger Tuchmachergehilfe, in Manchester selbständig machen, nachdem er sich hundert Pfund geliehen hatte. Zwanzig Jahre später war er imstande, die Anteile seiner Mitgesellschafter von New Lanark Mills mit 84 000 Pfund in bar abzulösen – wobei man bedenken muss, dass gegen 1800 weniger als 15 Prozent der britischen Familien über ein Jahreseinkommen von mehr als fünfzig Pfund verfügten. Und dies war noch ein relativ bescheidener Geschäftserfolg.⁷⁸ Ähnlich gigantische Gewinne fallen heute im rasant aufstrebenden China nicht wenigen Neureichen in den Schoß.

Die allgemeinen Gewinnperspektiven verändern sich jedoch, wenn das Wachstum in der Verteilungsphase an seine Grenzen zu stoßen beginnt. Dann wird es für Staat und Privatwirtschaft enger. Beide glauben jetzt, den bisherigen Kurs durch Verschuldung fortsetzen zu können. Das einzelne Unternehmen hofft, durch fremdfinanzierte Investitionen einen Vorsprung vor der Konkurrenz zu erringen. Der Staat wiederum orientiert sich an konkurrierenden Ländern. Wenn Nachbarstaaten ihren Bürgern Geschenke auf Pump machen oder mit geliehenem Geld versuchen, das Wachstum anzukurbeln und die beginnende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, dann sieht er sich einem starken Druck ausgesetzt, die eigenen Bürger mit den gleichen Zuwendungen zu beglücken. So kommt es, dass die Verschuldung der Bundesrepublik, die in den ersten Jahren nach ihrer Gründung noch

⁷⁸ Hobsbawm, Revolutionen, S. 68.

nahe bei null lag, sich heute auf einen Wert von mehr als der Hälfte des Volkseinkommens beläuft.

Im Guten wie im Schlechten findet ein Wettlauf zwischen den Staaten statt. Schulden gehören dabei eindeutig auf die Negativseite – umso mehr, als die Verschuldung des Staates inzwischen völlig unsinnig ist, wie vor einigen Jahren der damalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Manfred Overhaus, mit ungewöhnlicher Freimütigkeit bekannte: »Die von 1970 bis 1997 von 124 auf 2300 Milliarden DM und damit auf das 19-fache angestiegenen deutschen Staatsschulden haben dem Staat so gut wie keinen Zugewinn an Ausgabemöglichkeiten gebracht. Die Summe entspricht ziemlich genau dem Betrag, den er gleichzeitig für fällige Zinsen entrichten musste ... Mit den Krediten von heute begleicht der Staat immer nur die Zinsen von gestern – auf Kosten der Generation von morgen.«⁷⁹ Die »Süddeutsche Zeitung« schrieb unlängst zum gleichen Thema: »... die Lage der Staatsfinanzen lässt sich redlicherweise gar nicht schwarz genug malen: Sie ist eine Katastrophe. Der Staat, und zwar nicht nur der Bund, sondern auch Länder und Gemeinden, ist kurz davor, seine Handlungsfähigkeit zu verlieren. Er ist gelähmt.«⁸⁰

Warum lassen sich Bund, Länder und Gemeinden auf eine solch unsinnige Verschuldung ein? Was treibt sie dazu, die Lähmung des Gemeinwesens zu riskieren? Die Antwort dürfte grundsätzlich dieselbe sein wie bei der weltweiten Aufrüstung. Im Wettrennen der Staaten gibt einer dem anderen die Richtung vor. Und bei Schulden und Waffen wird das Nachziehen besonders leicht gemacht. Rüstungsgüter liegen zunächst als glitzernde technische Errungenschaften harmlos in einem Depot und verschaffen ihren Besitzern ein trügerisches Gefühl von Sicherheit. Das Geld wiederum, das man auf dem Wege der Verschuldung erwirbt, macht erst einmal allen große Freude. Regierungspolitiker gewinnen mit den dadurch finanzierten Geschenken die Gunst der Wähler. Waffen und Schulden sind einander aber noch in einer weiteren Hinsicht ähnlich: Beide verschaffen ihren Besitzern nicht nur kurzfristige Erleichterung, sondern auch langfristiges Elend. Das böse Erwachen setzt bei den Waffen spätestens dann ein, wenn sie ihrer Bestimmung zugeführt werden. Bei den Staatsschulden ist es soweit, wenn sie mit Zinsen von den Bürgern zurückgezahlt werden müssen.

Der Schuldenwettlauf der Staaten setzt in der Regel nach dem Ende der Schwelienzeit ein, beschwert sie in der Verteilungsphase mit gewaltigen Lasten und erdrückt sie schließlich in der Ausverkaufsphase. In Japan und Italien haben die Staatsschulden etwa das Eineinhalbfache, in der EU insgesamt und in den

⁷⁹ Zitiert nach Die Zeit 3/1999.

⁸⁰ »Der gelähmte Staat«, Süddeutsche Zeitung, 14.7.2005.

Vereinigten Staaten mehr als die Hälfte des Volkseinkommens erreicht.⁸¹ Nur wenn ein Staat in großem Umfang sein Tafelsilber verkauft, kann er diesen Trend zumindest zeitweise aufhalten, wie im Falle von Großbritannien geschehen. Dann müssen etwa staatliche Unternehmen der Schwerindustrie, die Anbieter öffentlicher Dienste wie Elektrizitätswerke, Verkehrsbetriebe oder die Post an Private veräußert werden.

Welche Belastungen die Schulden des Staates mit sich bringen, ist längst kein Geheimnis mehr. Jetzt auf einmal, wo es zu spät ist, um sie auf einfache Art wieder loszuwerden, sehen auch die politischen Parteien in ihnen ein gefährliches Übel. Aber von den viel größeren Schulden der privaten Wirtschaft ist nur selten die Rede, obwohl ihre Auswirkungen nicht weniger einschneidend sind. Sie belaufen sich in Deutschland inzwischen auf mehr als den doppelten Wert des Volkseinkommens und sind damit viermal so hoch wie die öffentliche Verschuldung. Alle Deutschen müssten etwas mehr als ein halbes Jahr lang auf ihr Einkommen verzichten, damit der staatliche Schuldenberg, den alle so sehr beklagen, abgetragen werden könnte; aber sie müssten dies noch für zwei weitere Jahre tun, um auch die Schulden der Privatwirtschaft abzubauen.

Auch hier hat der Abschied von der Schwellenzeit den Wandel eingeleitet. Solange die Phase des ökonomischen Aufschwungs währte, konnten die meisten Firmen ihre Investitionen leicht aus eigener Tasche bezahlen. In der Schwellen-, zum Teil auch noch in der Verteilungsphase war der Markt noch ungesättigt, die Nachfrage übertraf das Angebot.

Aber dieser glückliche Zustand wich allmählich einem schleppenden und rückläufigen Wachstum. Die meisten Bürger waren mit allem Nötigen und vielem Unnötigen reichlich versorgt. Zwangsläufig ließ die Euphorie des Konsumierens nach. Die Industrieunternehmen aber hatten sich zu überaus effizienten Produktionsmaschinen entwickelt. So wurde die Nachfrage der Konsumenten vom überquellenden Angebot der Produzenten erst eingeholt und schließlich weit übertroffen. Nur den großen Konzernen mit marktbeherrschender Stellung gelang es auch jetzt noch, ihre Investitionen aus eigener Kasse zu zahlen. Die große Masse der kleinen und mittleren Unternehmen aber musste zu diesem Zweck Fremdkapital aufnehmen, sich also in Schulden stürzen. Die Konkurrenz mit anderen Unternehmen im eigenen Land und jenseits der Grenzen ließ ihnen keine andere Wahl. Wer nicht neue Produkte ersann oder ein Verfahren, um die Herstellung der bisherigen

⁸¹ Im Fall von Japan birgt die Verschuldung dabei die geringsten Gefahren, weil der japanische Staat praktisch nur bei den eigenen Bürgern, nicht aber im Ausland verschuldet ist. Dem Ausland gegenüber tritt Japan vielmehr als der weltweit größte Gläubiger auf. Und die öffentliche Verschuldung in Deutschland und im gesamten Europa liegt in Wirklichkeit noch viel höher – rechnet man die Rentenverpflichtungen hinzu, so beläuft sie sich bei mehreren europäischen Staaten jetzt schon auf 200 bis 300 Prozent des Sozialprodukts.

zu verbilligen, wurde aus dem Rennen geworfen. Auf diese Weise wurden auch die Unternehmen in den Schuldenwettlauf hineingerissen.

Natürlich hat das für uns alle gravierende Folgen. Für die Geldgeber kommen hochverschuldete Unternehmen als lohnende Investitionsziele nicht länger in Frage. Oft bezahlen sie mit ihrem Einsatz nur die Zinsen für vorangegangene Kredite. Aus diesem Grund ziehen sie es vor, ihr Geld bei transnationalen Konzernen oder im Ausland anzulegen. So wird die Verschuldung der Unternehmen zu einem weiteren Grund für den Ausverkauf.

Vor allem aber sind wir, die Konsumenten, von dieser Entwicklung betroffen. Denn irgendjemand muss natürlich die Schulden bezahlen. Für Staatsschulden ist der Steuerzahler zuständig, und der Verbraucher kommt für Unternehmensschulden auf. Denn diese lassen den Preis deutscher Waren im Vergleich mit Produkten aus Billiglohnländern zusätzlich in die Höhe schnellen. Wie groß der Anteil der Unternehmensschulden an der Verteuerung ist, dürfte den meisten Deutschen nicht bewusst sein. Sie ahnen nicht einmal, dass sie im Durchschnitt mit jedem dritten für den Konsum ausgegebenen Euro die Zinsen für die von den Unternehmen aufgenommenen Kredite bezahlen.⁸² Das entspricht gegenwärtig ziemlich genau dem Gesamtbetrag der auf Löhne erhobenen Steuern. Mit anderen Worten, die Deutschen bezahlen heute die Lohnsteuer gleich zweimal. Einmal an den Staat, ein anderes Mal an die Geldgeber der Unternehmen.

Es leuchtet ein, dass dies für die Verteilung des Wohlstands nicht ohne Folgen bleibt. Da Staats- und Unternehmensschulden in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen sind, musste die Kluft zwischen Arm und Reich zwangsläufig weiter zunehmen. Denn was die Mehrheit mit ihren Steuern und den Preisaufschlägen bezahlt, geht ja nicht etwa verloren. Es fließt vielmehr in eine klar definierte Richtung – in die Taschen einer glücklichen Minderheit von etwa 10 Prozent der Deutschen, die dabei genauso viel an Reichtum gewinnen, wie die Mehrheit von 90 Prozent in beängstigendem Tempo verliert. Der Wettlauf der Schulden ist ein Wettlauf der Umverteilung von unten nach oben. Seit Eintritt in die

⁸² Die meisten täglich benötigten Güter werden unter Einsatz von Arbeit und Kapital hergestellt, wobei der Anteil von Kapital (der die Arbeit so produktiv macht) bei Gurken und Weihnachtssternen verhältnismäßig gering ist, bei Autos und Fernsehgeräten dagegen relativ hoch. Bei Wohnungen und Computerchips erreicht er sehr hohe Werte, weil die Erzeugung dieser Produkte (bzw. der für Wohnungen nötigen Vorprodukte) kostspielige Anlagen erfordert. Das dazu nötige Kapital wird überwiegend durch Verschuldung beschafft, wobei diese mit Zinsen bedient werden muss. Bei der Trinkwasserversorgung machen die Zinsen etwa 40 Prozent des Preises aus, bei der Miete und bei Raffinerieprodukten erreichen sie zwischen 60 bis 80 Prozent. Im Durchschnitt aller gekauften Güter und Dienstleistungen beläuft sich der Zinsanteil bei den Preisen inzwischen auf mindestens 31 Prozent, wie offizielle Zahlen der Bundesbank belegen. 2001 betrugen die Zinserträge aller deutschen Geschäftsbanken insgesamt 382 Milliarden Euro (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, September 2002, S. 40). Das ist etwa so viel wie der Haushalt des Pentagon im Jahr 2003. Diese 382 Milliarden machen 18,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, 25 Prozent des Volkseinkommens und 31 Prozent des verfügbaren Volkseinkommens. Jeder dritte Euro, den wir für diverse Ausgaben bezahlen, dient somit der Erfüllung von Zinsforderungen. Wohlgemerkt – die notwendige Tilgung der entlichenen Summen, die ebenfalls über die Preise geschieht, kommt noch hinzu.

Ausverkaufsphase findet dieser Wettlauf in Deutschland ebenso statt wie in den USA, in Frankreich oder in Großbritannien.

Das Machtsyndrom im 20. Jahrhundert

Die schwerwiegendsten Folgen hat das Machtsyndrom jedoch in der Aufrüstung und der militärischen Konfrontation. Um es noch deutlicher zu formulieren: Die offene Aggression war immer der zwangsläufige Höhepunkt im Wettrennen der Nationen, der Krieg die Essenz des Machtsyndroms. Wie der amerikanische Historiker Paul Kennedy gezeigt hat, lag die Last der durchschnittlichen Verteidigungsausgaben europäischer Staaten bereits im 18. Jahrhundert zwischen 40 bis 50 Prozent der Staatseinnahmen, und zwar in Friedenszeiten. Dieser Anteil konnte im Krieg bis zu 80 oder 90 Prozent erreichen.

Was das heißt, wird in dem Moment deutlich, wenn man das Wachstum des Sozialprodukts in die Betrachtung mit einbezieht. Die Staatseinnahmen sind mit der Höhe des Sozialprodukts seit zweihundert Jahren kontinuierlich gewachsen, und im selben Maße hat auch die absolute gegenseitige Bedrohung zugenommen. Seit der Zeit, da verlässliche Zahlen vorhanden sind – das ist seit dem 17. Jahrhundert der Fall –, lassen die Militärausgaben eine fatale Tendenz nach oben erkennen. Sie haben sich etwa im Falle Großbritanniens von 1688 bis 1748 verdoppelt, bis 1783 verfünffacht, und bis 1815 sind sie in absoluten Zahlen auf das 33fache gestiegen!

So beunruhigend schon diese Aufwärtsbewegung war, bot sie doch erst einen harmlosen Vorgeschmack auf die weitere Entwicklung. Bis 1914 wurden nur etwa vier Prozent des Sozialprodukts für das Wettrüsten aufgewendet. Der eigentliche Schub setzte mit dem Ersten Weltkrieg ein, als dieser Wert plötzlich auf etwa 30 Prozent emporschnellte.⁸³ Jeder rüstet auf, weil er Angst vor dem Waffenarsenal des anderen hat. Mit der eigenen Rüstung wiederum drängt er die anderen dazu, noch größere Anstrengungen zu unternehmen. Dieser Teufelskreis war lange Zeit auf Europa beschränkt, inzwischen ist daraus eine weltweite Erscheinung geworden.

Und die Angst vor den anderen ist ja auch keineswegs aus der Luft gegriffen. Schwache Staaten werden regelmäßig zu Opfern der starken. Diese pflegen sich der kalten Instrumente einer aggressiven Ökonomie ebenso zu bedienen wie der heißen Machtwerkzeuge des Krieges. Mehrere Jahrhunderte lang demonstrierten die Kolonialmächte Europas, wie man mit Schwächeren verfährt. Und die europäischen Staaten waren nicht weniger zimperlich, wenn es darum ging, die Politik

⁸³ Kennedy, Aufstieg, S. 126, 141, 146, 398.

der Stärke gegeneinander zu kehren. Solange der Kampf um die Vorherrschaft nicht entschieden war, kam es zwischen ihnen fortwährend zu Kriegen. Zwei Weltkriege hat die Einigung Europas gekostet. Rechnet man die napoleonischen Kriege hinzu, waren es sogar drei den ganzen Kontinent verwüstende Großkonflikte.

Als klassisches Beispiel für einen Kriegausbruch unter den Zwängen des Macht-syndroms ragt bis heute der Beginn des Ersten Weltkriegs heraus. Die Historiker haben sich über die Kriegsschuld hitzige Debatten geliefert.⁸⁴ Als alles vorbei war, erschien keine Frage so drängend wie die nach den Ursachen jenes Grauens. Und die Schuldfrage ist ja auch unabweislich, gerade weil in der industriellen Gesellschaft großer Abscheu vor Kriegen herrscht.

Dabei können allerdings die sichtbaren Anlässe eines Geschehens den Blick auf seine tieferen Ursachen verstellen. Was einen Konflikt kurzfristig auslöste, lässt sich ja leicht ermitteln. Einer gibt immer den ersten Schuss ab, schreit etwas lauter oder hetzt etwas hemmungsloser als die anderen. Es ist auch wahrscheinlich, dass sich eine Seite von der gewaltsamen Veränderung des bestehenden Zustands mehr verspricht als die andere. Was die unmittelbare Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs betrifft, so springen das psychologische Ungeschick und die Grobheit der

⁸⁴ Der Hamburger Historiker Fritz Fischer glaubte in seinem 1961 erschienenen Buch »Griff nach der Weltmacht« die Frage nach der Schuld eindeutig beantworten zu können und löste damit einen jahrzehntelangen Streit der Gelehrten aus. An der erheblichen Verantwortung des Deutschen Reiches für den Kriegausbruch zweifelt kaum noch ein seriöser Historiker, wie andererseits Fischers These von der Kontinuität der deutschen Eliten und Kriegsziele (»von Wilhelm II. bis Hitler«) substantiellen Widerspruch erfahren hat. Der Kieler Historiker Michael Freund nahm Fischers Methode folgendermaßen aufs Korn: »Jede Tat ist nur nach der Tat zu begreifen, auf die sie antwortet, jeder Staatsmann nur zu beurteilen nach seinen Gegenspielern. Aber Fischer spottet des Vergleiches. Er lässt das Deutsche Reich und [Reichskanzler] Bethmann Hollweg eine Geisterpartie spielen, auf einem Schachbrett, auf dem nur die weißen Figuren sichtbar sind und auf dem daher nur ein ewiges Angreifen, Vordringen gegen ein unschuldiges Dunkel zu sehen ist.« (»Bethmann Hollweg, der Hitler des Jahres 1914?«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.3.1964)

Diese Kritik trifft ins Schwarze. Dem Zusammenprall der Mächte ging ja eine hemmungslose Aufrüstung aller Seiten voraus, eben das Wettrennen der europäischen Nationen um die größte ökonomisch-militärische Macht. Wie der britische Historiker Alan J. P. Taylor es formulierte: »Vor 1914 war oft davon die Rede, dass die Waffen eines Tages von selbst losgehen würden. Das geschah 1914. Auch wenn es zweifellos tiefliegende Gründe für Auseinandersetzungen zwischen den großen Mächten gab, wurde der Ausbruch des Ersten Weltkriegs doch nahezu ausschließlich von den Mobilisierungsplänen der jeweiligen Gegner herbeigeführt ... [Die Großmächte] wurden von ihren Armeen in den Krieg hineingezogen, statt dass sie ihre Armeen benutzten, damit diese ihren politischen Plänen dienten.« Alan J. P. Taylor, *War by Time-table*, Purnell's History of the 20th Century, Vol. 2, New York 1974, S. 444 (Übersetzung GJ).

In ihrem Buch »The Origins of World War I« (Cambridge 2003) zitieren Richard F. Hamilton und Holger H. Herwig den englischen Premierminister David Lloyd George, der in seinen 1920 verfassten Kriegsmemoiren die Ansicht vertrat, die Nationen Europas seien gegen ihren Willen in den Krieg hineingeschlittert: »Die Nationen schlitterten über den Rand dieses bluttriefenden Kriegeskessels, ohne dies auch nur im geringsten zu begreifen oder sich dagegen zu wehren.« Dieses Zitat deutet sehr gut den langfristigen Automatismus im Wettrennen der Nationen an. Wenn die beiden Autoren dem gegenüberstellen, dass die Politiker jener Zeit sehr wohl eine Fülle von Handlungen ausführten, die den Krieg auslösen mussten (»Es gab kein Hineinschlittern in den Krieg, keinen Krieg aus Unachtsamkeit, sondern einen Weltkrieg, der von einer furchtsamen Schar oberster Staatsmänner und Herrscher durch bewusste Maßnahmen verursacht wurde«), dann reden sie über die konkreten Anlässe des Krieges. Es scheint mir ein Fehler zu sein, dass der Unterschied zwischen langfristigen Ursachen und unmittelbaren Anlässen so oft vernachlässigt wird.

deutschen Führung ins Auge, zumal im Vergleich mit Engländern und Franzosen. Insofern lässt sich von einer Kriegsschuld der Deutschen sprechen.

Doch eine solche Betrachtung bleibt vordergründig, weil sie die eigentliche Ursache außer Betracht lässt. Die lag im Wettrennen der Nationen, das unter gewaltigem technologischen Einsatz von allen in gleichem Maße betrieben wurde, von den Engländern und Franzosen ebenso wie von den Deutschen. Das permanente Kräfterennen der europäischen Mächte und die damit einhergehende Anhäufung von Waffen sorgten für wachsende Spannung. Argwohn und Angst wurden geradezu mechanisch gesteigert. Jeder sah im anderen die mögliche Ursache für die Vernichtung der eigenen Lebensgrundlagen.

Dagegen kommt der stärkste Friedenswille nicht an. Er wird zum bloßen Lippenbekenntnis, wenn das Wettrüsten die militärischen Potentiale fortwährend wachsen lässt. Keine europäische Regierung hat sich damals gegen diese Dynamik gewehrt, geschweige denn ihr Einhalt geboten. Denn keine hat ernsthaft erwogen, aus diesem Wettlauf freiwillig auszusteigen. Trotz des Kriegsabscheus weiter Bevölkerungskreise lag hier die tiefere Ursache für die Potenzierung der Kriegsgefahr.⁸⁵

Wir haben gesehen, dass diese Gefahr seit Beginn des 20. Jahrhunderts schon deshalb deutlich zunehmen musste, weil die bis dahin nach außen abgeleitete Aggression dort kein Feld für weitere Betätigung mehr fand. Nahezu der gesamte Planet war inzwischen unter den europäischen Mächten in Kolonialgebiete aufgeteilt worden. Als es nichts mehr zu verteilen gab, schlug der bislang nach außen gerichtete Angriffswille nach innen um. Die Feindschaft zielte jetzt direkt auf die Nachbarn.

Man fürchtete sich nicht nur vor den Waffenarsenalen der anderen. Die Angst wurde noch durch zwei weitere Faktoren geschürt. In den Jahrzehnten vor Ausbruch des Krieges hatte Deutschland eine gewaltige Bevölkerungszunahme erlebt. Zwischen 1872 bis 1913 stieg die Einwohnerzahl des Kaiserreichs um unglaubliche 63 Prozent auf 67 Millionen Menschen. In den Augen der Nachbarn lag darin eine bedeutende Stärkung des deutschen Militärpotentials. Der Bevölkerungszuwachs wurde von einem nicht weniger verblüffenden ökonomischen Aufstieg des Landes begleitet. Um 1900 betrug der gemeinsame Anteil Deutschlands und Österreich-Ungarns an der Weltindustrieproduktion etwa 17,9 Prozent, der Englands 18,5 und der Frankreichs 6,8 Prozent. Dreizehn Jahre später, unmittelbar vor Kriegsausbruch, entfielen allein auf Deutschland 14,8 Prozent an der Weltindustrieproduktion. Damit hatte es den Abstand zu Großbritannien nicht nur

⁸⁵ Eine demagogische Propaganda wird allerdings immer imstande sein, *blinde* Kriegsbegeisterung zu erwecken, wenn sie sich an eine Jugend richtet, die nichts vom Grauen des Krieges weiß. Das haben überall in Europa die vielen Freiwilligen des Jahres 1914 gezeigt.

aufgeholt, sondern die Briten, deren Anteil sich nur noch auf 13,6 Prozent belief, bereits überrundet. Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam waren wirtschaftlich jetzt gleich stark wie Großbritannien und Frankreich zusammen.⁸⁶

Das rief im übrigen Europa starke Ängste hervor. Je mehr das aufstrebende Deutschland ökonomisch erstarkte, umso geringer musste der Anteil der Großmacht England am Welthandel werden, umso stärker fühlte sich auch das demographisch weit unterlegene Frankreich bedroht. Deutschland war im Wettrennen der Nationen an die vorderste Stelle gerückt. In dieser Situation tat Großbritannien, was vorher undenkbar gewesen war: Es verbündete sich mit seinen traditionellen Feinden, Frankreich und Russland, gegen den neuen Herausforderer.⁸⁷

Geht man von einer kurzfristigen Situationsanalyse aus, so lag die Kriegsschuld bei dem bramarbasierenden Kaiser und der sich ebenso grob gebärdenden militärischen Führung des Deutschen Reiches, die beide keinen Hehl daraus machten, dass sie für ihr Land auf allen Gebieten eine gleich starke Stellung wünschten, wie Großbritannien sie besaß. Doch langfristig betrachtet, war der Krieg von den europäischen Großmächten gemeinsam herbeigeführt worden. Er war eine direkte Folge ihrer ökonomisch-militärischen Rivalität. Der industrielle Wettlauf, in dem sich der Vorteil des einen zum Nachteil des anderen auswirkt – so wie heute der Aufschwung Chinas und Indiens mit dem Niedergang der USA und Europas einhergeht –, wurde zum Auslöser für einen militärischen Flächenbrand.

Der Zweite Weltkrieg, der in seinen verheerenden Auswirkungen den vorangegangenen noch übertraf, war eine Fortsetzung des Kampfes um die europäische Vormacht. Mit Blick auf das Ausmaß der Verwüstung, die beide Konflikte zusammen hinterließen, kann man von einem zweiten Dreißigjährigen Krieg in Europa sprechen.⁸⁸ Noch unmittelbarer als der Erste ging der Zweite Weltkrieg aus einem ökonomischen Anlass hervor. Dieser Anlass war der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929. Ohne sie wäre es mit größter Wahrscheinlichkeit weder zum Aufstieg Hitlers noch zu dem von ihm mutwillig begonnenen Krieg gekommen.⁸⁹ So sehr die Deutschen unter dem Versailler Vertrag zu leiden hatten, ging es in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre mit ihren Lebensbedingungen doch stetig bergauf. Die Zahl der Arbeitslosen nahm spürbar ab. Bis zum Mai 1928 sank sie auf 270 000. Kein Zweifel, die Zeiten besserten sich. Zwar hatten sich nicht alle Menschen von den psychischen und materiellen Verwundungen

⁸⁶ Paul Bairoch, »International Industrialization Levels from 1750 to 1980«, in: *Journal of European Economic History* 11/1982, S. 292ff.

⁸⁷ Vgl. Hobsbawm, *Das imperiale Zeitalter*, S. 400f.

⁸⁸ Der Begriff wurde von De Gaulle im englischen Exil verwendet und später von dem französischen Soziologen Raymond Aron benutzt. In jüngster Zeit hat ihn Hans-Ulrich Wehler im vierten Band seiner »Deutschen Gesellschaftsgeschichte« aufgegriffen (S. XIX, 985).

⁸⁹ »Ohne sie [die Weltwirtschaftskrise] hätte es mit Sicherheit keinen Hitler gegeben«, stellt der englische Historiker Eric Hobsbawm (*Revolution*, S. 86) fest.

des Ersten Weltkriegs erholt. Und wie überall gab es auch in Deutschland die unverbesserlichen Revanchisten, Reaktionäre und Kriegshetzer. Aber was die Masse der Bevölkerung angeht, so war bis Ende der zwanziger Jahre nur ein sehr kleiner Teil für die geifernden Reden Hitlers empfänglich.

Wir dürfen vermuten, dass es dabei geblieben wäre, hätte nicht der Schock der Weltwirtschaftskrise alle Hoffnungen auf einen Schlag zerstört. Erst der durch diese Krise auch in Deutschland verursachte Niedergang der Wirtschaft machte die Menschen anfällig für radikale Parolen. Im Juli 1932 betrug die Zahl der Arbeitslosen 5,3 Millionen, im März des folgenden Jahres waren es nahezu 6 Millionen – verglichen mit 1928 eine Zunahme um mehr als das Zwanzigfache.

Hitler, eben noch eine der vielen politischen Kabarettfiguren, die in Zeiten der Krise stets aus den sozialen Katakomben nach oben drängen, konnte auf einmal eine breite Gefolgschaft hinter sich sammeln. Die arbeits- und hoffnungslosen Massen hatten nichts zu verlieren. Sie waren bereit, jedem Demagogen zu folgen, der ihnen einen Ausweg aus ihrer Not versprach. Nirgendwo in den Industriestaaten, auch nicht in den USA, dem Ursprungsland der Großen Depression, war die Arbeitslosigkeit so hoch wie in Deutschland.⁹⁰ So liefert der Zweite Weltkrieg auch einen Beweis dafür, welche Verheerungen eine unkontrollierte Globalisierung bewirken kann. Denn der Zusammenbruch der Wirtschaft erfolgte zunächst ja auf der anderen Seite des Globus.

Auslöser für diesen zweiten Flächenbrand waren ein ökonomischer Schock und der Kriegswille eines Diktators, der die eigene Bevölkerung ebenso wenig verschonte wie die »Untermenschen« anderer Staaten. Aber die eigentlichen Ursachen lagen weit tiefer. Überblickt man das Jahrhunderte währende Wettrennen der europäischen Nationen in seinem gesamten Verlauf, so setzten die beiden Kriege des 20. Jahrhunderts jenen Kampf um die Einheit Europas fort, den schon Napoleon – ebenso erfolglos – geführt hatte. Der Zweite Weltkrieg, von Hitler bewusst gegen das kriegsmüde Europa angezettelt, war ein letzter Versuch, mit Waffengewalt zu erreichen, was nur mit friedlichen Mitteln und unter Einwilligung aller gelingen konnte.

⁹⁰ Die Arbeitslosigkeit unter deutschen Industriearbeitern belief sich 1933 auf 43,8 Prozent, in den USA waren es im gleichen Jahr 37,6 Prozent, siehe Bairoch, Economics, S. 11. In den USA, die in den zwanziger Jahren eine Phase rasanten Wachstums erlebt hatten, standen die Menschen beim Zusammenbruch ihrer Wirtschaft vor einem Rätsel – für die Misere ließ sich kein eindeutiger Schuldiger ausmachen. In Deutschland dagegen hatte der von der Mehrheit als ungerecht empfundene Versailler Vertrag die Wirkung, dass man die Schuldigen für das Unglück jenseits der eigenen Grenzen suchte.

Wohin gehen wir?

Europa ist heute geeint. Die Europäische Union stellt eine bewusste Alternative zur gegenseitigen Zerstörung im Machtsyndrom dar. Innerhalb seiner Grenzen hat Europa das Wettrennen dadurch gebändigt, dass es sich gemeinsame Institutionen gab. Konkurrenz darf sich nur noch in Formen des Miteinanders vollziehen.

Wir würden allerdings einer gefährlichen Selbsttäuschung erliegen, wenn wir uns davon den Frieden für die ganze Menschheit erhofften, so als wäre auch der Rest der Welt sicherer geworden. Ein paar im globalen Maßstab eher kleine ehemalige Feinde haben sich zusammengetan. Das ist ein großer Erfolg. Doch das ist auch schon alles. Im Übrigen hat sich die Situation nur verschärft. Denn jetzt stehen sich statt einiger kleinerer Machtkonkurrenten entsprechend größere gegenüber. Für den europäischen Kontinent wurde die Kriegsmechanik gebändigt, keineswegs aber für die übrige Welt. Im Gegenteil – das industrielle Wettrennen der Nationen erfasst heute den ganzen Globus. Auf einer höheren Ebene und auf einer weit gefährlicheren waffentechnischen Basis wiederholt sich das Spiel, das bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts auf Europa beschränkt blieb. Damals waren es vor allem England, Frankreich und Deutschland, die um Märkte, Rohstoffe und letztlich um die militärisch-politische Vorherrschaft kämpften. Heute stehen sich Europa, die USA, Russland, China, Indien und Japan als Rivalen um Ressourcen und Absatzgebiete gegenüber.

Der Ausgang dieses planetarischen Wettrennens steht schon jetzt fest. Die westlichen Länder werden dabei den Kürzeren ziehen. Mit einer Energie und einer Opferbereitschaft, die in Europa seit langem undenkbar sind, drängen die Nachzügler an die Spitze, um ihre Vorgänger abzulösen. Historisch gesehen entspricht dieser Vorgang dem Aufstieg und Fall der großen Mächte, wie es Paul Kennedy in seinem gleichnamigen Werk beschrieben hat. Die Armen von heute werden die Reichen von morgen sein – und umgekehrt die Reichen von heute die Armen von morgen. Unter den Bedingungen des globalen Wettrennens kann es nur Sieger oder Verlierer geben.

Eine gewisse Gerechtigkeit ist dieser Entwicklung ja keineswegs abzusprechen. Wenn es gerecht war, dass der Kolonialismus weite Teile der Welt gewaltsam zu seinen Absatzmärkten erniedrigte, dass Indien dadurch um seine einst blühende Textilindustrie gebracht und den Chinesen ein massenhafter Opiumkonsum aufgezwungen wurde, dann ist es zweifellos ebenso gerecht, dass China und Indien heute zum Gegenschlag ausholen. Nun degradieren sie die Länder ihrer ehemaligen Herren zu Absatzgebieten und zerschlagen die westlichen Industrien. Man kann den Nachzüglern nicht einmal verdenken, dass sie mit Genugtuung erleben, wie die ökonomische Elite des Westens sich dabei auch noch bereitwillig als Helfershelfer anbietet. Vielleicht erinnern sie sich dabei an den Ausspruch von Lenin,

wonach die Kapitalisten den Kommunisten auch noch die Stricke verkaufen, an denen sie dann aufgehängt werden.

Im Westen blicken manche Beobachter mit Gelassenheit auf den scheinbar unabwendbaren Niedergang der eigenen Wirtschaft. Diese Haltung mag philosophisch gerechtfertigt sein, in der Praxis zeugt sie von Unverantwortlichkeit.⁹¹ Die Entwicklung birgt ein viel zu großes Gefahrenpotential, als dass man ihr mit Gleichmut begegnen könnte. Wie Kennedy zeigt, vollzogen sich Aufstieg und Fall der führenden Mächte fast immer unter kriegesischen Konvulsionen: »Historisch betrachtet [... hat sich] keines der überdehnten multinationalen Reiche – das osmanische, das spanische, das napoleonische, das britische – von sich aus auf seine eigene ethnische Basis zurückgezogen. Sie taten es alle erst, als sie durch einen Krieg der großen Mächte geschlagen worden oder (wie im Falle Großbritanniens nach 1945) so durch einen Krieg geschwächt waren, dass ein imperialer Rückzug politisch unvermeidbar wurde.«⁹²

Aus Freunden werden Rivalen

Das verheißt nichts Gutes für die Zukunft. Denn die heutige Weltmacht Amerika verhält sich in jeder Hinsicht wie ihre Vorgänger. Sie wirft ihr ganzes militärisches Gewicht in die Waagschale, um im Wettrennen der Nationen weiterhin an der Spitze zu stehen, obwohl ihre ökonomische Kraft durch die Konkurrenz der asiatischen Länder sichtbar verfällt und sie die ungeheuren Kosten ihrer Rüstung kaum noch zu tragen vermag. Die Vereinigten Staaten sehen ihr Ziel darin, ernsthafte Rivalen erst gar nicht aufkommen zu lassen.

In dem 1992 von der »New York Times« enthüllten »No Rivals«-Plan des US-Verteidigungsministeriums hieß es: »Unser erstes Ziel ist, den (Wieder-) Aufstieg eines neuen Rivalen zu verhindern ... Wir müssen zu verhüten suchen, dass irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen unter gefestigter Kontrolle ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen. Solche Regionen sind Westeuropa, Ostasien, das Gebiet der früheren Sowjetunion und Südwestasien ... Wir [müssen] die Mechanismen erhalten, die mögliche

⁹¹ Man kann in diesem Gleichmut eine Art Altersweisheit absteigender Nationen sehen. Auf gehobenem intellektuellen Niveau findet man sie bei Wirtschaftsautoren wie Meinhard Miegel und Helmut Schmidt.

⁹² Kennedy, Aufstieg, S. 758. Eine der wenigen Ausnahmen von dieser Regel stellt das Ende der Sowjetunion dar. Es wird immer zum Ruhme dieser einstigen Supermacht – und vor allem ihres Präsidenten Gorbatschow – gereichen, dass sich ihr Abschied von der Weltbühne friedlich vollzog.

Konkurrenten davon abschrecken, eine größere regionale und globale Rolle auch nur zu erhoffen.«⁹³

Jede absteigende Macht folgt solchen Kalkülen, doch sie haben sich bisher niemals erfüllt. Denn eines lässt sich in unserer Zeit mit Gewissheit sagen: Die Kosten für den Traum einer ewigen Vormachtstellung sind für die Menschheit unbezahlbar geworden. Den beiden Weltkriegen fielen zusammen etwa 70 Millionen Menschen zum Opfer – das entspricht fast der heutigen Bevölkerung Deutschlands. In der Vergangenheit konnte man Kriege vielleicht noch als »normale« Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln betrachten. Heute kann sich die Menschheit die Rangkämpfe des Machtsyndroms nicht länger leisten, weil sie dabei ihre eigene Vernichtung riskiert. Bis zum Zweiten Weltkrieg dachte man in Dynamit und Panzern, die heutigen Mächte denken in Nuklearwaffen und Interkontinentalraketen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die Welt ja nicht etwa weniger gefährlich geworden, wie man eine Zeit lang glauben konnte. Vielmehr sind die Gefahren stetig gewachsen. Bis zum Ende des Ostblocks waren Westeuropa, Japan und eine Reihe anderer Staaten aus eigenem Interesse fest an die USA gebunden. Die Amerikaner erlaubten ihren Alliierten nicht nur die Aufrüstung, sondern drangen sogar auf deren Beschleunigung. Auch die Bewaffnung der ehemaligen Feinde Deutschland und Japan wurde von den Vereinigten Staaten vorangetrieben, obwohl beide Länder nach dem verlorenen Krieg in diesem Punkt zunächst eine zögernde Haltung einnahmen. Doch die USA brauchten starke Verbündete in der Front gegen den kommunistischen Gegner.

Mit dem unerwarteten Kollaps des Sowjetreiches hat sich die geopolitische Lage für alle Beteiligten schlagartig verändert. In kurzer Zeit ist Europa zu einem eigenen Machtzentrum geworden, das immer stärker mit den Amerikanern rivalisiert. In europäischen Händen liegen etwa 35 Prozent der Weltproduktion (gegenüber 27 Prozent der USA) und etwa 30 Prozent des Welthandels (USA 18). Handelskonflikte zwischen Europa und Amerika sind seit den neunziger Jahren häufiger geworden. So geht die frühere Kooperation allmählich in einen Wettbewerb und von da aus in ein Wettrennen über – und zwar auch auf militärischem Sektor. Bezeichnend dafür ist die erstaunliche Entwicklung des Waffenexports. 1992

⁹³ »U.S. Strategy Plan Calls for Insuring No Rivals Develop, A One-Superpower World«, New York Times, 8.3.1992 (Übersetzung GJ). In einer im Februar 1997 unter dem Titel »Vision for 2020« erschienenen Studie (www.gsainstitute.org/gsi/docs/vision_2020.pdf) argumentiert das United States Space Command – ein Kontrollorgan zur Überwachung des Weltraums und zur Entwicklung neuer Konzepte der Weltraumkriegsführung –, dass sich der Gegensatz zwischen den Habenichtsen auf der einen und den USA auf der anderen Seite in Zukunft weiter vergrößern werde. Die Aufgabe des Pentagon müsse deshalb darin bestehen, »die Weltraumdimension militärischer Operationen zu beherrschen, um amerikanische Interessen und Investitionen zu schützen«. – »Anderen Nationen den Zugang zum Weltraum zu verweigern« solle ein vorrangiges Ziel des Pentagon sein. Vgl. Joseph Kay, »Bush Administration Renews U.S. Drive to Militarize Space«, 25. Juli 2001, www.wsws.org/articles/2001/jul2001/spac-j25_prn.shtml.

exportierten die USA fast 500 Prozent mehr Waffen als die Staaten der Europäischen Union. Bis zum Jahr 2001 ging dieser Vorsprung auf 30 Prozent zurück.⁹⁴ Konfliktträchtiger als alles andere wird in naher Zukunft aber das Wettrennen um die versiegenden Ressourcen sein. Hier sind die Europäer neben den Asiaten die größten Konkurrenten der USA. Sosehr sich die versöhnlichen Kräfte dies- und jenseits des Atlantiks der Entwicklung entgegenstemmen mögen – seitdem die Sowjetunion, der gemeinsame Gegner von einst, nicht mehr existiert, tritt der Interessengegensatz zwischen Europa und den Vereinigten Staaten immer deutlicher in Erscheinung.

Dabei schien es nach dem Zusammenbruch des Ostblocks für eine kurze Zeit möglich, den militärischen Teufelskreis zu verlassen. Die Rüstungsetats wurden eingefroren, die Welt atmete auf. Einige glaubten, dass Gorbatschow eine neue Ära des Friedens eingeleitet habe. Aber wie sollte das militärische Wettrennen beendet werden, wenn die ökonomische Rivalität sich gleichzeitig verschärfte? In historischer Sicht bildet das wirtschaftliche Gegeneinander immer die Vorstufe zur militärischen Konfrontation. Wenige Jahre nach dem Ende der Sowjetunion kehrte das Machtsyndrom in aller Stärke zurück.

Die Menschen und Völker sind machtlos dagegen. Mag unser Friedenswille noch so groß sein – der Widerstand gegen den Krieg dürfte heute ja mindestens so ausgeprägt sein wie in den Jahrzehnten vor 1914 –, die subjektiven Einstellungen vermögen wenig gegen die Eigengesetzlichkeit von Angst und Aggression. So wenig wie damals. Die Voraussetzungen dafür, dass die Geschichte sich wiederholt, wenn wir nicht rechtzeitig eine ganz andere Politik betreiben, sind heute ohne Zweifel gegeben. Das Wettrennen der Nationen entfaltet seine Dynamik gleichsam über unsere Köpfe hinweg. Jeder Einzelne ist daran nur auf infinitesimal geringe Weise beteiligt. Alle zusammen aber halten wir die große ökonomische Maschinerie in Bewegung, die ihre eigenen elementaren Abhängigkeiten und Zwänge erzeugt. Die Zeit Gorbatschows und der ihm zujubelnden Massen liegt weit hinter uns. Heute werden die Pulverfässer in den USA, Russland, Europa und auch in China schneller denn je gefüllt.⁹⁵

⁹⁴ Stockholm International Peace Research Institut, Yearbook 2002. Armaments, Disarmament and International Security, zitiert nach Oberansmayr, Supermacht, S. 131.

⁹⁵ Während eines Chinabesuches im Oktober 2005 behauptete US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, die Chinesen hätten ein reales Verteidigungsbudget von etwa 90 Milliarden Dollar – dreimal so viel, wie sie offiziell angeben. Sie würden damit an dritter Stelle hinter den USA und Russland stehen, siehe »Rumsfeld besucht erstmals China«, taz, 19.10.2005.

Die Wende

Im vorangegangenen Teil dieses Buches habe ich die ökonomische und militärische Entwicklung skizziert, der Deutschland und die Europäische Union seit den neunziger Jahren ausgesetzt sind – und ich habe gezeigt, wohin sie dieser Weg führen wird, wenn es ihnen nicht gelingt, sich aus ihrer Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu befreien. Ich fasse noch einmal in wenigen Sätzen zusammen.

Unser Land befindet sich in einer schwierigen Übergangszeit, die man durchaus auch als akute Krise bezeichnen kann. Seine gegenwärtige Wirtschaftsstruktur wird mit dem Begriff Dienstleistungsgesellschaft umschrieben. Doch das ist größtenteils ein Euphemismus. Mit größerem Recht kann man von einer Phase des Ausverkaufs sprechen, weil dem Land seine industrielle Basis abhandenkommt und mit ihr die vorhandenen Arbeitsplätze. Dieser seit den achtziger Jahren durch die Globalisierung vorangetriebene Abbau ist heute in sämtlichen westlichen Ländern zu spüren. Um die Rechnung für die versiegenden Rohstoffe, vor allem das Öl, auch in Zukunft bezahlen zu können, sind sie gezwungen, ihre Güter auf dem Weltmarkt so billig wie die billigsten Produzenten anzubieten. Dabei konkurriert heute jeder mit jedem. Wer zu teuer ist, verliert Industriekapazitäten und Arbeitsplätze. Zwischen 1970 und 2005 ist der Anteil der im produzierenden Gewerbe arbeitenden Deutschen von 46 Prozent aller Erwerbstätigen auf 26 Prozent gesunken, er hat sich also fast halbiert.⁹⁶

Von diesem globalen Wettbewerb sind in den Hochlohnländern die einfachsten Tätigkeiten, die der Arbeiter, an erster Stelle betroffen. Sie können am leichtesten von Arbeitern in der übrigen Welt übernommen werden. Dagegen bleiben Apotheker, Ärzte, Notare, Richter, Lehrer und Unternehmer von den Auswirkungen des weltweiten Wettrennens zunächst noch verschont, weil sie nicht so leicht durch Inder oder Chinesen ersetzt werden können. Doch auch ihre Schonfrist endet in absehbarer Zeit. Sie währt nur so lange, wie die allgemeine Kaufkraft nicht allzu sehr absinkt. Ein kontinuierliches Schwinden der Kaufkraft ist jedoch das zwangsläufige Resultat des sich beschleunigenden Arbeitsverlustes. Von der industriellen Verlagerung und dem Abbau der Arbeitsplätze werden daher mit der Zeit alle Deutschen betroffen sein. Während die relativen Unterschiede zwischen Arm und Reich sich vergrößern, wird das Land insgesamt ärmer. Rechnet man die Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen mit ein, dann hat die Wohlstandsverminderung für die Bevölkerungsmehrheit bereits begonnen.

Darüber täuscht das – wenn auch geringe – Wachstum des Bruttosozialprodukts vorerst noch hinweg. Durch diese Zahlen dürfen wir uns jedoch nicht in die Irre

⁹⁶ Statistisches Bundesamt, Jahrbuch 2005.

führen lassen. Eine Basarwirtschaft kann aus früher erworbenem Renommee immer noch große finanzielle Vorteile ziehen, so wie die bekannte Marke eines Unternehmens auch dann noch erfolgreich ist, wenn weniger bekannte Konkurrenten schon gleichwertige Produkte erzeugen. Weiterhin werden gewaltige Handelserlöse aus der Vermarktung eingeführter Waren erzielt, da diese den übermächtigen Vorteil eines aus der Vergangenheit stammenden Images genießen. Doch der auf bloßem Ansehen begründete Vorsprung kann bei einer ernsthaften Erschütterung der Weltwirtschaft augenblicklich verloren gehen. Was in einem solchen Fall zählt, ist nicht mehr das Image, sondern die Basis der Produktion.

Man muss es unverblümt sagen: Bisher hat keine politische Kraft in Deutschland ein Rezept gegen den Abbau dieser Basis. Die oft beschworene Bildungsoffensive mag aus vielen Gründen wünschenswert sein – den weiteren ökonomischen Verfall unseres Landes wird auch sie nicht aufhalten können.⁹⁷ Vor allem bleibt die Annahme eine Illusion, die Globalisierung wirke sich für alle segensreich aus. Die Wahrheit ist trist und ernüchternd. Wenn immer mehr Staaten um ein und dasselbe Gut konkurrieren, bekommt derjenige den Zuschlag, der am meisten dafür bietet. So will es die ökonomische Theorie, und so beweist es im Kleinen jeder Wochenmarkt, wo derjenige seine Waren am besten verkauft, der bei gleicher Qualität den niedrigsten Preis verlangt. Mit den bisher üblichen Strategien ist dagegen nichts auszurichten. Verteidigen wir unsere bestehenden Löhne, so erhalten wir zwar die Kaufkraft im Innern, aber die exportierten Waren sind dann schlicht zu teuer im Vergleich zu den Billiganbietern. Warum sollten die Rohstoffproduzenten den Deutschen ihr Öl verkaufen, wenn sie von den Billiganbietern bei gleicher Qualität eine viel größere Menge an Waren bekommen? Unser Beharren auf dem Erreichten wird sich nur kurze Zeit durchhalten lassen.

Die Verteidigung des Status quo scheitert an unserer Abhängigkeit von den Gütern anderer Länder – den Rohstoffen. Deutschland und den übrigen bisherigen Hochlohnländern bleibt daher gar nichts anderes übrig, als den Status quo aufzugeben und die eigenen Produktionskosten stetig zu senken. Sonst wird das Öl morgen nach China, Indien und in die anderen aufstrebenden Länder Asiens fließen. Als zweitgrößter Erdölimporteur nach den Vereinigten Staaten hat China seinen Nachbarn Japan schon 2003 verdrängt. Noch verbraucht das Land pro Kopf seiner Bevölkerung zwar nur ein Siebtel von dem, was die Deutschen benötigen, und nur den fünfzehnten Teil des US-amerikanischen Konsums.⁹⁸ Doch wenn China mit seiner anschwellenden Autoflotte erst einmal das Niveau der

⁹⁷ Vgl. Kapitel »Bildung – die vergeblichen Offensiven«.

⁹⁸ Der Ölverbrauch lag 2003 in den USA bei 26,0 Barrel pro Einwohner, in Deutschland bei 11,7, in China bei 1,7 und in Indien bei 0,8.

westlichen Staaten erreicht hat, wird seine Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen für Deutschland und die USA kaum etwas übrig lassen.

Die Auswirkungen der mittlerweile weltweiten Konkurrenz um die versiegenden Rohstoffe können gar nicht dramatisch genug dargestellt werden. In letzter Konsequenz läuft die Entwicklung darauf hinaus, dass ein wohlhabendes Land wie Deutschland, das über keine nennenswerten Lagerstätten von Öl und Erdgas verfügt, seinen in zwei Jahrhunderten errungenen Wohlstand Schritt für Schritt bis auf den Lebensstandard reduzieren muss, der bei den billigsten Anbietern herrscht. Andernfalls wird es seine Rohstoffeinfuhren irgendwann nicht mehr bezahlen können. Gegen diesen vom Weltmarkt erzwungenen Mechanismus kommt keine Regierung an.

Allenfalls kann sie für einen inneren Ausgleich sorgen. Warum sollen heute nur die der globalen Konkurrenz unmittelbar ausgesetzten Arbeiter leiden, während Notare, Apotheker und Professoren erst viel später betroffen sind? Und warum sollen all jene Deutschen, die in unserem Land Vermögen angehäuft haben, es jetzt auf Kosten der Mehrheit dadurch noch weiter vergrößern dürfen, dass sie es zum Aufbau der uns bedrohenden Industrien in Billiglohnländern verwenden? Warum können demokratisch, sprich von ebendieser Mehrheit gewählte Politiker nicht für eine Verminderung dieser Ungleichgewichte sorgen? Warum sollen nicht alle den Gürtel enger schnallen, die vermögende Minderheit ebenso wie die weniger begüterte Mehrheit?

Auf die Verteilung der Lasten kann die Politik sehr wohl Einfluss nehmen. Gegen den Verfall des allgemeinen Lebensstandards ist sie jedoch machtlos. Denn diese Ohnmacht beruht auf der Ressourcenabhängigkeit. Solange sich daran nichts ändert, muss sich jede Regierung den Diktaten des Weltmarkts und der globalen Konkurrenz unterwerfen.

Bewusster Verzicht

Wie wir gesehen haben, gibt es allerdings einen naheliegenden Ausweg, um den Zugang zum Öl zu sichern und dadurch die Erosion des bisherigen Lebensstandards wenigstens hinauszuzögern. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben die USA diesen Weg eingeschlagen. Europa und Deutschland folgen inzwischen einer ähnlichen Strategie, wenn auch zunächst noch unter größerer Vorsicht und verbaler Zurückhaltung. Eine schwindende ökonomische Wettbewerbsfähigkeit lässt sich durch militärische Übermacht kompensieren – eine Zeit lang zumindest. Die USA und Europa setzen auf die militärische Karte, um auch in Zukunft über billiges Öl verfügen zu können.

Diese Politik ist selbstmörderisch. Schon jetzt bringt sie in vielen Teilen der Welt den Widerstand der Betroffenen hervor, auch in Form von Terror. Doch für die Zukunft ist mit weit schlimmeren Folgen zu rechnen. Vorerst bilden die Industrienationen noch eine einigermaßen geschlossene Front. Gegenüber den Rohstoffproduzenten vertreten sie ein gemeinsames Interesse – eine gesicherte, billige Versorgung. Das schweißt bislang noch alle Industriestaaten zusammen und verleiht ihren Forderungen gegenüber dem »globalen Balkan« entsprechendes Gewicht. Doch je mehr sich die Ölvorräte verknappen, desto stärker muss die Konkurrenz zwischen den Industrieländern selbst in den Vordergrund treten – die Konkurrenz zwischen Europa, den USA, Japan und China. Beim Zugriff auf die dahinschwindenden Güter bildet sich ein Interessengegensatz heraus, der sie untereinander zu Feinden macht. Zähneknirschend müssen die USA schon jetzt akzeptieren, dass China sich die Rohölreserven im Sudan sichert und bereits sechs Prozent seines Bedarfs von dort bezieht, ebenso viel wie von Russland. Aus Afrika insgesamt importiert China derzeit 28,7 Prozent seines Öls, und mit jedem Jahr wird es mehr.

Das ist der Beginn einer unheilvollen Entwicklung. Die Industriestaaten treten sich gegenseitig immer mehr auf die Füße. Denn die einen sind nicht bereit, weniger zu verbrauchen, und die anderen erheben Anspruch auf mehr. Da muss die Versorgung aller in Zukunft schwieriger werden. An der immer heftigeren Konkurrenz zwischen hochgerüsteten Industrienationen zerbrach vor knapp hundert Jahren der Frieden in Europa.

In einer Welt atomarer Massenvernichtungswaffen ist die militärische Option die gefährlichste überhaupt. Wer sie befürwortet, macht sich ebenso schuldig wie jene, die im Deutschland der frühen dreißiger Jahre nichts gegen das kommende Unheil unternahmen. Die Aufrüstung Europas mit dem Ziel, den USA als gleichberechtigte Supermacht gegenüberzutreten, liegt in der Logik des Machtsyndroms. Doch dieser Logik müssen wir uns mit aller Kraft widersetzen.

Und zwar deswegen, weil wir der gegenwärtigen Entwicklung eben nicht ohnmächtig ausgesetzt sind. Es gibt eine friedliche, nachhaltige und zukunftsweisende Alternative – den bewussten Verzicht auf die Rohstoffabhängigkeit, ihre Ersetzung durch energetische Vorortproduktion. Die technischen Voraussetzungen dafür sind seit langem gegeben.

Das Ende des großen Potlatch

In den vergangenen zweihundert Jahren hat die Menschheit wirtschaften können wie ein glücklicher Finder, der in einer verstaubten Truhe einen Beutel voll Gold entdeckt. Unser Gold, das waren die fossilen Schätze unter der Erde –

Sonnenenergie, gespeichert in Millionen von Jahren. Damit konnten wir uns einen Lebensstandard verschaffen, an den vor unserem glücklichen Fund keiner zu denken wagte. Wir haben unseren Reichtum dem fossilen Feuer zu verdanken.

Werfen wir einen kurzen Blick zurück. Bis Ende des 18. Jahrhunderts konnte die Menschheit nur über einen Bruchteil dieses energetischen Füllhorns verfügen. Flüsse und Bäche bewegten Wasserräder, der Wind hielt Mühlen in Gang. Im Übrigen war man für die Erzeugung von thermischer Energie auf das nachwachsende Holz angewiesen. Zwischen dem Jahr 1000 und 1800 stieg die Kurve des weltweiten Sozialprodukts nur unwesentlich an. Es handelte sich um eine langsame und lineare Entwicklung.

Der Durchbruch gelang erst mit der Nutzung von Kohle. Seitdem stand Energie in nahezu beliebiger Menge bereit. Die Europäer begannen, eine neue Wirklichkeit zu erschaffen. Die Kurve des Sozialprodukts, also ihres Reichtums, schnellte mit einem Schlag empor. Lag das weltweite BSP –umgerechnet in US-Dollar von 1990 – um 1800 noch bei rund 650 Milliarden, so hatte es gegen 1900 mit 1,98 Billionen etwa den dreifachen Wert erreicht. Mit 28 Billionen um 1990 war dieser Betrag dann in weniger als einem Jahrhundert um das Vierzehnfache gewachsen.⁹⁹

Diese Entwicklung spiegelt ziemlich genau die exponentielle Zunahme des Weltenergieverbrauchs (je nach industrieller Entwicklungsphase unterschiedlich zusammengesetzt aus Biomasse, Kohle, Öl, Erdgas etc.). Im Jahr 1800 belief sich dieser Verbrauch auf etwa 400 Millionen Tonnen Öläquivalente. Hundert Jahre später waren es bereits 1,9 Milliarden Tonnen, also fast fünfmal so viel. In den kommenden neunzig Jahren, bis 1990, steigerte sich der Verbrauch dann um den Faktor sechzehn auf 30 Milliarden Tonnen.¹⁰⁰

Der Zusammenhang zwischen den beiden exponentiellen Kurven ist offensichtlich. Natürlich wären Kohle und Öl ohne die Erfindung von Dampfmaschine, Diesel- und Elektromotor nie zur Wirkung gelangt. Aber umgekehrt haben diese Maschinen ihren Siegeszug nur antreten können, weil die Menschheit inzwischen das fossile Feuer entzündet hatte. Industrielle Revolution und Nutzung fossiler Rohstoffe bilden eine unauflösliche Einheit. Erst wenn wir dieser Wahrheit ins Auge sehen, sind wir imstande, die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Erschöpfung der fossilen Rohstoffbasis muss aus der industriellen Revolution ein ökonomisches Strohfeuer, ein weltgeschichtliches Intermezzo machen, wenn wir nicht rechtzeitig andere Lösungen finden. Unser Reichtum ist so eng an die fossile Verbrennung gekoppelt, dass man nur staunen kann, wie sehr in den meisten Regierungen und selbst unter Ökonomen noch immer die Optimisten den Ton

⁹⁹ Maddison, World Economy.

¹⁰⁰ Vgl. McNeill, Something New, S. 5ff.

angeben – Optimisten, die sich mit seltsamer Naivität an die Mär vom ewigen Wachstum klammern.

Ob man es wahrhaben will oder nicht, mit dem Wachstum ist es vorbei, sobald sich unser Vorrat an fossilem Gold erschöpft hat. Vielleicht, so eine naheliegende Befürchtung, werden wir dabei sogar in die Armut früherer Epochen zurückgestoßen. Auf jeden Fall aber steht uns eine Lebensweise bevor, bei der wir mit jener Energiemenge auskommen müssen, welche die Sonne für unser Territorium bereithält, genauer gesagt mit dem davon nutzbaren Anteil. Es leuchtet ein, dass uns die Entdeckung der fossilen Rohstoffe – das ist die über Jahrmillionen in Kohle und Öl gespeicherte Sonnenenergie – einen weit größeren Verbrauch erlaubt als die aktuelle Sonneneinstrahlung.

Doch glücklicherweise ist unsere Lage weniger dramatisch, als man angesichts solcher Überlegungen meinen könnte. Zahlreiche seriöse Untersuchungen verheißen uns eine Zukunft, in der wir unseren bisherigen Lebensstandard – gemessen am Energieverbrauch – nahezu unverändert aufrechterhalten können. Wenn wir weder den allzu optimistischen noch den allzu pessimistischen Prophezeiungen Glauben schenken, so scheint die Annahme berechtigt, dass wir bei entsprechender Anstrengung etwa drei Viertel unseres jetzigen Bedarfs an fossilen und nuklearen Energieträgern durch erneuerbare Quellen abdecken können. Das ist ermutigend. Berücksichtigt man außerdem die zukünftige größere Effizienz der Maschinen, so berechtigt das zu der Vorhersage, dass wir durch die Energiewende auf lange Sicht den Wohlstand sogar auf unverändert hohem Niveau erhalten können.

Das ABC der Energieautonomie

Verschaffen wir uns, um diese Aussage zu untermauern, einen knappen Überblick über die heute verwendeten Primärenergien in den verschiedenen Bedarfsbereichen sowie über die Möglichkeit, diesen Verbrauch aus erneuerbaren Quellen zu decken.¹⁰¹ Ersetzt werden müssen die fossilen Primärenergien von Kohle, Erdgas und Öl sowie die atomare Primärenergie spaltbaren Materials. Diese vier Energielieferanten werden gebraucht

- a) zur Erzeugung von privat und industriell genutztem Strom,
- b) bei der Gebäudeheizung und
- c) für den Verkehr.

Für die Gewinnung erneuerbarer Energie stehen dagegen vor allem Windräder, Wasserkraftwerke, Solarkollektoren, Solarzellen und die Geothermie zur

¹⁰¹ Ohne die Pionierarbeiten von Hermann Scheer hätte dieses Kapitel nicht geschrieben werden können.

Verfügung. Strom kann in diesem Sektor vorläufig noch am billigsten durch Nutzung von Wasserkraft hergestellt werden; auch scheint das Potential von Kleinkraftwerken weiter ausbaufähig zu sein.¹⁰² Windräder liefern inzwischen fast so billigen Strom wie fossil und atomar betriebene Kraftwerke, jedenfalls wenn man die hohen Subventionen und Förderungen für Letztere während der vergangenen Jahrzehnte in die Kostenrechnung mit einbezieht. Etwa zehnmal teurer als Windstrom ist immer noch die aus Solarzellen gewonnene elektrische Energie. Die Ursache für die hohen Investitionskosten bei dieser unmittelbaren Stromerzeugung aus Sonnenlicht ist vor allem darin zu suchen, dass die Schwelle zur Massenproduktion hier bisher nicht überwunden wurde. Das dürfte sich ändern, wenn die Herstellung von Solarzellen durch politische Vorgaben massiv gefördert wird. Eine einfache Rechnung zeigt, in welchem Umfang Windparks oder Solarzellennutzung ausgebaut werden müssten, um die fossile und atomare Stromerzeugung zu ersetzen.

/Im Folgenden erliege ich leider einem Wunschdenken, wie es damals sehr stark verbreitet war. Zu denken geben die Einwände der beiden folgenden Links: „<https://www.vernunftkraft.de/dreisatz/>“ und „<https://thebreakthrough.org/index.php/issues/energy/renewables-and-nuclear-at-a-glance>“. Ohne einen Wechsel zu langlebigen Gütern und eine entsprechende Reduktion des Energieverbrauchs, wovon am Ende dieses Buches die Rede ist, wird eine vollständige Ersetzung von fossiler und nuklearer Energie kaum möglich sein./

Gegenwärtig beträgt der Stromverbrauch in Deutschland etwa 500 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr. Dieser Verbrauch würde durch etwa 167 000 Windräder, von denen jedes bei mittlerer Windgeschwindigkeit eine Leistung von 1,5 Megawatt erbringt und somit jährlich drei Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt, vollständig abgedeckt. Dazu müssten auf dem gesamten deutschen Territorium durchschnittlich etwa zwei Windräder pro Quadratkilometer stehen – faktisch würden sie in windreicheren Landregionen und vor der Küste natürlich entsprechend verdichtet eingesetzt werden. Gegenwärtig besitzt Deutschland etwa ein Zehntel dieser Kapazität, nämlich 16 000 Windkraftanlagen. Vermutlich könnte bis zur Hälfte des gegenwärtig benötigten Stroms allein von Offshore-Windparks in der Nordsee stammen.¹⁰³

Alternativ lässt sich dieselbe Strommenge durch fünftausend Quadratkilometer Photovoltaik-Module heutiger Leistungsstärke erzielen. Diese Fläche entspricht etwa 10 Prozent des gesamten bebauten Areals in Deutschland. Würde man beide

¹⁰² Vgl. Hermann Scheer, www.hermann-scheer.de/pdf/Energie_und_Management.pdf.

¹⁰³ Greenpeace-Text »Zukunft Windkraft: Energie aus dem Meer«, http://kids.greenpeace.de/GP_DOK_3P/BRENNPUN/F0103A3.PDF.

Energiequellen jeweils zur Hälfte einsetzen, so könnte der heutige Stromverbrauch von rund 80 000 Windrädern (nur noch dem Fünffachen des gegenwärtigen Bestands) und 2500 Quadratkilometern Photovoltaik-Modulen (einer solaren Nutzung von lediglich fünf Prozent der bebauten Fläche) abgedeckt werden.¹⁰⁴ Bei der Photovoltaik ist die Diskrepanz zwischen dem gewünschten Umfang der Stromproduktion und den vorhandenen Kapazitäten besonders groß. Bisher sind Solarzellen mit ganzen 0,1 Prozent an der deutschen Stromversorgung beteiligt. Das kann sich nur ändern, wenn Solarstrom von der Politik in gleichem Maße gefördert wird, wie das bislang beim Atomstrom der Fall war. Mit einer Senkung der Preise wird sich die Photovoltaik einen großen Anteil an der Stromerzeugung erobern.

Der Übergang zur solaren Stromerzeugung stellt technologisch keine besondere Herausforderung dar, ökonomisch lässt er sich ohne übermäßige Opfer vollziehen. In der Gesamtbilanz sind die Vorteile so unbestreitbar, dass es schwer verständlich erscheint, warum wir auf diesem Weg nicht schon viel weiter gegangen sind. Denn eines wird mit jedem Jahr deutlicher: Sowohl die ökologischen wie die politischen Auswirkungen der gegenwärtigen Energiepolitik kommen uns langfristig ungleich teurer zu stehen. Die Schäden an Umwelt und Klima, die der Einsatz von Kohle, Öl und Uran mit sich bringt, drohen für die Menschheit unbezahlbar zu werden. So würde beispielsweise die USA die vollständige Beseitigung atomarer Rückstände und verstrahlten Materials mehr kosten als jedes andere öffentliche Projekt ihrer Geschichte. Nuklear belastete Gebiete werden in den Vereinigten Staaten wohl auf Dauer unbewohnbar bleiben, ebenso wie in Russland. Die politischen Folgekosten, die wir uns durch die Abhängigkeit von den Förderländern aufbürden, sind ohnehin unermesslich.

Der zweitgrößte Energieverbraucher nach der Stromerzeugung ist die Gebäudeheizung. Dafür werden in erster Linie die Primärenergien Erdgas und Öl verwendet, zu geringen Teilen auch Kohle, Holz und Strom. Anders als beim elektrischen Strom geht es bei der Gebäudeheizung weniger um die Ersetzung von fossilen durch erneuerbare Energien als um den größtmöglichen Verzicht auf Fremdenergie überhaupt. Bei Altbauten liegt der entscheidende Beitrag im Einsparen von Energie, das heißt in der Wärmedämmung, ergänzt um die Installation von Solar Kollektoren. Neubauten aber können und sollten von vornherein Plusenergiehäuser sein, die mit ihrer Fensterfront nach Süden zeigen, hervorragend wärmegeklämt sind und auf dem Dach Solarmodule besitzen, so dass sie mehr Energie erzeugen als verbrauchen.

Das klingt einfacher, als es ist. Der Übergang zu erneuerbaren Energien ist hier vermutlich am schwierigsten, weil die Substanz älterer Gebäude nur begrenzte

¹⁰⁴ Scheer, Weltwirtschaft, S. 68ff.

Eingriffe zulässt. Daher muss alles unternommen werden, um die Energieverschwendung schon jetzt durch vorbeugende Maßnahmen einzudämmen, bevor uns die in absehbarer Zeit explodierenden Preise dazu zwingen.

Möglicherweise bietet das Anzapfen von Erdwärme, also die Geothermie, einen Ausweg. Bisher wird ihr hohes Potential erst ansatzweise genutzt, zum Beispiel in Paris, wo sie 250 000 Haushalte beheizt, oder in San Francisco, das seinen Strom vollständig geothermisch erzeugt.¹⁰⁵ Die aus der Erde stammende Energie kann im Winter zum Heizen, im Sommer wiederum zur Kühlung und zur Stromerzeugung verwendet werden. Falls die Techniken zu ihrer Erschließung – Bohrungen bis in fünf Kilometer Tiefe – sich so weit verbilligen lassen, dass man davon für die Zukunft einen größeren Beitrag für die Beheizung geschlossener Siedlungsräume erwarten darf, könnte in Deutschland aus den bisher bekannten hydrothermal nutzbaren Vorkommen bis zu einem Drittel des heutigen Wärmebedarfs abgedeckt werden.

Der Verkehr ist der dritte Sektor mit bedeutendem Energieverbrauch. Weltweit werden 60 Prozent des Öls dafür eingesetzt. Die Abhängigkeit von fremden Ressourcen tritt im Falle Deutschlands und anderer westlicher Staaten gerade hier mit besonderer Schärfe hervor. Doch hier ist auch die Umstellung auf erneuerbare Rohstoffe am leichtesten möglich. Fossiles Öl kann problemlos durch Kraftstoff aus Biomasse ersetzt werden, wie das heute schon in bedeutendem Umfang in Brasilien geschieht. Dieser Wechsel lässt sich jedenfalls schneller verwirklichen als die Umstellung bei Stromerzeugung oder Gebäudeheizung. Es ist einfacher, auf brachliegenden Feldern mit dem Anbau von Raps und anderen ölhaltigen Pflanzen zu beginnen und Betriebe für deren Umwandlung in Kraftstoff einzurichten, als Tausende von Windrädern zu installieren und Zehntausende von Gebäuden gegen Wärmeverlust zu dämmen.

Die Schwierigkeiten sind hier anderer Art. Felder stehen auf dem intensiv genutzten Territorium Deutschlands nur dann zur Verfügung, wenn sie nicht schon für die Erzeugung von Nahrung benötigt werden. Zunächst ist daher die Frage zu klären, wie viel der insgesamt vorhandenen Ackerfläche von etwa 11,8 Millionen Hektar für die Energieproduktion überhaupt in Betracht kommt. Berechnungen haben einen Maximalwert von rund 4,4 Millionen Hektar ergeben. Die auf dieser Fläche erzeugte Biomasse wäre immerhin groß genug, um über 25 Prozent des gesamten Energiebedarfs (Strom, Heizung, Verkehr) abzudecken. Die Schätzungen, welcher Anteil des heute für den Verkehr benötigten fossilen Treibstoffs

¹⁰⁵ Alt, Krieg, S. 292.

dabei maximal ersetzt werden könnte, schwanken stark. Sie reichen von 14 bis zu 70 oder gar 80 Prozent.¹⁰⁶

Diese Zahlen sind wichtig. Denn sie liefern den Beweis, dass unser vor allem durch das Auto erzwungener Ölbedarf sich durch ein nationales Projekt soweit verringern lässt, dass die fehlende Menge dann durch Strukturmaßnahmen wie die Förderung des Schienenverkehrs eingespart werden kann.¹⁰⁷ Wenn 50 Prozent des heutigen Verbrauchs eingespart werden müssten, so würde das keine unüberwindbare Hürde bedeuten. Die durchschnittliche Verringerung des Spritbedarfs um die Hälfte durch bessere Technologien dürfte ebenso möglich sein wie eine Revitalisierung des öffentlichen Verkehrs, die eine mindestens ebenso große Einsparung mit sich bringen würde.

Zu ähnlichen Schlüssen sind amerikanische Wissenschaftler schon vor mehr als einem Vierteljahrhundert für die USA gekommen. 1974 hatte Präsident Richard Nixon Forschungs- und Entwicklungsprogramme für erneuerbare Energien aufgestellt. 1975 lag dann der erste Plan zur Initiierung der Massenproduktion von Solarzellen vor. 1978, unter Präsident Jimmy Carter, beschloss der staatliche »Council on Environmental Quality«, bis zum Jahr 2000 nicht weniger als 23 Prozent der heimischen Energieversorgung mit Sonnenenergie abzudecken. Ein »Energy Independent Act« wurde verabschiedet. Die »Union of Concerned Scientists«, eine Vereinigung von mehr als 100 000 amerikanischen Wissenschaftlern, darunter vielen Nobelpreisträgern, veröffentlichte 1979 eine Studie, in der die vollständige Umstellung der US-amerikanischen Energieversorgung auf erneuerbare Quellen bis zum Jahr 2050 empfohlen und im Detail dargestellt wurde.¹⁰⁸ Diesem Projekt setzte Präsident Ronald Reagan dann ein abruptes Ende – vermutlich weil seine Ratgeber aus der Militärindustrie und der übrigen Wirtschaft sich keine ausreichenden Geschäftserfolge davon versprochen.

Seitdem wird die Atomkraft gern als Alternative beschworen. Doch wer auf ewiges Wachstum hofft, den muss auch die Nuklearenergie enttäuschen. Jedenfalls kann die klassische, auf atomarer Spaltung beruhende Fissionsenergie auf Dauer

¹⁰⁶ Die Zahl von 14 Prozent nennt der Bericht des Öko-Instituts »Bioenergie: Nachwuchs für Deutschland« (2004), der im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstellt wurde, siehe www.oeko.de/service/bio/dateien/de/broschuere_de_fin12_2004.pdf. Das liegt ziemlich weit unter der Prognose von Hermann Scheer, wonach sich Deutschlands heutiger Bedarf an fossilen Treibstoffen für den Verkehr zu 70 bis 80 Prozent aus Biomasse ersetzen ließe. Österreich deckt schon heute seinen Energiebedarf zu 20 Prozent aus Biomasse ab, siehe www.hermannscheer.de/pdf/Energie_und_Management.pdf. Die Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR), das Kompetenzzentrum des deutschen Landwirtschaftsministeriums, vertritt mit seinen Prognosen eine mittlere Position. Demnach stehen maximal 3,5 Millionen Hektar deutscher Ackerfläche für den Anbau von Energiepflanzen bereit. Daraus ließe sich ein Viertel des gegenwärtig in Deutschland benötigten Kraftstoffs herstellen. Vgl. »Wälder im Tank«, Der Spiegel 12/2006, S. 150, sowie »Bohrtürme zu Pflugscharen«, Der Spiegel 16/2006, S. 131.

¹⁰⁷ Die oben genannten Zahlen stimmen mit der Stellungnahme von Joachim Nitsch vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Stuttgart überein: »Das technische Potential erneuerbarer Energien innerhalb Deutschlands reicht aus, um den heutigen Bedarf an Strom vollständig und an Brennstoffen zu 70 Prozent zu decken«, zitiert nach www.greenpeace-energy.org.

¹⁰⁸ Kendall u.a., Energy Strategies.

keine Abhilfe schaffen, weil die Uranvorkommen bei gleichbleibendem Verbrauch gegen Mitte der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts ebenfalls erschöpft sein werden.¹⁰⁹ Und die Streckung der Uranvorräte durch Schnelle Brüter ist bisher nirgendwo technisch gelungen. Hinzu kommt das ungelöste und, wie es scheint, unlösbare Problem der Atommüllentsorgung. Hier wären so gigantische Anstrengungen nötig, dass die Entsorgung etwa in Russland oder den USA gar nicht mehr ernsthaft ins Auge gefasst wird.

Eine Alternative zur Fissionsenergie ist die nukleare Fusionsenergie, also die Energie durch Kernverschmelzung. Bahnbrechende Entdeckungen auf diesem Gebiet sind natürlich keineswegs auszuschließen. Sie könnten uns in der Tat ein nahezu unerschöpfliches Energiepotential verschaffen. Doch wäre uns damit wirklich geholfen? Aller Voraussicht nach hätte dies eher eine dramatische Verschlechterung unserer Lage zur Folge. Unerschöpfliche, also nicht im natürlichen Kreislauf entstandene Energie könnte die Umwelt vollends in die Katastrophe stürzen – der Wärmehaushalt der Erde würde dadurch heillos gestört. Während jede normale Verbrennung genau so viel Energie freisetzt, wie vorher durch Photosynthese gebunden wurde, hebt der Fusionsreaktor dieses Gleichgewicht auf. Davon abgesehen würde uns der Energieüberfluss wohl auch noch dazu verführen, die restlichen Rohstoffe in noch schnellerem Tempo aufzuzehren. Die Fusionsenergie könnte sich also schnell als Danaergeschenk erweisen. Gar nicht zu bewältigen wäre die noch weit höhere Verstrahlung. Denn die im Fusionsreaktor erzeugte Neutronenstrahlung ist zehnmal stärker als die in herkömmlichen Meilern. Die hochverstrahlten Reaktorwände müssten in schnellem Takt, nämlich alle fünf Jahre, ausgewechselt und anschließend endgelagert werden.¹¹⁰ Wie sollten wir damit fertig werden, wenn uns schon die bisherige Atommüllentsorgung vor unlösbare Probleme stellt?

So bleibt als einzige realistische Alternative jene Art der Energiegewinnung, die uns wieder mit der Natur versöhnt. Die Ersetzung fossiler und atomarer Primärenergie durch erneuerbare Energien in den Bereichen von Stromerzeugung, Gebäudeheizung und Verkehr liegt in Reichweite unserer technischen Möglichkeiten und kann langfristig alle Probleme beseitigen, die wir uns durch die bisherige Versorgung selbst geschaffen haben. Aber der Übergang kommt nicht von selbst. Wir müssen ihn zu einem nationalen Projekt erklären. Was wir dabei am wenigsten gebrauchen können, ist ein Streit unter Experten, wie viel Energie sich denn nun ganz exakt aus erneuerbaren Quellen gewinnen lässt. Ob und wie weit die hier angegebenen Zahlen am Ende nach unten oder nach oben korrigiert werden müssen, ist unerheblich angesichts des physikalischen Faktums, dass in den

¹⁰⁹ World Energy Council, *Tomorrow's World*, S. 90.

¹¹⁰ Vgl. Benjamin Dessus, »Technologische Utopien«, *Le Monde diplomatique*, Januar 2005.

nächsten Jahrzehnten die fossile Versorgung nicht mehr verfügbar (zumindest unbezahlbar) und die nukleare unzumutbar sein wird. Dieses Faktum erzwingt die Wende.

Die Vorbildwirkung

Alles in allem haben wir einen echten Grund, positiv überrascht zu sein. Wir konnten ja keineswegs von vornherein darauf hoffen, dass sich unser Goldfund – die fossilen Reserven, denen wir unseren historisch einmaligen Reichtum verdanken – in so hohem Maße aus anderen Quellen ersetzen lässt. Angesichts der weltweiten Abhängigkeit vom fossilen Feuer muss eine solche Perspektive zunächst ja eher unwahrscheinlich anmuten. Gewiss, mit der Energiewende werden wir uns vom Traum des ewigen Wachstums verabschieden müssen. Kein noch so bedeutender technologischer Durchbruch kann uns zu mehr Wind und Sonnenschein verhelfen. Wir müssen uns mit dem begnügen, was die Natur uns anbietet. Der technologische Fortschritt kann uns zwar zu einer größeren Ausbeute bei der Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen verhelfen, aber er kann deren Grundleistung nicht steigern. Das braucht uns jedoch nicht sonderlich zu bekümmern. Die erneuerbaren Quellen sind ergiebig genug. Insgesamt strahlt die Sonne 15 000 Mal mehr Energie auf den Planeten, als dem weltweiten Bedarf gegenwärtig entspricht. Der davon nutzbare Teil reicht aus, um uns ein Leben zu ermöglichen, das sich beim Energieverbrauch nahezu auf bisherigem Niveau bewegt – und noch dazu ein Leben, das ohne die Zerstörung der Umwelt auskommt und uns den Frieden mit den nahen und fernen Nachbarn zurückbringen kann.

Doch uns bleibt nicht viel Zeit, um die Weichen in die Zukunft richtig zu stellen. Deutschland und die Europäische Union haben bereits die ersten Schritte in eine andere Richtung getan. In Nachahmung der gegenwärtigen US-Politik favorisieren sie die militärische Lösung. Sie handeln so, als ob das Versiegen der fossilen Rohstoffquellen durch den Einsatz von Armeen verhindert werden könnte. Da dies unmöglich ist, kann eine derartige Politik nur eines bewirken – sie läuft auf die Verschärfung der bereits bestehenden weltpolitischen Spannungen hinaus. Bewusst oder unbewusst arbeiten wir auf Konfrontation hin. Die durch das Wettrennen der Nationen um die schwindenden Ressourcen geschürte Konfliktdynamik droht in Ressourcenkriege zu münden.

Dem können wir nur entgehen, wenn uns die Abkehr vom Öl gelingt. Die Ersetzung fossiler durch erneuerbare Energiequellen muss höchste Priorität erhalten. Dabei geht es nicht etwa darum, romantische oder gar nationalistisch eingefärbte Vorstellungen von Autarkie zu bedienen. Das Ziel ist einzig und allein die Verhinderung künftiger Weltkonflikte. Diese Politik der Konfliktvermeidung ist so

dringend geboten, dass wir den Löwenanteil aller Forschungsmittel und mobilisierbaren Investitionen dafür einsetzen müssen.

Zunächst kann ein solches Unternehmen freilich kein internationales und wohl nicht einmal ein europäisches Projekt sein. Notwendigerweise muss eine Region oder ein Land die ersten entscheidenden Schritte setzen. Denn angesichts vieler entgegengesetzter Interessen können wir kaum mit einem breiten Konsens auf internationaler Ebene rechnen. Eines jedoch ist mit Gewissheit vorauszusagen: Jenes Land, das freiwillig und entschlossen als erstes den Weg beschreitet, den alle übrigen früher oder später ohnehin gehen *müssen*, erringt Bewunderung und wird zum Vorbild für andere.

Eine solche Rolle hat Deutschland bislang nicht eingenommen. Es hat sich einen Namen gemacht durch Tugenden wie Zuverlässigkeit, Beharrlichkeit und Genauigkeit, auch dadurch, dass es in der Vergangenheit Anlass zu Furcht und Schrecken gab. Jetzt hat es die Chance, in der Rolle des Pioniers den Ausweg aus einer Situation aufzuzeigen, die sämtliche Industriestaaten in spätestens zwanzig Jahren vor unlösbare Probleme stellen wird. Wenn Deutschland den Mut aufbringt, Vorreiter für eine solare Wende zu werden, geht von seinem Boden zum ersten Mal eine aktive Politik des Friedens aus. Das ist etwas grundlegend anderes als der Entschluss, für deutsche Interessen überall auf der Welt mit eigenen Soldaten präsent zu sein.

Die ersten Schritte zur Förderung solarer Energien hat Deutschland gegen viele Widerstände ja bereits unternommen. Bei uns stehen schon jetzt weit mehr Windkraftanlagen als in anderen Staaten. Wenn sich die Begeisterung über diese Politik bislang in Grenzen hält, dann deshalb, weil sie nur zögernd betrieben wird und unter gleichzeitiger Forcierung der militärischen Option. Denn so bleibt im Dunkeln, welches Ziel Wirtschaft und Politik eigentlich verfolgen. Glauben sie wirklich an ein solares Projekt des Friedens und der Nachhaltigkeit, oder verlassen sie sich doch lieber auf die Androhung von militärischer Gewalt?

Solange es auf diese Frage keine klare Antwort gibt, bleiben Maßnahmen zugunsten erneuerbarer Energien nach innen wie nach außen weitgehend wirkungslos. Man ahnt, dass die politischen und ökonomischen Kräfte, die über unsere Zukunft entscheiden, nicht wirklich an diese Lösung glauben. Es gibt sogar guten Grund für die Vermutung, dass manche sie gar nicht wollen. Wenn die solare Option eine echte Wende herbeiführen soll, dann muss sie mit ganzem Einsatz verwirklicht werden – eben als nationales Projekt. Dank seines Reichtums und seiner technologischen Kraft ist Deutschland dafür besser als andere Staaten gerüstet.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Der dafür notwendige Aufwand an technologischem und organisatorischem Können ist vergleichsweise gering. Entscheidend ist die geistige Wende. Denn damit gibt ein Staat der übrigen Welt zu

erkennen, dass er die Abkehr vom Machtsyndrom wagt, vom apokalyptischen Wettrennen der Nationen. Wer diesen Schritt als erster vollzieht, zeigt der restlichen Menschheit, dass er den eigenen Reichtum nicht länger mit dem Zugriff auf die Ressourcen anderer erkaufen will. Wer der bisherigen Politik des Konflikts eine bewusste Absage erteilt, gibt ein Signal, das von allen verstanden wird.

Für ein anderes Deutschland

Ein solches Signal geht weit über die bloße Umstellung auf eine andere Art der Energieversorgung hinaus. An sich spielt diese für die meisten von uns ja kaum eine Rolle. Wir verbrauchen Heizstoffe, Strom und Sprit wie das tägliche Brot, ohne uns besondere Gedanken darüber zu machen. Erst durch ihre nicht-technologischen Folgen gewinnt die Umstellung eine tiefere Bedeutung. Indem wir einen Hauptgrund für mögliche künftige Kriege beseitigen – die Rivalität um Öl und Gas, das Lebensblut der industriellen Gesellschaften –, geben wir dem Zusammenleben der Nationen eine neue Richtung. Natürlich bleiben immer noch genug Konfliktstoffe übrig, der religiöse Fundamentalismus zum Beispiel oder ethnische Spannungen. Doch viele dieser Probleme hängen eng mit der ungleichen Verteilung von Reichtum zusammen, die wiederum viel mit der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu tun hat. Auch wenn keine einzelne Maßnahme jemals ausreichen wird, um alle Gründe für mögliche Konflikte aus der Welt zu schaffen, dürfen wir durchaus behaupten, dass mit dem Ende der Ressourcenabhängigkeit einer der Hauptgründe beseitigt würde. Die solare Wende ist Grundlage und Garant für eine künftige Friedensordnung.

Zugleich aber trägt sie wesentlich dazu bei, schon hier und jetzt einige der verderblichen Tendenzen der Weltwirtschaft zu mildern. Globalisierung in ihrer heutigen Form ist im Westen für die Mehrheit der Bevölkerung gleichbedeutend mit Demontage. Sie führt dazu, dass der Lebensstandard der am wenigsten wohlhabenden Schichten schrittweise demjenigen der weltweit billigsten Konkurrenten angepasst wird. Die westlichen Staaten müssen gegeneinander und mit den Billiganbietern um die versiegenden Rohstoffe konkurrieren. Die solare Wende setzt dieser Mechanik ein Ende und damit auch dem erzwungenen Export. Wer die Rohstoffe der anderen nicht länger benötigt, braucht für diese auch nicht mit exportierten Waren zu bezahlen. Er muss sich daher nicht mehr am Rennen um die Senkung der Kosten beteiligen.

Das eröffnet eine völlig neue Perspektive. Solange Staaten ohne bestimmte Güter aus anderen Staaten nicht überleben können, führt der Handelsverkehr zwischen ihnen regelmäßig zu Spannungen und Erpressungsversuchen, oft sogar zu militärischen Drohgebärden. Entweder versuchen die von Rohstoffzufuhr abhängigen

Staaten die Lieferanten unter ihre Kuratel zu stellen – das geschieht heute durch die militärische Kontrolle des »globalen Balkans«. Oder sie müssen umgekehrt damit rechnen, dass die Exporteure ihre Position nach Belieben als Druckmittel verwenden. Das geschah in den beiden Ölkrisen der siebziger Jahre und könnte in nächster Zeit durch den Iran geschehen, wenn der Westen mit Sanktionen oder gar militärische Maßnahmen gegen ihn vorgeht. In einem von den Fanatikern beider Seiten geschürten »Kampf der Kulturen« kann uns die Ölwanne jederzeit von neuem bedrohen. Denn ein Handel, der auf Abhängigkeiten zwischen politisch und ökonomisch konkurrierenden Nationen beruht, ist in den seltensten Fällen gerecht. Er pflegt vor allem dann ungerecht und spannungsgeladen zu sein, wenn die Abhängigkeit existentielle Interessen betrifft. Genau das ist bei Erdöl und Erdgas der Fall.

Hier kann uns die solare Wende zu einem wirklichen Neubeginn verhelfen. Ein Staat, der die von ihm benötigte Energie auf seinem eigenen Territorium hervorbringt, kann auf einen durch Abhängigkeiten geprägten Handel verzichten. Er braucht nicht länger am Wettlauf um die billigste Produktion teilzunehmen und kann sich auf jenen Tausch beschränken, der allen Beteiligten eine Steigerung des Wohlstands beschert.¹¹¹

Doch das ist wohlgerneht nur eine Chance. Das weltweite Wettrennen um die billigsten Angebote würde auch für den Solarstaat nicht von einem Tag auf den anderen der Vergangenheit angehören. Es ist theoretisch durchaus möglich, dass das ökonomische Dumping nach der Energiewende weiterbesteht. So wie das investierende Finanzkapital die Globalisierung betrieb, *noch bevor* das Wettrennen um knapper werdende Rohstoffe daraus eine objektive Notwendigkeit machte, kann es diese Politik fortsetzen, wenn die objektive Notwendigkeit dafür in einem Solarstaat *nicht mehr* besteht. Dann hätte Deutschland in einer großen Kraftanstrengung zwar das nationale Projekt der Energieautonomie realisiert, doch es würde ihm nach wie vor nicht gelingen, sich aus dem globalen ökonomisch-

¹¹¹ Problematisch war und ist der klassische Handel, der im Tausch von Rohstoffen gegen industrielle Produkte besteht und bis gegen Ende des Zweiten Weltkriegs 60 Prozent des internationalen Handels ausmachte (Condliffe, Commerce, S. 778). Die Lieferanten von Rohstoffen sind, wenn sie nicht eine monopolartige Stellung bei lebenswichtigen Ressourcen besitzen und militärisch mächtig sind wie etwa Saudi-Arabien, ihren hochindustrialisierten Kunden in der Regel weit unterlegen. Die Geschichte der Rohstofflieferanten ist eine des Unglücks, wie vor allem das Beispiel Afrika zeigt. Ganz ohne Probleme ist Handel nur dann, wenn keine Seite der anderen die Bedingungen diktieren kann und er dazu dient, die Vielfalt an Gütern bei allen Beteiligten zu steigern. Wenn Deutschland aus Saudi-Arabien Datteln oder Feigen bezieht und im Gegenzug Weizen oder Kartoffeln liefert, wird der Lebensstandard hier wie dort gehoben. Der Handel bereichert, aber es besteht keine Abhängigkeit. Dasselbe gilt generell für den Handel zwischen gleich starken und gleich reichen Partnern – wenn etwa Amerikaner und Deutsche sich gegenseitig mit den von ihnen (und nicht mit billiger Arbeit in Asien!) produzierten Autos beliefern. Wäre dieser Handel wegen des notwendigen Seetransports nicht ökologisch so bedenklich, ließe er sich grundsätzlich positiv bewerten, da er den Kunden größere Auswahl verschafft. Abhängigkeiten sind nur innerhalb von politisch und sozial geeinten Gebieten von Nutzen – dann spricht man von Arbeitsteilung. Doch die funktioniert eben nur innerhalb eines Staates oder Staatenbundes, weil der Interessenausgleich hier nicht durch Drohgebärden oder Gewalt erfolgt, sondern über demokratisch gewählte Institutionen.

militärischen Wettrennen auszuklinken. Denn deutsche Investoren würden ihr Geld weiterhin dort anlegen, wo es ihnen die größten Profite bringt, also nicht im eigenen Land mit seinen weitgehend gesättigten Märkten, sondern in den rasant wachsenden Volkswirtschaften der Schwellenstaaten. Und dort würden sie eben immer noch für den deutschen Markt produzieren lassen. Lohn- und Kostendumping würden den Lebensstandard bei uns also weiter nach unten drücken.

Unter diesen Bedingungen würde auch die Einschläferung der Bevölkerung durch Politik und Medien fortgesetzt werden. Man würde den außereuropäischen Export weiter als Wachstumsmotor rühmen, obwohl er doch nur die Vermögen einer Minderheit wachsen lässt, während das Arbeitsangebot für die Mehrheit sich ständig vermindert. Der Blick bliebe angestrengt auf den Erfolg des von Großkonzernen getragenen Hightechsektors gerichtet, während der flächendeckende Niedergang von kleinen und mittleren Betrieben schlichtweg übersehen würde. Zwar wäre für alle erkennbar, dass eine Schwemme von Billiggütern die heimischen Industrien zerstört und massenweise Arbeitsplätze beseitigt, doch über diesen Verlust würde man sich weiterhin damit hinwegtrösten, dass die aus dem Ausland bezogenen Güter so viel billiger sind. Damit wird die industrielle Demontage den Menschen ja heute schon versüßt.

Der Ausverkauf würde also einfach fortgesetzt werden. Weiterhin stünde die Politik im Dienste einer sich – vorläufig noch – bereichernden Minderheit, statt den Interessen der Mehrheit zu dienen. Doch ein wesentlicher Unterschied wäre dann unübersehbar: Für diese Politik gäbe es dank der erreichten Energieautonomie keine objektive Notwendigkeit mehr. Sie wäre nun leicht als Machtstrategie einer Minderheit zu entlarven. Investoren und große Konzerne würden nach wie vor ihrem Eigeninteresse folgen, aber die deutsche Intelligenz, vertreten durch die führenden Medien, dürfte den industriellen Abbau dann kaum mehr als unabänderliches Schicksal akzeptieren. Die neoliberale Politik könnte die Durchsetzung privater Interessen nicht länger als Zwangsläufigkeit ausgeben.

Solare Wende und Weltmarkt

Das Fazit aus den bisherigen Ausführungen ist klar: Die solare Wende darf keinesfalls bei der Energieautonomie stehen bleiben. Sie bietet die zusätzliche Chance, auch aus dem verderblichen ökonomischen Wettrennen auszusteigen (vom militärischen wird noch die Rede sein).

Dieses Wettrennen ist die eigentliche Ursache für die Misere Deutschlands und der anderen frühen Industrienationen. Als das Wachstum der deutschen Wirtschaft gegen Ende der Sozialstaatsphase im Vergleich zu den Schwellenstaaten immer geringer wurde, investierten die Anleger ihr Geld zunehmend weniger im

eigenen Land. Die vielbeschworene Dienstleistungsphase konnte daher gar nicht erst zum Durchbruch gelangen. Sie existiert größtenteils bloß in der Theorie. Nur für Investitionen in Forschung und Entwicklung der großen Konzerne war im eigenen Land noch Geld vorhanden, denn dadurch wurden hochprofitable Lizenzen und exportfähige Dienstleistungen hervorgebracht. Für die große Mehrheit der im internationalen Vergleich nicht mehr oder kaum noch rentablen Betriebe aber war Kapital nicht länger verfügbar. Immer mehr Arbeitsplätze wurden abgebaut, immer weniger neu geschaffen. Gleichzeitig schmolzen die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen – für die sozialen Sicherungssysteme und den Ausbau der Infrastruktur fehlen seither überall die Mittel. Der Staat füllt die klaffenden Lücken, indem er sich immer mehr verschuldet. Gewiss, in Deutschland hat die Wiedervereinigung zur Verschärfung der Situation beigetragen, doch diese Übel hervorgebracht hat sie nicht.

Denn die Entwicklung betrifft alle frühen Industrienationen. Haben die großen Kapitalbesitzer die Möglichkeit, im wachstumsstarken Ausland jährliche Renditen von 10 Prozent oder mehr zu erzielen, werden sie sich nicht mit dürftigen zwei Prozent im Inland abspeisen lassen. Jenes Zehntel der deutschen Bevölkerung, das etwa 55 Prozent des gesamten Geldvermögens besitzt, verlangt für sich im Inland ähnlich gute Konditionen – werden sie nicht geboten, dann kehren die Investoren Deutschland eben den Rücken. Da aber in einer weitgehend gesättigten Wirtschaft, die insgesamt gerade noch um ein bis zwei Prozent jährlich wächst, nur wenige Unternehmen ein Wachstum von 10 Prozent erreichen, läuft das Verhalten der Großanleger faktisch darauf hinaus, dass der heimischen Wirtschaft die entsprechenden Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen.

Im Lande bleibt nur noch das Geld der kleinen Sparer. Besser gesagt, muss es dort bleiben, weil die übrigen 90 Prozent der Deutschen bislang nicht die Möglichkeit haben, ihr Geld gewinnbringend jenseits der Grenzen anzulegen. Ob sie wollen oder nicht, sie haben sich mit Zinsen zufrieden zu geben, die in der Regel nicht einmal die Inflationsrate ausgleichen. Dieser Benachteiligung der kleinen Sparer verdankt unsere Wirtschaft ihr Überleben. Denn immerhin blieben Deutschland aus diesem Grund an die 45 Prozent der vorhandenen Mittel als Investitionsmasse erhalten. Doch das könnte sich in nächster Zeit ändern, weil die Banken inzwischen dazu übergehen, auch das Spargeld der kleinen Leute an Hedge- und Pensionsfonds weiterzureichen. Dass die hohen Zinsmargen dann weniger den Kleinanlegern selbst als vielmehr den großen Aktionären der Banken zufallen, ließe sich noch verschmerzen. Wirklich bedrohlich ist dagegen der Umstand, dass diese

bisher weitgehend vor Ort angelegte Hälfte des Investitionsvolumens unserem Land dann auch noch verloren geht.¹¹²

Nein, die solare Wende kann gegen einen solchen Trend unmittelbar gar nichts bewirken. Sie entzieht ihm jedoch die objektive Basis, nämlich die bislang bestehende Notwendigkeit, im Wettrennen der Nationen die eigenen Produktionskosten sukzessive zu senken, um die Energielieferanten mit ebenso günstigen Produkten bezahlen zu können wie die billigsten Anbieter. Sobald diese Notwendigkeit wegfällt, ist Europa nicht länger gezwungen, seine Preise immer weiter zu reduzieren. Es muss nicht immer mehr eigene Industrien opfern, weil diese die ihnen aufgenötigte Preisreduktion nur bis zu einer bestimmten Grenze verkraften können. Alles, was den Druck des Weltmarkts aufzuheben oder auch nur abzuschwächen vermag, trägt daher zur Wiederbelebung unserer Wirtschaft bei – und dafür kann die solare Wende die nötige Grundlage liefern.

Damit ist sie langfristig auch das geeignetste Instrument, um dem gemeinsamen Übel westlicher Staaten, der zunehmenden Polarisierung zwischen Arm und Reich, zu begegnen. Wir haben gesehen, dass die Deutschen bei ihren Einkäufen heute im Schnitt jeden dritten Euro für Zinsen der Unternehmen bezahlen und damit ziemlich genau den Betrag der Lohnsteuer ein zweites Mal entrichten – aber nicht an den Staat, sondern an andere Privatpersonen, im Wesentlichen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung.¹¹³ Letztere verdienen also nicht nur an der

¹¹² Und es kommt noch hinzu, dass die Banken in Deutschland, allen voran die Commerzbank, ihre an mittlere und kleine Unternehmen vergebenen Kredite neuerdings mit Rabatt an ausländische Hedgefonds verkaufen. Diese üben bei Fälligkeit dann Druck auf die Unternehmen aus, um sie sobald wie möglich schlucken zu können. In Einzelfällen kann eine solche Übernahme tatsächlich zu einer sinnvollen Sanierung führen, meistens aber dient sie ausschließlich dem Renditebedürfnis der Hedgefonds-Aktionäre. Das könnte sich nach einiger Zeit als verheerend für den einzigen noch weitgehend intakten Teil der deutschen Wirtschaft erweisen.

¹¹³ Vgl. Anm. 82. Den Umfang des Zinsstroms von den unteren 90 zu den oberen 10 Prozent der Bevölkerung habe ich in einer bislang unveröffentlichten Studie über das Geldsystem (»Das Pyramidenspiel«) errechnet. Ich beziehe mich dabei auf ältere Arbeiten von Wolfram Engels, Horst Mierheim, Lutz Wicke und Meinhard Miegel sowie auf neuere Untersuchungen der BBE-Unternehmensberatung und von Helmut Creutz, der die Salden von Zinserträgen und -lasten für zehn nach Einkommen und Vermögen gestaffelte Haushaltsklassen untersuchte. Neben den Datenerhebungen der US-amerikanischen Investmentbank Merrill Lynch und denen des Statistischen Bundesamts habe ich auf die Studie von Hauser und Becker zurückgegriffen (Richard Hauser und Irene Becker, Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 2001). Dem German Wealth Report 2000 von Merrill Lynch / Cap Gemini Ernst & Young zufolge (siehe www.de.capgemini.com) befinden sich 55 Prozent der deutschen Geldvermögen in der Hand von 10 Prozent der Bevölkerung, dementsprechend 45 Prozent in der Hand der restlichen 90 Prozent. Bereits 1998 ermittelte eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts für die oberen 10 Prozent einen Anteil von 48 Prozent.

Aus diesen Daten lässt sich Folgendes ableiten: Der Anteil der 90-Prozent-Gruppe an den *Zinsgewinnen* kann ebenfalls nur 45 Prozent betragen, für das Jahr 2001 also 172 Milliarden Euro (bei einem gesamten Zinsertrag der Banken von 382 Mrd. €). Da die reichste Gruppe im Schnitt aber einen wesentlich günstigeren Zinssatz für ihre langfristigen Kapitalanlagen erhält (in der Regel liegen die Zinsen hier doppelt so hoch wie bei Kleinanlegern), verschiebt sich das tatsächliche Verhältnis. Bei vorsichtiger Schätzung erhalten die unteren 90 Prozent bestenfalls 151 Mrd. € (siehe unten). Von diesen Gewinnen ist allerdings rund ein Fünftel als Gewinn der Banken abzuziehen (die Bankmarge ist die Differenz zwischen den – von den Kreditnehmern über die Preise erwirtschafteten und an die Banken abgeführten – Zinserträgen und den tatsächlich an die Gläubiger ausgeschütteten Zinsen, den sogenannten Zinsaufwendungen der Banken). Während die Zinserträge sich 2001 auf die genannten 382 Mrd. €

industriellen Auslagerung, sondern im Inland noch zusätzlich an einem gewaltigen Zinsstrom von unten nach oben. Und mit diesem Zinsstrom können sie so lange rechnen, wie ihnen eine uneingeschränkte Veranlagung ihrer Mittel im Ausland die größeren Profite verschafft.

Das Ideal der Selbstgenügsamkeit

Der solare Staat strebt Autonomie auf möglichst vielen Gebieten an. Er ist selbstgenügsam. Natürlich nicht, wenn er die Größe Andorras hat, sehr wohl aber, wenn er die geographischen Ausmaße der Europäischen Union besitzt. Er ist dann so selbstgenügsam, wie es der Globus als Ganzer schon immer war und allen Science-fiction-Phantasien zum Trotz wohl immer bleiben wird.

Selbstgenügsamkeit ist natürlich kein Ziel an sich und sollte schon gar nicht mit Provinzialismus verwechselt werden. Die menschliche Spezies lebt seit ihrer Entstehung vom permanenten Austausch des Wissens und Könnens. Der Einzelne wie auch jede Gesellschaft vermehren das eigene Potential, indem sie die kulturellen, wissenschaftlichen und technologischen Anregungen ihrer Nachbarn aufgreifen. Insofern ist die Menschheit schon seit Jahrtausenden ein geistig pulsierender Organismus, dessen Blut, bestehend aus Ideen und Visionen, ständig von einem Teil in den anderen gepumpt wird. Die gewünschte Selbstgenügsamkeit darf sich daher nicht auf den positiven Aspekt dieses Austausches erstrecken. Sie gilt nur für den Handel als Mittel der Aggression im Wettrennen der Nationen um die größere ökonomische und militärische Macht. Denn dieser Handel stellt heute eine akute Gefahr dar. Eine Welt, in der immer mehr Staaten über Massenvernichtungswaffen verfügen, kann sich die daraus erwachsenden Spannungen nicht länger leisten.

beliefen, waren die Zinsaufwendungen mit 303 Mrd. € um ein Fünftel geringer. Die tatsächlichen Zinsgewinne der unteren 90 Prozent sind also um ein Fünftel zu reduzieren. Sie betragen dann nur noch 121 Mrd. €.

Von diesen Zinsgewinnen sind die *Zinsverluste* abzuziehen, welche die 90-Prozent-Gruppe über die Preise erleidet. Zu diesem Zweck muss man den Anteil beider Bevölkerungsgruppen an den gesamten Haushaltsausgaben ermitteln, die sich 2001 auf 1218 Mrd. € beliefen. Aus der oben genannten Untersuchung im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums geht hervor, dass 1998 90 Prozent der Haushalte über 78 Prozent der Einkommen verfügten, 10 Prozent der Haushalte über den Rest von 22 Prozent. Die Einkommensverteilung ist natürlich nicht identisch mit den Konsumanteilen, da ein Teil des Einkommens gespart wird, außerdem gelten diese Zahlen nur für die alten Bundesländer und nur bis 1998. Da aber keine anderen statistischen Unterlagen vorhanden sind und der für die Mehrheit ungünstige Zinssaldo sich bei Berücksichtigung der dadurch bewirkten Fehler zusätzlich verschärfen würde, fällt dieser Mangel der statistischen Grundlagen kaum ins Gewicht. Die gesamten Zinsabgaben über die Preise (die sich für beide Gruppen auf die schon genannte Summe der Zinserträge von 382 Mrd. € addieren) entsprechen dann dem Konsumanteil beider Gruppen. Der Zinsverlust für die 90-Prozent-Mehrheit beläuft sich demnach auf etwa 298 Mrd. € ($382 \text{ mal } 0,78$). Zieht man diese Summe von den zuvor ermittelten Zinsgewinnen in Höhe von 121 Mrd. ab, so ergibt sich ein Fehlbetrag von 177 Mrd. €. Das ist also die Summe, die den reichen 10 Prozent der Bevölkerung jährlich zufließt. Diese 177 Mrd. € werden der Bevölkerungsmehrheit effektiv entzogen und nach oben umverteilt.

Der Austausch, der alle zu Gewinnern macht – und das ist vor allem der geistige Austausch –, bildet den segensreichen Aspekt der Globalisierung. Der Austausch, der die Menschheit permanent in Gewinner und Verlierer spaltet, ist der Fluch der Globalisierung. Die solare Gesellschaft ist in der Lage, diesen Fluch zu bannen, indem sie nicht nur Energie und Nahrung auf eigenem Territorium erzeugt, sondern auch die in mehr als einem Jahrhundert mühsam errungene Selbständigkeit auf industriellem Sektor so weit aufrechterhält, dass sie nicht in Abhängigkeit von Staaten außerhalb ihres politisch geeinten Gebiets gerät.

Auch eine solche Abhängigkeit muss an sich natürlich nicht verwerflich sein. Unter einer Weltregierung wäre es durchaus möglich, dass afrikanische Staaten nur ihre Landschaften hegen, Tourismus betreiben und ihre Wüsten für die Nutzung der Sonnenenergie zur Verfügung stellen –oder Europa sich in erster Linie darauf konzentriert, seine kulturellen Schätze für Besucher aus aller Welt zu pflegen. Industrieproduktion wäre dann nur noch in einem kleinen Teil der Erde zu finden, zum Beispiel in China. Oder die gesamte Erzeugung von Nahrungsmitteln auf dem amerikanischen Doppelkontinent. Gelänge es einer Weltregierung, dafür zu sorgen, dass alle aus ihrer jeweiligen Tätigkeit annähernd das gleiche Einkommen beziehen, dann könnten die einzelnen Regionen der Erde auf eine Autonomie bei Landwirtschaft, Industrie oder Dienstleistungen ohne Bedenken verzichten.

Doch eine solche Weltregierung ist heute erst in Ansätzen vorhanden: den wenigen einstimmig gefällten Entscheidungen des Weltsicherheitsrats. Vorerst hat der Verzicht auf Autonomie bei Landwirtschaft und industrieller Erzeugung nur den Aufstieg der einen und den Niedergang der anderen Länder zur Folge. Deswegen ist es eine der positiven Erwartungen an die solare Wende, dass sie die Wirtschaft nach und nach wieder unabhängig vom Diktat des Weltmarkts macht. Die Wirtschaft braucht sich ihm nicht länger zu beugen, weil sie nicht mehr abhängig von ihm ist. Niemand kann einen ökonomisch unabhängigen Staat zwingen, seine Preise für Autos, Fernseher oder Kameras an den Preisen von Staaten auf der anderen Seite des Globus auszurichten. Die industrielle Produktion kehrt dorthin zurück, wo die geistige bis heute geblieben ist. Ärzte, Professoren und Künstler bieten ihre Leistungen seit jeher vor Ort an. Keiner nötigt ihnen das Preisniveau von Billiganbietern auf. Und dieselbe Autonomie gilt bis heute noch weitgehend für die Bauern, solange die Regierung sie bewusst gegen billige Einfuhren schützt. Das Prinzip der Autonomie muss auch wieder für die materielle Gütererzeugung gelten.¹¹⁴

¹¹⁴ Die weitere industrielle Demontage wird dann zusätzlich durch steigende Kraftstoffpreise eingedämmt werden. Gegenwärtig herrscht hier ja eine absurde Situation. Der internationale Flug- und Seeverkehr schluckt etwa 15 Prozent des gesamten weltweiten Jahresölverbrauchs – vorerst noch mit steigender Tendenz. Durch Steuerbefreiungen für Treibstoffe wird der internationale Warenverkehr dem nationalen und regionalen gegenüber massiv begünstigt. Der Transport vergleichbarer Warenmengen zwischen Deutschland und den USA oder zwischen

Wie die Politik der Selbstzerstörung begann

Skepsis ist allerdings angebracht bei der Frage, ob Deutschland oder gar die Europäische Union gegen inneren und äußeren Druck in der Lage sein werden, in dieser Hinsicht eine unabhängige Politik zu betreiben.

Sieht man von der ehemaligen Weltmacht Großbritannien ab, so haben im westlichen Lager während der vergangenen zweihundert Jahre nur die USA über längere Zeit wirklich unabhängig vom Druck anderer Länder gehandelt. Bis gegen Mitte des 20. Jahrhunderts konnten sie sich vom Wettrennen der Nationen fernhalten – das erlaubte ihnen ihre geographisch günstige Lage weitab von Europa, dem damaligen Zentrum der Welt. Vor der Erfindung von Atombomben und Interkontinentalraketen brauchten sie keine äußeren Angriffe zu fürchten. Sie befanden sich daher auch in der vorteilhaften Situation, eine souveräne Wirtschaftspolitik betreiben zu können.

Zur selben Zeit, als Großbritannien gegenüber der restlichen Welt den Freihandel pries und diesen notfalls auch mit militärischem Druck erzwang, umgaben die USA ihre Wirtschaft mit einer schützenden Mauer. Sie waren der protektionistische Staat schlechthin. Ein ganzes Jahrhundert lang, vom Ende des Bürgerkriegs bis zum Zweiten Weltkrieg, schirmten sie ihre Industrien durch hohe Einfuhrzölle vor fremder Konkurrenz ab. »Der Verzicht der amerikanischen Regierung auf eine protektionistische Politik würde nur zur Vermehrung von nutzloser Arbeit und Müßiggang führen und daher im selben Maße auch Armut und wirtschaftlichen Ruin unter den Amerikanern erzeugen«, hatte schon Präsident Abraham Lincoln seine Landsleute gewarnt.¹¹⁵ Die Amerikaner waren klug genug, sich nicht um die ideologischen Vorgaben aus Europa zu kümmern. Sie trieben ihre eigene Politik, indem sie auf Waren, die den heimischen Produzenten gefährlich werden konnten, bis zu 50 Prozent Einfuhrzoll erhoben. Protektionismus ist sinnvoll, sofern er berechtigten Eigeninteressen dient, ohne berechtigten Fremddinteressen zu schaden.

Diese Politik änderte sich ziemlich abrupt gegen Mitte des 20. Jahrhunderts. Nachdem der Krieg in Europa die dortigen Industrien weitgehend vernichtet hatte, brauchten die Amerikaner keine ökonomische Konkurrenz mehr zu fürchten. Die Mauer um ihre eigene Wirtschaft war überflüssig geworden. Jetzt waren sie im

Deutschland und China ist billiger als der zwischen Nürnberg und Flensburg (vgl. Scheer, Weltwirtschaft, S. 303). Diese Verzerrung hat überhaupt erst zum Aufstieg weltbeherrschender Konzerne geführt, in deren Händen heute etwa zwei Drittel des globalen Handels liegen. Mit dem Versiegen der fossilen Rohstoffquellen kommt die Kostenwahrheit wieder zu ihrem Recht. In der Solarwirtschaft werden die im Nahbereich erzeugten Produkte wieder billiger sein als jene, die aus der Ferne kommen.

¹¹⁵ Übersetzung GJ. Originalzitat von Abraham Lincoln: »I proceed to try to show that the abandonment of the protective policy by the American Government must result in the increase of both useless labour and idleness; and so, in proportion, must produce want and ruin among our people« (http://lcweb2.loc.gov/mss/mal/maltext/rtf_orig/mal001_4.rtf).

Gegenteil daran interessiert, dass die anderen keine Mauern gegen amerikanische Produkte errichteten. Pragmatisch und unideologisch, wie die Amerikaner seit jeher waren, schalteten sie sozusagen über Nacht vom strikten Protektionismus auf den Freihandel um. Dem Rest der Welt gegenüber wurde diese Doktrin nun ebenso lautstark wie vorher die der Schutzpolitik als alleinseligmachende Wahrheit verkündet. Dabei folgten Politik und Wissenschaft bereitwillig den Interessen der Industrie. Und die entsprachen jetzt denen Großbritanniens auf dem Höhepunkt seiner industriellen und militärischen Vormachtstellung im 19. Jahrhundert. In beiden Fällen lautete die Botschaft an die übrigen Länder: »Öffnet eure Märkte für unsere Produkte.«¹¹⁶

Diese ideologische Wendigkeit, welche die geltende ökonomische Lehre am jeweiligen nationalen Vorteil ausrichtet, sollte man jedoch nicht überbewerten. In den USA ging sie schon immer Hand in Hand mit einem Idealismus, der den bewundernswerten Teil der amerikanischen Geschichte bildet. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Amerikaner nicht nur genommen, sie haben auch gegeben. Einerseits drängten sie der übrigen Welt die Lehre vom Freihandel auf, gegen die sie sich selbst so lange zur Wehr gesetzt hatten, andererseits ließen sie dem verwüsteten Europa – Siegern wie Besiegten – eine Hilfe von historisch einmaliger Großzügigkeit zukommen. Der Marshallplan war nicht nur weitgehend selbstlos, er lief den ökonomischen Interessen der USA sogar schon bald zuwider, weil er der Konkurrenz auf die Beine half.

Die Unbekümmertheit in ideologischen Fragen haben sich die Vereinigten Staaten bis heute bewahrt. Der freie Handel, den sie während des vergangenen halben Jahrhunderts am lautesten propagierten, bringt der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung inzwischen immer weniger Nutzen. Seit etwa zwanzig Jahren trägt er sogar wesentlich zur ökonomischen Schwächung des Landes bei, weil die übrige Welt ihre Produkte nahezu ungehindert auf dem immensen amerikanischen Markt absetzen und die dortigen Industrien mit unschlagbaren Preisen vernichten kann. Die gewaltigen Rostgürtel (rust belts), die sich heute entlang der ehemaligen

¹¹⁶ Es ist bemerkenswert, dass dieser Ideologiewechsel im Dienst der eigenen Interessen von einem Mann vorausgesehen wurde, der 1869 Präsident der Vereinigten Staaten wurde – von General Ulysses Simpson Grant, dem Helden des Bürgerkriegs: »Über Jahrhunderte hinweg hat England auf die Protektion seiner eigenen Wirtschaft gesetzt, dieses Prinzip zu äußerster Konsequenz getrieben und damit befriedigende Ergebnisse erzielen können. Ohne Zweifel verdankt England seine gegenwärtige Stärke ebendiesem System. Nach zweihundert Jahren dann schien es England genehm, das Prinzip des Freihandels zu übernehmen, weil es sich von der Protektion nichts mehr versprach. Nun denn, verehrte Herrschaften, was ich über mein eigenes Land weiß, bringt mich zu der Überzeugung, dass auch Amerika in zweihundert Jahren, wenn es von der Protektion alles bekommen hat, was sie bietet, das System des Freihandels übernehmen wird.« Grant irrte sich nur insofern, als dieser Wechsel sogar schon nach hundert Jahren erfolgte. André Gunder Frank, *Capitalism and Underdevelopment in Latin America*, New York 1967, zitiert nach Ha-Joon Chang, »Über die Geschichte des wirtschaftlichen Protektionismus«, *Le Monde diplomatique*, Juni 2003, S. 12f.

Industriezonen erstrecken, sind das unübersehbare Ergebnis dieser Attacken.¹¹⁷ Es hat keine ideologischen Gründe, dass die Amerikaner weiter am Freihandel festhalten. Wie wenig weltanschauliche Erwägungen in Wirklichkeit gelten, hatte schon Reagan bewiesen. Während er sich in seinen Reden als entschlossener Verfechter des freien Handels ausgab, hatte er keine Bedenken, die nationale Auto- und Computerindustrie gegen die Konkurrenz der damals übermächtigen Japaner zu schützen, indem er von ihnen eine »freiwillige Selbstbeschränkung« bei den Exporten erzwang.¹¹⁸ Clinton leitete dann eine aktive Industriepolitik ein, die den Freihandel und den Wettbewerb durch gezielte Subventionen ebenso wirksam umging. Und George W. Bush verzichtet gewiss nicht einer Wirtschaftsdoktrin zuliebe auf Schutzmaßnahmen für die US-Industrie. Er verteidigt die amerikanische Stahlindustrie durch Einfuhrzölle vor japanischer und europäischer Konkurrenz, und er wäre zweifellos bereit, dabei noch viel weiter zu gehen.¹¹⁹ Nicht das Credo des Liberalismus hält ihn davon ab – es sind die konkreten Interessen einer überaus mächtigen Schicht.

Diesseits und jenseits des Atlantiks ist es nicht eine abstrakte Lehre, die den Freihandel als *das* ökonomische Glaubensbekenntnis westlicher Staaten am Leben erhält. Es sind die gemeinsamen Interessen der ökonomischen Eliten. Wie wir gesehen haben, ist diese Schicht sowohl in den USA wie in Deutschland durch eine außerordentliche Vermehrung ihres Reichtums zum eigentlichen Gewinner der Globalisierung geworden. Ihre Macht und ihre Bedürfnisse sind es, welche die Ideologie des Freihandels weiterhin stützen.

Anfang der achtziger Jahre waren die USA an einen kritischen Punkt gelangt. Das Land hatte seinen industriellen Vorsprung gegenüber Japan und Europa weitgehend eingebüßt und so an relativer Stärke verloren. Die Wirtschaft wuchs nur noch mäßig, amerikanische Investoren erzielten im eigenen Land immer weniger

¹¹⁷ Vgl. Batra, Myth, wo der Zusammenhang zwischen Freihandel und Wohlstandsverfall für die USA statistisch belegt wird.

¹¹⁸ Zu den positiven Wirkungen der protektionistischen Industriepolitik unter Reagan siehe Luttwak, Weltwirtschaftskrieg. Der Schutz vor japanischer Konkurrenz führte keineswegs, wie es den Voraussagen des ökonomischen Liberalismus entsprochen hätte, zum Absinken des technischen Standards der betreffenden US-Industrien, sondern verschaffte diesen im Gegenteil die notwendige Atempause, um wieder konkurrenzfähig zu werden. Vgl. auch Alan Tonelson, »Beating back predatory trade«, in: Foreign Affairs 73/1994, S. 123–135: »In den USA wurden zugunsten der Automobil-, Halbleiter-, Werkzeug-, Stahl- und Textilindustrie wichtige Einfuhrbeschränkungen in den achtziger und neunziger Jahren erlassen. In allen fünf Industriezweigen ... stiegen die Neuinvestitionen in Fabrikanlagen, Maschinen sowie Forschung und Entwicklung, die Produktivität schnellte in die Höhe, die Qualität verbesserte sich, und die Preiserhöhungen lagen sehr nahe an den Inflationsraten und manchmal sogar darunter.« (Übersetzung GJ) Der damalige Chef des Chip-Giganten Intel, Andrew S. Grove, sagte 1997 in einem Interview: »Die Reagan-Administration hat trotz ihres fast religiösen Verhältnisses zum freien Handel 1986 ziemlich aggressive Aktionen gegen Japan gestartet.« – »Fruchtete es?« – Grove: »Ja. Die Forschung half, und auch das Halbleiterabkommen.« (»Der Champion«, Die Woche, 14.3.1997, S. 26).

¹¹⁹ Gegen schwache Staaten geht man, wie Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz bemerkt, ohnehin rücksichtslos vor: »Die Vereinigten Staaten unterstützen den Freihandel, doch wenn ein armes Land ein einheimisches Produkt in die USA exportieren möchte, gewinnen protektionistische Interessen allzu oft die Oberhand« (Stiglitz, Schatten, S. 203).

Gewinn. Alle Welt sah damals die Vereinigten Staaten im Abstieg, Japan galt als künftige wirtschaftliche Supermacht. Da machten die US-Konzerne eine folgenschwere Entdeckung, die es ihnen erlaubte, das verlorene Terrain wiedergutmachen und ihre ökonomische Vormachtstellung fürs Erste zurückzugewinnen. Statt wie Margaret Thatcher asiatische Unternehmen ins eigene Land zu holen, wo diese dann etwas günstiger produzieren als einheimische Firmen und die europäische Konkurrenz, ließen sie einzelne Komponenten, später auch ganze Produkte gleich in Asien selbst herstellen – zu unschlagbar niedrigen Preisen. Damit verschafften sie sich gegenüber den konkurrierenden Unternehmen anderer westlicher Länder einen außerordentlichen Kostenvorteil. Die Folgen zeigten sich keine zehn Jahre später. Zu Beginn der neunziger Jahre boomte die amerikanische Wirtschaft, das Land schien so stark wie nie zuvor.

Und spätestens jetzt mussten Europa und Japan auf die Herausforderung reagieren. Güter, die bis dahin ausschließlich in Deutschland oder Frankreich hergestellt wurden, gerieten wegen ihrer höheren Preise ins Hintertreffen. Sie verloren ihre Wettbewerbsfähigkeit – nicht nur auf dem US-Markt, sondern auch in Europa selbst, wo sie Gefahr liefen, von den viel billigeren amerikanischen Waren verdrängt zu werden. Ob sie wollten oder nicht, die anderen Industrienationen mussten dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgen, um im Wettbewerb nicht hoffnungslos zu unterliegen. Die eben noch so erfolgreiche Japan-AG – ein nach außen sorgfältig abgeschirmtes und nach innen wohlaustariertes Wirtschaftssystem – musste abgewrackt werden, und die Deutschen, die für ihren rheinischen Kapitalismus so viel Bewunderung errungen hatten, begannen nun ebenfalls mit dem industriellen Ausverkauf. Unter den Bedingungen der Globalisierung hatten sie keine andere Wahl. Denn im Wettrennen der Nationen gibt der schnelle Erfolg des einen den anderen die Richtung vor – unabhängig von den langfristigen Auswirkungen. Vor diesen verschloss man tapfer die Augen. Die ökonomischen Eliten dies- und jenseits des Atlantiks orientierten sich nur an den kurzfristigen Folgen. Für sie war entscheidend, was in den nächsten fünf Jahren oder sogar nur innerhalb des nächsten Quartals geschah.

Die langfristigen Konsequenzen sollten sich freilich schon bald bemerkbar machen – schneller als den Beteiligten lieb sein konnte. Im Wettrennen der Nationen verhält es sich nicht anders als bei der Konkurrenz von Individuen: Nachahmung macht den anfänglichen Vorteil der Pioniere bald zunichte. Schon gegen Ende der neunziger Jahre hatten die Amerikaner ihren Vorsprung wieder verloren. Ihre Konkurrenten machten es ja nun genauso wie sie. Die Euphorie des Booms begann einer wachsenden Beklemmung zu weichen. Die westlichen Staaten hatten sich gegenseitig gezwungen, immer größere Teile ihrer industriellen Produktion nach Asien auszulagern. Einer hatte dem anderen den Eintritt in die

Ausverkaufsphase aufgenötigt. Je weiter der erste ging, desto weiter musste der zweite ihm folgen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts begannen die alten Industrienationen zu ahnen, dass sie sich auf diese Weise zu Verlierern des globalen Rennens machten. Nur um in der gegenseitigen Konkurrenz Vorteile zu erlangen, hatten es Amerikaner und Europäer zugelassen, dass ihre industrielle Basis mitsamt immer größerer Teile der Hochtechnologie an Asien übertragen wurde. Dort entstanden jetzt die neuen Werkbänke der Welt.

Es ist wichtig, sich diese historische Abfolge in Erinnerung zu rufen. Nicht der Wille, den benachteiligten Ländern der Dritten Welt zu helfen, wie die Verteidiger der Globalisierung gern behaupten,¹²⁰ hat die Staaten des Westens in die Ausverkaufsphase schlittern lassen, sondern das ökonomische Wettrennen, das sie gegeneinander führen. Statt überall – in Asien wie bei sich selbst – eine industrielle Entwicklung auf nachhaltiger Basis in die Wege zu leiten, haben sie die Billiglohnländer zu mächtigen Wettbewerbern auf ihren eigenen Märkten gemacht und die notwendige Nachhaltigkeit erst gar nicht in Erwägung gezogen. Die dadurch entstandene Situation ist für alle bedrohlich. Denn die alten wie die neuen Industrienationen konkurrieren erbittert um dieselben schwindenden Rohstoffvorräte. Die Lage der westlichen Länder hat sich dabei jedoch entscheidend verschlechtert. Wenn sie der Erosion ihrer Industrien nicht rechtzeitig ein Ende setzen, werden sie ökonomisch das Rennen verlieren.

Das merken inzwischen auch die Vereinigten Staaten. Sie, die Erfinder der Auslagerung, sind den Folgen der Globalisierung mittlerweile genauso ausgeliefert wie Europa und Japan. Einzelne amerikanische Wirtschaftswissenschaftler wie Ravi Batra haben schon frühzeitig auf die Gefahren hingewiesen. Kein Geringerer als der ehemalige Chef der amerikanischen Notenbank, Paul Volcker, warnte 2001 im US-Kongress: »Es gibt Grenzen für unsere Bereitschaft, die Erosion der eigenen industriellen Basis noch weiter zuzulassen.«¹²¹

Doch auch in den USA lässt sich der industrielle Ausverkauf nur dadurch beenden, dass man ihm die objektive Basis entzieht – die Abhängigkeit von den Ressourcen anderer Länder. In dieser Hinsicht lassen sich neuerdings immerhin Ansätze eines Umdenkens feststellen. Präsident Bush hat seinen Landsleuten in einer Rede zur Lage der Nation Anfang 2006 vorgehalten, dass sie süchtig nach dem Öl anderer Länder seien.¹²² Und er forderte sie auf, nach verlässlicheren und ökologisch unbedenklicheren Energiequellen zu suchen. Solche Töne hatte man seit

¹²⁰ Vgl. Martin Wolf, »Mais pourquoi cette haine des marchés?« (Warum dieser Hass auf die Märkte?), *Le Monde diplomatique*, Juni 1997, S. 14.

¹²¹ »... there are limits to how far we can or should countenance further erosion in our manufacturing base.« Anhörung von Paul Volcker vor dem US-Kongress am 25. Juli 2001, http://banking.senate.gov/01_07hrg/072501/volcker.htm.

¹²² »America is addicted to oil, which is often imported from unstable parts of the world«, Rede zur Lage der Nation am 31. Januar 2006, www.whitehouse.gov/stateoftheunion/2006.

Jimmy Carter nicht mehr von einem US-Präsidenten gehört. Bush nannte das ehrgeizige Ziel, 75 Prozent der gegenwärtigen Ölimporte bis zum Jahr 2025 zu ersetzen. Gewiss – die Ölindustrie erhob sofort die lautesten Einsprüche,¹²³ und Energieminister Samuel Bodman musste schon einen Tag später einräumen, dass Bush diese Zielvorgabe natürlich nicht wörtlich gemeint habe. Aber die Gewichte verschieben sich. Ein Problem, das gestern noch tabuisiert war, wird heute immerhin schon offen zur Sprache gebracht.

Deutschland, das noch stärker von Rohstoffeinfuhren abhängig ist als die Vereinigten Staaten, geht also den richtigen Weg, wenn es bei der Energiewende eine Vorreiterrolle übernimmt. Nur so hat es eine Chance, den verderblichen Auswirkungen des Freihandels zu entkommen. Die Gefahr ist längst erkannt. Wir zögern nur noch mit der richtigen Antwort.

Vom Wegwerfen zum Bewahren

Sobald uns die richtige Antwort gelingt – die Verwirklichung eines *nationalen Projekts der Abkehr von fossilen Rohstoffen*, wie es unter Präsident Carter, einem Vertreter der idealistischen Tradition Amerikas, schon vor einem Vierteljahrhundert entwickelt worden ist –, werden wir uns von den aggressiven Formen des Wirtschaftens verabschieden können. Überall auf der Welt werden die Industriestaaten, einzeln oder in größeren Blöcken vereint, den Weg der Energieautonomie beschreiten, der sie am Ende von der fossilen Abhängigkeit befreit. Und damit entfällt die wichtigste Ursache für die zerstörerische Konkurrenz zwischen ihnen. Darüber hinaus dürfen wir uns davon auch einen tiefgreifenden Wandel in der Mentalität der Menschen erhoffen. Denn ein entscheidender Makel der fossilen Epoche war das Aufkommen einer Wegwerfgesellschaft, der die Achtung vor den Dingen fehlt. Dieser Makel ergab sich zwangsläufig aus dem alles beherrschenden Wachstumsdiktat.

Man muss hier von Zwangsläufigkeit sprechen, denn die Wegwerfgesellschaft beruht ja nicht etwa auf einer psychischen Abnormität, so als hätten die Menschen des Industriezeitalters im Gegensatz zu früheren Generationen in den sie umgebenden Dingen plötzlich keinen Wert mehr entdecken können. Die Wegwerfgesellschaft ging vielmehr aus objektiven Zwängen der fossilen Wirtschaft hervor, wie sie unter den Bedingungen des Machtsyndroms herrschen. Will sich ein Staat im allgemeinen Wettrennen behaupten, so muss seine Wirtschaft wachsen, das

¹²³ Beispielsweise sagte der geschäftsführende Vizepräsident des Ölkonzerns Exxon, Stuart McGill: »Realistisch betrachtet, ist das innerhalb eines für unsere Diskussion relevanten Zeitraums schlicht unmöglich«, www.exxonmobil.com/Corporate/Newsroom/SpchsIntvws/Corp_NR_SpchIntrvw_SRM_020706.asp.

heißt immer größere Rohstoffmengen in Fertiggüter umwandeln. Das verlangt bis heute der Maßstab des Bruttosozialprodukts.

Wie sehr sich die Gesellschaft unter diesem Diktat verändern musste, zeigt der Vergleich mit traditionellen Kulturen, bei denen ein solcher Zwang nicht existiert. Sie brachten im Wesentlichen nur die täglichen Nahrungsmittel hervor. Dem Konsum langlebiger Güter hingegen erlegten sie größte Beschränkungen auf. Häuser und Möbel, ja selbst noch Kleider hielten oft für Generationen. Ein sorgsamer Umgang mit allem, was übernommen und überkommen war, prägte die Menschen. Weder wurde die Neuheit zum Idol erhoben noch das Alte zum Schimpfwort gemacht. Diese Einstellung lässt sich geradezu als Wesensmerkmal traditioneller Gesellschaften begreifen. Im industriellen Zeitalter war sie nicht länger gefragt. Würde eine Firma Fernseher herstellen, die ein halbes Jahrhundert lang in Gebrauch bleiben können, wäre das ihr Todesurteil. Sie müsste sich nach Sättigung des Marktes auflösen. Dauerhafte Gewinne sind nur dann zu erzielen, wenn die gegenwärtig genutzten Güter möglichst schnell durch neue abgelöst werden. Das gilt für alle Unternehmen.

Die dadurch bewirkte Verschwendung funktioniert so lange, wie das fossile Feuer üppig am Lodern ist. In immer schnellerer Folge werden Berge von Waren produziert und kurz darauf als Müll wieder vernichtet. So wird das BSP gleich auf doppelte Weise gesteigert – durch die Produktion wie durch die anschließende Entsorgung, die ja auch als bezahlte Dienstleistung in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingeht. Auf diese Weise wurde ein historisch einzigartiges Phänomen herangezüchtet: eine Mentalität des Abstoßens, Wegwerfens und Vermüllens, die sich, mit wenigen Ausnahmen,¹²⁴ keine frühere Gesellschaft hätte leisten können. Sie war freilich eine Voraussetzung für das außerordentliche Wachstum von Beschäftigung und Wohlstand in den Industriestaaten.

Allerdings müssen wir heute erkennen, dass diese Feststellung nur die halbe Wahrheit enthält. Denn die Verschwendung führt letztlich ja die Aushöhlung des Wohlstands herbei. Der Umschlag muss in dem Moment erfolgen, wenn die Rohstoffe knapper werden. Die Wegwerfmentalität, die das Wachstum von Reichtum und Wohlstand zunächst so sehr begünstigt hatte, trägt von nun an entscheidend zum Niedergang bei. Denn ihretwegen erlischt das fossile Strohfeuer ja noch schneller.

Das Ende der Wegwerfgesellschaft ist dadurch vorprogrammiert. Wir werden entweder vor leeren Rohstofflagern oder vor unbezahlbaren Preisen stehen. Dann

¹²⁴ Eine Ausnahme bildet zum Beispiel der von dem Anthropologen Franz Boas (1858–1942) beschriebene Stamm der Kwakiutl an der Nordwestküste der USA. Während des sogenannten Potlatsch wurden dort in großem Umfang Nahrungsvorräte verschenkt, Decken und Häuser verbrannt, sogar eigene Sklaven niedergemetzelt. Wer am meisten von seinem Besitz vernichtete oder an andere abgab, erwarb das größte Prestige. Das ist nur zu begreifen, wenn man weiß, dass die Kwakiutl über einen Reichtum an Wild und Fischen verfügten wie kaum ein anderes Volk.

gibt es für uns nichts mehr wegzuwerfen. Das ist die eine von zwei Möglichkeiten – die einzige, die uns der gegenwärtige Kurs von Wirtschaft und Politik für die Zukunft in Aussicht stellt.

Die andere besteht in einem freiwilligen und rechtzeitigen Aufbruch. Wir leiten das Ende der Wegwerfgesellschaft auf planvolle Weise ein, indem wir uns zu einem nationalen Projekt entschließen, durch das die fossile Abhängigkeit durch solare Selbständigkeit ersetzt wird. Auch in diesem Fall werden wir zu großen Opfern bereit sein müssen. Zum Beispiel, was das Erscheinungsbild unserer Landschaft betrifft. Zwanzig oder dreißig Windräder in einem einzelnen Park werden manche als ästhetische Bereicherung empfinden. Ein Windpark, der sich auf jeden nutzbaren Winkel der Republik erstreckt – mit durchschnittlich einem Windrad pro Quadratkilometer, wenn die andere Hälfte der Stromversorgung durch Solarzellen erfolgt –, ist kein erhebender Anblick, selbst dann nicht, wenn dadurch das Gespenst von Ressourcenkriegen gebannt wird. Fossile Rohstoffe werden heute zum überwiegenden Teil in fernen Regionen der Erde gefördert. Sieht man von Überlandleitungen ab, hat die bisherige Art der Energiegewinnung das heimische Landschaftsbild kaum in Mitleidenschaft gezogen. Die Nutzung der Sonne dagegen lässt für alle erkennbar werden, dass wir für unseren hohen Energieverbrauch auch einen entsprechenden Preis zu bezahlen haben – und zwar hier bei uns und nirgendwo sonst auf der Welt. Wir können nicht auf dem Gebiet des heutigen Deutschland mehr Energie verbrauchen als die Menschheit insgesamt vor zweihundert Jahren, ohne in unserer Umwelt Spuren zu hinterlassen.

Abschied von heiligen Kühen

Wenn wir die Wegwerfmentalität überwinden, bedeutet dies auch den Abschied von der Verklärung des Neuen. Das Ende der Verschwendung wird ohne die Rückkehr zu langlebigen Gütern kaum realisierbar sein. Wir werden jedoch erkennen, dass unser Lebenskomfort dadurch keine entscheidende Einbuße erleidet. Ein hochwertiger LCD-Fernseher, der ein halbes Jahrhundert lang seine Funktion erfüllt, wird dem Einzelnen nicht weniger Lebensqualität verschaffen als zwanzig Geräte, die er nacheinander in schneller Folge entsorgt. Ein Haus, das zweihundert Jahre halten soll, wie das früher die Regel war, wird mit größerer Umsicht gebaut und bewohnt als eines, dessen Lebensdauer bloß auf zwanzig Jahre angelegt ist. Schon bei einem Unterschied von hundert zu zwanzig Jahren würden wir den gleichen Lebensstandard mit einem Fünftel der Rohstoffe und einem Fünftel an Umweltbelastung erzielen.

Der Übergang zu langlebigen Gütern ist eine logische Folge nachhaltigen Wirtschaftens. Die Langlebigkeit der Güter verringert die Produktionsmenge und

erhöht die Qualität. Es wird produziert, um einen echten Bedarf zu decken, nicht um Massen kurzlebiger Waren mit einem gigantischen Aufwand an Werbung unter die Leute zu bringen.

Das größte Opfer, das uns dabei abverlangt wird, ist wiederum geistiger Natur. Wir werden uns von heiligen Kühen verabschieden müssen – dem BSP und dem Wachstum als höchsten Maßstäben unseres Wohlstands. Denn beide werden zweifellos Einbußen erleiden. Die Zahlen verschlechtern sich, auch wenn unsere tatsächliche Lebensqualität sich dabei erhöht. Das ist die paradoxe Wirkung unseres jetzigen Maßstabs bei der Berechnung des Lebensstandards.

Denn unser Wohlstand wird ja keineswegs gemindert, wenn wir einen Fernseher oder ein Haus fünfmal länger nutzen. Allerdings wirkt sich die geringere Verwandlung von Rohstoffen in fertige Güter in einem Rückgang des Sozialprodukts aus. Auch eine Reduzierung der Notfalleinsätze zur Bergung von Verkehrstoten macht uns ja scheinbar ärmer, weil sie das Sozialprodukt schrumpfen lässt. Mit mehr Toten würden wir stärker wachsen. Ähnliches gilt für den Bereich der Medizin: Wären wir alle bis ins hohe Alter gesund und unsere Krankenhäuser kaum belegt, so würde die deutsche Volkswirtschaft wesentlich ärmer sein. All dies aufgrund eines absonderlichen Maßstabs für Reichtum, der mehr mit kabbalistischer Zahlenmagie zu tun hat als mit einer ernstzunehmenden Beschreibung unserer ökonomischen Wirklichkeit.

Die solare Wende verlangt eine neue Definition von Reichtum und Wohlstand. Sie ist eine Herausforderung an das Denken, während sie unsere physische Existenz weit weniger betrifft. In einem Land wie Deutschland, das auf eigenem Boden mehr als genug Nahrung für die gesamte Bevölkerung hervorbringt, ist das physische Überleben ohnehin gesichert. Auch wenn sie künftig noch zusätzlich Biodiesel und biologisch gewonnenen Dünger erzeugen, werden Deutschlands Bauern nicht weniger Nahrung produzieren als heute. Die Landwirtschaft wird sogar noch gestärkt, wenn sie brachliegende Ackerflächen zur Erzeugung von Biomasse nutzen kann.

Man sollte sich stets vor Augen halten, dass Industrie und Dienstleistungen nur einen Überbau auf dem Fundament der Landwirtschaft bilden. Diese sorgt für das physische Überleben, auch wenn die dort beschäftigten Menschen weniger als zwei Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Solange die Bauern in Deutschland und Europa genug Nahrung für die Bevölkerung produzieren, ist alles Übrige eine Frage der Verteilung. Diese muss durch Markt und Politik richtig gesteuert werden. Die gleiche agrarische Basis kann ebenso gut eine fossile Wegwerfgesellschaft ernähren wie eine solare Gesellschaft der Nachhaltigkeit.¹²⁵

¹²⁵ Unter den Bedingungen einer solaren Regionalisierung kann es der Landwirtschaft dann auch gelingen, sich aus der Umklammerung durch internationale Agrarkonzerne zu befreien. Das gibt den Regionen einen Teil ihrer

Mündige Bürger

Der Übergang zur energetischen Selbstversorgung wird sich auch günstig auf die politischen Verhältnisse im Innern auswirken. Die solare Revolution verhilft den einzelnen Regionen wieder zu mehr Selbständigkeit. Denn die Sonne breitet ihr Licht dezentral über das Staatsgebiet aus, und ebenso dezentral wird sie genutzt. Das bedeutet ein höheres Maß an Verantwortung für die Regionen und letztlich auch für den einzelnen Bürger.

In unseren Tagen ist viel von der Zivil- oder Bürgergesellschaft die Rede und der Eigenverantwortung, die man vom Einzelnen wieder einfordern möchte. Durch staatliche Bevormundung, so zahlreiche Kritiker, sei die Eigeninitiative dermaßen erlahmt, dass von den Bürgern kaum noch ein Aufbruch zu erwarten sei. Ein Sozialstaat, der den Einzelnen von vornherein gegen Misserfolg absichere, sei das Ergebnis einer Fehlentwicklung, die durch die Befreiung des Individuums zu neuer Selbständigkeit korrigiert werden müsse.

Leider bezieht sich diese Betrachtungsweise meistens ziemlich einseitig auf den staatlichen Schutz, der in Deutschland den lohnabhängigen Teil der Bevölkerung vor Armut infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfällen und Erwerbsunfähigkeit im Alter bewahren soll. Nur zu gern wird dabei übersehen, dass etwa der Abbau der vielgeschmähten Lohnnebenkosten an den notwendigen Gesamtausgaben kaum etwas ändert. Zwar lässt sich durchaus darüber streiten, wie man die entsprechenden Mittel am besten erhebt – über Steuern, private Versicherungen oder das gegenwärtig praktizierte Umlageverfahren. Da das Gesundheitswesen oder die Alterssicherung jedoch so oder so finanziert werden müssen, würde der Wegfall staatlicher Regelungen lediglich darauf hinauslaufen, dass dieselben Kosten auf andere Weise zu decken sind. Die Belastung der deutschen Wirtschaft bleibt also in jedem Fall gleich. Wirklich vermindert wird sie nur dann, wenn der Einzelne auf Vorsorge verzichtet oder darauf verzichten muss. Die Folgen, die sich daraus ergeben würden, sollte man aber deutlich benennen. Kommt es nämlich zu einem solchen Vorsorgeverzicht, dann werden die Menschen im Alter als Obdachlose herumirren oder eine unwürdige Existenz in Asylen fristen. Wenn man unter der Befreiung des Einzelnen aus staatlicher Vormundschaft nur den Abbau von Sozialleistungen versteht, dann darf man sich davon kaum einen neuen Aufbruch zu größerer Selbständigkeit erhoffen.

Auch wird gern übersehen, dass die vielbeschworene Freiheit des Bürgers auf andere Weise viel wirksamer erstickt wird. Immer mehr an lokaler Autonomie und

früheren biologischen Vielfalt zurück. Die Landwirtschaft – neben Bildung, Rechtswesen, Politik und Verteidigung bis vor kurzem noch wenig berührt von der Globalisierung – wird auch nach der solaren Wende offen bleiben für globales Wissen und Können, aber sie wird sich der erzwungenen Lenkung von oben besser entziehen können. Diese dient vorrangig den Interessen der großen Konzerne.

Selbstbestimmung ist ihm während der vergangenen fünfzig Jahre genommen worden. Es versteht sich beinahe von selbst, dass der von ihm verbrauchte Strom irgendwo in der Ferne erzeugt wird oder das Wasser aus naheliegenden Quellen von Konzernen verwaltet wird, auf deren Entscheidungen er keinen Einfluss hat. Der Bürger hat sich längst damit abfinden müssen, dass viele Waren des täglichen Bedarfs von der anderen Seite des Globus stammen. Seine Post und seine Telefonverbindungen werden von Unternehmen geregelt, die ihn nicht um seine Meinung fragen. Es könnte demnächst geschehen, dass er seine Kinder auf private Schulen und Universitäten schicken muss, die von transnationalen Firmen verwaltet werden. Manche dieser Entwicklungen sind unvermeidlich, einige sogar wünschenswert innerhalb eines politisch geeinten Territoriums, zu dem sich die EU in Zukunft entwickeln könnte. Aber das trifft nur auf den engen Bereich jener Gemeinschaftsaufgaben zu, die tatsächlich besser zentral als vor Ort geregelt werden. Insgesamt stellt die fortschreitende Einschränkung des Rechts auf demokratische Mitentscheidung die stärkste Form politischer Entmündigung dar. Sie macht den Bürger im eigenen Lebensraum praktisch zu einem Fremden.

Man muss sich verdeutlichen, was das konkret bedeutet. Heute schon sind die Landesparlamente in Deutschland weitgehend überflüssig, weil ihnen kaum noch Kompetenzen verbleiben. »Schleichend, aber stetig entziehen Bund und Europäische Union den Ländern Kompetenzen wie etwa in der Umwelt- und Gesundheitspolitik.«¹²⁶ Und die Entmündigung bleibt nicht auf die politischen Organe der Bundesländer beschränkt, auch vor dem Bundestag macht sie nicht Halt. »Die sogenannten Volksvertreter haben immer weniger zu sagen. Seit Jahren wandern Kompetenzen für Gesetze und Verordnungen nach Brüssel. 80 Prozent aller Wirtschaftsentscheidungen, schätzt der Ex-Verfassungsrichter Paul Kirchhof, fallen inzwischen in der EU-Kommission.«¹²⁷

Es ist unausweichlich und wünschenswert, dass die Europäische Union nach außen die Interessen ihrer Mitglieder vertritt. Aber es ist nicht einzusehen, warum sie im Innern eine Normierung sämtlicher Lebensbereiche erstrebt. Freiheit, Vielfalt und Selbständigkeit werden durch nichts so wirksam ausgeschaltet wie durch eine Mammutbürokratie. Das verbreitete Unbehagen, dass immer mehr in unserer Gesellschaft von oben geregelt wird, kommt nicht von ungefähr. Eine exakte Diagnose der sozialen Wirklichkeit liefert denselben Befund.

Diese Tatsachen sollte man im Auge behalten, wenn von den vermeintlich unheilvollen Auswirkungen des Sozialstaats die Rede ist. Die Schäden, die eine staatlich geregelte Versicherung gegen Krankheit, Altersarmut und Erwerbslosigkeit

¹²⁶ »Politiker: Verlierer mit goldener Nase«, Der Spiegel 51/2000, S. 52.

¹²⁷ »Parlament: Im Ritual erstarrt«, Der Spiegel 22/2001, S. 42.

bewirkt, dürften im Vergleich zur bürokratischen Entmündigung der Bürger ver-schwindend gering sein.

Erwachen aus dem Dornröschenschlaf

Man kann es noch drastischer formulieren: Je mehr von oben bestimmt, geregelt, verordnet wird, umso störender sind die Bürger. An der Spitze des Staates oder in Brüssel scheint man sich inzwischen darüber einig zu sein, dass der Einzelne von den komplexen Aufgaben einer modernen Gesellschaft keine oder allenfalls eine höchst unzulängliche Vorstellung besitzt. Wie soll er begreifen, dass ganze Expertenteams für ihn rund um die Uhr damit beschäftigt sind, den gleichmäßigen Fluss von Erdgas und Öl durch ein tausendfach verzweigtes internationales Ader-system aufrechtzuerhalten? Wie soll er die daraus erwachsenden Konsequenzen erkennen, etwa dass sich daraus die Forderung nach einer permanenten Erweiterung von Straßennetz und Infrastruktur ergibt oder nach dem Aufbau eines welt-weiten Sicherheitsapparates? Wie soll er verstehen, dass Wasserversorgung, Bil-dungswesen und Post sich am besten im Dienst privater Profitinteressen organi-sieren lassen und er die täglich verspeisten Äpfel und Birnen, von Autos gar nicht zu reden, am besten von der anderen Seite des Globus bezieht, weil nach Meinung einer transnational führenden Schicht nur so die effizienteste Art weltweiter Ar-beitsteilung gewährleistet ist? Wie kann man ihm erklären, dass er nicht mehr das Recht haben soll, über die Zusammensetzung seiner Nahrung selbst zu entschei-den, weil es von Bürokratenerlassen abhängt, ob diese genetisch verändert werden darf oder nicht?

Die Experten denken meist im Weltmaßstab, zumindest aber in europaweiten Zu-sammenhängen. Wenn es um die Sicherung der Rohstoffe geht, denken sie außer-dem in militärischen Dimensionen. Der einzelne Bürger erscheint da bestenfalls als Rädchen, schlimmstenfalls als Sand im Getriebe. Er fällt unangenehm auf, wenn er auf lokalen Rechten besteht. In einem Expertenstaat ist seine Freiheit den Experten ein Dorn im Auge.

Eine Zentralisierung, die immer mehr Entscheidungskompetenz in immer weni-ger Händen bündelt, bildet die eigentliche Gefahr für die persönliche und politi-sche Freiheit. Die Energiewende dagegen bietet die Chance für eine echte Bür-gergesellschaft und die Wiederbelebung einer bürokratisch erstickten Demokra-tie. Diese Wende ist eben mehr als eine bloß technische Umstellung bei der Ener-gieversorgung. Sie bedeutet eine Rückkehr zur dezentralen Versorgung. Dadurch aber negiert sie die Mentalität des Machtsyndroms und setzt einen Geist lokaler Verantwortung und Kooperation an dessen Stelle. Gerade weil das so ist, stemmen

sich die einen so beharrlich gegen diese Wende, während sie bei den anderen, der großen Mehrheit, die Hoffnung auf eine bessere Welt zu begründen vermag.

Kommen wird die Energiewende so oder so. Sie kommt entweder, weil unbezahlbare Preise sie in wenigen Jahren erzwingen werden. Dann wird der Übergang Zerfall, Auflösung und Armut nach sich ziehen. Oder sie kommt, weil wir sie in einem nationalen Projekt bewusst planen und mit Umsicht verwirklichen. In diesem Fall bietet die solare Dezentralisierung die Chance, Regionen und Gemeinden aus ihrer heutigen Lähmung zu befreien. Es ist dann wieder der eigene Lebensraum, der die Menschen versorgt und sie zum behutsamen Umgang mit den gegebenen Ressourcen anhält. Im überschaubaren Lebensbereich der Bürger wird Strom durch Windräder und Solarzellen gewonnen, Wärme aus Solarkollektoren und der Tiefe des Untergrunds, Kraftstoff aus der Biomasse vorhandener Felder. Vergessen wir nicht – es sind keineswegs Großkonzerne, sondern nach wie vor die kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat von Wirtschaft und Beschäftigung bilden. Wenn die solare Wende den Boden für eine dezentrale Energieversorgung bereitet, wird auf diesem Sektor eine Vielzahl kleinerer Betriebe die Regionen beleben. Diese werden aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen. Es lohnt sich nun einmal kaum, Strom aus Solarzellen und Windanlagen über größere Entfernungen zu transportieren. Ebenso wird die auf Ackerflächen erzeugte Biomasse am besten vor Ort verarbeitet und verbraucht. Dasselbe gilt heute schon für Heizwärme, die von einem Kraftwerk immer nur in das regionale Umfeld geliefert wird. Mit dem Abschied von der fossilen und nuklearen Epoche endet die technologisch erzwungene zentrale Beherrschung von Regionen und Bürgern. Sie verliert ihre physikalische Notwendigkeit. Nicht in der vielbeschworenen Senkung der Lohnnebenkosten liegt die größte Chance für den Beginn einer neuen Bürgerfreiheit, sondern in der solaren Dezentralisierung. Erst mit ihr kehrt die Verantwortung tatsächlich zum Bürger zurück.

Natürlich werden große politische und ökonomische Räume wie die EU auch weiterhin wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Nur werden zentrale Zuständigkeiten dann deutlich von solchen geschieden, die in die lokale Verantwortung fallen. Der bürokratische Apparat wird auf seine legitimen Kompetenzen zurechtgestutzt. Die demokratische Selbstbestimmung, ausgehöhlt durch Zentralismus und Globalisierung, erhält ihren konkreten Inhalt zurück.

Die Waffen nieder!

So viel zur ökonomischen Umstellung. Sie verlangt von uns nicht mehr als den Willen zum Neubeginn. Mit gänzlich neuartigen Herausforderungen werden wir dabei nicht konfrontiert. Anders verhält es sich mit den militärischen Folgen. Hier

werden die Weichen in eine ganz neue Richtung gestellt. Denn der Solarstaat verabschiedet sich aus dem Wettrennen der Nationen um die größte ökonomisch-militärische Macht. Er verabschiedet sich damit vom Machtsyndrom, wie es die letzten tausend Jahre der europäischen Geschichte beherrscht hat. Die einen sehen hier eine echte Chance, andere eine kaum zu überwindende Barriere. Der Verzicht auf militärische Stärke erscheint vielen als Kapitulation und daher geradezu unvorstellbar.

Tatsächlich ist das militärische Engagement Deutschlands seit Beginn der neunziger Jahre, als der Kalte Krieg zu Ende ging, nicht etwa zurückgegangen, sondern deutlich gewachsen. Insgesamt hat der Bundestag seit 1992 gut 150 000 Soldaten ins Ausland entsandt. Und das, obwohl der Verteidigungsfall, der solche Einsätze laut deutscher Verfassung allein legitimiert, kein einziges Mal eingetreten ist. Bundespräsident Horst Köhler hat öffentlich erklärt, dass diese Aktivitäten mit dem Geist des Grundgesetzes schwer in Einklang zu bringen seien. In Artikel 87a heißt es: »Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.« In einer Rede vor der Kommandeurstagung der deutschen Streitkräfte sagte Köhler: »Die Bundeswehr wird von einer Selbstverteidigungsarmee umgebaut zu – was eigentlich? Einer Armee im Einsatz? Einer Interventionsarmee?« Köhler wünschte sich »klare Analysen, welche deutschen Interessen es zu schützen und zu fördern gilt«.¹²⁸

Machen es deutsche Interessen erforderlich, dass im Ausland Terroristen bekämpft, dass die Zugänge zu Rohstoffen und Absatzmärkten für deutsche Produkte militärisch gesichert werden? Das wäre ein weitreichender politischer Richtungswechsel. Die Regierung Schröder wollte für Deutschlands Sicherheit durch »nation-building« am Hindukusch sorgen. Warum gilt dieser Grundsatz nicht erst recht für den Irak oder sogar den gesamten Nahen Osten? Was wird uns künftig überhaupt noch davon abhalten, irgendwo auf der Welt Truppen für deutsche oder europäische Interessen ins Feld zu schicken? Die Gründerväter der Bundesrepublik hatten in der deutschen Verfassung ein klares Bekenntnis zum Frieden abgelegt. Hat dieses Bekenntnis seine Geltung und Überzeugungskraft inzwischen eingebüßt?

Eines ist sicher richtig: Die meisten Deutschen von heute haben mit der Demonstration militärischer Macht sehr viel weniger Probleme als die Verfassungsväter. Vermutlich erfüllt es viele sogar mit heimlichem Stolz, dass ihre Soldaten wieder auf fernen Kriegsschauplätzen präsent sind. Sie sehen darin eine Rückkehr zur Normalität – und genau das ist es ja auch. Es ist die Normalität des Machtsyndroms, während die Zurückhaltung der Verfassungsväter der besonderen Situation nach den Schrecken des Krieges geschuldet war. Normal ist seit jeher

¹²⁸ Zitiert nach »Das kann uns Blut kosten«, Die Zeit 43/2005.

gewesen, dass ein ökonomisch mächtiger Staat auch militärische Stärke zeigt. Weit abseits der Norm liegt dagegen ein Verzicht auf militärische Potenz. Er wurde bisher nur von Staaten geübt, die keine Feinde zu fürchten hatten oder sich nach einer Kriegsniederlage militärische Enthaltsamkeit auferlegten. Im zweiten Fall wurde der Verzicht meist mehr oder weniger bewusst als Bestrafung empfunden – eben als Abweichung von der Norm.

Im Sinne des Machtsyndroms sind wir seit mindestens tausend Jahren darauf konditioniert, die Größe einer Nation, eines Volkes, eines Staates an ökonomischer und vor allem an militärischer Stärke zu messen. In einer Welt des aggressiven Wettbewerbs ist das natürlich in besonderem Maße der Fall. Denn wer nicht geliebt wird – und die westlichen Staaten wissen, dass ihnen die islamischen Energielieferanten alles andere als Liebe entgegenbringen –, will zumindest gefürchtet werden. Hinzu kommt die Faszination durch eine gerade auf militärischem Gebiet avantgardistische Technik. Seit unvordenklicher Zeit wird nirgendwo so viel erfinderischer Geist investiert wie in die Perfektionierung der Instrumente des Todes.

Dennoch sollte man vorsichtig sein und schrille Töne vermeiden. Auch wenn die meisten Deutschen mit der Entsendung ihrer Soldaten ins Ausland einverstanden sind, drückt das noch lange keinen Mangel an Friedfertigkeit aus. Diese Haltung verträgt sich durchaus mit einem subjektiven Abscheu vor Kriegen. Alle – oder fast alle – würden gerne den Frieden stärken, wenn das ohne Gesichtsverlust möglich wäre. Aber genau hier liegt das Problem. Wir fürchten nichts mehr, als der Naivität oder eines blauäugigen Idealismus verdächtigt zu werden. Solange die Welt ist, wie wir sie täglich erleben, muss man demnach eben auch militärisch aktiv sein. Die Angst davor, Schwäche zu zeigen und von den Stärkeren übervorteilt zu werden, hat sich schon immer als wirksamster Antrieb des Wettrüstens erwiesen.

Und diese Angst ist ja auch alles andere als unberechtigt. Vordergründig sind die hartgesottenen Machtrealisten durchaus im Recht. Ein Staat, der die Politik des ökonomisch-militärischen Wettrennens beendet, wird im Vergleich mit anderen Staaten zunächst einmal schwächer. Selbst wenn er den erreichten militärischen Standard bewahrt, muss er schon deswegen zurückfallen, weil die anderen ja weiter aufrüsten. Ein solcher Staat könnte bei seinen Rivalen sogar den falschen Eindruck erwecken, dass er seine Politik statt an Hobbes nun an der Bergpredigt ausrichtet. Im ersten Fall schlägt man auf beide Backen zurück, wenn man auf einer getroffen wurde – das ist die Grundregel der herrschenden Machtpolitik. Im zweiten Fall hält man dem Angreifer auch noch die andere Wange hin – das wäre eine Politik nach dem Neuen Testament. In der bisherigen Geschichte der Menschheit hat sich eine solche Politik noch nie durchsetzen können. Wir dürfen getrost

vermuten, dass sich daran auch in Zukunft nichts ändern wird. Christliche Nationen haben sich in diesem Punkt ebenso wenig an die biblische Lehre gehalten wie die übrige Welt. Seit jeher ist die Angst übermächtig, dass bei einseitigem Verzicht auf Gewalt nur die anderen profitieren. Im Extremfall ist der Widerwille, einem Rivalen das Feld zu überlassen, so groß, dass beide Seiten lieber den gemeinsamen Untergang riskieren – im Zeitalter nuklearer Massenvernichtungswaffen keine beruhigende Perspektive.

Umso wichtiger ist es, das herausragende Merkmal der solaren Wende hervorzuheben. Diese Wende durchbricht den Zirkel der Angst. Sie kann den einzelnen Staat in die Lage versetzen, dass er weder eine Gefahr für andere darstellt noch durch Verzicht fremde Begehrlichkeiten weckt.

Jenseits des Machtsyndroms

Die gleichzeitige Verwirklichung beider Ziele ist dabei entscheidend. Die Energiewende macht möglich, was noch vor einem halben Jahrhundert undenkbar war. Der Solarstaat kann ohne Zugriff auf den Reichtum anderer Länder existieren. Von ihm geht keine Bedrohung für jene Staaten aus, die im Besitz der Rohstoffe sind, und er steht auch nicht in einer mindestens ebenso gefährlichen Konkurrenz zu anderen Rohstoffverbrauchern.

Das ist das eine – die fehlende Aggressivität nach außen. Sie ist eine Garantie für die anderen Länder, dass sie vor dem Solarstaat keine Angst haben müssen. Das allein bietet aber noch keine Gewähr für den Frieden, denn der Solarstaat selbst ist deswegen ja noch nicht frei von seinen Ängsten den anderen gegenüber. Mindestens ebenso stark fällt daher die Tatsache ins Gewicht, dass auch er als Objekt möglicher Beutegelüste nicht länger in Frage kommt.

Man muss sich in Erinnerung rufen, dass Beutegelüste heute wie in der Vergangenheit zu den häufigsten Kriegsursachen zählen. Kriege schaffen ja nicht nur Probleme, sie lösen sie auch. Zum Beispiel das Problem der Überschussproduktion. Das außerordentliche Produktionspotential der fossil betriebenen Industriewirtschaft manifestiert sich regelmäßig in einer erstickenden Güterschwemme. Anders als die Landwirtschaft früherer Zeiten, die oft genug weniger als den Bedarf erzeugte (und damit Hungersnöte auslöste), brachte die fossile Wirtschaft eine Produktionsweise mit sich, bei der das Angebot den Bedarf bei weitem übersteigt. Dieser Überschuss führt zur Sättigung der Märkte und zu innerer Stagnation. In einer solchen Lage bieten Kriege der Wirtschaft ein Ventil für den Überdruck. Sie verschaffen Erleichterung, zumindest wenn sie sich auf fremdem Territorium abspielen. Beispielsweise versprach die großflächige Vernichtung von

Straßen, Brücken, Kraftwerken und Industrieanlagen im Irakkrieg amerikanischen und britischen Firmen eine Fülle lukrativer Aufträge.

Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht – der Zusammenhang zwischen einem erfolgreich geführten Krieg auf fremdem Gebiet und einer Belebung der Wirtschaft ist leider eine gesicherte Erkenntnis. Man sollte die Feststellung, dass es in Industriestaaten eine inhärente Kriegstendenz gibt, nicht den Marxisten und den Zynikern überlassen. Die Wahrheit ist, dass die menschliche Gier als Ursache für Aggression gerade hier offen zutage tritt.

Allerdings muss sie ein geeignetes Betätigungsfeld finden. Kaum ein Aggressor fühlt sich ermuntert, eine Südseeinsel zu überfallen oder einen afrikanischen Staat, in denen er keine Rohstoffe findet. Denn daraus würden dem Angreifer nur eigene Verluste erwachsen. Zunächst muss er ja selbst für die Kosten des Kriegsmaterials und für den Unterhalt seiner Streitkräfte aufkommen. Das ist ein mehr oder wenig hoher Einsatz, der ohne Rendite bleibt, wenn die besiegte Bevölkerung den Wiederaufbau ihres Landes nicht bezahlen kann. Der Irak lockte mit enormen Gewinnen, weil seine Rohstoffvorkommen die Aufbaukosten mühelos tragen. Ganz anders liegen die Dinge etwa in Nordkorea. Dieser Bettlerstaat kann kaum seine Bevölkerung ernähren, geschweige denn mit Geld oder Rohstoffen einen möglichen Wiederaufbau bezahlen.

Mit der menschlichen Gier, der eigenen wie der fremden, muss realistischerweise auch in Zukunft gerechnet werden. Wirklich sicher vor ökonomischem Druck und militärischen Eingriffen können nur jene Staaten sein, die solche Gier von vornherein gar nicht erwecken. Die wichtigste Voraussetzung dafür stellt das Fehlen verlockender Schätze dar. Ein Staat, der die Beutegelüste anderer Staaten nicht provoziert und ihnen gegenüber auf jede Art von militärischer Drohung verzichtet, genießt das Glück äußeren Friedens. Dazu bedarf es nicht der Mangelwirtschaft Nordkoreas oder Albaniens. Es wäre grundlegend falsch, die Fähigkeit zur Friedfertigkeit mit Armut zu assoziieren. Sie verträgt sich ebenso mit hoher Lebensqualität und gesichertem Wohlstand.

Die Schweiz etwa war einst ein weltweit geachtetes Beispiel für Friedfertigkeit nach innen und außen. Es gab dort für andere nichts zu holen – den individuellen Reichtum der Bürger kann man schlecht plündern. Bis zu dem Zeitpunkt, als die Schweiz sich entschloss, Geldtresor für die übrige Welt zu werden, unter anderem für habgierige Diktatoren, spielte sie die Rolle eines bewunderten Vorbilds und Musterstaates. Sie bot ihren Bürgern ein gutes Leben, ohne deshalb auf die Ressourcen anderer Staaten angewiesen zu sein. Die Schweiz brauchte weder Angst

vor der restlichen Welt zu haben, noch löste sie als potentieller Aggressor Angst bei anderen aus. Lange Zeit lebte dieses Land jenseits des Machtsyndroms.¹²⁹

Sonnenstaat und ...

Ein Land, das keine fremden Begehrlichkeiten auf sich lenkt, verfügt über die sicherste Art der Verteidigung. Viele Menschen würden diese Einsicht vermutlich teilen, wenn sie nicht andererseits ein Zeichen der Stärke darin erblickten, mit nationalem Reichtum die Eifersucht anderer herauszufordern. Deswegen erfüllt militärische Rüstung letztlich die gleiche Funktion wie die hohen Mauern und elektronischen Sicherheitsgürtel um die ghettoartig abgeschirmten Wohnquartiere der Reichen. Man will Neid erwecken und ist sich durchaus bewusst, dass man damit bei anderen Beutegelüste provoziert. Ebendeshalb bedarf es dann aber auch stärkerer Sicherheitsvorkehrungen. Je größer der Reichtum, den man zu Lasten anderer erwirbt, umso größer die Rüstung, mit der man ihn beschützen muss.

Der Umkehrschluss ist ebenso richtig. Ein Wohnviertel, das keinen Neid hervorruft, ist gerade deshalb sicherer als alle anderen. Ein Land, das sich auf diese Weise zu schützen vermag, ist viel weniger verwundbar als Staaten mit einem gewaltigen Militärarsenal. Und seine Sicherheit wird noch auf zusätzliche Art gesteigert. Die fossile und nukleare Energieversorgung wird schwerpunktmäßig über große Kraftwerke organisiert. Sie bilden neuralgische Punkte, von deren Funktionsfähigkeit ein Land so abhängig ist wie der menschliche Körper vom Gehirn. Für Aggressoren stellen sie bevorzugte Ziele dar. Kriegsgegner oder Terroristen können mit Hilfe weniger Bomben das gesamte Leben eines Industriestaats wie Deutschland schlagartig lähmen – es genügt, diese Knotenpunkte zu zerstören. Bei vielen handelt es sich überdies um Atomkraftwerke, deren Bombardierung weite Gebiete für Generationen in unbewohnbare Wüsten verwandeln würde.

Vor allem die nukleare Energieversorgung hat die Industriegesellschaft auf historisch beispiellose Weise verwundbar gemacht. Mit gutem Grund wurde für sie der Begriff der Risikogesellschaft geprägt. Da jedes Risiko irgendwann unbeherrschbar wird – und im Fall der Atomenergie zum GAU führt –, hätte man mit gleichem Recht und noch provozierender auch von einer Gesellschaft auf Abruf sprechen können. Wir leben auf Abruf, wenn es uns nicht gelingt, das Risiko rechtzeitig einzugrenzen.

¹²⁹ Die Rolle als internationales Finanzzentrum verdankte die Schweiz dem weltweiten Vertrauen in ihre Seriosität und Gewissenhaftigkeit. Indem sie Gelder aus aller Welt an sich zog, betrieb sie die Globalisierung auf eigene Art. Zum einen brachte das dem Land eine weitere Vermehrung des Wohlstands. Andererseits hatte die Globalisierung hier die gleichen Folgen wie überall – einige wenige profitierten besonders davon. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich verschärft sich seitdem auch in der Schweiz. Heute ist das Land kein Vorbild mehr für die übrige Welt.

Die solare Versorgung bietet den einzigen bisher bekannten und noch dazu relativ leicht zu beschreitenden Weg, um diese Verwundbarkeit nicht nur zu verringern, sondern schließlich ganz zu beseitigen. Energetische Knotenpunkte werden dann nur noch größere Wasserkraftwerke und bis zu einem gewissen Grade größere Herstellungsanlagen für Biokraftstoffe bilden. Die Versorgung durch Windanlagen, Solarzellen, Solarkollektoren und Geothermie ist dagegen dezentral über das gesamte Staatsgebiet gestreut. Die technologische Gigantomanie, das gefährlichste Merkmal der fossilen Wirtschaft, wird damit in ihrem Kernbereich aufgehoben.

Der Sonnenstaat kann durch Krieg oder Terror nur schwer verwundet werden. Eine Anfang der achtziger Jahre im Auftrag des Pentagon von der Kalifornischen Akademie für Wissenschaften angefertigte Studie mit dem programmatischen Titel »Verstreute, dezentralisierte und erneuerbare Energiequellen: Alternativen zur nationalen Verwundbarkeit und zum Krieg« stellte gerade diesen Aspekt in den Vordergrund. Der durch eine dezentrale Versorgung gewährleistete Schutz vor feindlichen Angriffen wurde als besonderer Vorzug erneuerbarer Energien dargestellt.¹³⁰ Diese Argumente gelten noch heute, und sie gelten in besonderem Maße für einen dichtbesiedelten Staat wie Deutschland. Im Unterschied zu den USA mit ihrem weiträumigen Territorium sind bei uns die verwundbaren Punkte auf engstem Raum zusammengedrängt.

Die ersten Schritte auf dem Weg zur solaren Versorgung haben wir in unserem Land schon getan. Gegenwärtig stehen hier immerhin an die 35 Prozent aller weltweit vorhandenen Windkraftanlagen, mehr als irgendwo sonst. Gemessen an der Aufgabe ist das zwar nur ein bescheidener Anfang, doch wird dadurch allen vor Augen geführt, dass der Weg gangbar ist und es nur eines entschiedenen Willens bedarf, um ihn bis zum Ziel zurückzulegen. Unser Problem besteht nicht in mangelnder ökonomischer Kraft oder technologischen Hindernissen, sondern in Entscheidungsmangel und Halbherzigkeit.

Die Politik kann sich bislang zu keinem klaren, geschweige denn eigenständigen Kurs durchringen. Einerseits gibt sie den erstarkenden Strömungen in der Bevölkerung nach, die angesichts der fossilen Dämmerung eine solare Wende verlangen. Andererseits beschreitet sie, gedrängt von den mächtigen Lobbyisten der zivilen und militärischen Industrien, den gefährlichen Weg der Aufrüstung. Zusammen mit Frankreich und anderen europäischen Staaten baut Deutschland die EU zur künftigen Supermacht aus und lässt dabei die militärischen Muskeln spielen. Damit setzt Europa auf globaler Ebene jene Machtpolitik fort, mit der es in der

¹³⁰ »Dispersed, Decentralised and Renewable Energy Sources: Alternatives to National Vulnerability and War«, vgl. www.net.org/proactive/newsroom/release.vtml?id=27583; eine Zusammenfassung der Studie bietet www.eurosolar.org.

Vergangenheit so viel Leid über seine eigenen Völker brachte. Mit dieser unentschlossenen Haltung, die sich alle Optionen offenhält, wird Deutschland sich seine Zukunftschancen verscherzen. Auf diese Art übernehmen wir keine Vorreiterrolle auf dem Weg in die solare Zukunft. Denn gleichzeitig geben wir der Welt ja zu verstehen, dass wir vor Aggressionen im Dienste unserer Rohstoffinteressen nicht zurückschrecken werden.

Das Beharren auf den bisherigen Methoden der Machtpolitik kann langfristig nur eine einzige Wirkung haben. Anstelle des gefährlichen Deutschland von gestern droht ein noch weit gefährlicheres – und allseits gefährdetes – Europa von morgen.¹³¹ Und welchen Gewinn dürfen die Menschen Europas, um die es doch eigentlich geht, davon erwarten? Keinen. Denn die Militarisierung führt buchstäblich ins Nichts. Wenn die Rohstoffe erschöpft sind, wird keine Macht der Welt sie mit Gewalt zurückbringen können.

Eine vorbehaltlose Bejahung der solaren Option bietet dagegen die Chance für einen wirklichen Neubeginn. An die Stelle des Misstrauens tritt die Begeisterung für ein einzigartiges Friedens- und Wohlstandsprojekt. Der Wehrdienst, bis heute eine staatliche Institution zum Verschleiß junger Leute, könnte in einen Dienst an der Gemeinschaft umgewandelt werden, so wie Österreich seine Rekruten zum Teil für den Einsatz im Grenzschutz verpflichtet. Die zum zivilen Ersatzdienst Einberufenen könnten etwa für die Installation von Windkraftanlagen oder Solarzellen umgeschult werden, von den Arbeitslosen gar nicht zu reden. Was unter der rot-grünen Regierung zaghaft begonnen hat, wird dann zu einem übergreifenden Projekt, das vom Bund ebenso unterstützt wird wie von Ländern, Städten und Gemeinden – nicht zuletzt aber von Millionen Bürgern, die hier tatsächlich, und zwar jeder Einzelne von ihnen, einen wesentlichen Beitrag für die Gesellschaft leisten können.

Gewiss, eine solche kollektive Kraftanstrengung wird bei Skeptikern das übliche Kopfschütteln auslösen. In einem früheren Kapitel habe ich gezeigt, dass Skepsis und Pessimismus die mentalen Merkmale einer Gesellschaft in der Ausverkaufsphase sind. Die Skeptiker und Pessimisten sind gewohnt, dass alles zerredet wird, und haben es längst aufgegeben, an irgendeinen Aufbruch zu glauben. Aber sie werden nur eine Minderheit bilden. Die Mehrheit wird schnell begreifen, dass

¹³¹ Dann wird auch Europa jene kalten Kalküle der Macht anstellen, wie sie auf klassische Weise in einem Buch des ehemaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski dargestellt werden. Die amerikanische Originalausgabe trägt den bezeichnenden Titel »The Grand Chessboard« (Das Große Schachspiel, Titel der deutschen Ausgabe: »Die einzige Weltmacht«). Nach Meinung des Autors haben die Politiker im Wettrennen der Nationen die Aufgabe, die aus Staaten und Gesellschaften bestehenden Schachfiguren geschickt zu bewegen. Aber mit welchem Ziel eigentlich? Das Ende eines Schachspiels besteht gewöhnlich im Schachmatt. Was das in weltpolitischen Dimensionen bedeutet, ist eigentlich nicht schwer zu erraten. Selbst ein so kluger und um gerechten Ausgleich bemühter Stratege wie Brzezinski kann sich nicht vom alten Denken lösen.

angesichts einer kollektiven Bedrohung gerade die kollektive Mobilisierung für ein rettendes Ziel die richtige Antwort ist.

... Friedensordnung

Natürlich schließt das solare Friedensprojekt die Verteidigungsbereitschaft gegenüber möglichen Feinden nicht aus. Es wäre naiv, damit zu rechnen, dass sich das aufgestaute Potential an Gewaltbereitschaft, Hass und Misstrauen über Nacht verflüchtigen wird. Dafür ist allein schon während der neunziger Jahre zu viel Unrecht durch eine neoliberale Politik geschehen, und zwar gerade gegenüber den Schwächsten, den Staaten der Zweiten und Dritten Welt. Die reale Bedrohung durch Kriege und vor allem durch terroristische Anschläge wird daher zunächst zweifellos fortbestehen. Auch wenn die Pioniere der solaren Revolution ihre Hand nicht länger nach den Reichtümern anderer Nationen ausstrecken, wird dies bei islamistischen Fanatikern nicht gleich zum Umdenken führen. Nicht ohne Grund hat sich bei ihnen die Meinung verfestigt, dass die westlichen Staaten an der Misere ihrer Länder keineswegs unschuldig seien. Es wird daher mit Sicherheit einige Zeit vergehen, bevor die neue Politik Früchte trägt.

Aber langfristig bietet sie – wenn auch kein Allheilmittel – doch eine wirksame Strategie gegen Militarisierung und Terror. Es ist ja keineswegs wahr, was uns Samuel Huntington mit seinem Buch über den »Kampf der Kulturen« einreden wollte. Solange islamische und christliche Länder sich gegenseitig in Ruhe ließen, gönnte jeder dem anderen seine jeweiligen Überzeugungen. Erst der westliche Zugriff auf die Ressourcen der islamischen Länder ließ bei der dortigen Bevölkerung den Eindruck entstehen, man werde ausgebeutet, und rief bei Extremisten den Terror hervor.

Von der solaren Wende, die uns aus der Ressourcenabhängigkeit befreit, dürfen wir den Anbruch einer anderen und besseren Zeit erhoffen. Angesichts unserer heutigen Fähigkeit zur kollektiven Selbstauslöschung liegt ihre größte Bedeutung wohl im Verzicht auf ein aggressives militärisches Potential. Ein Staat, der erneuerbare Energien und Rohstoffe auf dem eigenen Territorium erzeugt, kehrt der Welt ein friedliches, unbesorgt lächelndes Gesicht zu. Er kann mit anderen Staaten auf den verschiedensten Gebieten in Austausch treten, in der Wissenschaft, in der Kunst und durch den direkten Verkehr der Menschen. Dieser Austausch setzt keine Abhängigkeiten voraus. Die nahen und fernen Nachbarn eines solchen Staates wissen so gut wie er selbst, dass er außerhalb seiner Grenzen keine Interessen verteidigen muss. So wie sich innerhalb eines Gemeinwesens die einzelnen Familien nicht in die Angelegenheiten ihrer Nachbarn einzumischen brauchen, handelt dieser Staat gegenüber anderen Staaten. Er benötigt keine schnelle Eingreiftruppe,

um in die inneren Belange anderer Länder einzugreifen, nur weil diese seine Versorgung gefährden könnten. Er muss andere Staaten nicht bestechen, damit sie in seinem Sinne handeln. Er braucht keine Heuchelei zu betreiben, indem er sich nach außen als Exporteur von Demokratie und Menschenrechten gebärdet, während es ihm tatsächlich um materielle Interessen geht. Vielmehr kann er sich ganz und gar auf jenes Ziel konzentrieren, das die Legitimation für jeden Staat und seine Regierung sein sollte – das Ziel, den Wohlstand und das Wohlergehen seiner Bürger zu mehren. Wenn er in Zeiten der Krise trotzdem zusammen mit anderen Staaten außerhalb seiner Grenzen aktiv wird, dann setzt er sich nicht dem Verdacht aus, dass er dies um eigener Vorteile willen tut.

Dieser Umschwung ist gegenwärtig nicht von den USA zu erwarten, obwohl solche Überlegungen dort früher als in anderen Staaten auf höchster Ebene angestellt wurden. Hätte Präsident Carter Ende der siebziger Jahre die Politik der Vereinigten Staaten für die Zukunft festlegen können, dann wäre das Gespenst der Ressourcenkriege schon damals abgewehrt worden. Die USA wären geblieben, was sie für die übrige Welt so lange gewesen waren – ein Vorbild. Auch von der künftigen Weltmacht China darf man den Umschwung nicht erhoffen. Das Reich der Mitte ist bis auf weiteres noch zu arm, um vom gängigen Weg der Industrialisierung wesentlich abweichen zu können. Kein anderer Wirtschaftsraum dürfte so gute Voraussetzungen für die solare Revolution aufweisen wie das wohlhabende und technologisch fortgeschrittene Europa. Und innerhalb Europas trifft dies in besonderem Maße auf Deutschland zu.

Unser Land zählt heute wieder zu den mächtigen Staaten. Doch diese Macht wird von anderen immer noch mit Argwohn betrachtet. Durch seine Geschichte ist Deutschland im Denken der Menschen mit der Vorstellung von unerhörter Aggression und Zerstörung verbunden. Wir haben heute die Chance, einen ganz anderen Weg einzuschlagen. Alle Kräfte für den Übergang zur Solarwirtschaft in Bewegung zu setzen heißt, eine Politik für den künftigen Frieden zu betreiben. Wenn dies ein Sonderweg ist, dann steht es keinem Land so gut an wie Deutschland, ihn zu beschreiten. Es ist kein Sonderweg wie der frühere, der unermessliches Leid über die Menschheit brachte – dieser Sonderweg ermöglicht den Durchbruch zu einer anderen Gesellschaft und einer dauerhaften Friedensordnung. Die Vorbildwirkung geht dabei nicht von einer angemessenen Überlegenheit aus, sondern von der Bereitschaft, ein notwendiges Projekt rechtzeitig und mit Entschlossenheit zu verwirklichen. Die historische Bedeutung der Energiewende besteht darin, dass sie den Ausweg aus einer Lage eröffnet, aus der es nach gegenwärtigem Wissen sonst keinen Ausweg gibt.

Bibliographie

- Abegglen, James C. und George Stalk, Kaisha. Das Geheimnis des japanischen Erfolgs, München 1989
- Afheldt, Horst, Wirtschaft, die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft, München 2003
- Alt, Franz, Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne, München 2004
- Altvater, Elmar und Birgit Mahnkopf, Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1997
- dies., Die Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster 2002
- Bairoch, Paul, Economics and World History. Myths and Paradoxes, Chicago 1995
- ders., Commerce extérieur et développement économique de l'Europe au dix-neuvième siècle, Paris 1976
- Bannock, Graham, Die unersättlichen Giganten. Das Zeitalter der Großkonzerne, Wien 1972
- Baring, Arnulf, Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten, Stuttgart 1998
- Batra, Ravi, The Myth of Free Trade. The Pooring of America, New York 1996
- Bender, Peter, Weltmacht Amerika – Das neue Rom, Stuttgart 2004
- Biedenkopf, Kurt u.a., Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Vortragsveranstaltung der Deutschen Nationalstiftung am 21. November 1996 in Dresden, Stuttgart 1997
- Brecher, Jeremy und Tim Costello, Global Village or Global Pillage. Economic Reconstruction from the Bottom Up, Boston 1994
- Brzezinski, Zbigniew, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a. M. 1999
- ders., The Choice. Global Domination or Global Leadership, New York 2005
- Brown, Michael Barratt, Fair Trade. Reform and Realities in the International Trading System, London 1993
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), Statistisches Taschenbuch, Bonn 2002
- Burstein, Daniel, Good bye Nippon. Das Ende der japanischen Vorherrschaft, München 1993
- Chang, Ha-Joon, Kicking away the Ladder. Development Strategy in Historical Perspective, London 2002
- Chomsky, Noam, The Prosperous Few and the Restless Many, Berkeley 1993

- ders., Media Control. Wie die Medien uns manipulieren, Hamburg 2003
- Chossudovsky, Michel, Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg, Frankfurt a. M. 2002
- Condliffe, J. B., The Commerce of Nations, Norton 1950
- Conybeare, John A.C., Trade Wars. The Theory and Practice of International Commercial Rivalry, Columbia University Press 1987
- Coote, Belinda, Der unfaire Handel. Die »3. Welt« in der Handelsfalle und mögliche Auswege, Stuttgart 1994
- Daly, Herman E., »The Perils of Free Trade«, in: Scientific American, November 1993, S. 50–57
- Datta, Asit, Welthandel und Welthunger, München 1993
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Monatsberichte, Frankfurt a. M.
- dies., Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991–2001, Frankfurt a. M. 2002
- Dieren, Wouter van (Hrsg.), Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht. Vom Bruttosozialprodukt zum Ökosozialprodukt, Basel 1995
- Dohnanyi, Klaus von, Im Joch des Profits? Eine deutsche Antwort auf die Globalisierung, Stuttgart 1997
- Dritte-Welt-Haus Bielefeld (Hrsg.), Atlas der Weltverwicklungen. Ein Schaubilderbuch über weltweite Armut, globale Ökologie und lokales Engagement, Wuppertal 1992
- Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik (1952), Tübingen 1990
- Fichte, Johann G., Der geschloßne Handelsstaat (1800), Frankfurt a. M. 1960
- Fischer Weltalmanach, Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt a. M. 1998–2004
- Fukuyama, Francis, Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen, München 1995
- Galbraith, John K., Der große Crash 1929. Ursachen, Verlauf, Folgen, Stuttgart 1963
- ders., Gesellschaft im Überfluss, München 1970
- ders., A Short History of Financial Euphoria, New York 1990
- Galtung, Johan, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek 1975
- George, Susan, Wie die anderen sterben. Die wahren Ursachen des Welthungers, Wuppertal 1981
- Gilpin, Robert, Global Political Economy. Understanding the International Economic Order, Princeton 2001
- Goldsmith, James, Die Falle ... und wie wir ihr entrinnen können, Holm 1996
- Gore, Al, Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde, Frankfurt a. M. 1994

Gray, John, Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen, Berlin 1999

Greider, William, Secrets of the Temple. How the Federal Reserve Runs the Country, New York 1989

ders., Endstation Globalisierung. Der Kapitalismus frißt seine Kinder, München 1998

Guéhenno, Jean-Marie, Das Ende der Demokratie, München 1994

Haffner, Sebastian, Anmerkungen zu Hitler, Frankfurt a. M. 2003

Hirn, Wolfgang, Herausforderung China. Wie der chinesische Aufstieg unser Leben verändert, Frankfurt a. M. 2005

Hobbes, Thomas, Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates (1651), hrsg. und eingeleitet von Iring Fetscher, Frankfurt a. M. 1992

Hobsbawm, Eric J., Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750, Frankfurt a. M. 1979

ders., Europäische Revolutionen, München 1978

ders., Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848–1875, München 1977

ders., Das imperiale Zeitalter. 1875–1914, Frankfurt a. M. 1995

ders., Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995

Hufschmid, Jörg, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 1999

ders., »Privatisierungen in Westeuropa – Tafelsilber für die Währungsunion«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/96, S. 1013–1016

ders. u.a., Memorandum of European Economists May 1997. Full Employment, Social Cohesion and Equity for Europe – Alternatives to Competitive Austerity (www.memo-europe.uni-bremen.de/downloads/euromemo.pdf)

Jenner, Gero, Nippon – eine untergehende Sonne? Bern 1997

ders., Die arbeitslose Gesellschaft. Gefährdet die Globalisierung den Wohlstand?, Frankfurt a. M. 1997

ders., Das Ende des Kapitalismus. Triumph oder Kollaps eines Wirtschaftssystems, Frankfurt a. M. 1999

ders., Das Pyramidenspiel (noch unveröffentlicht)

Johnson, Chalmers, Ein Imperium verfällt. Wann endet das Amerikanische Jahrhundert? München 2001

ders., Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, München 2004

Kaiser, Reinhard (Hrsg.), Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt a. M. 1980

- Kant, Immanuel, Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf (1795), Stuttgart 1996
- Kendall, Henry W. und Steven J. Nadis (Hrsg.), Energy Strategies. Towards a Solar Future, Cambridge/Mass. 1980
- Kennedy, Paul, Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt a. M. 1996
- ders., In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1997
- Klare, Michael, Resource Wars. The New Landscape of Global Conflict, New York 2002
- Koestler, Arthur, The Ghost in the Machine, New York 1967
- Krugman, Paul, Die große Rezession. Was zu tun ist, damit die Weltwirtschaft nicht kippt, Frankfurt a. M. 1999
- Lind, Michael, The Next American Nation. The New Nationalism and the Fourth American Revolution, New York 1996
- List, Friedrich, Das nationale System der politischen Ökonomie, Jena 1910
- Lomborg, Bjørn, Apocalypse No! Wie sich die menschlichen Lebensgrundlagen wirklich entwickeln, Lüneburg 2002
- Luttwak, Edward N., Weltwirtschaftskrieg. Export als Waffe – aus Partnern werden Gegner, Reinbek 1994
- ders., Turbo-Kapitalismus. Gewinner und Verlierer der Globalisierung, Hamburg 1999
- Maddison, Angus, The World Economy. A Millennial Perspective, OECD, Paris 2001
- Madrick, Jeffrey, The End Of Affluence. The Causes and Consequences of America's Economic Dilemma, New York 1995
- Mander, Jerry und Edward Goldsmith, Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, München 2002
- Marx, Karl und Friedrich Engels, Werke. Gesamtausgabe (MEGA), Berlin 1956–1990
- McNeill, J. R., Something New under the Sun. An Environmental History of the Twentieth-Century World, New York 2001
- Meadows, Dennis, Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972
- Meadows, Donella und Dennis und Jørgen Randers, Die neuen Grenzen des Wachstums, Hamburg 1994
- Miegel, Meinhard, Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, München 2002
- ders., Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft?, Berlin 2005

Mill, John Stuart, *The Principles of Political Economy* (1848), hrsg. von Jonathan Riley, Oxford 1998
 Oberansmayr, Gerald, *Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union*, Wien 2004
 Petrella, Riccardo, *Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit*, München 1997
 Polanyi, Karl, *The Great Transformation*, New York 1944
 Reich, Robert, *Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomien*, Frankfurt a. M. 1996
 ders., *The Future of Success. Wie wir morgen arbeiten werden*, München 2004
 Ricardo, David, *Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung* (1817), Marburg 1994
 Roszak, Theodore, *Alarmstufe Rot. Amerikas Wildwest-Kapitalismus bedroht die Welt*, München 2004
 Scheer, Hermann, *Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne*, München 2002
 ders., *Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien*, München 2005
 Schmidt, Helmut, *Globalisierung. Politische, ökonomische und kulturelle Herausforderungen*, Stuttgart 1999
 Schumann, Harald und Hans-Peter Martin, *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Reinbek 1996
 Schumpeter, Joseph A., *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (1942), Tübingen 1993
 Smith, Adam, *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen* (1776), München 1996
 Soros, George, *Die Krise des Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr*, Berlin 1998
 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Gebiet und Bevölkerung 1997*, Wiesbaden 1999
 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Statistisches Jahrbuch 2005 für die Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2005
 Stiglitz, Joseph, *Die Schatten der Globalisierung*, Berlin 2002
 Stockholm International Peace Research Institut, *SIPRI Yearbook 2002. Armaments, Disarmament and International Security*, Oxford University Press 2002
 Thurow, Lester, *Kopf an Kopf. Wer siegt im Wirtschaftskrieg zwischen Europa, Japan und den USA?*, Düsseldorf 1993
 ders., *Die Zukunft des Kapitalismus*, Regensburg 1998
 Tocqueville, Alexis de, *Über die Demokratie in Amerika* (1835), München 1984

Todd, Emmanuel, Die neoliberale Illusion. Über die Stagnation der entwickelten Gesellschaften, Zürich 1999

ders., Welt-Macht USA. Ein Nachruf, München 2003

United Nations Development Programme (UNDP), Bericht über menschliche Entwicklung 1998, Bonn 1998

Weber, Max, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen 1947

ders., Wirtschaftsgeschichte. Abriss der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1958

Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003

Wolf, Martin u.a., The Globalization Reader, Oxford 2004

Wolferen, Karel van, Vom Mythos der Unbesiegbaren. Anmerkungen zur Weltmacht Japan, München 1989

World Energy Council, Energy for Tomorrow's World – Act Now, New York 1998 (www.unu.edu/millennium/fridleifsson.pdf)

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Hrsg.), Fair Future. Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit. Ein Report, München 2005

Ziegler, Jean, Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2003

Zumach, Andreas, Die kommenden Kriege. Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn – Präventivkrieg als Dauerzustand?, Köln 2005

